

Patricia Highsmith, Reinhold Messner, Charles Nguela

Nummer 46 – 12. November 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8,50 (inkl. MwSt.) – Euro 6,90

Asylchaos in der Schweiz:
Die Dämme brechen

DIE WELTWOCH



Viktor Orbán: Verteidiger Europas

Ungarns Premier im grossen Gespräch über Zäune und Migranten.
Von Wolfgang Koydl und Roger Köppel



NOTENSTEIN LA ROCHE

PRIVATBANK

Das neue Urgestein.

Notenstein La Roche – gebündelte Expertise auf dem Fundament jahrhundertelanger Erfahrung. Mit dem Zusammenschluss der Notenstein Privatbank und der Bank La Roche vereinen sich zwei traditionsreiche Schweizer Privatbanken mit Ursprung im 18. Jahrhundert. Wir sind Bewährtem verpflichtet und denken vorausschauend, um Ihr Vermögen zu schützen.

www.notenstein-laroche.ch



Aufgeräumt: Köppel, Botschafter Nagy, Premier Orbán, Koydl und Sprecher Kovács (v.l.).

Für die Meinungsmacher von Europas Mainstream-Medien rangiert er in der Rangliste der Finsterlinge ganz oben, gleich neben Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan. Im Gespräch mit der *Weltwoche* gab sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán aufgeräumt, humorvoll und erstaunlich offen: An EU-Gipfeln, so verriet er, würden keine Diskussionen mehr geführt, sondern nur Standpunkte vorgetragen. Der Regierungschef empfing Roger Köppel und Wolfgang Koydl hemdsärmelig ohne Sakko und Krawatte und nahm sich mehr als zwei Stunden Zeit. Anschliessend führte er die beiden Gäste auf den Balkon, zeigte ihnen seinen künftigen Amtssitz auf dem Hügel über dem Stadtteil Buda und enthüllte, warum Budapest über drei Parlamentsgebäude verfügt: Dem Bewertungskomitee im 19. Jahrhundert hatten alle drei Entwürfe gefallen. **Seite 20**

Die ungarische Seele ist zerrissen zwischen zentralasiatischer Herkunft und europäischer Zugehörigkeit. Als einziges Steppenvolk konnten die Magyaren in Europa einen Staat aufbauen, der bis heute überlebt hat. Die Ungarn mussten ihr Land immer wieder verteidigen: gegen die Deutschen, gegen die Mongolen, Osmanen, Österreicher und Russen. Oft verloren sie, doch immer blieben sie rebellisch. Boris Kálnoky blickt in die ungarische Seele und erklärt das Volk aus seiner Geschichte (**Seite 26**). Zudem war er letzte Woche als einziger Journalist dabei, als sich im südungarischen Szigetvár Forscher zur stillen Feier trafen: Mit grosser Wahrscheinlichkeit haben sie die Todesstätte von Sultan Süleyman dem Prächtigen gefunden. Sein Tod bei der Belagerung von Szigetvár markierte den Höhepunkt der türkischen Expansion in Europa. Im November werden die Forschungsergebnisse der Welt präsentiert. **Seite 66**

Dieser Ausgabe liegt ein Sonderheft bei, das die *Weltwoche* in Zusammenarbeit mit den Jungfraubahnen herausgibt. Es ist bereits der zweite Jahrgang. Auch dieses Mal konnten wir namhafte Köpfe gewinnen: den Skirennfahrer Carlo Janka, die Snowboarderin Ursina Haller, den Speedkletterer Dani Arnold und Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Ergänzend kommt im Hauptheft einer der Könige der Bergsteiger zu Wort: Reinhold Messner, 71, huldigt der Jungfrauregion als «erfolgreichstem Tourismus-Hotspot in den Alpen» und schwärmt von der Magie des Eigers, an dessen Nordwand er 1974 einen Rekord aufstellte. Mit von der Partie war, als staunender Zuschauer, Clint Eastwood. **Seite 68**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes
Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich
finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Hohenstein, Mark van Huisseling,
Hansrudolf Kamer, Peter Keller,
Wolfram Knorr, Tom Kummer,
Christoph Landolt, Dirk Maxeiner,
Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller,
Daniele Muscionico, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antonovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer,
Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky
Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Roman Küttel, Brita Vassalli
Anzeigeninendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: PMC, print media corporation, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

gedruckt in der
schweiz



In der Hauptrolle: John Travolta, Filmlegende, Pilot und Aeronautik-Freak. Im Rampenlicht: die mythische North American X-15, ehemalige Geschwindigkeits- und Flughöhenrekordhalterin sowie Wegbereiterin für Weltraumflüge. Produktionsleiter: Breitling, der privilegierte Partner der Aeronautik dank seiner zuverlässigen, präzisen und bahnbrechenden Instrumente – wie der Chronomat, des Pilotenchronografen par excellence. Willkommen in der Welt der Legende, der Spitzenleistung und der Performance.

EMBASSY

GRENDDELSTRASSE 2, LUZERN, TEL. 041 - 418 20 80

WELCOME TO MY WORLD



CHRONOMAT 44



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



spinnen sie ihre
ideen im grünen!

riverside ... das seminar- und eventhotel.

... in der ehemaligen garn-spinnerei letten, wo sich nostalgie und moderne perfekt vereinen, finden sie eine einmalige atmosphäre, um andere menschen zu treffen, miteinander zu kommunizieren und ideen zu spinnen.

direkt am ufer der glatt setzen wir kulinarische akzente, verblüffen sie mit kreativen events und unterstützen sie in der planung und umsetzung von inspirierenden und produktiven momenten für ihre mitarbeiter und kunden.



hotel

seminare

gastronomie

bowling

events



riverside ... alles im grünen bereich.

spinnerei-lettenstrasse
ch-8192 zweidlen-glattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch

Fluten, Dämme

Die SVP und das Justizdepartement. Helmut Schmidt. Wer nur öffnen will, ist nicht ganz dicht. Von Roger Köppel

Die SVP muss aufpassen, dass sie die mit ihrem Wahlerfolg verbundene Glaubwürdigkeit auf dem Weg zur Bundesratswahl nicht gefährdet.

Es ist keine Frage, dass ihr ein zweiter Sitz zusteht. Der Anspruch freilich muss sich auf das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) konzentrieren.

Warum? Die SVP richtete ihren Wahlkampf auf das Asylthema aus. Sie bezeichnete die Verantwortlichen als unfähig. Es brauche einen Führungswechsel, weil gerade in diesem Dossier die Führung entscheidend sei.

Die Analyse der SVP ist richtig, aber hat sie auch den Mut, den Diagnosen nachzuleben? Das EJPD ist nicht nur in der Migrationsfrage ausschlaggebend, es ist auch federführend, was die Umsetzung der Ausschaffungs- und der Masseneinwanderungsinitiative angeht.

Die SVP handelt unklug, wenn sie jetzt zu sehr von den Finanzen redet. Die Wähler könnten sich fragen, ob es der Partei mit dem Asylthema wirklich ernst war.

Die Zahlen der illegalen Migranten, das zeigen die letzten Wochen, steigen dramatisch. Die Lage ist ausser Kontrolle. Es kommen Tausende von Menschen aus Kulturen, die nicht bekannt sind für ihre Bereitschaft, sich anderen Kulturen anzupassen.

Bundesrätin Sommaruga und Staatssekretär Gattiker reden die Situation seit Monaten schön. Zwei Geisterfahrer, die auf ihren eigenen Zweckoptimismus hereingefallen sind.

Anstatt die Attraktivität der Schweiz zu mindern, baut das Migrationsdepartement die Aufnahmekapazitäten aus. Es ist die Fortsetzung der merkelschen Willkommenspolitik. Gut scheinen ist wichtiger als gut handeln.

Die SVP muss ihren Führungsanspruch anmelden. Tut sie das nicht, bekommen die Kritiker recht, die der Partei vorwerfen, sie bewirtschaftete nur das Thema, ohne sich daran die Finger verbrennen zu wollen.

Justizministerin Simonetta Sommaruga war unglücklich, als man ihr damals das Departement aufdrängte. Es wäre konsequent, würde sie sich um einen Wechsel bemühen. Für die SVP allerdings spielt das keine Rolle. Sie muss auf jeden Fall ihre Bereitschaft markieren, das EJPD zu übernehmen.

Die SVP hat genügend robuste Kandidaten, die fähig sind, diese so anspruchsvolle wie gutbezahlte Aufgabe zu schultern. Charakter



«Das EJPD ist keine Wellness-Oase.»

zählt. Das EJPD ist keine Wellness-Oase. Es wird öffentliche Anfeindungen und medialen Liebesentzug geben. Auch die eigenen Leute werden genau hinschauen, ob der oder die Neue die illegale Migration herunterfährt.

Ist die SVP zufrieden, wenn sie die Migrationspolitik der anderen aus sicherem Abstand kritisieren kann? Oder ist sie bereit, ihre Wahlversprechen einzulösen? Darum geht es bei der Bundesratswahl vom 9. Dezember.

Vor rund zehn Jahren traf ich in Berlin Helmut Schmidt zum Interview. Damals war der Altkanzler bereits im Begriff, zum säkularen Heiligen in Deutschland aufzusteigen. Er



war imposant, aber er war auch nur ein Mensch. Der wortgewaltige Kritiker seiner Nachfolger blieb als Amtsinhaber wohl unter den eigenen Erwartungen. Vor allem seine Wirtschaftspolitik – mehr Staat, weniger Freiheit – erweist sich im Rückblick als enttäuschend.

Trotzdem beeindruckte mich der Ex-Politiker, der die Kunst des tief Sinnig wirkenden staatsmännischen Auftretens beherrschte wie kaum ein Zweiter. Anders als bei seinem direkten Nachfolger Helmut Kohl, der auf jede Frage eine Stunde antwortete, waren Schmidts Kommentare kurz, glasklar, kein Wort zu viel. Er war kein Ideologe, sondern Realist.

Verblüffend war, als er in unserem Gespräch unvermittelt zu einem Lob auf die Schweiz ansetzte. Schmidt beunruhigte die hohe Ausländerquote im deutschen Sozialstaat. Die Schweiz, rühmte Schmidt, habe es dank dem Saisonierstatut viel besser gemacht. Als ich ihn aufklärte, die Schweiz habe es längst abgeschafft, war er enttäuscht.

Und noch ein Befund blieb hängen. Schmidt kritisierte die Auswüchse des Islam, mehr noch aber fürchtete er, dass die pauschal verunglimpften Muslime in Europa ähnlich wie einst die Juden verfolgt werden könnten.

Zur Erinnerung: Eine der wichtigsten Staatsaufgaben ist der Schutz des Staatsgebiets, des Staatsvolks und der staatlichen Verfassung. Ohne Grenzen gibt es keine Staaten, keine Ordnung, keine Gesetze. Grenzen sind Zellwände der Politik, normalerweise nach beiden Seiten durchlässig, im Ernstfall allerdings können, ja müssen sie zu unüberwindlichen Schranken werden. Wer Grenzen nur noch öffnen will, ist nicht ganz dicht.

Auch in der Schweiz steigt sprunghaft die Zahl der illegalen Übertritte. Die Behörden klagen, sie könnten die Grenzen nicht mehr schützen. Es fehle an Personal, an Geld, überhaupt sei es unmöglich, ein gebirgiges Land zu sichern. Wie lange wollen wir uns diese politischen Bankrotterklärungen eigentlich noch anhören?

Wir haben es in der Hand. Natürlich können die Behörden die Grenzen bewachen. Die Einführung von Grenzkontrollen ist Pflicht. Aber man muss auch über Zäune nachdenken. Es geht darum, den Eintrittspreis zu erhöhen. Die Migrationsströme folgen dem Gesetz des geringsten Widerstands. Wer keine Dämme baut, holt sich die Flut ins Haus.

Letzte Woche starb der ehemalige DDR-Funktionär Günter Schabowski. Mit seiner Bemerkung, die Ausreiseverbote in die BRD seien aufgehoben, entfesselte er eine Massenflucht. Erst die Ansage der offenen Grenzen setzte die Menschen in Bewegung. Nicht das objektive Elend, die Politik war als Treiber entscheidend.

Es spielt eben eine Rolle, welche Signale man aussendet. Was gleichzeitig eine gute Nachricht ist. Das heutige Migrationsproblem ist selbstgemacht. Und damit lösbar.



Kulturgeschichte der Frisur: Seite 60



Mutter-Teresa-Image: Sommaruga. Seite 36



Missbrauchte Willkommenskultur: Seite 38



Energiepolitik auf Abwegen: Seite 58

Kommentare & Analysen

- 7 [Editorial](#)
- 13 [Kommentar Einzigartiges Land](#)
- 13 [Im Auge Bettina Wulff](#)
- 14 [Verwaltung Den Staat wachsen hören](#)
- 15 [Spendensammlung Belohnung für Schlepper](#)
- 15 [Medien Ganz normal](#)
- 17 [Justiz Später Triumph in Bellinzona](#)
- 18 [Personenkontrolle Widmer-Schlumpf, Dietrich, Etter, Schawinski, Tognoni, Büchel, Blatter, Müri, Wolff etc.](#)
- 19 [Nachruf Helmut Schmidt \(1918–2015\)](#)
- 20 [Viktor Orbán: Verteidiger Europas](#)
Ungarns Ministerpräsident über Europas Identität
- 25 [Deutschland Löst Schäuble Merkel ab?](#)
- 26 [Blick in die ungarische Seele](#)
Ungarns Selbstbild ist geprägt vom ewigen Existenzkampf
- 28 [Die Deutschen Komische Oper](#)
- 28 [Wirtschaft Gefährliche Giganten](#)
- 29 [Ausland Chinesische Familienzwise](#)
- 30 [Mörgeli Faszinierende Christlichdemokraten](#)
- 30 [Bodenmann Intelligenztest: Gotthard-Röhren](#)
- 31 [Medien Konserven aus Konzernen](#)
- 31 [Gesellschaft Väter und Söhne](#)
- 32 [Darf man das? / Leserbriefe](#)

Hintergrund

- 34 [Sicherheitsrisiko Sommaruga](#)
Die Justizministerin will die Tore für Zehntausende öffnen
- 36 [Neofeudaler Merkel-Stil](#)
Bundesrätin Sommarugas gescheiterte Äthiopien-Reise
- 38 [Terrorismus Der IS-Anhänger unter den Bootsflüchtlingen](#)
- 39 [Kunstaussstellung Palästinensische Träume](#)
- 40 [Verlieren verboten](#)
Auf Bundesrätin Doris Leuthard warten gefährliche Monate
- 42 [Bund der Missionare](#)
Das ungefragte Wirken im Bundesamt für Gesundheit
- 46 [Tessin Bundesratskandidat Norman Gobbi](#)
- 47 [Migration Mythos Fachkräftemangel](#)
- 48 [Schwarzer Humor](#)
Komiker-Talent Charles Nguela
- 51 [Technik Revolution mit Schweizer Hilfe](#)
- 52 [«Nie wieder Sozialhilfebezüger»](#)
Der Fall eines geschädigten Hausbesitzers
- 54 [Schwindsucht auf dem Bankkonto](#)
Die Negativzinsen erreichen das Alltagsleben der Sparer
- 58 [Bundeshaus Verfehlte Klima- und Energiepolitik](#)
- 60 [Essay Siri Hustvedt über die menschliche Behaarung](#)
- 64 [Helmut Schmidt Ein Mann von Charakter](#)
- 65 [Amerika Donald Trumps neues Buch](#)
- 66 [Archäologie Das Herz des Sultans](#)

THE LEGEND AMONG ICONS.



Portugieser Perpetual Calendar.

Ref. 5034: Schon immer übte der Mond eine unerklärliche Anziehungskraft auf die Menschen aus. Im Fall der Portugieser Perpetual Calendar ist das allerdings verständlich. Fasziniert sie doch mit einer Mondphasenanzeige, deren Doppel-Mondlaufdarstellung die nördliche und die südliche Hemisphäre anzeigt. In Kombination mit dem zeitlos eleganten Design der Uhr, erklärt sich ihre Anziehungskraft fast

von alleine: Legenden kann man nicht widerstehen. **IWC. ENGINEERED FOR MEN.**

Mechanisches Uhrwerk, Automatischer Pellaton-Aufzug, Manufakturkaliber 52615, Gangreserve 7 Tage, Gangreserveanzeige, Ewiger Kalender mit Anzeige von Datum, Wochentag, Monat, vierstelliger Jahresanzeige und ewiger Mondphase für die nördliche und südliche Hemisphäre, Saphirglas, Sichtboden mit Saphirglas, Wasserdicht 3 bar, Durchmesser 44,2 mm, Alligatorlederarmband von Santoni

75
YEARS
PORTUGIESE
IWC SCHAFFHAUSEN

IWC Schaffhausen Boutique | Bahnhofstrasse 61 | 8001 Zürich | Tel. 044 211 00 55 | www.iwc.com

IWC
SCHAFFHAUSEN



«Das Leben ist absurd»: Alpinist Messner (2. v.l.) mit Clint Eastwood (l.), 1974. Seite 68

Interview

68 «Die Verantwortung des Überlebenden»

Der legendäre Bergsteiger Reinhold Messner spricht über Angst, Halluzinationen, Tod und das Treffen mit Clint Eastwood am Eiger

Stil & Kultur

72 Stil & Kultur Die Traumfrau

74 Verbrechen, Obsession, Schuld

Die brillanten Ripley-Romane von Patricia Highsmith

76 Top 10

76 Kino «Irrational Man»

77 Jazz Omri Ziegele & Billiger Bauer

78 Namen Schöne Monster

79 Hochzeit Nichola Hugh und Sunhong Kwon

79 Thiel Sozialliberalismus

80 Wein Château Monestier La Tour Cadran Blanc Bergerac Sec 2014

80 Zu Tisch Restaurant «Beluga», Aarau

81 Auto Suzuki Celerio 1.0 Sergio Cellano Top

82 MvH trifft Martin Mosebach, Schriftsteller

Autoren in dieser Ausgabe

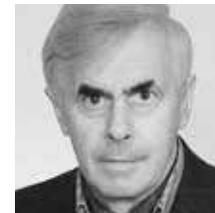
Siri Hustvedt



Die amerikanische Schriftstellerin gilt weltweit als herausragende Essayistin. In ihrem Artikel über die menschliche

Behaarung führt sie aus, warum die Frisur in unserem Alltag von entscheidender Bedeutung ist. Seite 60

Bernd Schips



Der emeritierte Professor für Nationalökonomie der ETH Zürich erklärt, warum die vom Bundesrat geplanten Lenkungsmaßnahmen zur Reduktion der Stromnachfrage nicht zur beabsichtigten Reduktion der Treibhausgase führen können. Seite 58

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCH



BUCHERER.COM

BUCHERER
1888

EINZIGARTIG WIE IHRE EMOTIONEN – SEIT 1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN



VIP-Genussreise Bordeaux/Cognac

Zu Gast bei den ganz Grossen

Fliegen Sie im Privatjet nach Bordeaux und besuchen Sie das weltberühmte Château Lafite Rothschild, Château Haut-Brion, Château Palmer und Château Gruaud-Larose. In namhaften Châteaux werden Sie zum «Table Privée» erwartet. In Cognac sind Sie Ehrengast im legendären Haus Rémy Martin. Exklusive Führungen, Degustationen sowie kulturelle und gastronomische Genüsse inklusive.

Als VIP stehen Ihnen die Tore zu sonst strikt verschlossenen Top-Châteaux offen. Höhepunkte sind das Soirée-Pianokonzert in der imposanten Wein-Kathedrale von Lafite Rothschild sowie zwei «Table Privées» in Top-Châteaux in den weltberühmten Appellationen Margaux und Saint-Julien.

Erlebnis der absoluten Spitzenklasse
Sie logieren standesgemäss im Fünfsternehotel. Auf der Exkursion nach Cognac werden Sie nach einer exklusiven Kellerführung und einem Seminar bei Rémy Martin im Eigner-Château «Domaine du Grollet» nach allen Regeln der Kunst kulinarisch verwöhnt. Im Privatjet reisen Sie stilvoll und im kleinen Rahmen nach Frankreich und zurück.

Schenken Sie sich und Ihren Liebsten Zeit für ein gemeinsames, unvergessliches Erlebnis.

Programm:

1. Reisetag (Donnerstag, 7. Juli 2016)

- Privatjet-Flug Zürich–Bordeaux
- Château Haut-Brion, Besichtigung und Degustation
- «Table privée»: Château Palmer
- Erlebnisfahrt auf der Château-Route durchs Médoc
- «Table privée»: im Château, in der Saint-Julien Appellation
- Apéro und Soirée-Pianokonzert im Château Lafite Rothschild

2. Reisetag (Freitag, 8. Juli 2016)

- Château Smith Haut Lafitte, Besichtigung und Degustation
- Privatjet-Flug nach Cognac
- Rémy Martin, Besichtigung, Cognac-Seminar und «Table privée» im Eigentümerhaus
- Privatjet-Rückflug Cognac–Zürich

Platin-Club-Spezialangebot

Bordeaux/Cognac-Privatjet-Genussreise – exklusiv nur mit diesem Angebot!

Reisedatum:

Donnerstag, 7. Juli bis Freitag, 8. Juli 2016

Leistungen:

- Privatjet-Flug ZCH-BDX-CNG-ZCH mit Park-&Fly-Service in ZCH
- 3 «Table privée»-Essen in exkl. Châteaux
- Soirée-Pianokonzert im Château Lafite Rothschild
- Cognac-Seminar bei Rémy Martin
- Übernachtung im Fünfsternehotel «Burdigala» inkl. Frühstück
- Concierge-Reisebegleitung von Executive CH

Spezialpreise:

Fr. 4780.– pro Person

Einzelzimmerzuschlag: Fr. 150.–

Limitierte Teilnehmerzahl:

Maximal zwölf Gäste. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

Anmeldung:

Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular finden Sie unter: www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Executive CH GmbH, Privatjet- und Yacht-Reisen, 5430 Wettingen, Telefon 056 427 15 68
www.executive-private.ch
E-Mail info@executive-private.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Einzigartiges Land

Von Markus Schär — Wandelt sich die Schweiz zu einem normalen Staat? Nein, wenn sie die SVP stärker in die Verantwortung einbindet, besinnt sie sich darauf, was sie allein auszeichnet.



Mehr Rechte: Glarner Landsgemeinde, Mai 2015.

Verliert die Schweiz ausgerechnet wegen der SVP, was sie unter den Staaten einzigartig macht? «Die Partei, welche die Schweiz vor Europa bewahren will, scheint uns nun genau dorthin geführt zu haben», spottete der Politikforscher Michael Hermann in seiner Kolumne im *Tages-Anzeiger*: «Nicht in die EU – bewahre, die ganz grosse Ironie der Geschichte steht noch aus –, aber immerhin in die europäische Normalität.»

Womit hat sich die SVP den Spott verdient? Die Wahlsiegerin drängt darauf, die Verantwortung in der Landesregierung ihrem Gewicht gemäss mitzutragen, also mit zwei Bundesratssitzen. Spätestens seit dem Rücktritt von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) sprechen sich die meisten Politiker, Politologen und Publizisten dafür aus. Dagegen wehrt sich nur noch SP-Präsident Christian Levrat, der mit seiner Partei so weit links steht wie keine andere sozialdemokratische Partei in Europa, also in kaum einem anderen Land in die Regierung käme.

Die Finanzministerin trat erst zurück, als sie nach den Wahlen sah, dass es für sie in der Bundesversammlung nicht reichen würde. Die SVP und die FDP, die den Anspruch der Volkspartei anerkennt, kommen im Nationalrat genau auf die absolute Mehrheit von 101 Stimmen; sie könnten also in jeder parlamentari-

schen Demokratie allein die Regierung bilden. Darüber hinaus wandten sich auch zahlreiche Parlamentarier der CVP von Eveline Widmer-Schlumpf ab. Sie konnte deshalb am 9. Dezember nicht mehr mit den 124 Stimmen in der Bundesversammlung rechnen, die es für eine Wahl braucht.

«Der Geist des Mehrheitsprinzips ist aus der Flasche», schliesst Michael Hermann daraus, «und er geht da nicht wieder rein.» Der Kommentator – der genau weiss, dass das Parlament schon bisher auf 124 zählen konnte – klagt deshalb: «Die Wahl 2015 entpuppt sich immer mehr als Wende hin zu einer für die Schweiz neuartigen Mehrheitsdemokratie.» Entwickelt sich die einzigartige Eidgenossenschaft zum ganz gewöhnlichen europäischen Land?

Gemach, was das Regierungssystem der Schweiz einzigartig macht, gilt immer noch, ja dank den Wahlen wieder mehr: die Stimme des Volkes, also des Souveräns. Die Bürger geniessen einerseits schon beim Wählen des Parlaments weit mehr Rechte als jene in «normalen» Ländern: Sie müssen nicht einfach eine Liste einwerfen, auf der die Kandidaten gemäss der Order der allmächtigen Parteiführung aufgereiht sind, sondern sie können ihre Favoriten aus verschiedenen Listen zusammensuchen. Wer die Wahl ins Bundeshaus

»» Fortsetzung auf Seite 14

Das Herbstmärchen



Bettina Wulff, wieder glücklich.

Ein Mann, 56, und eine Frau, 42, küssen sich unter dem Balkon von Romeo und Julia. In der shakespeareschen Tragödie sehen die beiden Liebenden nur den Selbstmord als Ausweg aus der finsternen Welt. Hier handelt es sich jedoch um Herrn und Frau Wulff, Christian und Bettina, aus Grossburgwedel. Dabei stehen noch zwei Leibwächter. Die Wulffs sind eingeladen zu einer Hochzeit in Verona. Sie selber haben unlängst noch einmal geheiratet, diesmal kirchlich. Das ist eine gute Nachricht und deshalb nicht interessant. Als die massenmediale Enthüllungsindustrie und die blutspurriechenden Staatsanwälte das Ehepaar Wulff im Schloss Bellevue in Berlin pausenlos bedrängten, bis zum Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten im Februar 2012, und als dann nur nichtjustiziable Gefälligkeiten unter Freunden und geschenkte Kinderspielautos – was ist das im Vergleich zu Millionen getürkter Volkswagen – übrigblieben und ein leiser Freispruch nach all dem Skandalgetöse, da schien auch die Liebe aufgebraucht. Die Wulffs trennten sich.

Es blieb, neben diesem Kollateralschaden, der Verdacht, das Sperrfeuer sollte diese strahlend selbstsichere blonde Bettina-Brünhilde von ihren High Heels herunterholen. Gegen die betrügerischen VW-Bosse oder den Kaiser Franz Beckenbauer mit dem geschmierten Sommermärchen der WM 2006 operieren die so lange ahnungslosen Strafverfolger der Justiz und der Medien nur mit der Pinzette. Bettina Wulff überkleisterte ihre Verletzungen mit ihrer Autobiografie «Jenseits des Protokolls» und liess auch den Ex nicht im besten Licht erscheinen. Im März 2015 reichten die beiden die Scheidung ein. Im Mai verrieten sie, sie lebten wieder unter einem Dach. Bettina Wulff, zweifache Mutter und gelernte Pressesprecherin, wirbt jetzt als Gratis-Model für Velohelme und leistet Tag-und-Nacht-Dienste auf einer Hotline für hilfesuchende Mädchen und Frauen. Christian Wulff arbeitet als Anwalt und Berater, so auch für die Immobilienfirma Corestate Capital in Zug.

Peter Hartmann

schafft, kann sich also wirklich als Volksvertreter fühlen und lässt sich deshalb von der Parteiführung wenig sagen, auch nicht, welche Namen bei den Bundesratswahlen auf die Zettel zu schreiben sind.

Die Bürger bestimmen andererseits, was in Verfassung und Gesetzen steht, wie in keinem anderen Land. Was Bundesrat und Parlament über Jahre aushandeln, gilt noch lange nicht: Das Volk kann es in Abstimmungen verwerfen. Darauf beruht die Schweizer Konsensdemokratie. Sie hört in den Vernehmlassungen alle Minderheiten an, aus denen sich dieser Staat zusammensetzt, und sie bindet im Bundesrat jede Opposition ein, die mit Obstruktion die Gesetzgebung lahmlegt. So kamen 1891 die Katholiken in die Landesregierung, 1943 und 1959 die Sozialdemokraten und 2003 die SVP von Christoph Blocher. Bei der Zauberformel, wie sie seit 1959 galt, geht es gerade nicht um Mathematik, sondern um Politlogik: In der Schweiz – als einzigem Land – reichen 51 Prozent nicht zum Regieren, der Bundesrat muss sich auf eine breite Mehrheit stützen; in den letzten hundert Jahren vertraten die sieben Mitglieder der Landesregierung deshalb meist mehr als drei Viertel des Parlaments.

Unter Levrats Zwang

Das wissen jene am besten, die jetzt am lautesten klagen. Christian Levrat sagt es schon lange vor, andere Rote oder Grüne wie der Zürcher Ständeratskandidat Bastien Girod plappern es nach: Es dürfe im Parlament keine rechte Mehrheit geben, weil die Energiewende oder der sogenannte AHV-Kompromiss sonst scheitern könnten. Diese Vorlagen gibt es gerade nur dank einer Mehrheitsdemokratie, wie sie Michael Hermann beklagt. Die Energiewende kommt aus dem von Roten und Grünen beherrschten Departement von Doris Leuthard (CVP), die Altersvorsorge 2020 aus jenem von Alain Berset (SP). Im Bundesrat winkte sie die Mehrheit durch, die Christian Levrat zusammenzwingen konnte, weil ihm Eveline Widmer-Schlumpf als Geisel diente; im Parlament hielt vor allem Doris Leuthard ihre Parteifreunde auf Linie. Diese Regierung einer knappen Mehrheit vermied es wohlweislich, das Volk zu befragen – sie, nicht die oppositionelle SVP, politisierte also unschweizerisch.

Die SVP will dagegen gerade wieder stärken, was die Schweiz einzigartig macht. Am Tag, an dem die Kolumne von Michael Hermann herauskam, erschien auf Swissinfo ein Interview mit dem Politologen David Altman über die Schweiz. «Hier kann jeder Bürger oder jede Bürgerin jeden Aspekt des Lebens verändern», schwärmte der Uruguayer, der ein grosses internationales Forschungsprojekt zur Demokratie leitet: Die Schweiz sei «das demokratischste Land der Erde».

Verwaltung

Den Staat wachsen hören

Von Beat Gygi — Debatten über die Genauigkeit von OECD-Zahlen zu öffentlichen Stellen lenken vom Problem des Staatswachstums ab.

Ein Streit über Statistiken der OECD zum öffentlichen Sektor hat jüngst in Medien und Verwaltung für Unruhe gesorgt. Ein OECD-Vergleich zur Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit des Staatssektors in den einzelnen Ländern stellt der Schweiz etwas schlechtere Noten aus, als man es von einem relativ disziplinierten Land erwartet. Ins Auge sticht, dass das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor von 2008 bis 2013 in der Schweiz laut der Darstellung grösser war als in allen andern untersuchten Ländern. Laut OECD legte der Anteil der Staatsangestellten an der gesamten Erwerbsbevölkerung in dieser Zeit von rund fünfzehn auf achtzehn Prozent zu. Diese Zunahme um drei Prozentpunkte lässt schon fast auf eine wild wuchernde Verwaltung schliessen. Die Statistiker des Bundes wehren sich gegen diesen Befund und kritisieren, Vergleich und Aufbereitung der Daten seien nicht richtig gehandhabt worden.

Es ist bekannt, dass Zahlen der OECD oft nicht über alle Zweifel erhaben sind. Die Organisation erhält von den einzelnen Mitgliedsländern ja Angaben von ganz unterschiedlicher Qualität zugeliefert. Wenn diese nach erfolgtem Zusammenmischen in imposanten Tabellen als schön geordnete Vergleiche präsentiert werden, wirken die Daten rasch einmal sauberer und solider, als sie es im Grunde genommen sind. Die Schweizer Verwaltung kann sicher glaubhaft darlegen, dass das im OECD-Bericht ausgewiesene Staatswachstum nicht stimmt. Aber das ändert wenig am grundsätzlichen Befund, dass der öffentliche Sektor der Schweiz stark gewachsen ist. Zieht man Schweizer Beschäftigungsstatistiken heran, ergibt sich ein ähnliches Bild. Die staatlich geprägten Branchen wie öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheit und Sozialwesen kommen zusammen auf etwa ein Viertel der Gesamtbeschäftigung. Und dieser Anteil hat von 2008 bis 2013 um zwei Prozentpunkte zugenommen – das kommt der durch die OECD publizierten Ausweitung ziemlich nah.

Zudem passt die längerfristige Entwicklung gut zu diesem Bild. Die Beschäftigung in der Schweiz hat in den vergangenen 25 Jahren von knapp 3,8 auf gut 4,2 Millionen Personen zugenommen. Dieses Wachstum ist mehr oder weniger an der privaten Wirtschaft vorbeigegangen; deren Branchen sind nach einigen Auf- und Abwärtsbewegungen heute alles in allem etwa auf dem gleichen Niveau wie 1990.

Das Stellenwachstum war grösstenteils eine öffentliche Angelegenheit. Neben der Verwaltung hat das rasante Wachstum in Gesundheitswesen, Bildung und Sozialpolitik dazu beigetragen, dass die Anstellungen in der Summe um rund fünfzig Prozent zulegten. Das sogenannte Jobwunder ist also weitgehend öffentlich finanziert worden.

Hoheitliches Geheiss

Und es geht um mehr als um Stellen. Die vom Bundesamt für Statistik berechnete Staatsquote ist seit 1990 von 28 Prozent des Bruttoinlandprodukts auf 33 Prozent gestiegen, darin ist noch nicht alles berücksichtigt, was die Bürger auf hoheitliches Geheiss zum Kollektiv beisteuern müssen. Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich fast egal, ob die jüngsten OECD-Zahlen das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor ungenau oder halbgenau ausweisen. Viel wichtiger ist es, dass die Publikation die Ausweitung des Staates in Erinnerung ruft. Im Frühling 2013 gab es im Parlament eine Abstimmung über die Einführung einer Staatsquotenbremse. Zur Debatte stand die relativ milde Forderung, der Bundeshaushalt dürfe nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft. Die Initiative wurde abgelehnt, auch durch viele Bürgerliche. Wenn das die Bürger gehört hätten.



Mehr Jobs: Triemlisplital Zürich.

Belohnung für Schlepper

Von Alex Reichmuth — Die Glückskette gibt dem medialen Druck nach. Sie leitet künftig mehr Spendengeld an Flüchtlinge auf dem Balkan statt in Krisenregionen. Ein falsches Signal.

Noch am 15. September befand sich die Glückskette auf einer Art Allzeithoch in Sachen Sympathie. Damals sammelte die Spendenplattform anlässlich eines nationalen «Solidaritätstags» innert 24 Stunden sieben Millionen Franken für Flüchtlinge. Einen Monat später ging aber der mediale Shitstorm los. «Die Glückskette hält nicht, was sie verspricht», titelte die *Schweiz am Sonntag*. Die Zeitung machte publik, was die Sammelplattform einige Tage zuvor unbemerkt bekanntgegeben hatte: Nur zehn Prozent der 24 Millionen Franken, die die Glückskette insgesamt zusammengetragen hatte, fliessen für Nothilfe in Länder entlang der Balkanroute wie Griechenland, Mazedonien oder Serbien. Neunzig Prozent aber gehen an Hilfsprojekte in den Kriegsländern Syrien und Irak sowie in den umliegenden Staaten Libanon, Jordanien und Türkei. Zahlreiche Medien nahmen die Geschichte auf. «Die Vorwürfe wiegen schwer», schrieb der *Blick*. Letzte Woche gab die Glückskette nach und kündigte an, Projekte in den sogenannten Transitländern stärker zu unterstützen als geplant: Fünf von fünfzehn Millionen Franken, die sofort verteilt werden, sollen nun in den Balkan fliessen.

Fataler Anreiz

Den Glaubwürdigkeitsverlust hat die Glückskette allein sich selber zuzuschreiben. Sie hatte ihre Spender zuvor krass irregeführt. «Mit den Spenden werden Projekte von Schweizer Hilfswerken kofinanziert, die Nothilfe für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa leisten, unter anderem in Serbien», gab die Stiftung im September bekannt. Erst nachgeschoben hiess es, die Spenden würden es «auch erlauben, schon bestehende Projekte für syrische Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und im Irak weiterzuführen». Auch Glückskette-Sprecherin Priska Spörri erweckte den Eindruck, die Spenden kämen Menschen auf dem Weg nach Mitteleuropa zugute. «Unsere Partnerhilfswerke brauchen vor allem Mittel für die Nothilfe auf der Balkanroute», sagte sie auf Radio SRF 4.

Bedauern wegen der verlorenen Glaubwürdigkeit muss man mit der Glückskette also nicht haben. Dennoch ist der Entscheid, die Spendengelder umzuleiten, eine schlechte Nachricht. Denn der ursprüngliche Plan, das Geld weitgehend Flüchtlingen in der Nähe der Konfliktherde in Syrien und Irak zukommen zu lassen, wäre richtig gewesen. Die Not dieser



Glaubwürdigkeitsverlust: Sprecherin Spörri.

Menschen ist gross, aber dem Uno-Flüchtlingshilfswerk und anderen Betreuerorganisationen fehlen Milliarden Franken für die Unterstützung. Kommen die Spenden aber vermehrt illegalen Migranten zugute, die unterwegs nach Deutschland, Schweden oder in die Schweiz sind, bedeutet das einen fatalen Anreiz: Hilfe bekommen nicht die, die in und um Syrien ausharren, um möglichst bald zurückzukehren. Unterstützt werden vielmehr die, die ihr Leben und das ihrer Kinder aufs Spiel setzen, die Europa vor immer grössere Probleme stellen und die womöglich gar keine Kriegsflüchtlinge sind. Sicher gibt es eine Verpflichtung, Menschen auf der «Balkanroute», die im Regen und Schnee stehen, nicht verhungern und erfrieren zu lassen. Aber es sollte bei knapp gehaltener Nothilfe bleiben.

Denn sonst lautet das Signal: «Setzt euch zuerst in Bewegung, erst dann bekommt ihr Hilfe.» Um sich in Bewegung zu setzen, braucht man aber Schlepper. Diese kassieren Tausende Franken für jeden Platz auf einem instabilen Kahn und jeden Transport an einen Grenzposten. Springen da Hilfsorganisationen ein und beseitigen die dabei entstandene Not, bedeutet das letztlich, das Machwerk der Schlepper zu erleichtern. Diese werden buchstäblich belohnt. Das kann keine nachhaltige Art des Helfens sein.

Ganz normal

Von Philipp Gut — Der ehrliche Fussballer Breel Embolo wird gefeiert. Was sagt uns das?

Der junge Stürmer des FC Basel bringt die Reporter nicht nur durch seine sportlichen Leistungen, sondern auch durch seine Sportlichkeit ins Schwärmen. Im Sonntagsspiel gegen den Grasshopper Club Zürich korrigierte Embolo auf Nachfrage des Schiedsrichters einen Entscheid zuungunsten seines eigenen Klubs. Die Medien überschlugen sich daraufhin in Lobeshymnen. Es war von einer herausragenden Tat und einem beeindruckenden Charakter die Rede. Stellvertretend die Coverzeile des *Blicks am Abend*: «Breel, du bist ein ganz Grosser!»

Die Lorbeeren sind Embolo, einem der grössten Schweizer Fussballtalente, zu gönnen. Doch der Medienhype, den er ausgelöst hat, wirkt sonderbar. Der Mann war einfach ehrlich. Er hat so gehandelt, wie das die Eltern jedem Kind und die Lehrer jedem Schüler beibringen. «Hast du dieses Glas Wasser ausgeleert oder nicht?» «Wer hat diesen Gummi geworfen?» Auf solche Fragen erwartet man eine aufrichtige Antwort.

Was bei Kindern recht ist, sollte bei Erwachsenen billig sein. «Cédric Wermuth, du bist ein ganz Grosser! Denn du zahlst deine Steuern.» Ein solcher Satz wäre nur lächerlich.

Embolos Verhalten sagt deshalb weniger über ihn selbst aus als über die Schweizer Medien und das Bild, das sie vom Fussball ver-



Korrekte Antwort: FCB-Talent Embolo.

mitteln. Tricksen, lügen, betrügen gilt in dieser Welt offensichtlich als normal. Das Normale und Selbstverständliche – eine korrekte Antwort auf die Frage des Schiedsrichters zu geben –, wird als Ausnahmefall gefeiert, der Titelgeschichten generiert.

«Fussballer, aber ehrlich», das ist die versteckte Botschaft dieser Berichterstattung. Wer ein bisschen Berufsstolz hat, der müsste sich eigentlich beleidigt fühlen und dagegen protestieren. Breel, du bist ein ganz Normaler!

WW MAGAZIN



Die nächste Ausgabe liegt der WELTWOCHEN
vom 19. November bei

Später Triumph in Bellinzona

Von Alex Baur — Eine Sekretärin setzt sich vor Bundesstrafgericht gegen mächtige Seilschaften durch, unter anderem gegen Daniel Roth, den heutigen Chefjuristen von Finanzministerin Widmer-Schlumpf.



Strafverfahren gegen Rambo-Emissär: Stierli mit den Anwälten Landmann (l.) und Brandenburg.

Das Urteil, welches Bundesstrafrichter Peter Popp (CVP) am Dienstag in Bellinzona eröffnete, war eine kleine Sensation: Der Angeklagte Daniel Roth ist schuldig der Veruntreuung im Amt und wird bestraft mit sechzig Tagessätzen bedingt; beim mitverurteilten Finma-Chefbeamten Mathias Hebeisen beträgt das Strafmass in derselben Sache vierzig Tagessätze.

Dass hochkarätige Beamte – der Haupttäter Daniel Roth ist inzwischen zum Chefjuristen von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf avanciert – überhaupt vor dem Bundesstrafrichter vortraben müssen, kommt selten vor. Wenn man bedenkt, wer auf der Gegenseite steht – eine Sekretärin aus Zug mit dem Namen Cornelia Stierli –, könnte man auch von einer grossen Sensation reden. Die Widerstände, die Stierli in ihrem jahrelangen Kampf gegen eine selbstherrliche Beamten-schaft überwunden hat, sind gigantisch.

Stierlis Odyssee durch den Dschungel von Verwaltung und Justiz nahm ihren Anfang am 19. November 2007 in einem Zuger Treuhandbüro, wo sie als Sekretärin arbeitete. Wegen eines vermeintlichen Verstosses gegen das Bankengesetz (ein Vorwurf, der sich drei Jahre später als haltlos erwies) führte ein Anwalt im Auftrag der damaligen Bankkommission (EBK, heute Finma) beim Treuhänder eine Hausdurchsuchung durch, in deren Verlauf es zu

einer Tötlichkeit gegen Cornelia Stierli kam. Die Sekretärin erstattete Strafanzeige gegen den EBK-Anwalt (*Weltwoche* Nr. 32/11, «Wildwest-Methoden bei der Finma»).

All die Hürden, die Stierli überwinden musste, um den handgreiflichen EBK-Anwalt vor ein Gericht zu bringen, sind eine Geschichte für sich (die Zuger Staatsanwaltschaft liess den Fall in die Verjährung schlittern, doch der Anwalt musste wegen schuldhaften Verhaltens alle Kosten übernehmen). Empörend ist aber vor allem die Nonchalance, mit der sich der

Stierli finanzierte damit indirekt die Verteidigung des Mannes, den sie verzeigt hatte.

Rambo-Anwalt aus der Konkursmasse der Treuhandfirma bediente, die nach der Razzia in den Ruin ging. Für die Liquidation zahlte er sich selber ein Honorar von total 238'932 Franken aus, inklusive 30'305 Franken für seine Verteidigung wegen der Tötlichkeit. Stierli, die Lohnzahlungen aus der Konkursmasse zugute hatte, finanzierte damit indirekt die Verteidigung des Mannes, den sie verzeigt hatte.

Stierlis Anwälte Manuel Brandenburg (Zug) und Valentin Landmann (Zürich) suchten zuerst eine gütliche Einigung mit den damali-

gen Finma-Juristen Daniel Roth und Mathias Hebeisen. Doch die Chefbeamten, welche die Selbstbedienung aus der Konkursmasse absegnet hatten, stellten auf stur. Sie zierten sich sogar, eine anfechtbare Verfügung zu erlassen und verlangten einen Kostenvorschuss. Da platzte Stierli der Kragen: Sie reichte nun auch gegen die selbstherrlichen Beamten eine Strafanzeige ein – entgegen dem anfänglichen Rat ihrer Anwälte notabene, die sie eindringlich vor dem hohen Prozessrisiko warnten.

Und das mit gutem Grund. Die Bundesanwaltschaft weigerte sich, die Anzeige gegen die Kollegen von der Finma auch nur entgegenzunehmen (*Weltwoche* Nr. 5/15, «Chronische Beisshemmung»); dann verschleppte sie das Verfahren während vier Jahren mit allen möglichen Trölerereien. Viermal gelangte Stierli ans Bundesstrafgericht, das die Bundesanwälte nach mehreren Ermahnungen schliesslich Anfang 2015 zur Anklageerhebung zwang.

Trölerereien von Bundesanwalt Buletta

Nach einem halben Jahr Bedenkzeit formulierte Bundesanwalt Carlo Buletta die geforderte Anklage am 7. Juli 2015 – und beantragte sogleich einen Freispruch. Buletta hielt es nicht einmal für nötig, seinen Antrag diese Woche vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona zu vertreten, er liess sich dispensieren. Vielleicht ahnte der von Erfolgserlebnissen nicht eben verwöhnte Buletta das Fiasko.

Aus der Sicht der angeklagten Finma-Juristen war der Griff des EBK-Anwaltes in die Konkursmasse zum Zwecke seiner Selbstverteidigung ein hoheitlicher Akt, der allenfalls auf zivilrechtlichem Weg hätte angefochten werden können. Immerhin habe die Finma schriftlich festgehalten, dass der «Kostenvorschuss» im Falle einer Verurteilung «überprüft» werden müsste. Dass es auch zu einem Freispruch mit Kostenaufgabe wegen Verjährung einer an sich berechtigten Anklage kommen könnte, zog man offenbar nicht in Betracht.

Stierlis Anwälte hielten dem entgegen, dass das Strafverfahren gegen den Rambo-Emissär der EBK dessen private Angelegenheit war. Hatte er die Tötlichkeit begangen, würde er auch die finanziellen Folgen zu tragen haben – war er aber unschuldig, musste ihn das Gericht für die Umtriebe entschädigen. Es gibt keinen Grund, einen Anwalt in einem Strafverfahren gegenüber einem normalen Bürger zu privilegieren.

Genauso sah es auch das Bundesstrafgericht, als es Roth und Hebeisen verurteilte (ein dritter Finma-Jurist, der mit der Affäre nur am Rande zu tun hatte, wurde freigesprochen). Die beiden Chefbeamten müssen Cornelia Stierli für ihre Umtriebe mit je 14'000 Franken entschädigen. Der Prozess in Bellinzona brachte übrigens noch zutage, dass der handgreifliche EBK-Anwalt neben den 30'305 Franken weitere 84'56 Franken für seine private Verteidigung abgezweigt hatte. ○

Personenkontrolle

Widmer-Schlumpf, Dietrich, Etter, Schawinski, Tognoni, Büchel, Blatter, Müri, Wolff, Hangartner, Salihi, Weber, Sommaruga, Juncker

Jahrelang beeindruckte Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP) mit ihrer zuweilen pingeligen Art. Ganz am Schluss ihrer achtjährigen Ära lässt sie die Zügel offenbar schleifen: Dem Vernehmen nach wundert man sich im Bundesrat darüber, dass auf Ende Jahr der Direktor der Zollverwaltung, **Rudolf Dietrich**, und der Direktor der Alkoholverwaltung, **Fritz Etter**, in Pension gehen. Widmer-Schlumpf weiss seit Januar beziehungsweise seit Februar 2015 von diesen Abgängen. Aber bis heute hat die Finanzministerin keine Ausschreibung zur Neubesetzung der beiden Kaderstellen vorgenommen, geschweige denn potenzielle Kandidaten zur Auswahl. Damit sind die beiden Bundesämter ab dem kommenden Jahr führungslos. Etwas Gutes lässt sich darüber trotzdem sagen: Für einmal geschehen die Abgänge freiwillig, was unter Widmer-Schlumpf in den letzten acht Jahren nicht immer der Fall war. (*hmo*)

Roger Schawinski, einst der wohl beste und bissigste Talker der Nation, wird immer zahlloser. Am Montagabend sass er in seiner Show auf SRF 1 zwei Gästen gegenüber, denen die Mainstream-Medien das Etikett «Fifa-Kritiker» umhängen: **Guido Tognoni** und **Roland Rino Büchel**, SVP-Nationalrat aus dem Kanton St. Gallen. Das Trio war sich einig, und es bestärkte sich gegenseitig darin: Die Fifa und vor allem deren Präsident **Sepp Blatter** sind böse und korrupt. Man zog über Abwesende her, die der TV-Talker offensichtlich nicht selbst vor die Kamera gebracht hatte. Die Rolle, die Tognoni und Büchel einst selbst bei der Fifa spielten, erwähnte Schawinski mit keinem Wort. Die Fifa-Kritiker sind nämlich auch «Fifa-Heuchler», wie die *Weltwoche* berichtete (Nr. 42/15). Stellte Schawinski etwa deshalb keine kritischen Fragen, weil sonst nicht einmal Büchel und Tognoni in die Sendung gekommen wären? (*gut*)

Die Renovation des Bundeshauses schreitet unerbittlich voran. In der Wintersession erwartet die Parlamentarier eine grüne Überraschung: Die Wandelhalle ist neu bestückt worden mit einer Reihe von meterhohen Palmen in Töpfen. Die Pflanzen stammen aus Südamerika und kosten rund 1000 Franken pro Stück. Wer nachfragt wie der Luzerner Nationalrat **Felix Müri** (SVP), erhält die Auskunft, dass eben 1902, als das Bundeshaus eingeweiht



Geht es auch günstiger? Polizeivorsteher Wolff.

wurde, solche Palmen aufgestellt worden seien. Müri war von dieser Begründung wenig überzeugt. Dann müsste man konsequenterweise wieder rauchen dürfen wie zur Jahrhundertwende und das Frauenstimmrecht abschaffen. Man darf sich auch auf kommende Fernsehübertragungen freuen, wenn beispielsweise Finanzpolitiker unter Palmen schmerzliche, aber nötige Sparprogramme für den Bund begründen. Einzig die Grüne Partei dürfte Potenzial in der neuen Kulisse erkennen, vor welcher sie anschaulich vor dem drohenden Klimawandel warnen kann. (*kep*)

Grosszügig mit dem Geld der Steuerzahler springt auch der Stadtzürcher Polizeivorsteher **Richard Wolff** (Alternative Liste) um. 750 000 Franken beantragt er in der Budgetrunde für 2016 unter dem Titel «Aktiver Gehörschutz für die Einsätze im Ordnungsdienst». Wie das Onlineportal *Die Zürcherin* berichtet, sollen 800 Polizisten mit neuen Kopfhörern ausgerüstet werden, was einen Pro-Kopf-Preis von stolzen 940 Franken ergibt. Laut Polizeidepartement brauche es einen so teuren Gehörschutz, damit sich die Einsatzkräfte trotz Kopfhörer über Funk verständigen können. So weit, so gut. Doch geht es nicht auch ein wenig preiswerter? Eine kurze Internet-Recherche zeigt, dass die Firma Brownells («Serious About Firearms Since 1939») Highend-Kopfhörer für den Gefechts-einsatz für knapp 300 US-Dollar verkauft – weniger als ein Drittel im Vergleich zu Wolffs Budgetposten. Gemäss Brownells zeichnen sich die Modelle vom Typ Pro Tac Gold durch die mit 1,5 Millisekunden «schnellste *attack time* der Industrie» aus und durch eine Technologie, die den Benutzer innen und aussen «alle Befehle hören lässt», selbst im «anhaltenden Feuergefecht». Für die traditionellen 1.-Mai-Krawalle seitens linksalternativer Randalierer sollte dies knapp ausreichen. (*fsc*)

«Einbürgerung beschleunigt Integration», zeigt eine vom Nationalfonds unterstützte



Drohender Klimawandel: Palmen im Bundeshaus.



Einigkeit: Schawinski, Büchel, Tognoni.

Studie, die Ende September starke Beachtung fand. **Dominik Hangartner** vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich befragte mit Kollegen aus Stanford und Mannheim 768 Personen, deren Einbürgerungsgesuch in Gemeindeabstimmungen knapp angenommen oder abgelehnt worden war. Und das Forschertrio befand nach aufwendigen Analysen, dass die eingebürgerten Schweizer «eine Stimmbeteiligung und ein politisches Wissen ähnlich wie gebürtige Schweizer» entwickelten. Letzte Woche verbreitete dasselbe Zürcher Institut einen Aufsatz von **Blertha Salihi**. Die Politikwissenschaftlerin behauptete in ihrer Bachelorarbeit: «In der Schweiz ist der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund besonders gross.» Über die Gründe dafür mutmasste sie nur: Die Migranten gälten in der Schweiz weiterhin als Ausländer; sie dürften sich deshalb bei der politischen Partizipation zu wenig «mitgemeint und eingeladen fühlen». Einen Beleg für die These brauchte es nicht, dabei hätten sich auch dafür leicht irgendwelche Daten finden lassen. (*sär*)



Starke Beachtung: Wissenschaftler Hangartner.



«Guter Deal»: UBS-Präsident Weber.

Der Schweizer Finanzsektor drängt seit Jahren auf ein Finanzdienstleistungsabkommen mit der Europäischen Union, um den Zugang zu den EU-Märkten zu sichern. Bislang stellt sich Brüssel quer. Eine ähnliche Frage stellt sich nun plötzlich auch Grossbritannien: Wie sehr würde der Finanzplatz London unter einem Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union («Brexit») leiden? Eine Antwort auf diese Frage gab UBS-Präsident Axel Weber am Dienstag an einem Anlass des *Wall Street Journal* in London: Ein «Brexit» «würde den Finanzplatz London nicht unterminieren», so die Einschätzung des Spitzenbankers. Es entstünden für zwei oder drei Jahre einige Unsicherheiten betreffend den Zugang zu europäischen Märkten. Grossbritannien werde diesbezüglich von Brüssel aber wohl «einen guten Deal» bekommen, so Weber. (fsc)

Seit die Schweizer Bundespräsidentin **Simonetta Sommaruga** von EU-Kommissions-Präsident **Jean-Claude Juncker** geküsst worden ist, richtet sie die politische Agenda der Schweiz streng nach der EU aus. So hätte nächsten Mittwoch eine weitere EU-Klausur stattfinden sollen. Diese wurde nun kurzfristig abgesagt – von Sommaruga. Die Bundespräsidentin will über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und den Rahmenvertrag mit der EU im Bundesrat erst wieder reden, nachdem sie mit Kommissionspräsident Juncker das weitere Vorgehen in beiden Dossiers hat besprechen können. Genau so hat sie das auch im Bundesrat vorgetragen. Offenbar ist Sommaruga dem Charme des EU-Kommissions-Präsidenten erlegen – auch wenn sich Juncker bis heute nicht in einen Prinzen verwandelt hat. (hmo)

Nachruf



Pragmatiker der Macht: Kanzler Schmidt (r.), Gattin Loki, 1974.

Helmut Schmidt (1918–2015) — Sein damaliger Aussenminister Hans-Dietrich Genscher erzählte diese Anekdote, die mehr über den Altkanzler verrät, als ihm lieb gewesen sein dürfte. Man schrieb Mai 1979, und der erfahrene Staatsmann Schmidt war aus Bonn nach London gereist, um der frisch gewählten Premierministerin Margaret Thatcher ungefragt nützliche Tipps zu geben. Der «Weltökonom» dozierte vor sich hin und bemerkte nicht, dass die Eiserne Lady den Verschluss ihrer Handtasche immer unwirscher auf- und zuschnappen liess. Als der SPD-Kanzler der Tory-Politikerin dann noch anbot, zwischen ihr und den Gewerkschaften zu vermitteln, brach Thatcher das Treffen ab. Sarkastisch teilte Genscher dem bang vor der Tür wartenden deutschen Botschafter mit: «Ich wurde soeben Zeuge des Beginns einer wunderbaren Freundschaft.»

Aber wunderbare Freundschaften waren Helmut Schmidt immer egal, ebenso wie politische Träume und andere rational schwer fassbare Phänomene. Er hatte nur eine gute Freundin, seine Frau Loki. Ansonsten sah er sich nüchtern als Pragmatiker der Macht. Er war, wie er es ausdrückte, «leitender Angestellter der Bundesrepublik Deutschland». Auch die Sentenz, dass ein Politiker mit Visionen einen Augenarzt aufsuchen sollte, stammte angeblich von ihm.

Nicht fragen, sondern zupacken – das war schon sein Motto gewesen, als er 1962 auf die nationale Bühne stürmte. Als

Innensenator von Hamburg verhinderte er bei der Jahrhundertsturmflut eine noch grössere Katastrophe. Es folgte der Aufstieg in die Bundespolitik und ins Kanzleramt nach Willy Brandts Rücktritt. Doch ein grosser Kanzler war Schmidt nicht, mit dessen Namen man historische Ereignisse wie die Westbindung (Adenauer), die Ostpolitik (Brandt) oder die Wiedervereinigung (Kohl) assoziierte. Aber er steuerte sein Land recht sicher durch gefährliche Untiefen: durch die vom Ölpreisschock ausgelöste Weltwirtschaftskrise oder die blutige Terrorkampagne der Rote-Armee-Fraktion.

Am nächsten Problem indes zerbrach seine Kanzlerschaft: Im Streit um die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen verweigerten ihm seine eigene Partei und sein liberaler Koalitionspartner die Gefolgschaft. Gestürzt durch ein Misstrauensvotum dürfte es Schmidts schwärzeste Stunde gewesen sein, als er seinen Platz auf der Regierungsbank für den von ihm verachteten Provinzler Helmut Kohl räumen musste.

Seine Rache genoss er dann wie seine Zigaretten: Langsam und bedächtig. Denn derweil Kohl am Ende seiner Laufbahn zu einem abgehalfterten Altpolitiker wurde, mutierte «Schmidt-Schnauze» als Herausgeber der *Zeit* zum weisen Elder Statesman, an dessen Lippen eine verunsicherte Nation inbrünstig hing. Deshalb werden ihn die Deutschen vermissen wie keinen anderen Altkanzler. *Wolfgang Koydl*

«Ein Wort von Merkel – und die Flut ist gestoppt»

Von Roger Köppel und Wolfgang Koydl — Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán über die sträfliche deutsche Willkommenskultur und die existenzielle Bedrohung von Europas Identität. Dass er zum Enfant terrible der linken Meinungsmacher geworden ist, stört ihn nicht.

Das Büro des ungarischen Ministerpräsidenten hat die Ausmasse einer kleineren Bahnhofshalle, einen prachtvollen Blick auf die Donau und ist mit deckenhohen Wandmalereien geschmückt, die Szenen aus der Geschichte des Landes zeigen. Wenn Viktor Orbán am Schreibtisch sitzt, blicken ihm Nationalhelden wie der heilige Stephan oder der Unabhängigkeitskämpfer Lajos Kossuth über die Schulter. Der Premier sieht in ihnen nicht nur eine Verzierung, sondern auch eine Inspiration: Die Magyaren, sagt er, hätten Europa schon immer gegen den kämpferischen Islam verteidigt. Er setze lediglich diese Tradition fort. Und einschüchtern lässt er sich sowieso nicht – weder von seinen Kritikern noch von dem bombastischen Büro.

Herr Orbán, hat Sie letztthin einer Ihrer Amtskollegen in der EU angerufen, um Sie um Rat zu fragen, sich bei Ihnen zu bedanken oder sich gar zu entschuldigen?

Das Verhältnis zu den Kollegen ist nicht immer leicht, weder bei Telefongesprächen noch bei unseren Treffen. Wir treffen uns alle zwei Wochen, das ist ziemlich viel. Gerade letzten Sonntag hatten wir aus heiterem Himmel ein Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der Balkanstaaten und von Österreich und Deutschland.

Was ich meine, ist natürlich: Sie haben in der Flüchtlingsfrage mit Ihrer Politik letztlich recht behalten. Jetzt will fast jeder einen Zaun.

Es gibt einen klaren Unterschied in der Sprache und im Ton, den wir verwenden, wenn wir im Korridor miteinander sprechen und wenn wir am Verhandlungstisch sitzen. Es ist nicht meine Aufgabe, einige unglückliche Fakten über die politischen Diskussionen innerhalb der EU zu enthüllen, aber es ist so, dass man immer seltener auf den anderen reagiert. Wenn man eine Reaktion auslösen will, dann provoziert man schon sehr, oder man wird persönlich, sonst haken alle in der Runde nacheinander ihre Punkte ab, ohne auf den anderen einzugehen. Wenn wir im Korridor beieinander stehen, ist das anders.

Und wir haben gedacht, dass bei diesen EU-Gipfeln die Fetzen fliegen.

Die Kultur der Diskussion, des freien Meinungsaustauschs, der freien Rede ist leider nicht mehr unbedingt Teil der Debatten unter uns Spitzenpolitikern. Leider gibt es das auch immer seltener in der öffentlichen Arena – also in den Medien, in der öffentlichen Meinung. Vielleicht ist auch das eine Auswirkung der Migrantenkrise: Ein freier und ehrlicher Meinungsaustausch ist immer weniger Teil der Kultur der europäischen politischen Elite. Alles wird reguliert, diszipliniert, und die Ausrichtung eines jeden Spitzenpolitikers entspricht seinem politischen Lager. Wer etwas anderes vertritt als der euroliberale Mainstream, fällt aus dem Rahmen,

Wer etwas anderes vertritt als der euroliberale Mainstream, fällt aus dem Rahmen.

und es wird versucht, ihn zu isolieren. Die linke Seite ist in Europa diesbezüglich viel geschickter als das Lager der Volkspartei. Wir haben verloren, was den europäischen Kontinent attraktiv gemacht hat und seine Anziehungskraft für uns Ungarn bedeutete: die freie politische Diskussion. Wegen der politischen Korrektheit hat sich die EU in eine Art von Königshof verwandelt, wo sich jeder richtig verhalten muss, dabei ist die Migration eine drängende Herausforderung für uns. Sie zieht so viele unerwartete Folgen und unbeantwortete Fragen über Europas Identität oder die Rolle des Christentums nach sich. Aber alles, was man dazu liest oder hört, ist meistens weder interessant noch inspirierend. Das ist eine verlorene Chance.

Das klingt skeptisch. Stehen wir nicht am Anfang einer Periode grösserer Offenheit?

Mein persönlicher Eindruck ist, dass die Elite Europas, wenn es um Fragen geistiger Art geht, nur seichte und zweitrangige Themen debattiert. Nette Sachen wie Menschenrechte, Fortschritt, Frieden, Offenheit, Toleranz. Im öffentlichen Sprachgebrauch reden wir nicht über die fundamentalen Themen, nämlich darüber, woher diese netten Dinge eigentlich kommen. Wir sprechen nicht über die Freiheit, wir sprechen nicht über das Christentum, wir sprechen nicht über die Nation, und wir sprechen nicht



«Knallhartes Machtspiel»: Viktor Orbán.

über den Stolz. Brutal gesagt: Was heute in der europäischen Öffentlichkeit dominiert, ist nur europäisch-liberales Blabla über nette, aber zweitrangige Themen.

Glauben Sie nicht, dass die Migrantenkrise, weil sie existenziell für Europa ist, den Kontinent den Ernst der Lage erkennen lässt?

Zunächst bedeutet diese Krise eine grosse Peinlichkeit für uns. Wir haben 28 Geheimdienste in der Europäischen Union, von denen einige, wie der britische oder der französische, zu den besten der Welt gehören. Darüber hinaus können die Regierungschefs auf Tausende von Experten und Beratern zurückgreifen. Wir haben Akademiker und Think-Tanks. Und trotzdem glauben wir, dass diese Krise aus heiterem Himmel über uns hereingebrochen ist. Es ist schwer vorstellbar, dass niemand gewusst hat, was auf uns zukommt.



Sie meinen, man wusste schon lange, was auf Europa zukommt?

Es ist schwer, diesen Gedanken loszuwerden. Wir haben monatelang diskutiert, aber das Ergebnis war immer das gleiche: «Lasst die Menschen herein.» Dazu kommt: In den ersten Monaten konnte niemand laut sagen, dass es sich um eine existenzielle Frage für Europa handelt. Monatelang hat man es zuerst als humanitäre Frage betrachtet, dann als technisches Problem – wo man die Flüchtlinge unterbringt, wie man sie verteilt. Niemand hat die Frage aufgeworfen, ob es da nicht viel mehr um unsere Existenz geht, um unsere kulturelle Identität, um unsere Art zu leben. Ich weiss nicht mit Sicherheit, was wirklich passiert, und ich will niemanden beschuldigen, aber der Verdacht drängt sich auf, dass das alles kein Zufall ist. Ich

bin nicht mutig genug, um öffentlich mit Gewissheit darüber zu sprechen. Aber man kommt nicht umhin, sich vorzustellen, dass dahinter eine Art von Masterplan steckt.

Wessen Masterplan?

Das ist die schwierigste Frage. Dazu müssen wir einige linke Schriften identifizieren, die in den letzten Jahren publiziert wurden und die sich mit der Zukunft der Europäischen Union, mit der Gesellschaft und mit einem

«Es ist schwer vorstellbar, dass niemand gewusst hat, was auf uns zukommt.»

möglichen europäischen Superstaat beschäftigten. Ich lese diese Artikel und Essays gerade wieder aufs Neue, und dabei fällt mir auf, dass einige Autoren eine immer geringere Rolle

des Nationalstaates forderten. Zwischen dem Einzelnen und dem übernationalen Superstaat brauche es immer weniger einen Nationalstaat, und es ist eine neuartige Beziehung nötig. Die europäische Linke und radikale amerikanische Demokraten haben eine Theorie für diese neue Welt ausgeheckt. Es wäre zu oberflächlich, zu sagen, dass dies das Motiv hinter der Migration ist; aber es hängt sicherlich mit der Migrantenfrage zusammen.

Inwiefern?

Man sieht die Migration als Chance. Ein, zwei Jahrzehnte lang wurde die linksgerichtete europäische Intelligenz theoretisch darauf vorbereitet. Jetzt haben wir es mit einfacher Real- und Machtpolitik zu tun: Alle Indizien und Erfahrungswerte deuten darauf hin, dass die überwältigende Mehrheit dieser Migranten später links wählen wird, sobald sie eingebürgert sind. Es werden also künftige linke Wähler nach Europa importiert.

Angela Merkel kann nicht als linksradikal bezeichnet werden. Aber es war sie, die die Tore weit aufgestossen hat.

Darüber zerbrechen sich viele von uns seit langem den Kopf. Deutschland ist der Schlüssel. Wenn die Deutschen morgen früh sagen würden: «Wir sind voll, es ist vorbei», dann würde die Flut sofort abebben. So einfach ist es, ein einziger Satz von Angela Merkel. Ich habe das bei ihr einige Male erwähnt.

Und was war ihre Antwort?

Dass die Sache komplizierter sei. Angela Merkel ist die wichtigste Spitzenpolitikerin der rechten Kräfte, aber wir dürfen nicht vergessen, dass sie eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten führt, ohne die es keine Mehrheit gibt. Deshalb ist es ein knallhartes Machtspiel. Die SPD weigert sich, zu sagen, dass das Land voll sei, und lehnt Grenzkontrollen, Transitzonen, die einfachsten Massnahmen ab. Wenn man verstehen will, was die Kanzlerin tut, muss man die grosse Koalition betrachten, die eine politische Realität in Deutschland ist.

Zeigt die Migrationskrise den Bürgern Europas, dass die EU nicht einmal imstande ist, eine grundlegende Aufgabe wie den Schutz der Grenzen zu gewährleisten? Dass sie nicht einmal ihre eigenen Asylgesetze einhalten kann?

Diesen schlechten Eindruck von der Handlungsunfähigkeit der EU gab es schon vor der Migrationskrise. Das erkannten die Bürger in der Finanzkrise und in der Griechenland-Krise. Sie kritisierten ihre Politiker, weil sie nicht in der Lage waren, einen Ausweg aus der Finanzkrise zu finden. Das Innehalten unserer Volkswirtschaften ist nach wie vor offenkundig, wir stagnieren. Gleichzeitig tauchen neue Giganten am Horizont auf, während der alte Gigant Amerika auch immer stärker wird. Der europäische Bürger ist



«Der grösste Motor hinter dieser Völkerwanderung ist Business»: Flüchtlinge in Slowenien.

überzeugt, dass seine Spitzenpolitiker nicht effektiv sind. Aber die Migrationskrise hat einen neuen Eindruck erzeugt. Er hat nicht mit Effizienz zu tun, sondern mit Demokratie. Jetzt geht es um die Frage: Wer zum Teufel hat diese Politik beschlossen? Denn wenn es um existenzielle Fragen wie unsere Identität oder um den Schutz vor Terror geht, muss man das mit den Bürgern diskutieren, und man hätte das mit ihnen auch diskutieren sollen.

Mit anderen Worten: Niemand hat Merkel und Co. ein Mandat erteilt, Flüchtlinge in Scharen ins Land zu lassen?

Mehr als das, es gibt ja noch nicht einmal heute die Absicht, die Leute in die Diskussion einzubeziehen. Man ignoriert die öffentliche Meinung.

Was ist der Grund dafür?

Der Liberalismus tritt heute nicht mehr für die Freiheit ein, sondern für politische Korrektheit, die das Gegenteil von Freiheit ist. Das Ergebnis ist eine geschlossene, elitäre Politik. Doch wenn die Leute merken, dass ihnen niemand zuhört, dass ihre Meinung nicht zählt in einer Frage, die ihr Leben in den nächsten Jahrzehnten bestimmen wird, dann geht es nicht um die blosse Handlungsfähigkeit von Regierungen, sondern um viel schwerer wiegende Probleme. Deshalb glaube ich, dass die Migrantenkrise die EU destabilisieren kann. Nicht beziehungsweise nicht nur wegen der hohen Zahl an Zuwanderern, sondern auch weil das Bekenntnis zur Demokratie in Frage gestellt wird.

Die Krise offenbart also die EU als das, was sie wirklich ist: eine Gruppe von Politikern, die nicht auf ihre Wähler hört?

Das war nicht immer so, denn die EU ist nicht von jeher unfähig, demokratisch zu handeln und ihre Bürger an Meinungsbildungsprozessen zu beteiligen. Als wir im Vertrag von Lissabon unsere grundlegenden Strukturen modifizierten, gab es viele Debatten, und in einigen Ländern kam es sogar zu Volksabstimmungen. Aber jetzt, wo es ums Überleben geht, ist das nicht der Fall. So können wir nicht fortfahren. Wir müssen die Bürger an den Debatten beteiligen!

Glauben Sie, dass dieser Meinungswandel stattfinden wird?

Vieles hängt in erster Linie von den Deutschen ab.

Glauben Sie, dass die Deutschen diesen Meinungswandel vollziehen werden?

Ich weiss nicht, ob es passiert, aber es gäbe mehrere Gründe, es zu tun. Zum Glück bin ich kein deutscher Wähler...

Die Europäer sind sich nicht einmal selbst einig, wie man mit dem Migrationsproblem umgehen soll.

Dafür gibt es zwei Gründe. Es fängt schon damit an, welchen Namen man dem Phäno-

«Jetzt geht es um die Frage: Wer zum Teufel hat diese Politik beschlossen?»

men gibt. Die Deutschen nennen es Flüchtlingskrise, wir Migrationskrise. Wir weisen darauf hin, dass viele aus wirtschaftlichen Gründen kommen, und viele wissen offenbar selber nicht, was sie erwartet. Sie fühlen nur, dass sie hier ein besseres Leben haben können. Ausserdem ist es eine Sicherheits-

frage, wenn Sie jemanden in Ihr Haus lassen, den Sie nicht kennen.

Und der zweite Grund für die Uneinigkeit?

Das Ausmass des Problems. Einige reden nur von ein paar hunderttausend, höchstens einer Million Menschen. Wir gehen von mindestens einer Million aus, multipliziert mit fünf – wegen des Familiennachzugs –, sind das schon fünf Millionen in einem Jahr. Und die Zahlen wachsen weiter. Darüber hinaus haben wir Hinweise aus den Flüchtlingslagern und aus den Herkunftsländern, dass die Leute überzeugt sind, sie würden in Europa erwartet und willkommen geheissen. Ein Aufbruch birgt demnach keine Risiken, weil es sich um eine Einladung handelt. Und wir sollten Afrika nicht vergessen! Afrika beginnt sich gerade erst zu bewegen, und ohne eine vernünftige Politik unsererseits werden auch die Afrikaner kommen. Das hiesse weitere Dutzende von Millionen. Der Umfang des Problems ist heute schon grösser und wird in Zukunft noch erheblicher werden, als sich das viele westeuropäische Spitzenpolitiker vorstellen.

Wie kann man diesen Strom stoppen?

Wenn man ein ausserordentliches Problem sieht, denkt man automatisch, dass man mit ausserordentlichen Massnahmen darauf reagieren muss. Aber in der Politik läuft es nicht so. Wir sollten uns stattdessen ganz einfach an unsere Regeln, an unsere Gesetze halten, das ist nicht kompliziert. Schwierig vielleicht, aber nicht kompliziert. Wenn die Griechen die Schengen-Regeln einhalten würden, hätten wir kein Problem. Wenn die Griechen das nicht können, müssen wir sie dazu bringen, das zu tun. Wenn wir das nicht erzwingen können, brauchen wir eine zweite Verteidigungslinie. Gar nicht kompliziert. Daher akzeptiere ich auch nicht das Argument mancher Politiker, dass man die Dinge einfach akzeptieren muss, weil wir keine aussergewöhnlichen Instrumente für diese aussergewöhnliche Herausforderung hätten.

Wären Sie auch heute noch für einen EU-Beitritt Ungarns?

Ich war bei der Volksabstimmung dafür, und ich wäre es wohl auch heute, weil unser Horizont historisch ist. Es geht nicht nur um unseren Lebensstandard oder vorübergehende Schwierigkeiten. Für Ungarn stellt sich die Lage anders dar als für die Schweiz. Bei der Schweiz gibt es nicht den geringsten Zweifel, wozu sie gehört: zum europäischen Kontinent. Egal, ob Sie Mitglied der EU sind oder nicht, Sie sind ein europäisches Land. Aber wir leben im Osten, an der historischen Grenze dieses Kontinents. Wären wir nicht in der EU, könnten wir uns leicht in derselben Lage wie die Ukraine wiederfinden. Historisch sollte die Ukraine in der EU sein. Aber gehört sie im Moment wirklich zu Eu-

ropa? Wenn man keine zweite Ukraine haben, kein Land im Dämmerlicht zwischen zwei Welten wissen und sehen will, dann gehört Ungarn in die EU. Es geht um unsere Identität. Würde Ungarn zwischen der Schweiz und Österreich liegen, dann wäre diese Frage nicht so leicht zu beantworten. Aber dieser Platz ist ja leider schon besetzt. (Lacht)

Glauben Sie, dass Angela Merkel einen Plan hat? Oder wird sie von dem Problem einfach überwältigt?

Sie ist eine starke Spitzenpolitikerin, nicht nur weil sie ein starkes Land leitet, sondern auch aufgrund ihrer Persönlichkeit und Leadership. Aber ihr Koalitionspartner, die SPD, legt ihr Fesseln an, da er das linke Konzept von der Zukunft Europas teilt. Es ist also schwierig, und die Situation wird immer schwieriger. Jetzt kommt die Türkei ins Spiel. Es ist nicht leicht, mit den Türken in der Migrationsfrage zu einer Übereinkunft zu kommen. Deshalb ist meiner Meinung nach das Schlüssel-land nicht die Türkei, sondern Griechenland. Man kann nicht erfolgreich mit den Türken verhandeln, wenn sie wissen, dass man keine Alternative hat. Man braucht eine andere Option, und die liegt in einem Schutz der europäischen Grenzen durch Griechenland.

Werden die Türken die Migranten nutzen, um einen EU-Beitritt zu ertrotzen? Oder werden sie alle Migranten einfach in die EU schicken?

Wir vernachlässigen in der Politik oft den Faktor Emotion. Wir in der EU müssen uns eingestehen, dass wir die Türkei in der Vergangenheit nicht immer fair behandelt ha-

«Wir sollten uns ganz einfach an unsere Regeln, an unsere Gesetze halten, das ist nicht kompliziert.»

ben. Wir haben nicht berücksichtigt, dass dies eine stolze Nation ist. Jetzt zahlen wir den Preis dafür. Das Wichtigste in internationalen Beziehungen ist es, den nationalen Stolz anderer zu respektieren. Wir sollten uns also auf Griechenland konzentrieren und den Türken sagen: «Seht her, eine Übereinkunft ist besser als keine. Aber wenn es keine gibt, dann kommen wir auch ohne euch klar.»

Die Griechen sollten die Grenze schliessen?

Ja, aber das Problem ist, dass die Griechen das nicht tun wollen. Für mich ist es ein grosses Rätsel, warum wir dieses Verhalten der Griechen akzeptieren. Warum sagen wir ihnen nicht: «Passt auf, ihr seid EU-Mitglied. Wir haben euch in eurer Krise geholfen, vielleicht nicht perfekt, aber mit den

besten Absichten. Ihr habt eine klare Verpflichtung, was eure Grenzen angeht. Ihr habt einen Vertrag namens Schengen unterschrieben. Bitte macht euren Job!»

Warum erinnert niemand die Griechen an ihre Verantwortung?

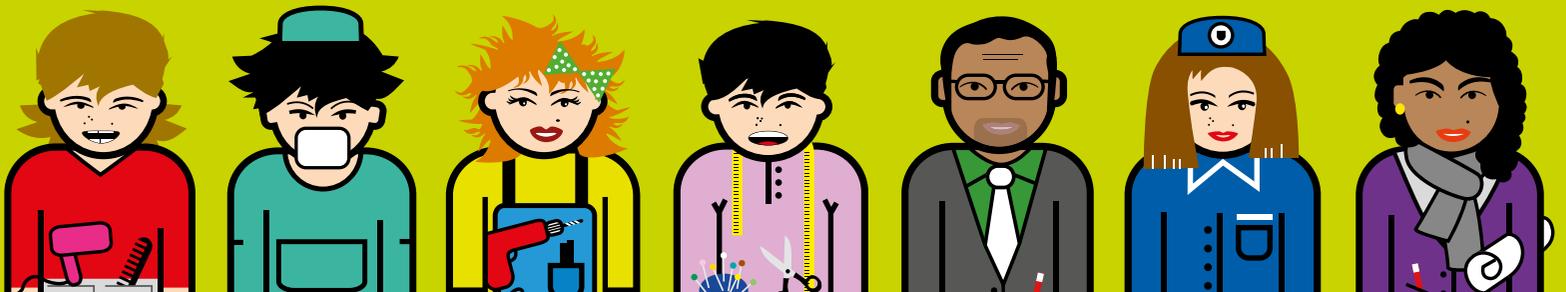
Es ist ja nicht nur so, dass wir sie nicht daran erinnern. Wir schicken unsere Busse und Züge in den Süden, um Migranten in die EU zu schaffen. Da brandet nicht einfach eine Flut von Migranten an unsere Grenzen, wir selbst organisieren diese Flut. Es gibt drei Handelnde in dieser Krise: die Menschenschmuggler, die politischen Aktivisten und die Regierungen. Eine merkwürdige Koalition. Worüber reden denn europäische Politiker heute? Wie man die Einwanderer so sicher und human wie möglich in die EU bringt. Das macht uns zum Teil des Schmuggels. Eine Folge davon ist, dass keiner den Griechen gebietet, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und Ungarn, das einzige Land, das seine Schengen-Verpflichtungen ernst genommen hat, wurde dafür attackiert und kritisiert.

Was bekommen Sie von Angela Merkel und anderen zu hören, wenn Sie Ihre Argumente vortragen?

Sie haben ein vernünftiges Argument. Sie sagen, dass der Zaun gut für Ungarn ist, dass er aber die Flut nur umleitet, die Migranten laufen durch andere Länder,

**BERUFS
MESSE
ZÜRICH**

Folgen Sie uns



Mach eine Lehre, werde Profi!

www.berufsmessezuerich.ch | Messe Zürich | Eintritt kostenlos

Berufsmesse Zürich: 17. bis 21. November 2015 | Treffpunkt Weiterbildung: 20. und 21. November 2015

Hauptsponsorin



Unterstützt durch



Veranstalter



aber die Gefahr für die EU bleibt bestehen. Meine Antwort darauf lautet: «Wenn sich alle anderen ein Beispiel an Ungarn nähmen, wenn alle ihre Verpflichtungen wahrnehmen würden, dann würde sich das Problem lösen.»

Wie viele Migranten sind nach Ihrer Kenntnis wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention?

Gemessen an der klassischen Genfer Konvention: null. Die Konvention sagt klar, dass es keine A-la-carte-Flucht gibt. Sobald man ein sicheres Land erreicht hat, ist man nicht mehr berechtigt, ein anderes Land zu betreten mit der Begründung, man sei ein Flüchtling. Wer nach Ungarn aus einem Land kommt, das Mitglied der EU oder EU-Kandidat ist, kann nach dieser Definition bei uns keine Aufenthaltsgenehmigung verlangen. Das heisst nicht, dass diese Menschen keine Hilfe brauchen. Wir haben Verständnis für sie, und wir führen die notwendigen Verfahren durch, Frauen und Kinder werden bevorzugt behandelt. Aber rechtlich gesehen, ist die Sache eindeutig: Es gibt keinen Asylgrund. Wie kann es sein, dass jemand Österreich verlässt, um auf der anderen Seite der Grenze, in Deutschland, Asyl zu beantragen?

Ihre Kritiker sagen, dies sei eine sehr legalistische Auslegung.

Es gibt noch einen zweiten Grund: Wie definieren wir unsere eigene moralische Verantwortung gegenüber Kriegsflüchtlingen? Ich glaube, dass unsere christliche Verantwortung nicht darin liegt, ihnen ein neues, europäisches Leben zu bieten. Unsere Verantwortung liegt darin, ihnen eine Rückkehr in ihr altes Leben zu ermöglichen, sobald ihre eigenen Länder stabilisiert sind – auch wenn das mehrere Jahre dauert. Persönliches Mitgefühl mit einer klugen Staatspolitik zu vereinbaren, ist für europäische Politiker nicht einfach, weil ihr Gewissen wegen des Reichtums und des hohen Lebensstandards ihrer Länder nicht rein ist. Aber dafür gibt es keinen Grund, denn reichere Kontinente und Länder als Europa – Amerika und die arabischen Golfstaaten – haben viel weniger getan als wir.

Sehen Sie sich eigentlich als einzigen europäischen Politiker, der die Situation richtig einschätzt?

Ich kenne mehrere europäische Spitzenpolitiker, die privat meine Anschauungen teilen. Aber öffentlich müssen sie anders reden. Das ist nicht mangelnder Mut, nicht Heuchelei, keine intellektuelle Schwäche. Es liegt ganz einfach daran, dass das Interpretationsmonopol in Europa von der Linken dominiert wird. Wenn man über Werte debattiert, braucht man starke Rücken- deckung. Nicht viele Politiker haben diese



«Deutschland ist der Schlüssel»: Orbán, Bundeskanzlerin Merkel.

starke Wählerunterstützung wie ich. Es war nicht mein Jugendwunsch, einmal das Enfant terrible Europas zu werden. Aber wenn ich mir den gegenwärtigen Zustand des bürgerlichen, christdemokratischen Lagers in Europa ansehe, dann muss ich diese Aufgabe übernehmen, die kein anderer bewältigen kann.

Aber sehen wir nicht überall in Europa eine Stärkung konservativer Kräfte – in Polen, in Grossbritannien, in der Schweiz, in Dänemark? Kann man nicht sagen, dass sich alles in die rechte, in die richtige Richtung bewegt?

Das kann man nicht ausschliessen, um es vorsichtig zu formulieren. Ja, die Zeichen der Zeit scheinen günstig zu sein. Aber von einem intellektuellen Standpunkt aus betrachtet, ist die politische Rechte noch immer nicht so wettbewerbsfähig wie die Linke. Wir sind in

«Die Genfer Konvention sagt klar, dass es keine A-la-carte-Flucht gibt.»

den Medien, in den Think-Tanks, in den Universitäten und Schulen nicht stark vertreten, also dort, wo die kommenden Generationen ausgebildet werden. Dieser Kampf wurde von unseren Eltern verloren.

Wie geht es jetzt weiter?

Lassen Sie mich über einige positive Entwicklungen reden. Es gibt Begriffe und Konzepte, die man lange nicht nennen durfte, die aber heute allmählich wieder Teil des öffentlichen Diskurses werden. «Grenzen» – sind sie gut oder schlecht? Heute kann man wieder davon sprechen, dass sie gute Seiten

haben. Oder die «Nation». Diesen Begriff kann man wieder in einem positiven Sinn gebrauchen. «Christentum» – den meisten europäischen Spitzenpolitikern, ich eingeschlossen, wird geraten, dieses Wort nicht zu oft zu benutzen, weil sich die meisten Europäer nicht mehr als Christen empfinden. Aber jetzt kehrt dieses Wort zurück in die politischen Diskussionen. Oder «Stolz», «der Stolz einer Nation». Ist wieder zum legitimen Ausdruck geworden. Eine positive Folge der Migrantenkrise besteht darin, dass wir wieder offen über die Identität unseres Kontinents zu sprechen versuchen, freier als in den letzten zwei Jahrzehnten. Die zweite positive Folge: Man nimmt die Frage der Sicherheit wieder ernst. In den letzten zwanzig, dreissig Jahren setzte Europa seine Sicherheit als selbstverständlich voraus. Jetzt steht sie wieder im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Drittens schenkt man nationalen Lösungsvorschlägen wieder mehr Bedeutung. Früher galt die «gemeinsame europäische Lösung» immer als alternativlos.

Wie würden Sie die existenzielle Bedrohung Europas konkret beschreiben?

Wir aufgeklärt und liberal genannten Europäer denken, dass alle Menschen sich genauso verhalten wie wir. Wenn Europäer nach Syrien auswandern würden, würden sie versuchen, Teil des syrischen Lebens zu werden. Wir würden Syrien nicht in unserem Sinne verändern wollen, sondern wir würden das Land akzeptieren, wie es ist. Deshalb glauben wir, dass Leute, die aus Syrien kommen, auch so sind. Aber das ist nicht der Fall. Sie haben eine andere Haltung, und sie wollen sie behalten. Das christliche Europa – ich

betrachte dieses auch als ein kulturelles Konzept – hat eine gemeinsame, beschreibbare Identität. Das heisst nicht, dass dieses christliche Europa besser oder schlechter ist als die islamische Welt, es ist nur anders, mit anderen Regeln und Überzeugungen. Europa sollte sich auch nicht abschotten, aber es sollte dieses christliche Fundament nicht auflösen. Existenzielle Bedrohung heisst, dass wir Europäer es verlernt haben, für uns zu kämpfen. Wir müssen aber sagen: «Das sind unsere Werte, das ist unsere Geschichte, das ist unser Leben, wie wir es leben wollen, und wir werden es verteidigen.» Das tun wir nicht. Wir reden ja noch nicht einmal theoretisch darüber. Wann immer ich im Europäischen Rat vom christlichen Europa spreche, schauen mich die anderen an, als ob ich aus dem Mittelalter stammen würde.

Haben Sie Verbündete in Europa?

Die Briten sind immer gute Verbündete, weil sie gesunden Menschenverstand haben. Die Briten diskutieren nicht, ob wir christlich seien oder nicht, denn das ist keine Meinung, sondern eine Tatsache. Und die skandinavischen Länder haben auch oft eine vom Mainstream abweichende Meinung. Manchmal findet man Verbündete, wo man es am wenigsten erwartet.

In welche Richtung sollte sich die EU bewegen – mehr hin zu einer lockeren Freihandelszone oder zu tieferer Integration?

Das Wichtigste ist, dass wir keinen Tag verlieren dürfen. Jeden Tag kommen bis zu 10 000 Personen in die Europäische Union, multipliziert mit dem Familiennachzug, sind es 50 000. Bevor wir darüber nachdenken, wie sich die EU institutionell verändert, müssen wir die Grenzen schliessen. Wir müssen das Geschäftsmodell der Menschenschmuggler zerstören. Denn der grösste Motor hinter dieser Völkerwanderung ist Business. Die Schmuggler müssen daran gehindert werden, ihre Versprechungen zu erfüllen. Das geht nur, wenn wir zeigen, dass die Menschen, die viel Geld dafür gezahlt haben, nicht hereinkommen. Ich bin kein Freund von Zäunen, aber nur so lässt sich das Geschäftsmodell vernichten. Wir in Ungarn haben einen Zaun gebaut. Ich hoffe, dass die Slowenen das auch machen, und dann die Kroaten, die Serben und die Mazedonier.

Man muss illegale Einwanderer aber auch abschieben?

Es ist billiger und einfacher, sie an der Grenze zu stoppen. Wenn sie erst einmal da sind, kann man sie nicht abschieben. Wo soll denn das Flugzeug mit abgeschobenen Migranten landen? Das sind praktische Probleme – rechtliche, moralische, finanzielle. «Der Verzagte zahlt zweimal», sagt man bei uns. Natürlich haben uns die

Bilder nicht gefallen, die man in der ganzen Welt gezeigt hat, als wir den Zaun bauten und man uns als herzlos bezeichnet hat. Aber das war der Preis dafür. Und jetzt? Gestern hatten wir lediglich zwei Migranten an der Grenze...

Wie stehen Sie zu der Idee, Migranten per Quote in ganz Europa zu verteilen?

Das macht alle Ungarn wütend. Unsere Einstellung ist sehr einfach: Wir haben die Län-

«Wir haben die Länder, aus denen sie kommen, nicht zerstört. Wir haben niemanden bombardiert.»

der, aus denen sie kommen, nicht zerstört. Wir haben niemanden bombardiert. Wir haben niemanden hierher eingeladen. Und jetzt wollen diejenigen, die bombardiert oder eine Einladung geschickt haben, sie hierher schicken. Ist das fair?

Viele Schweizer Politiker halten die Migrantenkrise für ein Indiz, dass die EU grundsätzlich falsch konzipiert wurde. Sie funktioniert nicht; solange sie weder Fisch noch Vogel ist, weder Nationalstaat noch Staatenbund, müssen die einzelnen Staaten Verantwortung, etwa in Bezug auf ihre Grenzen, übernehmen. Sie scheinen nicht so einen drastischen Ansatz zu haben?

Das Problem liegt nicht bei der Konstruktion der EU, sondern bei den Spitzenpolitikern. Wären sie entschlossen genug, umzusetzen, was sie beschlossen haben, würde auch die Konstruktion funktionieren. Aber wenn sich die EU in der Migrationsfrage als unfähig erweist, werden sich die Völker der EU die Frage stellen, ob das gesamte Konstrukt etwas taugt. Es geht schon lange nicht mehr nur um Migranten, sondern um die Führungsfrage und um den Aufbau der EU.

Sie haben sich früher klar zur Europäischen Union bekannt. Hat sich dieser Glaube in den letzten zwei Jahren verändert?

Im Moment ist es schwierig, Enthusiasmus aufzubringen. Wir sitzen hier im Belgrad-Raum des ungarischen Parlaments. Dieses Wandgemälde zeigt, wie Ungarn Europa gegen das Osmanische Reich verteidigt hat. Wenn Sie sich die abgebildeten Kirchen ansehen, werden Sie bemerken, dass sich keine einzige in Ungarn befindet – da ist die Notre-Dame, die Westminster Abbey, der Stephansdom, der Kölner Dom. Ungarn wäre die letzte Nation, die gegen die Europäische Union argumentieren würde, aber gleichzeitig fordern wir sehr hart eine Verbesserung der Union. Doch zunächst müssen wir dringend handeln, um der Migrationskrise Herr zu werden. Dann aber haben die Schweizer recht: Die Europäer müssen sich neue Gedanken über die Struktur ihrer Union machen. ○

Deutschland

Muttermord

Löst Schäuble Merkel schon vor Weihnachten ab?

Die Angst geht um im politischen Berlin, die Angst vor dem erzürnten, dem unberechenbaren Wähler. Daher wird es auch keine Neuwahlen geben, obwohl jeder weiss, dass die grosse Koalition aus SPD und Union in ihrer gegenwärtigen Besetzung am Ende ist. Auf einen Wechsel an der Spitze müssen sich die Deutschen – und Europa – gleichwohl einstellen: Inzwischen wird nur noch darüber spekuliert, ob sich Angela Merkel noch über die Feiertage rettet, oder ob sie schon vor Weihnachten aus dem Amt geputscht wird – von ihrer eigenen Partei.

Es ist noch nicht lange her, da erboste ein führender Sozialdemokrat seine Partei mit dem Vorschlag, die SPD solle wegen der Popularität der Bundeskanzlerin bei der nächsten Wahl gar keinen eigenen Spitzenkandidaten aufstellen. Nun hat die Realität diese schräge Idee überholt: Heute würde Angela Merkel keine Wahl gewinnen, und was die Union betrifft, so können die Sozialdemokraten ihr altes Zugpferd gerne haben. Es wäre nur konsequent. Denn was mit Angela Merkels Wendemanövern bei Wehrpflicht, Schwulenehe und Energiewende begann, gipfelt nun in ihrer irregeleiteten Flüchtlingspolitik: Die Kanzlerin repräsentiert eher die SPD und sogar die linke und grüne Opposition als ihre alte Partei, die Christdemokraten.

Das müde Bündnis wird fortgesetzt

Die werden sie deshalb stürzen, eher früher als später, daran gibt es keinen Zweifel. Doch auf den Muttermord werden keine Wahlen folgen. Die will niemand, weil die Koalition vom Wähler abgestraft und die nationalkonservative «Alternative für Deutschland» mit einem zweistelligen Prozentgewinn in den Bundestag einziehen würde. Das alte, müde Bündnis wird also fortgesetzt, nur unter neuer Führung: Wolfgang Schäuble steht für den Umzug ins Kanzleramt bereit. Ihn würde auch die SPD als Kanzler akzeptieren. «Letzten Endes geht es immer um Deutschland», orakelte die badische Pythia schon vor Wochen. Wer Schäuble kennt, wusste, was er damit sagen wollte: Er wird sich dem Ruf des Vaterlandes nicht entziehen. *Wolfgang Koydl*

Blick in die ungarische Seele

Von Boris Kálnoky — Als einziges Steppenvolk konnten die Magyaren in Europa einen Staat aufbauen, der bis heute überlebt hat. Ihr Selbstbild ist geprägt vom ewigen Kampf um die eigene Existenz.



«Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott»: Landnahme der Magyaren vor mehr als tausend Jahren, dargestellt im Feszty-Panorama von 1894.

«Ein feiges Volk hat keine Heimat» – diesen alten Magyarenspruch bekommt man in Ungarn derzeit oft zu hören, jetzt, wo es vermeintlich gilt, einmal mehr die Heimat zu «verteidigen». Nicht nur gegen Millionen von Migranten, sondern auch gegen ein Europa, das nach ungarischer Sicht vergessen hat, worum es im Leben geht: nämlich darum, zu überdauern.

Parallelen zu Polen

In den Herzen vieler Magyaren brennt diese Gewissheit auch deswegen so stark, weil sie das einzige Steppenvolk sind, das in Europa einen Staat errichten und diesen behaupten konnte. Zugleich sieht Ungarn Parallelen zu Polen: Beide wurden mehrfach von Grossmächten geteilt und besetzt und sind trotzdem noch da. Das ist ein Grund, warum Polen und Ungarn einander so gut verstehen. Sie glauben an Wunder. Und dass es ihre Länder noch gibt, ist eines. Ganz nach dem Motto: «Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.»

Mit Gewalt nahmen die Ungarn vor mehr als tausend Jahren das Land in Besitz, das sie noch heute ihr Eigen nennen. Mit Gewalt mussten sie es immer wieder verteidigen: gegen die Deutschen, dann gegen die Mongolen, Osmanen, Österreicher und Russen. Oft verloren sie, doch immer blieben sie zäh und rebellisch. Genau deswegen waren sie den Deutschen, den Mongolen, den Türken, den Österreichern und den Russen unangenehm. Unangenehm, weil es sich letztlich nicht lohnt, sich ständig mit den Magyaren herumzuschlagen. Das zumindest ist die nationale Version der Geschichte, die Ministerpräsident Viktor Orbán oft und gern zitiert und an die viele Ungarn glauben. Auch in Brüssel

mag man derzeit ähnliche Lernprozesse durchmachen.

Es gibt aber weitere Sichtweisen, die ebenso stimmen. Die eine: Ungarn konnte sich nur dank anderer behaupten und scheiterte immer dann, wenn es an solcher Hilfe mangelte. Staatsgründer Stephan I. ging ein Bündnis mit den Deutschen ein, heiratete Gisela von Bayern. Deutsche Ritter halfen ihm dabei, gegen erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen einen radikalen Identitätswechsel durchzusetzen, um sein Volk in Europa zu verankern, einen Wechsel vom Schamanismus zum Christentum. Es war ein Identitätswandel, den er auch an sich selbst vollzog. Der Mann, der als Heiliger König Stephan in die Geschichte einging, hatte nach seiner Geburt noch den türkischen Namen Vajk getragen.

Die Verbindung zu Bayern wirkt bis heute fort, was neulich deutlich daran zu erkennen war, dass Orbán mit CSU-Chef Horst Seehofer zur Verteidigung Europas in der Flüchtlingskrise aufrief.

Die Hinwendung zu den Deutschen und zum Christentum war der Grundstein gewesen, über dem der ungarische Staat errichtet wurde. Mit Stephans Krönung im Jahr 1000 wurde Ungarn von Papst Silvester II. zum einzigen «apostolischen Königreich» erhoben. Auch das war Hilfe von aussen und gab dem Land eine Sonderstellung, die bis heute christliche Identität stiftet.

Die Einsicht, dass Menschen aus anderen Ländern mitunter Stärkung, nicht Schwächung bedeuten, gab Stephan an seine Nachfolger weiter. Deutsche, Juden, Slawen, gar Muslime konnten bei den Magyaren etwas werden. Ihr Erbe prägt das Land bis heute. Freilich weckten sie auch Eifersüchte, die in

modernen Zeiten zu antisemitischen und auch antideutschen Ressentiments führten.

Kraft aus der Niederlage

Der Stern der Ungarn strahlte immer dann am hellsten, wenn sie – statt sich untereinander zu streiten – anderen halfen. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs ist dafür ein Beispiel – und es gab weitere solche. Es waren die Ungarn, die im österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) Maria Theresias Thron retteten.

Sie war nur 23 Jahre alt, als sie nach dem Tod ihres Vaters gezwungen war zu herrschen, und sofort wurde sie von Preussen, Bayern, Frankreich und Sachsen angegriffen, weil sie eine Frau war. Frauen, so argumentierten ihre beutelüsternen Feinde, dürften nicht regieren. Schon stand der Gegner vor Wien, schon schien alles verloren. Da appellierte sie 1741 an die Ritterlichkeit der Ungarn, eine junge, wehrlose Frau wie sie in der Bedrängnis nicht im Stich zu lassen. Das löste eine Begeisterungswelle aus, und 60 000 Magyaren zogen ins Feld, jagten die Bayern zurück bis nach München und bewahrten letztlich das Haus Habsburg vor dem Untergang.

Das hatte weitreichende Folgen. Die dankbare Herrscherin öffnete Ungarns Aristokraten die Pforten (zumindest den Katholiken unter ihnen), und fortan kletterten Esterházy, Festetics, Széchényis und andere Wiener die Karriereleiter hoch. Manche ihrer Nachfahren scheinen bis heute zu denken, dass diese Familien ihren Aufstieg habsburgischer Gnade verdanken. In Wahrheit verdankten sie ihn den militärischen Leistungen ihrer Vorfahren im Erbfolgekrieg.

Die Husarenstreiche der Ungarn in diesem und auch im nächsten, im Siebenjährigen Krieg

(1756–1763) – die Husaren nahmen sogar kurzzeitig Berlin ein – schufen das bis heute bestehende Gefühl einer besonderen Zusammengehörigkeit beider Länder. Es wurde zur Grundlage für das, was ab 1867 dann auch formell Österreich-Ungarn genannt wurde.

Österreicher und Ungarn verstanden, dass sie nur gemeinsam Gewicht hatten im Konzert der Grossmächte. Das Problem war, dass die Österreicher sich zum Befehlen und Zivilisieren berufen fühlten und die Ungarn davon genervt waren. Bis heute scheint bei manchen Österreichern die Meinung vorzuherrschen, dass der heftige Ungar noch viel zu lernen hat. Der Ungar ist auch heute noch davon genervt.

In einem gewissen Sinn nimmt mittlerweile die EU die Rolle der Habsburger ein. Ungarn weiss, dass es nur in diesem Staatenverbund gedeihen kann, in Brüssel denkt man, dass die Ungarn noch viel lernen müssen, und diese reagieren nach wie vor allergisch darauf.

Für die eigene Sache ständig kämpfen, zuweilen anderen helfen und sich mitunter von anderen helfen lassen: Das sind die Lehren, die die Ungarn aus ihrer Geschichte ziehen. Es könnte eine klassische europäische Identität sein, hätte Europa mittlerweile nicht vergessen, dass Wehrhaftigkeit eine Tugend ist.

Wann immer die Hilfsbereitschaft fehlte, ging es schief. Niemand half, als 1241 die Mongolen nach Ungarn kamen, und niemand half, als die Osmanen 1526 das ungarische Königreich zerschlugen. Niemand half 1956 gegen die Russen. Doch selbst aus diesen Niederlagen schöpften die Ungarn Kraft. Den Mongolen setzten sie so sehr zu, dass diese umkehrten, als ihr Khan starb – weil das Land sich immer noch zu sehr wehrte und nicht befriedet war. Die Niederlage gegen die Osmanen befeuerte den Willen der Ungarn, mit aller Gewalt ihr Land zurückzufordern, bis es, viele Feldzüge und Aufstände

später, mit der Entstehung der Doppelmonarchie wieder ein Ungarn gab. Das Aufbegehren gegen die Russen 1956 legte die moralische Saat für die Öffnung des Eisernen Vorhangs 33 Jahre später.

Dreimal fühlten sich die Ungarn regelrecht verraten. Einmal nach der Vertreibung der Türken Ende des 17. Jahrhunderts. Ihr Wunsch, das ungarische Königreich wieder zusammenzufügen, gefiel den Habsburgern nicht. Das Reich der Magyaren war sehr gross gewesen, Österreich hingegen sehr klein. Man hatte in Wien Angst vor einem zu starken Ungarn, und so liess man es geteilt, um es besser beherrschen zu können. Das einst ungarische Siebenbürgen wurde Habsburger Kronland. Hohe Sondersteuern wurden erhoben, um die Kosten der Türkenkriege zu decken.

Das hatte Folgen: die Freiheitskriege gegen Österreich, von 1703 bis 1711 und von 1848 bis 1849 (bereits Ende des 17. Jahrhunderts hatte es einen Aufstand unter Thököly Imre gegeben). Heute bemüht Ministerpräsident Viktor Orbán diese Tradition der Freiheitskriege, um sich gegen die seiner Meinung nach «ungerechte Behandlung» in Brüssel und anderswo zu wehren.

Verraten fühlten sich die Ungarn auch 1849, als sie den Unabhängigkeitskrieg gegen Österreich deswegen verloren, weil Wien ausgerechnet Russland zu Hilfe rief.

Orbán, der Calvinist

Und dann wieder 1920, als nach dem Ersten Weltkrieg der Vertrag von Trianon das Land, das den Krieg gar nicht gewollt hatte, am schwersten bestrafte. Es gehört zur Tragik der europäischen Geschichte, dass die Magyaren trotz grosser Bedenken den Habsburgern 1914 in den Krieg folgten, anstatt ihnen wie so oft zuvor zu trotzen. Ohne ungarische Rekruten hätte Wien auf seinen Krieg vielleicht verzichten müssen.

So aber verlor Ungarn zwei Drittel seines Staatsgebiets. Es ist ein Trauma, von dem sich die kollektive Psyche des Landes erst jetzt allmählich erholt. Dank der EU-Mitgliedschaft haben Grenzen nicht mehr die Bedeutung, die sie einmal hatten. Das hilft. Ungarn wird diese Zugehörigkeit nie aufs Spiel setzen. Es hat aber auch gelernt, dass auf die anderen nie wirklich Verlass ist.

Die ungarische Seele, so sagt man oft, ist zerrissen zwischen zentralasiatischer Herkunft und europäischer Zugehörigkeit. Calvinismus und die nationale Sache stehen auf der einen

Heute besinnt man sich darauf, wie gut es gewesen wäre, 1914 und 1939 auf England zu setzen.

Seite – die beiden gehen kulturell Hand in Hand, Viktor Orbán ist Calvinist –, katholischer Universalismus (Habsburg, Europa) auf der anderen. Das Land steckt seit je in einer Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland und Österreich, musste aber wiederholt erfahren, dass diese Gemeinschaft zu Katastrophen führen kann: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg und Holocaust lauten die Stichworte.

Gegenwärtig, in der Flüchtlingskrise, fragen sich manche in Budapest, ob eine neue deutsch-österreichische Katastrophe im Werden ist. Und man besinnt sich darauf, wie gut es gewesen wäre, 1914 und 1939 auf England zu setzen, mit dem man ohnehin heimlich sympathisierte.

Zugleich zeichnet sich mit der neuen Zusammenarbeit der Visegrad-Länder – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen – in der Flüchtlingskrise eine Art Wiederauferstehung des Geistes des alten Königreiches ab. Es fehlt nur Kroatien, aber das kann ja noch hinzukommen. Geschichte ist nie ganz vergangen. ○

Volg. Im Dorf Daheim. In Fläsch zuhause.



**Lokaler Wein
ist fein!**

Winzer Hanspeter Kunz ist einer von vielen lokalen Produzenten, die für Volg «Feins vom Dorf»-Produkte herstellen. Seine Weine sind im Volg Fläsch (GR) erhältlich. Entdecken Sie in jedem Volg andere «Feins vom Dorf»-Spezialitäten.

Volg
frisch und fründlich

Komische Oper

Von Henryk M. Broder — Vom Regen in die Traufe mit der Umweltministerin.



Falls Sie vorhaben, in diesen Tagen nach Berlin zu kommen, schauen Sie sich die Komische Oper an. Sie liegt sehr zentral, an der Flaniermeile Unter den Linden. Bleiben Sie stehen und betrachten Sie das Megaposter, das eine Seitenwand des Hauses bedeckt.

Darauf sehen Sie den Eiffelturm in Paris. Dazu den Spruch: «Klimagipfel ist überall. Ab 30. November in Paris. Und täglich bei dir.» Verantwortlich für diese Botschaft ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das uns auf den kommenden «Klimagipfel» in Paris aufmerksam machen will, auf dem die Begrenzung des Anstiegs der Erderwärmung definitiv beschlossen werden soll. Das ist schon sehr komisch, aber es kommt noch besser.

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wird von Barbara Hendricks geführt, einer Sozialdemokratin im Kabinett von Angela Merkel.

Frau Hendricks hat soeben dem Wochenmagazin *Focus* ein Interview gegeben, in dem sie auf geradezu geniale Weise zwei Top-Themen miteinander verknüpft: den Klimawandel und den Zustrom der Flüchtlinge. Sie sagt: «Klar ist, dass es riesige Dürregebiete und überflutete Landstriche geben wird, wenn wir den Klimawandel nicht auf ein beherrschbares Mass begrenzen. Ohnehin fragile Staaten werden dann weiter destabilisiert. Dies wiederum wird Millionen Menschen in die Flucht treiben, und sie werden wohl auch zu uns kommen.» Daraus folgt: «Klimapolitik ist aktive Flüchtlingspolitik. Schliesslich haben wir in den Jahrzehnten der Industrialisierung die Verschmutzung der Erde massgeblich verursacht...»

Was Frau Hendricks dabei übersieht: Wenn es tatsächlich einen Klimawandel gibt und wenn dieser eine Folge der Industrialisierung ist, dann wirkt er sich global aus, dann werden nicht nur Tuvalu und Kiribati im Pazifik versinken, sondern auch Sankt Peter-Ording und Cuxhaven in der Nordsee. Nur die Spitzen des Kölner Doms und des Eiffelturms werden aus den Fluten schauen. Warum sollten dann Klimaflüchtlinge zu uns kommen, also vom Regen in die Traufe? Um die Komische Oper in Berlin zu besuchen? Oder gleich das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit?

Gefährliche Giganten

Von Kurt Schiltknecht — Gemeinsam mit anderen Notenbanken ist die Schweizerische Nationalbank in den Maschinenraum der Politik hinabgestiegen. Mit verheerenden Folgen.

Die Marktwirtschaft hat viele Feinde. Zu ihnen gehören nicht nur linke Parteien. Noch gefährlicher sind die Institutionen, von denen man nicht glaubt, dass sie die Marktwirtschaft aushebeln könnten. Zu diesen gehören seit einiger Zeit die Notenbanken der grossen Industrieländer. Mit dem Quantitative Easing und der Nullzinspolitik sind sie im Begriff, wichtige Kontroll- und Steuerungsfunktionen der Finanzmärkte auszuschalten. Dies bewirkt wirtschaftliche Fehlentscheidungen und eine nicht zu rechtfertigende Einkommens- und Vermögensumverteilung.

Das Quantitative Easing hat die Notenbilanzen enorm aufgebläht. Betrogen die Aktiven der amerikanischen Notenbank vor dem Ausbruch der Bankenkrise knapp 900 Milliarden Dollar, so haben sie sich seither verfünffacht. Heute beläuft sich die Bilanzsumme auf über 25 Prozent des amerikanischen Volkseinkommens. Noch höher ist dieser Anteil in der Schweiz (rund 90 Prozent), in Japan (knapp 60 Prozent) und China (rund 50 Prozent). In den Euro-Ländern bewegt sich der Anteil auf dem Niveau der USA. Mit der Ausweitung der Bilanz hat sich auch die Zusammensetzung der Aktiven verändert. Gold, kurzfristige Staatspapiere und Anlagen bei erstklassigen Banken wurden durch langfristige, teilweise illiquide und risikoreiche Aktiven des privaten und öffentlichen Sektors ersetzt.

Nullzinspolitik stoppen

Bei der amerikanischen Notenbank entfallen heute rund 40 Prozent der Bilanz auf langfristige hypothekarisch gesicherte Wertpapiere. Andere Notenbanken – so die schweizerische, japanische, israelische oder koreanische – haben umfangreiche Aktienkäufe getätigt. Mit ihren riesigen Bilanzsummen und der Möglichkeit, eine Vielfalt von finanziellen Aktiven kaufen und verkaufen zu können, zählen die Notenbanken heute zu den bedeutendsten Akteuren auf den Finanzmärkten.

Die Notenbanken haben Funktionen übernommen, für die sie nicht geschaffen sind und die sie auch nicht ausfüllen können. Es kann nicht ihre Aufgabe sein, durch Aktienkäufe Einfluss auf private Firmen zu nehmen. Um allfälligen Konflikten auszuweichen, kauft die Schweizerische Nationalbank keine inländischen Aktien, und die ausländischen Aktien-

portefeuilles werden entsprechend der Zusammensetzung der jeweiligen Aktienindizes zusammengestellt. Zudem nimmt die Nationalbank die Aktionärsrechte nicht aktiv wahr. Aus Sicht der Nationalbank ist das vernünftig. Doch je bedeutender der Aktienbesitz der verschiedenen Notenbanken wird, umso grösser wird der Aktienanteil von Institutionen, die ihre Kontrollfunktion als Aktionär nicht wie echte Eigentümer wahrnehmen. Ohne wirkliche Kontrolle der Aktionäre kann der wirtschaftliche Niedergang einer Unternehmung über eine lange Zeit seinen ungehemmten Lauf nehmen, es kann zu grossen Kursverlusten und zu einer Schwächung der Wirtschaft kommen.

Den Geldgebern kommt auch auf den Obligationenmärkten eine wichtige Kontrollfunktion zu. Wenn Länder oder Unternehmen sich schlecht entwickeln, sind die Geldgeber nur bei höheren Zinsen bereit, deren Wertpapiere zu erwerben. Dies diszipliniert die Schuldner. Wenn nun die Notenbanken den Kontrollmechanismus des Marktes durch Käufe von risikanten Anleihen zu nicht marktkonformen Preisen ausser Kraft setzen, fördern sie die Überschuldung von Staaten und Unternehmen.

Negativzinsen sind das Ergebnis einer von den Notenbanken verordneten, einseitigen Belastung eines Teils der Wirtschaft. Weshalb Sparer, Pensionskassen und Versicherte einen grossen Teil der Kosten zur Lösung von Wirtschaftsproblemen tragen sollen, ist nicht einsichtig. Weil reiche und risikofähige Sparer den Negativzinsen durch Anlagen in Sachwerte teilweise entgehen können, wird das Problem zusätzlich vergrössert. Auch Pensionskassen und Versicherungen können wegen der Anlagevorschriften nur beschränkt ausweichen. Negativzinsen verzerren zudem die relativen Preise auf den Finanzmärkten. Weil das Halten von Liquidität keinen Ertrag mehr abwirft oder sogar Kosten verursacht, wird beispielsweise der Rückkauf eigener Aktien attraktiver. Ob die damit einhergehende Reduktion der Eigenmittelquote der Volkswirtschaft dient, ist nach den Erfahrungen der Banken mit sinkenden Eigenmittelquoten in den Jahren vor der Bankenkrise zu bezweifeln.

Es ist höchste Zeit, das Quantitative Easing und die Nullzinspolitik zu stoppen.

Mehr zum Thema Negativzinsen: Seite 54



Chinesische Familienzwise

Von Hansrudolf Kamer — China und Taiwan wollen eine Wahniederlage der Kuomintang abwenden, um dem Unabhängigkeitsgefühl auf der Insel die Spitze zu nehmen. Der Schuss geht nach hinten los.



In Singapur haben sich zum ersten Mal die Präsidenten der Festland- und der Insel-Chinesen getroffen – Xi Jinping und Ma Ying-jeou. Der Führer Taiwans ist der Chef der Kuomintang, die bis 1949 ganz China regierte. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten unter Mao Zedong floh Tschiang Kai-schek mit seinen Anhängern nach Taiwan. Das letzte Treffen zwischen den beiden hatte im August 1945 stattgefunden, kurz bevor der Bürgerkrieg ausbrach.

Das ist sehr lange her. Viel hat sich seither verändert. Xi versuchte es in Singapur ganz simpel mit einer Realitätsleugnung. «Wir sind eine Familie. Nichts kann uns trennen. Blut ist dicker als Wasser.» Peking sieht Taiwan immer noch als abtrünnige Provinz, die zur Räson gebracht und heim ins Reich geholt werden muss.

Politisch und gesellschaftlich sind Insel und Festland immer mehr auseinandergedriftet. Unter der Kuomintang leitete Taiwan schrittweise eine Demokratisierung ein, die heute eine lebhaftige Stabilität, Flexibilität und Diversität sichert. Die chinesischen Kommunisten auf dem Festland verharrten in ihrem ideologisch verbrämten Diktaturgehabe, obwohl sie – ebenso bemerkenswert – den langen Marsch zu wirtschaftlichem Wohlstand begannen.

Doch die Stabilität auf dem Festland ist rigid, geprägt von Unsicherheit und Repression. Die Ausstellung einer Kopie der «Magna Charta», des grossen Manifests individueller Freiheit, an der Renmin-Universität in Peking wurde vor kurzem abrupt abgesagt und in die britische Botschaft verlegt.

Das ist auch die Crux des Ganzen. China möchte sich Taiwan einverleiben. Die Insel sperrt sich dagegen – und zwar alle politischen Lager tun es, wenn auch mit variierender Intensität. Mit dem Status quo (keine De-jure-Unabhängigkeit, keine Vereinigung) lässt sich weiterhin leben. Die wachsende wirtschaftliche Vernetzung der letzten Jahre hat aber die politische Entfremdung nicht überwunden.

Das Treffen zwischen Xi und Ma war offene Wahlkampfhilfe für die Kuomintang, die laut Umfragen im Januar die Präsidentenwahlen und ihre Parlamentsmehrheit verlieren

könnte. Sie ist die Sachwalterin guter Beziehungen zum Festland. Die Democratic Progressive Party (DPP), die voraussichtliche Wahlsiegerin, dagegen liebäugelt periodisch mit der formellen Unabhängigkeit, mit allen völkerrechtlichen und sonstigen Merkmalen.

Doch auch die DPP wird Peking nicht provozieren. Sollte Tsai Ing-wen Präsidentin werden, wofür sie beste Chancen hat, wird sie kaum am etablierten Gang der Dinge rütteln. Sie ist eine erfahrene Politikerin, in New York und London ausgebildete Juristin. Sie hatte als Kandidatin der DPP die letzten Präsidentenwahlen gegen Ma verloren. Nach dem Gipfel in Singapur erhöhte sie in den Umfragen ihren bereits beträchtlichen Vorsprung auf den Kuomintang-Anwärter.

Die DPP lehnt zwar den notorischen «Konsens von 1992» ab. Dieser besagt, dass die Beziehungen über die Taiwan-Strasse hinweg von der Erkenntnis bestimmt werden, dass es nur «ein China» gibt. Die Kuomintang akzeptiert diese Lesart, legt sich aber auch nicht fest, was das konkret bedeutet. Taiwan nennt sich offiziell immer noch «Republik China».

So hat man das leicht paradoxe Ergebnis, dass jene Partei, die den alten Machtanspruch Tschiang Kai-scheks vertritt, näher bei der Politik Pekings liegt als die Oppositionspartei. Die Kuomintang ist auf Taiwan die Pro-

Peking-Partei. Die Interessen laufen erstaunlich parallel. Beide möchten den Wahlsieg der DPP verhindern.

Ma, der wegen der allgemeinen Amtszeitbeschränkung nicht erneut kandidieren kann, hat seine Präsidentschaft dazu benützt, das Netz der Beziehungen zum Festland enger zu knüpfen. Vor dem Treffen mit Xi verwies er darauf, dass man einen Dialog unter den Militärs und über die Wirtschaftskooperation aufgenommen habe. Insgesamt habe man 23 Abkommen geschlossen, meistens über Wirtschaft und Tourismus. Doch wie in Europa führt die wirtschaftliche nicht unbedingt zur politischen Integration – im Gegenteil.

Verstärkte Repression

Chinas Auftrumpfen gegenüber den Nachbarn und die verstärkte Repression im Innern haben die Unterstützung für die Annäherungspolitik der Kuomintang auf Taiwan abstürzen lassen. Umfragen zeigen überdies, dass sich nur noch eine kleine Minderheit der Taiwaner für Chinesen im politisch nationalistischen Sinne hält. Ethnisch sind sie Han-Chinesen, doch das bedeutet nicht, dass sie auch von ihren Brüdern auf dem Festland regiert werden wollen.

Der erste Präsident aus den Reihen der DPP, Chen Shui-bian, war im Jahr 2000 nur gewählt worden, weil sich zwei Faktionen in der Kuomintang bekämpft und zwei Kandidaten bei den Präsidentenwahlen aufgestellt hatten. Diesmal kann die Opposition aus eigener Kraft gewinnen. Auch wenn der Status quo noch einige Jahre Bestand haben könnte – die Bewegung in Richtung Unabhängigkeit lässt sich nicht mehr aufhalten.



«Blut ist dicker als Wasser»: Präsidenten Xi Jinping, Ma Ying-jeou in Singapur, 7. November.

Mörgeli

Faszinierende Christlichdemokraten

Von Christoph Mörgeli

Die CVP mag gegen aussen langweilig erscheinen: die Mitte der Mitte. Ziffer null im Polit-Rating der NZZ zwischen plus zehn (rechts) und minus zehn (links). Doch gegen innen ist die CVP hochspannend. Denn nichts lässt sich bei ihr so störungssicher voraussagen wie ehemals, als die Stimmen von Philipp Etter und Hans Hürlimann noch pathetisch zitterten. Früher betete die Wertepartei noch zuverlässig den Christus von der Wand. Einst waren die Katholisch-Konservativen so schwarz, dass sie sogar im nächtlichen Kohlenkeller Schatten warfen.

Dann kam die Zeit des orangenen Aufbruchs, des formellen Überkonfessionalismus, des fröhlichen Gangs nach links. Dass nicht alle gleich aufs Tempo drückten, machte das Experiment noch interessanter. Zwischen dem urstämmigen Ständeherr Hansheiri Inderkum und dem belgischstämmigen Nationalrat Jacques Neiryck lag eine unüberbrückbare Alpenfestung. Das Innenleben der CVP ist nicht wohltemperiert. Es ist prickelnd.

Dieser brodelnde Gegensatz brachte die Schweiz schon vor acht Jahren zum Beben. Mitten in der heiligen Adventszeit verbündeten sich der Walliser CVP-Präsident Christophe Darbellay und der Freiburger CVP-Fraktionschef Urs Schwaller heimlich mit den Freiburger Sozialdemokraten Christian Levrat und Alain Berset. In geheimer Abstimmung beschloss die CVP-Fraktion, alle Bundesräte wiederzuwählen – ausser Christoph Blocher. Das genaue Resultat der Stimmabgabe hielt Urs Schwaller sogar gegenüber seiner eigenen Fraktion geheim. Niemand weiss bis heute, ob überhaupt und wie korrekt gezählt wurde. Aber jeder weiss, dass sich der schummelnde Fraktionschef Schwaller als Bundesratskandidat zur Verfügung hielt und dass seine Wohngemeinde Tavers bereits zur Feier rüstete.

In jeder andern Partei, ja sogar beim Konklave in Rom, würde das Verschweigen der Stimmenverhältnisse zu einem Aufstand führen. Nicht so in der faszinierend unberechenbaren CVP. Sie bleibt intrigant wie ein Fürstenhof der Renaissance. Filippo Lombardi bekämpft den SVP/Lega-Kandidaten wie den Leibhaftigen. Denn Lombardis Tessiner Anspruch bei der Nachfolge von Doris Leuthard wäre mit Norman Gobbi verwickelt. Genau deshalb lobt jetzt Gerhard Pfister als anderer CVP-Papabile: «Mit einem Tessiner Regierungsrat auf einem Dreierticket steigen die Chancen der SVP massiv.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Intelligenztest: Gotthardröhren

Von Peter Bodenmann — Die zweite Röhre ist so überflüssig wie der Heizer auf der Elektro-Lok.



Kleiner Lichtblick: vollautomatisiertes Postauto.

Vor 27 Jahren war ein Natel 26 Kilo schwer. Und man konnte nur drei Minuten lang mit ihm telefonieren. Vorausgesetzt, man sass nicht in einem der unendlich vielen Schweizer Funklöcher.

Heute haben Handys mehr Rechenleistung als die besten Computer der ETH vor 27 Jahren. Nokia ist schon wieder weg vom Fenster. Samsung setzt Apple unter Druck. Und die Geheimdienste hören jedes Telefongespräch ab, speichern jedes SMS. Und finden doch nichts raus. Alles dank Kapitalismus und Big Data.

Jetzt steht uns in Sachen Auto eine vergleichbare Revolution ins Haus. Dank Elektromobilität und sich selbst steuernden Autos.

Noch wollen alle neue Strassen, neue Tunnelröhren und neue Schienenstränge bauen. Dabei sind neue und zusätzliche Infrastrukturbauten so überflüssig wie einst die Heizer auf den Elektroloks.

Wir brauchen in der Schweiz ab 2025 nicht mehr vier Millionen Autos, sondern bestenfalls noch eine Million fahrbare Untersätze. Diese stehen für alle – die bezahlen wollen und können – auf Abruf zur Verfügung. Wir können und werden die Zahl der notwendigen Parkplätze von heute zehn Millionen auf zwei Millionen reduzieren. Und es braucht nicht noch mehr Strassen und Tunnels, sondern weniger. Weil die Fahrspuren schmaler werden und pro Spur zwei- bis dreimal mehr Autos

leise summend unterwegs sein werden. Dichtestress war gestern.

Trotzdem will uns das Departement Leuthard eine zweite Gotthardröhre auf das Auge drücken.

Bevor am Gotthard die Bohrmaschinen von Implenia auffahren, werden die elektrisch angetriebenen Roboteraus den Verkehr revolutioniert haben. Der heutige zweispurige Gotthardtunnel wird in zehn Jahren so oder so zehnmal sicherer sein als heute. Und erst noch zweimal so viel Verkehr bewältigen können. Staumeldungen werden genauso der Vergangenheit angehören wie 26 Kilo schwere Natels.

Während der locker zu verkürzenden Renovationsarbeiten stehen mit dem Autoverlad, der Passstrasse und dem San Bernardino mehr als genügend Kapazitäten zur Verfügung. Vorab, wenn die Güter schwergewichtig endlich auf die Schiene kommen.

In Sitten werden ab 2016 vollautomatisierte kleine Postautos die Menschen durch die Altstadt fahren. Ein erster kleiner Lichtblick.

Wird das Volk in vier Monaten die Handbremse ziehen? Vielleicht – und vielleicht auch nicht. Wenn die zweite Röhre kommt, wird die erste Röhre nie saniert. Sondern wird – wie die Gotthardfestungen – als Wanderweg in die Vergangenheit dienen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Konserven aus Konzernen

Von Kurt W. Zimmermann — Konzernjournalismus war einmal ein Schimpfwort. Heute ist es in den Verlagshäusern das Ideal.

Als ich Chefredaktor der *Sonntagszeitung* war, hatten wir nur einen wahren Feind. Das war die Redaktion des *Tages-Anzeigers*.

Wenn wir zum Beispiel eine gute Story hatten, dann wurden wir am nächsten Tag von *Blick* bis *NZZ* ausgiebig zitiert. Im *Tages-Anzeiger*, aus dem gleichen Haus wie wir, stand darüber kein Wort. Der damalige Chefredaktor Viktor Schlumpf hätte sich lieber die Zunge abgebissen, als uns in seinem Blatt zu erwähnen.

Auch sonst waren wir scharfe Widersacher. Ob EWR, Alpeninitiative, F/A-18, Golfkrieg oder Neat: Fast immer bezogen die zwei Redaktionen gegensätzliche politische Positionen. Wir schenkten uns journalistisch nichts.

Es waren belebte Zeiten. Es waren die Zeiten, als es innerhalb der Medienhäuser noch geistigen Wettbewerb gab.

Solch ideelle Konkurrenz gibt es heute kaum mehr. Die ideelle Konkurrenz wurde durch die materielle Konvergenz ersetzt.

Medienkonzerne wollen sich heute interne Meinungsvielfalt finanziell nicht mehr leisten. Denn für mehrere Sichtweisen im Haus muss man mehrere Redaktoren bezahlen, für eine Einheitsdoktrin im Haus genügt einer. Der Konzernjournalismus hat so den Konkurrenzjournalismus abgelöst.

Ein gutes Beispiel dafür sind wieder der *Tages-Anzeiger* und die *Sonntagszeitung*. Ab Ende Jahr haben sie eine gemeinsame Chefredaktion. Damit werden sie auch ideologisch zusammenschließen. Es ist einsichtig, dass Arthur Rutishauser, der neue Doppelchef, nicht am Mittwoch für die Energiewende und am Sonntag dagegen ist.

Beim *Blick* läuft es ebenso. Dort haben sie nun sogar die Funktion eines Chefredaktors abgeschafft, um den *Blick*, den *Blick am Abend* und *Blick online* künftig reibungsfrei in derselben Kolchose zu fertigen. Bald wird wohl auch der *Sonntagsblick* eingemeindet.

Bei kleineren Zeitungen eines Grossverlags ist das eigene Profil aus Spargründen ohnehin längst eingedampft. Der *Landbote*, der *Zürcher Unterländer*, der *Zürcher Oberländer* und die *Zürichsee-Zeitung*, die allesamt zu Tamedia gehören, beziehen beispielsweise ihren Politik- und Wirtschaftsteil von der *Berner Zeitung* aus demselben Konzern.

Der Vormarsch des Konzernjournalismus hat auch personelle Hintergründe. Noch vor nicht allzu langer Zeit sassen bei diesen heute fremdbestimmten Zürcher Landzeitungen meinungsstarke Nationalräte wie Oskar Frit-



Einheitsdoktrin statt Meinungsvielfalt.

tschi, Hans Ulrich Graf und Theodor Gut auf dem Stuhl des Chefredaktors. Die hätten sich eine derartige Einmischung nie im Leben gefallen lassen, auch nicht aus materiellen Gründen.

Noch gibt es Ausnahmen. Sie finden sich, wenig erstaunlich, eher bei Gebilden mit konservativer Firmenphilosophie.

In der *NZZ*-Gruppe etwa sind die Redaktionen von *Neuer Zürcher Zeitung* und der *NZZ am Sonntag* bei Führungsstruktur und publizistischer Ausrichtung weiterhin strikt getrennt. Die Sonntagsausgabe steht denn auch in Wirtschaftsfragen spürbar links vom Mutterblatt.

Umgekehrt ist es im Aargau bei den *AZ Medien*. Hier hat sich die *Schweiz am Sonntag*, etwa in der Asylfrage, deutlich rechts vom Stammblatt *Aargauer Zeitung* positioniert.

Das ist nicht nur publizistisch interessanter als das Integrationsmodell von Tamedia und Ringier. Womöglich ist es auch kommerziell intelligenter.

Die meisten Leser haben heute eine Abo-Kombi einer Tages- und einer Sonntagszeitung. Sie bezahlen mit einer Rechnung zwei Blätter aus einem Verlag. Nun wollen sie aber nicht am Sonntag nochmals lesen, was sie bereits werktags vorgesetzt bekamen.

Sonst wird für sie Konzernjournalismus zu Konservenzjournalismus.

Väter und Söhne

Von Beatrice Schlag — Wenn Papa Politiker ist.

In der vergangenen Woche verwirrte George H. W. Bush die Öffentlichkeit. Der ehemalige Präsident, der den von seinem Sohn George W. begonnenen Irakkrieg nie öffentlich kommentiert hatte, war plötzlich Thema in allen Zeitungen. Denn er äusserte sich unerwartet abfällig über die Politik von Donald Rumsfeld und Dick Cheney, die beiden einflussreichsten Berater seines Sohnes während dessen Zeit im Weissen Haus. Und dann war da der unmissverständliche Satz: «Es ist der Fehler des Präsidenten, es ist seine Verantwortung.» Warum tut ein Vater das? Warum demütigt er seinen Sohn jetzt? Jahrelang hatten Gegner des Irakkriegs gehofft, der Vater würde auf den Sohn einreden. Nun drischt er plötzlich auf seinen ältesten Sohn ein, während sein Zweitältester, Jeb, darum ringt, nicht aus dem republikanischen Rennen um die Präsidentschaftskandidatur zu fallen. Natürlich wird Jeb dauernd nach seiner Meinung zum Iran-Krieg gefragt. Was ihm sichtlich peinlich ist. Jetzt sind die Fragen noch aggressiver geworden. Wieso beschloss der Vater mit 91, dass ihm das egal ist?



In der gleichen Woche zeigte der amerikanische Privatsender HBO einen Dokumentarfilm von David Holbrooke über das Leben seines Vaters Richard. Der demokratische Diplomat Richard Holbrooke wurde zur Polit-Legende, als 1995 dank seiner Verhandlungen die Friedensverträge von Dayton, Ohio, unterzeichnet wurden, die den Krieg in Bosnien beendeten. Es war eine Mission, der niemand eine Chance gegeben hatte. Holbrooke, gebildet, unglaublich selbstbewusst und bestens vertraut mit den lokalen Verhältnissen, hatte es geschafft. Als Obama ihn nach Afghanistan schickte, ein ähnlich unmögliches Friedensabkommen auszuhandeln, scheiterte er. Obama, genauso selbstbewusst wie Holbrooke, war unempfänglich für dessen Ratschläge. Er traute den Militärs. Richard Holbrooke starb im Dezember 2010 an einem Aorta-Riss, kurz bevor er seinen Rücktritt bekanntgeben wollte. Sein Sohn sagte, er habe den Film gedreht, weil er den Vater kennenlernen wollte, der nie da war, als er noch lebte. Davids Bruder sagte etwas Traurigeres: «Er hat nie eine Geschichte nur für mich erzählt, wenn es eine Chance gab, sie einem grösseren Publikum vorzutragen.»

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man beim Pinkeln in einer öffentlichen Toilette den Mann nebenan grüssen?

Beat Steffen, Werthenstein

Nein, das darf man nicht. Der Angesprochene könnte sich angepinkelt fühlen. Der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson (1908–1973) hat seine Gesprächspartner manchmal mit auf die Toilette genommen, um dort in aller Seelenruhe sein Geschäft und den Gesprächspartner zu erledigen. Den Gruss zu erwidern, wäre also so, wie wenn ein Wolf im Rudel dem anderen den Hals hinhalten würde. Sollten Sie also auf der Toilette einen Grussdrang verspüren, bedeutet dies, dass Sie allen mitteilen wollen, den Grössten zu haben, und das können Sie ja nicht wissen!

Beda M. Stadler

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wozu brauchen wir eine möglichst grosse Armee?»

Urs Aeberli

Elendshäufchen im Dreischichtenbetrieb

Nr. 45 – «Die unbewaffnete Neutralität»; Philipp Gut und Beat Gygi über die Schweizer Armee

Es ist zu hoffen, dass der Aufklärungsversuch der *Weltwoche* den einen oder anderen in dieser Sache zufrieden vor sich hindämmernden Parlamentarier nachhaltig aufrüttelt, auf dass der Gesamtschalter unabdingbar auf «existenzsichernde Vernunft» kippe! Bereits bei einem punktuellen Ereignis wie dem Anschlag auf *Charlie Hebdo* war in Paris der zahlenmässige Bestand unserer vorgesehenen Alibiarmee im Einsatz (88 000 Mann)! Was soll ein solches Elendshäufchen im Dreischichtenbetrieb zum Beispiel gegen den Worst Case (nach Professor Albert Stahel), die Invasion von einer Million Flüchtlingen, ausrichten? In dieser apokalyptischen Hypothese prallen zwei exorbitante Auswüchse der Gutmenschenpolitik aufeinander. Die Hoffnung stirbt zuletzt!

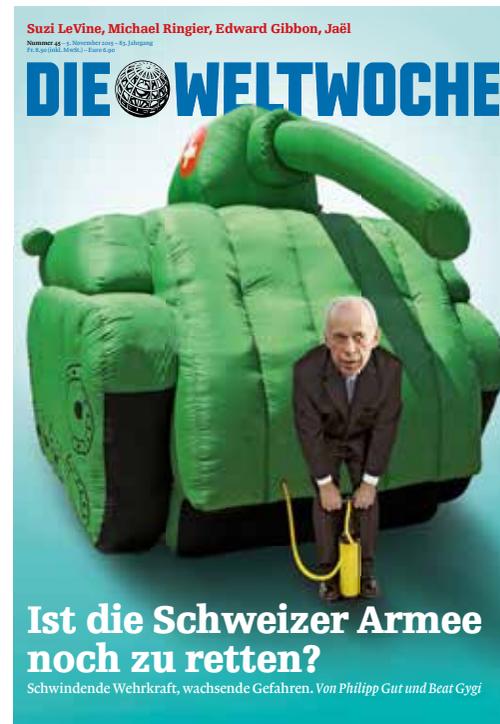
Hans Rudolf Wehrli, Remetschwil

Bewaffnet mit einem Wust von Zahlen zu schwindenden Mannschafts- und Materialbeständen, fordern die Autoren die Aufrüstung der Schweizer Armee. Der Artikel bleibt aber die Antwort auf die zentrale Frage schuldig: Wozu brauchen wir eine möglichst grosse Armee? Die Autoren laufen bereits im Einstieg mit ihrer Jeremiade ins Leere, wenn sie die modernen Sicherheitsrisiken schildern und auf die Möglichkeiten eines nordkoreanischen Atomschlags oder eines Terrorakts durch einen Rucksacktouristen verweisen. Bleiben wir bitte realistisch: Gegen solche Bedrohungsszenarien brauchen wir keine Armee, die auf die Höchstbestände des Kalten Krieges hochgerüstet wird. Sie waren damals angebracht, als sich Westeuropa gegen Luftkrieg und Panzerschlachten schützen musste.

Krieg bleibt zwar heute bittere Realität. Er findet aber ausserhalb Westeuropas statt, und die *Weltwoche* kritisiert leider jegliche solidarische Mitwirkung an humanitären Auslandseinsätzen, wo Schweizer Militär wirklich gefragt wäre. Nur in einem Punkt haben die Autoren recht: Sie beklagen die fehlende Verankerung der Schweizer Armee in der Bevölkerung. Es sind genau solche unreflektierten Beiträge, die die Skepsis gegenüber unserem Militär weiter schüren. Denn ein blindes Horten von Mensch und Material nach überholten Bedrohungsszenarien ist unglaublich.

Urs Aeberli, Winterthur Wülflingen

Tatsächlich ist die Schweiz unverlässlich geworden. Und diesen Zustand wollen der Bun-



Nicht mehr sichtbar: VBS-Chef Maurer.

desrat und das VBS weiter verschlimmern. Während in Europa Krieg herrscht (in der Ukraine und Kämpfe gegen die Kurden in der Türkei), der dritte Weltkrieg in asymmetrischer Form mit einer Völkerwanderung begonnen hat und andere Staaten aufrüsten, will die Schweiz ihre bereits massiv geschrumpfte Armee nochmals halbieren.

Der Bericht müsste eigentlich den Anstoss zu einer PUK geben, so, wie seinerzeit der Bericht des *Weltwoche*-Journalisten Marcel H. Keiser über die Panzer-68-Mängel zu einem parlamentarischen Hearing geführt hat. Noch immer wird nicht erkannt, dass nicht nur der Bundesrat und Teile der Verwaltung den EU-Beitritt schleichend vorbereiten, sondern auch das VBS den Nato-Beitritt einfädelt. Das Trio Keckeis/Arbenz/Maudet hat im *Blick* klar für eine 20 000-Mann-Armee plädiert.

Das Parlament realisiert überhaupt nicht, dass die vorgesehene Eliminierung von 72 Bataillonen und rund 350 Kompagnien die Kampfkraft der Armee drastisch schwächt. Viel schlimmer ist, dass zukünftig die Schweizer Restarmee, d.h. Bataillone und Kompanien, ausschliesslich durch Berufsoffiziere geführt würde. Schon heute ist die Armee für den Grossteil der Bevölkerung nicht mehr sichtbar und vor allem im Volk nicht mehr verankert, weil die Armeeingehörigen viel zu früh aus der Dienstpflicht entlassen werden. Dieser Zustand muss unverzüglich korrigiert werden. Und deshalb ist die Weiterentwick-

lung der Armee (WEA) ohne Wenn und Aber abzulehnen. Gleichzeitig ist die Ablösung der Armeespitze aufgrund des offensichtlichen Unvermögens überfällig.

Willy P. Stelzer, *Volketswil*

Migrationspuff

Nr. 45 – «Locher und Blocher nach Eritrea»; Kolumne von Peter Bodenmann

Hut ab, so viel Ehrlichkeit habe ich vom Linkspolitiker Bodenmann nicht erwartet, Chapeau! «Wer die Mehrheit hat, muss liefern statt sabbern», so Peter Bodenmanns Forderung. Genau, offensichtlich hat die SP mit der Einsetzung von Widmer-Schlumpf und Sommaruga die letzten acht Jahre gewaltig gesabbert. Und jetzt fordert doch tatsächlich Genosse Bodenmann, Freund von Genosse Andrea Hämmerle und Freund von Eveline Widmer-Schlumpf, dass Dr. Christoph Blocher es wieder richten soll. Wer? Ausgerechnet der mit stehender Ovation unwürdig beklatschte und abgewählte Bundesrat? Das von Widmer-Schlumpf verursachte und von Sommaruga übernommene und in der Folge ausgebaute und verwaltete Migrationspuff kostete uns in den letzten acht Jahren total fünf Milliarden Schweizer Franken und in der Folge jährlich eine weitere Milliarde.

Wohlgemerkt: nicht eingerechnet, was neu ab 2016 dazukommt!

Mario Piatti, *Dietlikon*

Nach bestem Wissen und Gewissen

Nr. 44 – «Auftrag erfüllt!»; Gerhard Gnauck über den Wahlsieg der Konservativen in Polen

Die *Weltwoche* hat nicht etwa geschrieben: «Rechtspopulistische und fremdenfeindliche Partei hat in Polen die Wahlen gewonnen» – wie es in linkslastigen europäischen Medien fast die Norm ist – sondern einen schönen Beitrag über Jaroslaw Kaczynski, über Mythen und Visionen publiziert. Ich danke Ihnen dafür, denn Polen ist meine erste Heimat. Die konservative Partei «Recht und Gerechtigkeit» ist der SVP ein bisschen ähnlich – Jaroslaw Kaczynski wurde ebenso jahrelang beschimpft, beleidigt und ausgelacht wie Christoph Blocher. Die beiden Staatsmänner haben eine Vision: Nach bestem Wissen und Gewissen und mit Liebe wollen sie ihrer Heimat dienen. Herr Gnauck erwähnt die Abhöraffaire in Polen. Es wurde bekannt, dass damals, vor mehr als einem Jahr, ein polnischer Minister (!) im Gespräch mit dem Chef der Nationalbank, von dem er eine Erhöhung der Geldmenge verlangte, sagte: «Polen existiert eigentlich nur theoretisch.» In der Tat ist nicht alles in Polen so

schön, wie es die linksliberalen polnischen sowie ausländischen Medien mit spürbarem Hass gegen die Konservativen darstellen. Gerade deshalb haben die Polen die seit acht Jahren regierende Bürgerplattform abgewählt. Irena Formanek, *Hinterkappelen*

Weltwoche allgemein

Die *Weltwoche* ist zu sehr Zürich-orientiert. Natürlich ist das ihr und ihrer Redaktionsleute Cüpli-Rayon, aber inskünftig bitte in allen Belangen ihres Produktes ein wenig föderalistischere Fantasie entwickeln!

Peter Suter, *Arlesheim*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



GEMEINSAM SETZEN WIR EIN ZEICHEN DER HOFFNUNG



IKRK

Wir leben in einer von Krieg gezeichneten Welt, in der Menschen schreckliche Leiden erdulden müssen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist meist die einzige Hoffnung. Wir sind aber vermehrt auf unsere Spenderinnen und Spender angewiesen. Wollen Sie uns heute unterstützen?

- In **Syrien** lieferten wir dieses Jahr Nahrungsmittelrationen für 5,3 Millionen Menschen, die durch 4 Jahren Konflikt stark betroffen sind. Viele dieser Menschen befinden sich in solch verzweifelten Situationen, dass sie ihr Leben riskieren um nach Europa zu gelangen. Wasser und Lebensmittel sind notwendiger denn je.
- Der Konflikt in **Nordnigeria** forderte Tausende von Todesopfern und trieb mehr als eine Million Menschen in die Flucht. Sie mussten ihr Heim verlassen und in Nachbarstaaten Kamerun, Tschad und Niger Zuflucht suchen. Das IKRK ist vor Ort und stellt Nahrungsmittel sowie Gesundheitspflege zur Verfügung, und hilft versprengte Familien zu einigen.

Mit Ihrer Hilfe können wir so viel mehr tun.

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf icrc.org/hoffnung

Sicherheitsrisiko Sommaruga

Alle Beschwichtigungsversuche nützen nichts mehr: Der Bund weiss, dass das Asylwesen aus dem Ruder läuft. Erst jetzt diskutiert er ein Notfallkonzept. Dieses dürfte indes bloss noch mehr Migranten anlocken. SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga will die Tore für Zehntausende öffnen. *Von Philipp Gut*



Sendet folgenschwere Signale in die Welt: Bundespräsidentin Sommaruga.

«Angespannt, aber alles unter Kontrolle»: So lautete der Tenor in Bundesbern, wenn Kritiker auf die Missstände im Asylwesen hinwiesen. Die SVP richtete ihren erfolgreichen Wahlkampf ganz auf das «Asylchaos» aus, während die Behörden rhetorische Beruhigungspillen verteilten: Es herrsche *courant normal*, man habe die Situation im Griff. Doch jetzt hat auch Bern gemerkt, wie ernst die Situation geworden ist. Angesichts der jüngsten Zahlen und Entwicklungen werden alle Beschwichtigungsformeln zu Makulatur. Sogar regierungsnahe Presseorgane schildern die Realität unvernebelt: «Zahl der Flüchtlinge steigt sprunghaft», meldete die *NZZ am Sonntag*.

Bereits letzte Woche musste der Bund seine Prognosen erheblich nach oben korrigieren: Statt 29 000 erwartet er jetzt 32 000 bis 34 000 neue Gesuche. Aber womöglich sind auch diese Hochrechnungen zu tief. Denn in den

letzten Tagen ist eingetreten, was eigentlich längst absehbar war: Der grosse Treck von Hunderttausenden, ja Millionen Migranten, die in Europa ihr Glück suchen, macht keinen Bogen mehr um die Schweiz. Allein in der ersten Novemberwoche griff das Grenzwachkorps 1124 illegale Einwanderer auf. Das sind mehr als doppelt so viele wie in der Vorwoche – und der Oktober war bereits ein Rekordmonat. Das «Echo der Zeit» von Radio SRF spricht sogar von 1400 illegalen Einwanderern, die innert vier Tagen angehalten worden seien. Die meisten von ihnen versuchten aus Deutschland und Österreich in die Schweiz zu gelangen. Das ist neu: Früher kam der Ansturm aus dem Süden, via Italien.

Auch die Zusammensetzung der Migrantenströme hat sich teilweise verändert, darunter sind auffallend viele Afghanen. Sie kommen aus dem einfachen Grund, dass Deutschland

die Aufnahmebestimmungen für diese Volksgruppe verschärft hat. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht, dass es lohnender ist, in die Schweiz einzureisen. Das neue Eldorado ist nun nicht mehr die Bundesrepublik, sondern die Eidgenossenschaft.

Explosion der Gesuche

Der Bund geht davon aus, dass der Zustrom andauert. Auch wenn gegen aussen versucht wird, Normalität zu simulieren – im zuständigen Staatssekretariat für Migration (SEM) bereitet man sich auf den Dammbbruch vor. In einem internen Bericht schreibt das SEM: «Seit August 2015 sieht sich Europa mit dem grössten Migrantenstrom seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konfrontiert.» Und zur Lage in der Schweiz: «Die im September 2015 eingereichten 4544 Gesuche stellen den höchsten Monatswert seit Juli 1999 dar.» Im Oktober

stieg die Zahl erneut – auf 4750. In den ersten zehn Novembertagen beschleunigte sich der Anstieg weiter: In dieser Zeitspanne wurden 3300 Gesuche gestellt. Hochgerechnet auf ein Jahr, ergäbe das 120 000 Asylgesuche. Es könnten also bald weit mehr Leute kommen als während des Kosovokriegs – im Rekordjahr 1999 wurden 47 513 Gesuche gestellt.

Die Prognose, die das SEM im zitierten Papier stellt, lässt denn auch an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig: «Die aktuelle Migrationslage entlang der Balkanroute übertrifft alles bisher Dagewesene.» Das Migrationspotenzial im Nahen Osten bleibe hoch. Der Andrang dürfte nach einer wetterbedingten Beruhigung in den Wintermonaten «im Frühjahr 2016 wieder zunehmen».

Werden die Afghanen die neuen Eritreer?

Interessant ist, was die Spezialisten des Bundes über die Zusammensetzung der anrollenden Migrantenvelle sagen: In den kommenden drei Monaten kämen «die meisten Asylsuchenden» voraussichtlich aus Afghanistan, dann folgen jene aus Syrien und Eritrea. Das lässt aufhorchen, denn die Eritreer machen seit Jahren den Löwenanteil unter den Gesuchstellern aus. Wenn nun also die Afghanen und die Syrer die Eritreer überholen, ist mit ausserordentlich hohen Zuströmen dieser Gruppen zu rechnen.

Die entscheidende Frage aus Sicht der Schweizer Politik lautet, wie der Bund mit dieser neuen Eskalationsstufe umgeht. Unter dem Druck des Grossandrangs diskutiert er jetzt ernsthaft über ein «Notfallkonzept». Dieses soll der Bewältigung der sogenannten ausserordentlichen Lage im Asylwesen dienen. Erstellte wurde das vierzig Seiten umfassende Dokument im Auftrag des Bundesrats bereits vor drei Jahren, Anlass war der Arabische Frühling. Vertreter der ächzenden Kantone, wie der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP), Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, fordern, dass dieses Konzept jetzt aktiviert wird. Dabei soll ein Sonderstab aus Bundes- und Kantonsbehörden eingesetzt werden. Einzelne Medien sprechen bereits von einem «Notregime». Das klingt nach Durchgreifen und Abhilfe. Aber stimmt dieser Eindruck auch?

Wer sich die Mühe macht, die vierzig Seiten und die sieben Anhänge des «Notfallkonzepts Asyl» zu lesen, erhält ein anderes Bild: Die meisten der vorgesehenen Massnahmen werden den Zustrom an Migranten nicht bremsen, sondern diesen noch beschleunigen. So kann die Schweiz Bedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung «vorübergehend Schutz» gewähren. Der Bund will die eigenen Unterbringungskapazitäten «sukzessive» erhöhen und zusätzliche «Unterbringungsreserven» schaffen. Die rechtsstaatlichen Mittel werden teilweise

ausser Kraft gesetzt – bundeseigene Bauten sollen «unter bestimmten Voraussetzungen bewilligungsfrei für die Unterbringung von Asylsuchenden» zur Verfügung stehen. Die einzige Massnahme, die sich positiv auf die Zahl der Asylsuchenden auswirken könnte, wäre, «die Voraussetzungen zur Asylgewährung einzuschränken».

Sommarugas Vergleich mit der Nazizeit

Allerdings ist der Bundesrat weit von einem solchen Eingriff entfernt. Das machte Simonetta Sommaruga am Wochenende wieder deutlich. Die Justizministerin und Bundespräsidentin scheute sich nicht, anlässlich eines Gedenkabends zur Reichskristallnacht in der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich allen Ernstes eine Parallele zwischen der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg und der gegenwärtigen Asylpolitik zu ziehen, die sie selbst verantwortet. Sommaruga: «Heute wissen wir: Die Schweiz hat damals ihre Landesinteressen viel zu eng verstanden. Sie hat sich von jenen abgewendet, die auf Schutz angewiesen waren. Meine Damen und Herren, auch heute sind viele Menschen auf der Flucht. Hunderttausende drängen nach Europa.»

Die Schweiz leiste nicht genug, Direkthilfe vor Ort reiche nicht. «Wie wird man in fünfzig Jahren über unsere heutige Flüchtlingspolitik denken? Es liegt an uns, an uns allen, diese Antwort zu geben: an der Politik, an der Zivilgesellschaft, an jedem einzelnen Bürger, an der einzelnen Bürgerin. Meine Damen und Herren: Es soll sich in fünfzig Jahren niemand für uns entschuldigen müssen.» Die Botschaft

Die Migranten handeln rational: Sie wandern dorthin, wo es am meisten zu holen gibt.

ist unmissverständlich: Wer die Migrationsströme einzudämmen versucht, handelt unmenschlich, er wird sich einst vor dem Tribunal der Geschichte verantworten müssen. Wer kommen will, soll kommen.

Das ist, mit Verlaub, eine undifferenzierte und letztlich verantwortungslose Position. Die Justizministerin erwähnt mit keinem Wort, dass das Asylgesetz im Kern zwischen echten, politisch verfolgten Flüchtlingen und illegalen Wirtschaftsmigranten unterscheidet. «Hunderttausende drängen nach Europa», ja. Aber sie haben nicht ausnahmslos das Recht auf Asyl oder Schutz. Das weiss Sommaruga natürlich genau. Trotzdem sendet sie sinngemäss das folgenschwere Signal in die Welt: «Kommt her, ihr seid alle willkommen.»

Deutschland führt gerade vor, dass eine solche Politik zum Scheitern verurteilt ist. Die meisten Afghanen, die jetzt im Grossaufmarsch die Schweizer Grenzen passieren, wollten ursprünglich in die Bundesrepublik,

doch seit diese restriktivere Signale aussendet, biegen sie einfach in die Schweiz ab. Das Beispiel zeigt: Dass und wohin die Migrantenströme fliessen, hängt nicht einfach von der Weltlage ab, sondern wesentlich von den Anreizen, welche die Aufnahmestaaten setzen. Die Migranten handeln völlig rational: Sie wandern dorthin, wo es am meisten zu holen gibt und wo die geringsten Widerstände herrschen. Mit andern Worten: Die Missstände im Asylwesen sind weitgehend hausgemacht.

Was das deutsche Exempel auch illustriert: Abschreckung wirkt. «Wir müssen auch über dissuasive Massnahmen nachdenken», sagt der Bündler Nationalrat und Asylfachmann Heinz Brand (SVP). Die Volkspartei versuchte das in der Septembersession vergeblich: Sie forderte stärkere Grenzkontrollen und ein Asylmoratorium. Doch die Mehrheit wollte davon nichts wissen.

Die Beamten warnen

Auch Sommarugas Beamten sind diese Mechanismen bewusst: In der erwähnten Lagebeurteilung («Ausschliesslich zum verwaltungsinternen Gebrauch») warnen sie ausdrücklich vor einem Mehrandrang auf die Schweiz, da andere Länder reagieren würden: «Schliesslich dürften mehrere Staaten durch den Winter unilaterale Massnahmen zur Steuerung respektive Eindämmung des Migrantenflusses treffen.» Die Folgen sind absehbar: Noch mehr «Flüchtlinge» werden in die Schweiz strömen.

Die Lage wird sich auch deshalb zuspitzen, weil sich nur der kleinere Teil der laut SEM «mindestens» 164 000 Migranten, die allein im September nach Deutschland einreisten, registrieren liessen (nämlich 40 500). Fahren sie in die Schweiz weiter, wird der Nachweis also nicht zu erbringen sein, dass sie bereits in einem anderen Land des Schengen-Dublin-Raums um Asyl nachsuchten. Rückführungen werden daher unmöglich sein.

Sommarugas Angestellte sind nicht zu beneiden. Sie sehen, was auf die Schweiz noch alles zukommen dürfte, und sie wüssten auch, wie die Lawine abzuwenden wäre. Doch ihre oberste Chefin ruft in aller Öffentlichkeit eine Politik der offenen Scheunentore aus. Es besteht kein Zweifel: Die professionellen Schlepper und ihre Kunden, stammen diese nun aus Afghanistan, Syrien oder Eritrea, sind in Echtzeit darüber informiert, in welche europäischen Staaten sie problemlos einreisen und wo sie am bequemsten bleiben können.

Mit ihrer unverantwortlichen Asylpolitik ist Simonetta Sommaruga ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz. Aus den Bundeszentren hört man bereits, einzelne Afghanen weigerten sich, sich von Frauen befragen zu lassen. Findet nicht bald ein Politikwechsel oder ein personeller Wechsel an der Spitze des Justizdepartements statt, ist absehbar, dass das Asylchaos sich weiter verschärfen wird. ○

Neofeudaler Merkel-Stil

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat Äthiopien besucht. Die Reise ist doppelt gescheitert: Sie tappte in eine diplomatische Falle und kam ohne konkretes Migrationsabkommen zurück.

Von Peter Keller



Asyl-Wunschland: Bundespräsidentin Sommaruga in Dschidschiga (Äthiopien), 25. Oktober 2015.

Seit ihrer Wahl in den Bundesrat hat Justizministerin Simonetta Sommaruga verschiedene Reisen ins Ausland unternommen. Eines ihrer bevorzugten Ziele ist Afrika, ein Kontinent, der ihr offenbar am Herzen liegt. Keiner ihrer Ratskollegen hält sich dort auch nur annähernd so oft auf wie die Berner Sozialdemokratin.

So machte sie sich im Oktober 2011 auf den Weg nach Guinea, um ein Migrationsabkommen zu unterschreiben und Rückkehrer aus der Schweiz zu treffen. Im Juni 2012 besuchte sie Tunesien, wo sie zwei Abkommen unterschrieb und ein Flüchtlingscamp besichtigte. Im Februar 2013 ging es nach Nigeria, um eine mögliche Migrationspartnerschaft zu diskutieren, dann in die Demokratische Republik Kongo und nach Angola, wo sie Migrationsabkommen unterzeichnete. Im September 2014 begab sie sich nach Kamerun, auch dorthin für ein Migrationsabkommen. Die vorläufig letzte Reise

nach Afrika führte die Bundespräsidentin im vergangenen Oktober nach Äthiopien. Dieses Mal kehrte sie allerdings ohne irgendeine handfeste Migrationsvereinbarung zurück.

Zunächst lässt sich festhalten: Afrika ist die Vorzugsdestination der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Was ihr dabei besonders wichtig ist, sind die Besuche von Flüchtlingslagern – wie jetzt wieder in Äthiopien. Sie möchte das Elend der Leute mit eigenen Augen sehen. Sommaruga habe den Hang, sich als Hüterin der Humanität zu zeigen, heisst es aus ihrem Umfeld – was durchaus auch aus innenpolitischem Kalkül erfolge. Sie könne damit ihr Versagen in der Asylpolitik vertuschen und den linken Parteiflügel der SP besänftigen.

Im EJPD und insbesondere in den Kantonen sind nicht alle über diese öffentlichkeitswirksamen Besuche glücklich. Statt konkrete Ver-

handlungsziele zu erreichen und Rückübernahmeabkommen mit renitenten Drittstaaten zu erzielen, sei es ihr wichtiger, Flüchtlinge zu treffen, um Reden und Interviews mit Erlebnissen anreichern zu können und so die Betroffenheit der Bürger zu wecken. So berichtete die Bundesrätin bei der 1.-August-Rede in Laupen 2014 von ihrer Arbeitsreise nach Jordanien und dem Besuch eines Flüchtlingslagers an der syrischen Grenze. Jordanien sei ein Land mit weniger Einwohnern als die Schweiz und habe in den letzten drei Jahren über 600 000 Flüchtlinge aufgenommen.

Und nun im Oktober die Reise nach Äthiopien. Das Land sei ein «Stabilitätsanker in der Region», erklärte die Justizministerin in einer Medienmitteilung. Der Nachbarstaat Eritrea, der für die Hauptlast der hiesigen Asylprobleme verantwortlich ist, war kein Thema, obschon allein bis Ende September 8927 Eritreer ein Asylgesuch stellten (was einer Zunahme um 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht). Auf die Gesamtzahl der Gesuche bezogen, stammt jeder dritte Asylbewerber aus dem ostafrikanischen Land.

Der Zustrom von Flüchtlingen eritreischer Herkunft setzt sich unvermindert fort – trotz nahendem Winter. Aber die verantwortliche Bundesrätin hält es nicht für nötig, diesen Staat persönlich aufzusuchen. Im Gegenteil: Sie bereist mit Äthiopien ausgerechnet jenen Nachbarn, der als ewiger Rivale und Erbfeind Eritreas gilt und aus dem nur wenige Asylbewerber stammen (481 in den Monaten Januar bis September). Wie ist ein solches Verhalten erklärbar?

In Eritrea unerwünscht

Während der Asyldebatte im Sommer zögerte die Bundespräsidentin nicht, die eritreischen Asylsuchenden gegenüber der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen. Die NZZ titelte: «Sommaruga verteidigt die Eritreer». Eritrea sei eine Diktatur, ein Unrechts- und Willkürstaat. Das Regime gewähre nicht einmal dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Zugang zu den Gefängnissen. Deshalb, so die SP-Politikerin im neofeudalen Merkel-Stil, sei es «undenkbar», Menschen nach Eritrea zurückzuschicken.

Ob eine solche öffentliche Verurteilung eines anderen Staates für eine Bundespräsidentin angemessen ist, scheint mehr als fraglich. Wer diplomatisch etwas erreichen will, würde sich jedenfalls mehr zurückhalten. Aber offensichtlich interessiert sich Sommaru-

ga kaum für die schweizerische Interessenpolitik, weder im Umgang mit Brüssel noch im Umgang mit Problemstaaten. Zwar bekennt sich die Justizministerin grundsätzlich zur Neutralität der Schweiz, was sie zuletzt an den Marignano-Feierlichkeiten tat, diese Haltung würde jedoch auch mehr Respekt vor der Souveränität anderer Länder bedeuten. Es ist absehbar, dass die Regierung Eritreas in nächster Zeit weder die Schweizer Bundespräsidentin noch ihre Mitarbeiter empfangen wird, nachdem sich Simonetta Sommaruga derart aggressiv geäussert hat. Gemäss Auskunft des EJPD auf die Anfrage der *Weltwoche* ist für 2016 jedenfalls keine Reise der Justizministerin nach Eritrea geplant. Vielleicht auch deshalb, weil man dort unerwünscht ist.

In diplomatischen Kreisen hält man die Reise Sommarugas nach Äthiopien für doppelt gescheitert: Die Bundespräsidentin sei regelrecht in eine Falle getappt. Das ostafrikanische Land habe den Besuch der Schweizerin propagandistisch ausgenutzt, sowohl der Präsident wie der Premierminister empfangen die EJPD-Chefin und verbuchten die Schweizer Visite als Unterstützung ihrer Anti-Eritrea-Politik durch einen neutralen und respektierten Staat. Zweitens kam Sommaruga ohne konkrete Ergebnisse zurück, obwohl auch betreffend Äthiopien akute Rückführungsprobleme bestehen, wie die Justizministerin im September auf einen Vorstoss

von Nationalrat Roland Büchel (SVP) hin bestätigte: «Mit Äthiopien ist die Zusammenarbeit bei der Identifikation wie auch bei der Rückführung von Personen mit rechtskräftiger Wegweisung weitgehend blockiert. Im Mai 2015 konnte die Zusage Äthopiens erlangt werden, mit der Schweiz Gespräche über ein Rückübernahmeabkommen zu führen.» Den äthiopischen Behörden sei unterdessen ein erster Entwurf eines

Das Mutter-Teresa-Image soll ablenken vom eigenen Unvermögen und von den Fakten.

Abkommens überreicht worden. Auf die Frage der *Weltwoche*, ob das Rückübernahmeabkommen offiziell angesprochen worden sei, antwortete das EJPD mit einem knappen Ja.

Zahl der Gesuche hat sich verdoppelt

Warum konnte die Bundespräsidentin trotz Aufmarsch der politischen Eliten das Abkommen nicht unterzeichnen? Im Vordergrund der Reise habe die Hilfe vor Ort gestanden, erklärt Sommarugas Generalsekretariat. Äthiopien, obwohl selber arm, habe bereits Hunderttausende Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten aufgenommen. Man sei aber übereingekommen, den «Dialog und die Zusammenarbeit im Migrationsbereich» zu stärken. Eine Flos-

kel. An Dialog mangelt es nicht, sondern an Ergebnissen. Die *Weltwoche* berichtete bereits 2011 über die Rückschaffungsprobleme mit Staaten wie Äthiopien oder Eritrea: Da laufe «im Moment gar nichts». Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. 2013 wurde ein einziger abgewiesener Asylbewerber aus Äthiopien zurückgeschafft, 2014 waren es zwei, und 2015 kein einziger (Stand Ende September). Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Gesuche mindestens verdoppelt.

Die letzte Reise nach Äthiopien bestätigt den Eindruck von kantonalen Vollzugsbehörden: Simonetta Sommaruga habe sich dem Druck ihrer linken Parteikollegen endgültig gebeugt. Die anfänglich klare Linie sei dahin. Nun laute die Devise im Staatssekretariat für Migration (SEM): «Möglichst viele Asylbewerber aufnehmen und die dafür benötigten Kapazitäten bereitstellen». Auf Rückführungen oder gar Abschreckung hinzuwirken, sei nicht erwünscht. Die Kommunikationsabteilung des EJPD arbeitet am Kurswechsel kräftig mit: Am liebsten lässt sich Sommaruga mit Flüchtlingskindern abbilden. Das Mutter-Teresa-Image soll ablenken vom eigenen Unvermögen und von den Fakten: Die grosse Mehrzahl der Flüchtlinge sind junge Männer, die von Schleppern durch sichere Drittstaaten geschleust werden, bis sie in ihrem Asylwuschland Schweiz angekommen sind. ○

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch

Terrorist unter Bootsflüchtlingen

Der Fall eines jüngst in Italien verhafteten Islamisten belegt: Gefährliche Anhänger des sogenannten Islamischen Staats (IS) kommen auch als Bootsflüchtlinge getarnt nach Europa. Kontrollen an der EU-Aussengrenze sollten verschärft und biometrischen Daten aufgenommen werden. *Von Kurt Pelda*



Dem Ruf gefolgt: Islamisten-Proteste in Tunis.

Kommen mit den Bootsflüchtlingen auch Terroristen nach Europa? Die Antwort lautet ganz klar Ja, wie eine kürzlich in Italien erfolgte Festnahme belegt. Unklar bleibt hingegen, wie häufig solche Fälle sind, zumal Terrororganisationen wie der sogenannte Islamische Staat (IS) über viele andere Möglichkeiten verfügen, Anhänger nach Europa zu schleusen.

Willkommenskultur ausgenutzt

Der 38-jährige Tunesier Ben Nasr Mehdi fuhr Anfang Oktober mit rund zweihundert anderen Bootsflüchtlingen von Libyen in Richtung Italien und wurde auf die Insel Lampedusa gebracht. Den Behörden gab er seinen Namen als Mohammed Ben Sar an, wie die italienische Tageszeitung *La Repubblica* berichtete. Er sei politisch verfolgt und habe Verwandte in Nordeuropa. Dorthin wolle er reisen und Asyl beantragen, erzählte der Terrorist, der Jahre zuvor für eine Vorläuferorganisation des IS Dschihadisten und Selbstmordattentäter rekrutiert hatte. Doch die Italiener waren von den tunesischen Diensten vorgewarnt worden und nahmen Ben Nasrs Fingerabdrücke. Dadurch wurde klar: Es handelte sich um einen 2008 in Italien verhafteten und rechtskräftig zu sieben Jahren Haft verurteilten Immigrant. Die Italiener, die Ben Nasr wegen seiner Sprengstoffkenntnis-

se für einen gefährlichen Terroristen halten, schoben ihn nach Tunesien ab.

Der Fall von Ben Nasr zeigt, dass sich unter die echten Flüchtlinge nicht nur Opportunisten, Glücksritter, Kriegsverbrecher und ehemalige Milizionäre mischen, sondern eben auch Terroristen. Die italienischen Behörden versuchten laut der eher linkslastigen *Repubblica*, diese Tatsache anfänglich zu verheimlichen. Dass auch Terroristen die Willkommenskultur in Deutschland für ihre Zwecke ausnützen, war ja zu erwarten, doch möchten dies die Befürworter der grenzenlosen Zuwanderung nur ungern wahrhaben. Bei Ben Nasr handelt es sich nun um den ersten erwiesenen Fall.

Allerdings hat Italien in dieser Beziehung schon einmal Schlagzeilen gemacht, nämlich als die Polizei den ehemaligen Bootsmigranten Abdel Majid Touil aus Marokko festnahm. Die tunesische Justiz warf dem jungen Mann vor, an der Vorbereitung des Terroranschlags auf das Bardo-Nationalmuseum in Tunis vom März 2015 beteiligt gewesen zu sein. Damals kamen zwei Dutzend Menschen ums Leben. Tunesien beantragte die Auslieferung des in einem Boot von Libyen nach Italien geflüchteten Touil, doch lehnte das ein italienisches Gericht ab – mit der Begründung, dass dem Terrorverdächtigten in Tunesien die Todesstrafe

drohe. Zugleich liess die italienische Staatsanwaltschaft die Anklage fallen, weil die Tunesier keine ausreichenden Beweismittel geliefert hatten.

Der neue und vor allem eindeutige Fall zeigt vor allem, dass die Unsitte, den Migranten an der EU-Aussengrenze keine Fingerabdrücke abzunehmen, ein erhebliches Risiko beinhaltet. Die Migranten weigern sich bei der Ankunft in Griechenland oder Italien, ihre Fingerabdrücke abzugeben, weil sie dann gemäss Dublin-Abkommen nur gerade dort – und nicht etwa in ihren «Traumstaaten» Deutschland oder Schweden – Asyl beantragen können. Auf den griechischen Inseln vor der türkischen Küste werden die Migranten zwar registriert und erhalten Papiere für die problemlose Weiterreise, doch werden ihre Angaben nicht überprüft. Athen hat guten Grund für diese lasche Politik, denn man will diese Menschen ja auf keinen Fall im eigenen Land unterbringen und verköstigen. Damit bleibt es aber absolut unklar, ob sich unter den Ankömmlingen auch gesuchte Kriminelle, Kriegsverbrecher oder gar Terroristen befinden.

IS-Kadermann im Kanton Zürich

Ben Nasr gehörte zu einer grösseren europaweit agierenden Terrorzelle, die im Gefolge der US-Intervention im Irak von 2003 Dschihadisten via Syrien in den Irak schmuggelte. Damals kooperierten die Terroristen der IS-Vorläuferorganisationen noch mit den Geheimdiensten des syrischen Assad-Regimes – nach dem Motto «zusammen gegen den gemeinsamen Feind USA».

Der Fall sollte allerdings nicht als Grund zur Panikmache missbraucht werden. Mit Sicherheit handelt es sich bei den Terrorsympathisanten unter den Bootsmigranten nur um eine verschwindend kleine Minderheit. Dennoch sollten die Kontrollen an der EU-Aussengrenze unbedingt verschärft und die biometrischen Daten aller Ankömmlinge aufgenommen werden.

Möglicherweise viel gefährlicher als die Neuankommlinge sind die bereits hier lebenden Schläfer und Rekrutierer von Terrororganisationen. So reist ein im Kanton Zürich lebender IS-Kadermann regelmässig via Tunesien in die libysche IS-Hochburg Sirte und wieder zurück – nicht im Schlauchboot, sondern ganz legal und dank seines Schweizer Passes auch völlig unbehelligt von Behörden und Grenzwachtern. ○

Palästinensische Träume

In der Zürcher Photobastei ist derzeit eine Ausstellung über das palästinensische Flüchtlingselend zu sehen. Mindestens ebenso interessant wie die Bilder sind die Tatsachen, die ausgeblendet werden.

Von Pierre Heumann

In dem Gebiet, das seit 1948 zu Israel gehört, verloren mehrere Hunderttausend Palästinenser ihre Häuser und ihren Besitz. Das Unrecht, das den Palästinensern damals widerfuhr, ist gut dokumentiert, von Historikern, Zeitzeugen, Filmemachern und Fotografen. Die Photobastei macht nun ebenfalls auf die Notlage der palästinensischen Flüchtlinge aufmerksam. Sie zeigt eine Ausstellung mit Bildern von deren langen Reise, die vor bald sieben Jahrzehnten begann und bis heute andauert. Sie zähle zu den «längsten Zwangsmigrationsphänomenen der modernen Geschichte», heisst es im Begleittext zur Ausstellung, die weltweit bereits an zwanzig Standorten zu sehen war.

Der Staat Israel, implizieren die gezeigten Fotografien von damals, wurde 1948 in Sünde geboren. Dass das «längste Zwangsmigrationsphänomen» aber mit Absicht nicht gelöst und künstlich am Leben gehalten wurde, wird unterschlagen. Den arabischen Bewohnern Palästinas wurde 1948 vorgegaukelt, dass sie bald mit einer siegreichen Armee in ihre Heimat zurückkehren und die Juden aus Palästina vertreiben würden. Die Palästina-Flüchtlinge waren für sie von Anfang an nützliche Idioten: eine menschliche Speerspitze gegen Israel. Die Lösung der Flüchtlingsfrage lag nicht im Interesse der damaligen arabischen Elite.

Von Anfang an unterstützte auch die Uno das Ziel, das Elend der Palästinenser zu verewigen. Deren Flüchtlingsstatus, so beschloss die Uno, sei von einer Generation auf die nächste zu übertragen. Keine andere Flüchtlingsgruppe hat diese eingebaute Perpetuierung, die zur Folge hat, dass die Palästinenser auf immer und ewig heimatlos bleiben. Wegen dieser Politik hat sich die Zahl der ausgewiesenen Flüchtlinge in den vergangenen Jahren dramatisch erhöht. Rund 700 000 Palästinenser wurden 1948 vertrieben. Heute sind es laut Uno-Statistik über fünf Millionen, die als Flüchtlinge registriert sind: die Enkel, Urenkel und Ururenkel der Palästinenser, die Ende der 1940er Jahre aus Haifa, Ramla oder Jaffa geflohen sind.

Konservierte Misere

Parallel zum palästinensischen gab es nach der Staatsgründung Israels einen zweiten Flüchtlingsstrom, welcher der Erinnerung wert wäre. Juden, die seit Jahrhunderten in muslimischen Ländern gelebt hatten, wurden aus Marokko, Tunesien, aus dem Irak, aus dem Iran oder aus Ägypten vertrieben. 600 000 jüdische Flüchtlinge fanden in Israel eine neue Heimat, 300 000

in Frankreich und Kanada. Den Nachfahren dieser Vertriebenen käme es heute nicht in den Sinn, sich als Flüchtlinge zu bezeichnen. Sie sind Teil der Gesellschaft, in der sie leben, sind Franzosen, Kanadier oder Israeli.

Der Unterschied ist eklatant. Eine Solidarität mit den palästinensischen Brüdern hat es in muslimischen Ländern nie gegeben. Wer die Vertriebenen aufnahm, grenzte sie aus, verweigerte ihnen die rudimentärsten Rechte und zwängte sie in Lager. Jordanien ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Die Palästinenser träumen deshalb nach wie vor von der Rückkehr nach Palästina. Wer mit ihnen über dieses Recht auf Rückkehr verhandeln will, stösst auf Ablehnung. Israelische Kompromissvorschläge, die die neuen Realitäten berücksichtigen, wurden wiederholt abgelehnt. Palästinenserführer Jassir Arafat wollte zu Beginn dieses Jahrtausends nichts von einem Vorschlag der israelischen Regierung wissen, den Gazastreifen und den grössten Teil des Westjordanlands aufzugeben, damit dort der Staat Palästina entstehen könne. Auch Mahmud Abbas liess eine Offerte des Premiers Ehud Olmert unbeantwortet, wonach im Westjordanland ein Staat Palästina entstehen solle.

Die Palästinenser übernehmen keine Pflichten, kennen nur Ansprüche. Jahr für Jahr werden sie mit Hilfgeldern unterstützt, auch aus der

Schweiz. Allein die USA und die EU überweisen jährlich eine halbe Milliarde Dollar an die Flüchtlingshilfe der Palästinenser, die UNRWA. Die UNRWA füttert die Palästinenser durch und kümmert sich um die Infrastruktur, baut und unterhält Schulen und Kliniken. Aber sie hat nicht den Auftrag, für die Integration der Flüchtlinge zu sorgen. Damit werden die Palästinenser zur Abhängigkeit, zur Unselbständigkeit erzogen. Das UNRWA-Mandat unterscheidet sich übrigens klar vom Auftrag der Uno-Agentur UNHCR, die sich weltweit um alle übrigen Flüchtlinge kümmert: Zu ihrem Pflichtenheft gehören ausdrücklich die Integration und die Hilfe bei der Assimilation.

Wie unmündige Kinder

Dass sich die Heimat ihrer Vorfahren inzwischen radikal gewandelt hat, dass es neue Städte gibt, dass ihre Dörfer und Häuser weitgehend verschwunden sind – das ist für die Palästinenser kein Grund, von ihren Träumen abzulassen. Auch in der vierten Generation nicht. Die Uno macht diese Träume möglich, indem sie die Palästinenser wie unmündige Kinder behandelt. Statt für ihre Integration zu sorgen, konserviert sie deren Misere mit viel Geld.

The Long Journey of Palestine Refugees: Photobastei, Zürich. Bis 6. Dezember 2015



Zur Unselbständigkeit erzogen: Palästinenser in Gaza, 1953.

Verlieren verboten

Doris Leuthard wird sich für eine weitere Amtsperiode wiederwählen lassen. Auf die CVP-Magistratin warten gefährliche Monate.

Von Hubert Mooser

Als Doris Leuthard letzten Sonntag für Vorgespräche zum Klimagipfel nach Paris jettete, hatte sie der Staatengemeinschaft nichts anzubieten ausser überheerzige Klimaziele und CO₂-Reduktionen. Vor einem Jahr in New York war das noch anders: Damals beschloss die internationale Gemeinschaft Investitionen von 100 Milliarden Dollar in den Klimaschutz von Entwicklungsländern. Und die Schweiz zog mit 95 Millionen Franken mit. Auch jetzt macht die Uno bei den Industriestaaten Druck für zusätzliches Geld. Und eine Reihe von Ländern wie Deutschland haben auch schon weitere Mittel zugesichert. Diesmal will die Eidgenossenschaft aber passen, wie Leuthards Departement vor Wochen durchblicken liess.

Leuthard hat derzeit auch ganz andere Sorgen. Sie muss schauen, dass sie ihre Klimapolitik inklusive der CO₂-Reduktionsziele – das alles ist in der Energiestrategie 2050 verpackt – heil durch das Parlament bringt. Die Kritiker des Paketes aus der SVP und der FDP, die Wahlsieger vom 18. Oktober, wetzen nämlich bereits die Messer. «Das ganze Paket ablehnen geht wohl nicht mehr», sagt FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen (BE). Es gebe aber schon den einen oder anderen Punkt, den man noch korrigieren könnte. Zum Beispiel: die geplante Abgeltung für erneuerbare Energiequellen, die sogenannte Einspeisevergütung, und die aus Sicht von Wasserfallen unrealistischen Ausbauziele des Bundesrates bei den erneuerbaren Energien zurückfahren. Derartige Ideen hört Leuthard nicht gerne. Abstriche am Energiepaket empfindet sie als Majestätsbeleidigung.

Bewährungsprobe Gotthard

Die Energiestrategie ist nur eine von vielen Baustellen, wo Leuthard im kommenden Jahr unter Erfolgsdruck steht. In welche Richtung sie auch blickt, überall warten schwierige Dossiers auf die Aargauerin: die Energiestrategie 2050, die Milchkuhinitiative der Strassenverbände, die sämtliche Einnahmen aus der Mineralölsteuer in den Strassenbau umleiten will, ein zweiter Strassentunnel am Gotthard. Auf ihren langjährigen Einflüsterer und den Generalsekretär ihres Departementes wird sie dann nicht mehr zählen können. Walter Thurnherr wird dann mit hoher Wahrscheinlichkeit Bundeskanzler sein. Das kommende Jahr werde für Bundesrätin Leuthard nicht einfach, befürchtet CVP-Parteichef Christophe Darbellay.

Die erste Bewährungsprobe steht im Februar an, mit der Abstimmung über eine zweite Röhre am Gotthard. Alle bisherigen Urnengänge (1994: Alpeninitiative, 2004: Avanti-Initiative) betreffend einen zweiten Tunnel endeten für die Gotthardlobby in einem Fiasko. Darbellay gibt seiner Bundesrätin deshalb den Tarif durch: «Verlieren ist diesmal verboten.»

Die Aufgabe ist zwar etwas einfacher als 1994 und 2004. Denn Leuthard hat ein schlagendes

Argument für den Bau einer zweiten Röhre: Zwischen 2020 und 2025 muss der alte Gotthardtunnel saniert werden und bleibt für den Verkehr monatelang gesperrt. Damit das Tessin während der Sanierungsphase nicht isoliert wird, beschlossen Bundesrat und Parlament den Bau eines 2,8 Milliarden Franken teuren neuen Strassentunnels. Aber vor allem: Wenn beide Röhren ab 2030 in Betrieb stehen, dürfen diese nur einspurig befahren werden. So will



Versagte dort, wo man ihre Stärke vermutete: Bundesrätin Leuthard.

man den Verfassungsartikel der Alpeninitiative respektieren, der eine Kapazitätsausweitung beim Verkehr auf der Gotthardachse verbietet. Leuthard wird im Abstimmungskampf trotzdem kein leichtes Spiel haben.

Nicht bloss Umweltschützer von der Alpeninitiative wollen das Tunnelprojekt vereiteln. In der Zentralschweiz kämpfen angesehene Parteileute aus der CVP wie Konrad Graber gegen eine zweite Röhre. Die CVP Uri hat sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Im Tessin müsse man noch Überzeugungsarbeit leisten, sagt Staatsratspräsident Norman Gobbi von der Lega. Und was die ganze Geschichte für Leuthard noch gefährlicher macht: Einigen Baudirektoren in der Romandie käme es wohl nicht ungelegen, wenn die Bundesrätin am Gotthard stolpern würde – die Romands sehen im zweiten Strassentunnel nur eine lästige

Konkurrenz zu eigenen Strassenbauprojekten.

Nun muss Leuthard beweisen, dass sie nicht bloss eine Schönwetterministerin ist, die den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zieht – für mehr Bahn, für zusätzliche Strassen, für sauberen Strom und fürs Fernsehschauen. Wie schnell selbst ein als sicher eingestuftes Abstimmungssieg sich plötzlich in eine Zitterpartie verwandeln kann, weiss die Bundesrätin spätestens seit dem Urnengang zum neuen Radio- und Fernsehgesetz (RTVG). Mit der Revision wurde die Finanzierung von Radio und Fernsehen neu geregelt. Alle dachten, das Referendum des Schweizerischen Gewerbeverbandes sei chancenlos. Doch im Abstimmungskampf wurde die Vorlage zur Schicksalsfrage für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG hochgeschaukelt. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,08 Prozent nahmen die Stimmbürger im Juni 2015 das Gesetz an. Für die federführende Bundesrätin war das Resultat ernüchternd.

Goodwill verspielt

Das Departement von Leuthard hatte den Widerstand gegen die Revisionsvorlage völlig unterschätzt. Auffallend war ausserdem: Die CVP-Magistratin versagte dort, wo man eigentlich ihre Stärke vermutete – bei der Kommunikation. Zum Vergleich: Alain Berset, der mit einer komplizierten technischen Vorlage, einer Verfassungsänderung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich, zeitgleich einen Abstimmungskampf führte, war mit Interviews in den Medien stärker präsent als Leuthard mit der heissdiskutierten Revision des Radio- und Fernsehgesetzes.

Solche Flops kann sich die CVP-Bundesrätin wohl nicht mehr viele leisten – zumal ihre bisherige Bilanz schon jetzt etwas durchzogen ist, wie die *Aargauer Zeitung* fand. So habe Leuthard in der vergangenen Legislatur bloss drei von fünf Abstimmungen gewonnen. Eine bitterböse Schlappe holte sich die Verkehrsministerin zum Beispiel beim Urnengang über die Erhöhung der Gebühren für die Autobahnvignette im November 2013. Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative im März 2012 führte zu einem Konflikt zwischen ihr und Teilen der Walliser CVP.

Überbehütet von ihrer PR-Abteilung, hat die Strahlefrau in den vergangenen Jahren ein wenig die Bodenhaftung verloren. Die Amtsführung ist zwar weiterhin tadellos. Und wie sie zum Beispiel dem Parlament den Finöv-Fonds für den Bahnausbau verkauft hat, war nach Meinung von Politikern taktisch geschickt.

Sie hatte bisher auch das *Gspür* für das richtige Timing von Geschäften. Genau dieses Feingefühl fehlte ihr dann aber beim Projekt «Grüne Wirtschaft», das eine Reihe zusätzlicher Regulierungen für die Wirtschaft bedeutet hätte. Leuthard hat auch noch eine dunkle

Seite: Gerät sie unter Beschuss, kann sie Parlamentarier wie Schulbuben herunterputzen. Das nehmen ihr viele übel.

Hinzu kommt der Vorwurf aus den eigenen Reihen, Leuthard verfolge zuweilen ihre eigene Agenda, die mit den Parteiinteressen nicht immer übereinstimme: Auf Biegen und Brechen weibelte sie hinter den Kulissen für eine möglichst frühzeitige Bekanntgabe der Kandidatur ihres Generalsekretärs Walter Thurnherr als Nachfolger für die gegenwärtige Amtsinhaberin Corina Casanova. Die Bundeskanzlerin geht Ende Jahr in den Ruhestand. Leuthard kam mit ihrem Engagement der Parteitaktik für die Bundesratswahlen vom 9. Dezember in die Quere. Darbellay wollte den Sitz des Bundeskanzlers als Verhandlungsmasse in der Hinterhand behalten, für den Fall, dass die CVP für Mitte-links einen zweiten Sitz im Bundesrat anstreben würde.

Gerät sie unter Beschuss, kann sie Parlamentarier wie Schulbuben herunterputzen.

rin Corina Casanova. Die Bundeskanzlerin geht Ende Jahr in den Ruhestand. Leuthard kam mit ihrem Engagement der Parteitaktik für die Bundesratswahlen vom 9. Dezember in die Quere. Darbellay wollte den Sitz des Bundeskanzlers als Verhandlungsmasse in der Hinterhand behalten, für den Fall, dass die CVP für Mitte-links einen zweiten Sitz im Bundesrat anstreben würde.

Sie sei auch nicht gerade eine treibende Kraft gewesen, als man in den Tagen nach den Wahlen und vor dem Rücktritt von Widmer-Schlumpf die Bildung einer Mitte-Koalition zu zementieren versuchte, sagen CVP-Vertreter von ihr. Umso mehr staunten die Parteileute, als Leuthard in Interviews mit der *Luzerner Zeitung* und dem *St. Galler Tagblatt* plötzlich sagte: «Wenn sich die Mitteparteien wirklich stärken wollen, müsste auch die Gründung einer neuen Partei zum Thema werden.»

Neue Rolle im Bundesrat

Auch im Bundesrat führt die Chefin des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) zuweilen eine eigene Agenda – zum Beispiel im EU-Dossier. So hat der Bundesrat vor langer Zeit ein Mandat zu einem institutionellen Abkommen verabschiedet, mit dem Europäischen Gerichtshof als Streitschlichtungsinstanz. Da Leuthard diesen Weg für chancenlos erachtet, lobbyierte sie hinter den Kulissen ebenso lang für ein Andocken an den Efta-Gerichtshof, und sie hat deswegen einen Machtkampf mit Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) vom Zaun gebrochen. Den Bundesrat konnte sie aber bisher nicht überzeugen.

Als amtsälteste Bundesrätin und als Mehrheitsbeschafferin bei umstrittenen Geschäften spielte die Aargauerin in den letzten Jahren im Bundesrat eine dominante Rolle. Welchen Part die CVP-Bundesrätin in der machtpolitisch veränderten Landesregierung künftig übernimmt, hängt wohl auch davon ab, wie sie mit ihren Vorlagen 2016 über die Runden kommt. Aber zuerst steht jetzt der Klimagipfel in Paris auf dem Programm. ○





Wer gesund lebt, lebt nicht länger – es kommt ihm nur länger vor.

Bund der Missionare

Nicht rauchen, kaum trinken, weniger Salz essen, mehr Sport treiben: Im Bundesamt für Gesundheit sorgen Hundertschaften von hochbezahlten Beamten dafür, dass die Schweizer richtig leben. Dafür haben sie allerdings weder einen Auftrag noch einen Anlass. Von Markus Schär

So lässt es sich leben. In der Mittagspause auf dem windgeschützten Aussenplatz der Kantine an der Novembersonne sitzen, auf dem Balkon vor dem Sitzungsraum ins Grüne schauen, den Hund vom Arbeitsplatz in den Park führen oder eine Runde um die Weiher rennen: Wenige Werktätige arbeiten an einem schöneren Ort als jene, die Ende Oktober hier einzogen. Sie verdienen diese prächtige Umgebung ebenso wie die höchsten Löhne des Landes, denn sie kümmern sich um unser aller Wohl, gemäss Selbstdarstellung «verantwortlich für die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und für die Entwicklung der nationalen Gesundheitspolitik».

«Alle Kräfte bündeln für die Gesundheit», twitterte Bundesrat Alain Berset am 29. Oktober: «Neubau des BAG auf dem Campus Liebefeld eröffnet.» Der Vorgänger des Innenministers, der Freisinnige Pascal Couchepin, forderte dieses Megaprojekt vor acht Jahren: Dem wenig bedeutenden Bundesamt für Gesundheit (BAG) reichte sein Betonbau in Liebefeld nicht mehr, nachdem ihm der Bundesrat die Verantwortung für die Prävention und für die Aufsicht über die Krankenkassen (vorher beim Bundesamt für Sozialversicherungen) aufgebürdet hatte. An bester Lage, beim vier Hektaren grossen Liebefeld-Park mitten in

Köniz, baute der Bund deshalb für 98 Millionen Franken einen Palast mit Konferenzräumen, Gastronomieangeboten und 840 Arbeitsplätzen. Sie sollten vorläufig reichen – obwohl das Bundesamt seit 2007 ein «explosionsartiges Personalwachstum» von 416 auf 490 Vollzeitstellen verzeichnete, wie es Nationalrat Sebastian Frehner (SVP) tadelt.

Gefahren von Schinken und Wurst

Das Bundesamt habe «eine grosse Anzahl von neuen, zusätzlichen Aufgaben und Aufträgen erhalten», die für die Gesundheit der Schweizer von grosser Bedeutung seien, antwortete

der Bundesrat auf Fragen von Kritikern aus der SVP. So zogen die staatlichen Gesundheitsapostel seit 2008 nationale Programme zu Alkohol, zu Tabak sowie zu Ernährung und Bewegung durch. Und sie denken bis 2016 über die nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten, über die nationale Strategie «Sucht» und über ein Konzept zur psychischen Gesundheit nach. Daran arbeiteten die Akteure des Gesundheitswesens «mit voller Kraft», rühmt sich Bundesamtsdirektor Pascal Strupler (FDP), den der Sozialdemokrat Berset von seinen freisinnigen Vorgängern Couchepin und Burkhalter erbte – und duldet, weil das sozialistisch-liberale Duo gleich an den Staat glaubt.

Von der Wiege bis zur Bahre will der Bund für uns sorgen. Seine Missionare mahnen uns, wenn wir uns von alkoholischen Getränken «episodisch» (also ab und zu) mehr als fünf Gläser oder «chronisch» (also täglich) mehr als vier Gläser genehmigten, schadeten wir als Alkoholiker unserer Gesundheit. Sie nehmen uns das Salz weg, also auch Pommes frites, Suppen oder Brot mit Geschmack, indem sie Köche und Bäcker zu Rezeptänderungen nötigen und in Restaurants oder Kantinen die Ménagères vom Tisch verbannen. Sie scheuchen uns vom Arbeitsplatz auf: «Je mehr Zeit wir am Tag sitzend verbringen, desto grösser ist das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Übergewicht, Diabetes und Krebs», warnt das Bundesamt aufgrund einer Studie zu unserem «sitzenden Lebensstil». Sie drängen uns, bei allem Sex ausserhalb des Ehebetts einen Gummi drüberzustülpen. Und sie schocken uns jetzt – weil das BAG immer im Chor mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf singt – auch noch mit den Gefahren von Schinken und Wurst.

Das Bundesamt wendet für seine etwa 600 Mitarbeiter im nächsten Jahr gemäss Budget 75 Millionen Franken auf – 4,5 Millionen oder 6,4 Prozent mehr als im laufenden Jahr, weil ihm der Bundesrat erlaubte, 22 externe Fachkräfte zu «internalisieren». (Der Bund rechnet pro Stelle mit Personalkosten von 185 000 Franken – die Bundesverwaltung zahlt mit 121 000 Franken jährlich den höchsten Durchschnittslohn aller Branchen im Land.) Mehr als die Hälfte dieser teuren Fachkräfte werkelt für Gesundheitspolitik, öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz.

Dazu kommen Kosten von 17 Millionen für Präventionsmassnahmen, vorwiegend für externe Dienstleistungen, 15 Millionen für Beratungsaufwand – immerhin wegen der «Internalisierung» um knapp 5 Millionen zurückgefahren – und 12 Millionen als «Beitrag Gesundheitsförderung und Prävention», wovon die Hälfte an die WHO und andere internationale Organisationen geht. Das heisst: Neben den Bundesämtern für Sport, Umwelt, Raumentwicklung und Lebensmittelsicherheit,

die sich ebenfalls um unser Wohl kümmern, fördert allein das BAG unsere Gesundheit mit gegen 100 Millionen Franken. Dabei hat es dafür weder einen Anlass noch einen Auftrag.

Freisinnig-fürsorgliches Trio

«Der Bund trifft im Rahmen seiner Zuständigkeiten Massnahmen zum Schutz der Gesundheit», hält Artikel 118 in der erst fünfzehn Jahre alten Bundesverfassung fest. Das heisst eigentlich: Der Bund hat im Gesundheitswesen fast nichts zu sagen, denn die Verantwortung dafür tragen die Kantone. Sie wehrten sich denn auch erfolgreich dagegen, dass das Parlament eine Aufforderung in die 1999 angeblich nur «nachgeführte» Verfassung schmuggeln wollte, der Bund solle die Prävention fördern. Was die Eidgenossenschaft tun darf oder muss – also wenig –, steht im zweiten Absatz: Sie erlässt Vorschriften über den Schutz vor ionisierender Strahlung, also vor allem Radioaktivität, über die Bekämpfung «übertragbarer, stark verbreiteter oder bösartiger Krankheiten» (gemeint sind Epidemien) sowie über den Umgang mit Lebensmitteln, «welche die Gesundheit gefährden können».

Doch was kümmert einen machtbewussten Bundesrat die Verfassung? Nur sechs Jahre später forderte Innenminister Pascal Couchepin ein Präventionsgesetz, zusammen mit dem

Wozu brauchen Menschenfreunde, die doch nur das Gute wollen, überhaupt ein Gesetz?

BAG-Direktor, dem als «Gesundheits-Talib» verspotteten Präventionsprofessor Thomas Zeltner, und dem FDP-Fraktionschef, dem Präventionsprofessor Felix Gutzwiller. Das freisinnig-fürsorgliche Trio peitschte sein Vorhaben ohne Verfassungsgrundlage durchs Parlament – nach vier Jahren zähen Ringens scheiterte es 2012, weil im Ständerat zwei Stimmen fehlten, um wegen der zusätzlichen Ausgaben für die Gesundheitsförderung die Schuldenbremse zu lösen.

«Wir haben zwar eine Schlacht, aber noch nicht den Krieg gewonnen», warnte Ständerat Ivo Bischofberger (CVP) nach dem Debakel. Der verfassungstreue Föderalist aus Appenzell bekam umgehend recht: Die Gesundheits-Taliban machten einfach weiter, mit noch mehr missionarischem Drang. Schliesslich liefen seit 2008, also ohne Gesetzesgrundlage, die nationalen Programme zu Alkohol, zu Tabak sowie zu Ernährung und Bewegung – und die teuren Experten dafür sassens bereits im Bundesamt.

Wozu brauchen Menschenfreunde, die doch nur das Gute wollen, überhaupt ein Gesetz? Die Präventionsmassnahmen stützen sich auch im Budget für 2016 noch auf das Epidemien-gesetz von 1970 und auf das Betäubungsmittelgesetz

von 1951. Und wo sich beim ambitioniertesten Willen keine Grundlage findet, hilft kreatives Auslegen der Verfassung. So beschaffte sich das Bundesamt auch den Auftrag für ein Gesetz über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (von Laserpointern oder in Solarien) – obwohl die Verfassung nur den Schutz vor ionisierender Strahlung fordert. Dies gestützt auf ein Gutachten von Professor Felix Uhlmann, der für gutes Steuergeld wie gewünscht eine Verfassungsgrundlage fand. «Heikel», warnte der Zürcher Jurist, seien nur Regelungen, die direkt beim Bürger ansetzten, ihm also etwa vorschrieben, «das Solarium nicht mehr als dreimal wöchentlich zu besuchen».

Schliesslich findet sich in der Verfassung ein unscheinbarer Halbsatz, der auch einen Hundert-Millionen-Aufwand deckt: Der Bund soll «übertragbare, stark verbreitete oder bösartige Krankheiten» bekämpfen. Diese Bestimmung schrieben die Stimmbürger 1913 in die Bundesverfassung, sie dachten damals selbstverständlich an den Kampf gegen Seuchen. Diese gibt es seit geraumer Zeit kaum mehr – also suchen die Volkserzieher im Bundesamt neue Epidemien. «Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Krebs, Atemwegserkrankungen und andere nichtübertragbare Krankheiten belasten unsere Volkswirtschaft zunehmend und verursachen bei den Betroffenen und ihren Angehörigen grosses Leid», stellen sie fest. «Aber mit einer gesunden Lebensweise und einer gesundheitsfördernden Umwelt könnte man die Entstehung dieser Krankheiten verhindern oder aufhalten.»

Deshalb werkeln Dutzende von hochbezahlten Akademikern daran, die Schweizer vor Krebs oder Infarkt zu bewahren: Die nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Erkrankungen (also alle ausser Epidemien) soll die nationalen Programme zu Alkohol, zu Tabak sowie zu Ernährung und Bewegung ablösen, die 2016 auslaufen. Von Anfang August bis Ende September schickte das Bundesamt seinen «Partnern» – wozu die Parteien offenbar nicht zählen – die Strategie zur Vernehmlassung. Das Dokument sieht, ohne sich weiter um Kosten zu kümmern, sechs Handlungsfelder vor: Im ersten leiten die Experten die Bevölkerung an, «einen gesundheitsförderlichen Lebensstil zu pflegen», auf den anderen fünf Handlungsfeldern, wie «Innovation, Forschung und Monitoring» oder «Koordination und Kooperation», aber sind sie unter sich – schliesslich müssen sich die Hunderte von Präventionsfachleuten ihre Arbeitsplätze sichern.

Fantasievoller Umgang mit Fakten

Dabei gibt es nicht nur keinen Auftrag, sondern auch keinen Anlass für ihre Volksverbesserung. Die Bundesdenker, die ihre üppigen Löhne mit ihrer wissenschaftlichen Bildung begründen, scheren sich wenig um die Grundlagen der Wissenschaft, wenn ihnen diese

Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der HANDELSZEITUNG unter
shop.wirtschaftsmedien.ch/hz

Handelszeitung
Die Schweizer Wochenzeitung für Wirtschaft

Prävention

Aids-Fieber

Vor einigen Monaten war die Schweiz voll-tapeziert mit Plakaten, auf denen Paare in allen möglichen Geschlechterkonstellationen munter kopulierten. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) rief damit im Namen der Aids-Prävention dazu auf, Kondome zu benutzen.

Jetzt folgt die nächste BAG-Plakatrunde, gerichtet an alle, die bei der letzten nicht aufgepasst haben: Wer nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr Anzeichen von Fieber verspürt, soll sofort zum Arzt gehen, so die Botschaft. Auf einer Variante des Plakats ist ein Mann zu sehen, der fiebrig im Bett liegt – das erste Anzeichen für eine HIV-Infektion –, dazu Frauenbeine, wohl das Überbleibsel der letzten Liebesnacht.

Bloss, die Wahrscheinlichkeit, dass ein weisser Mann von einer weissen Frau mit



Indikator für den Zeitgeist: BAG-Kampagne.

dem HI-Virus angesteckt wird, liegt nahe bei null: Die Hälfte aller HIV-Übertragungen in der Schweiz findet gemäss BAG unter homosexuellen Männern statt. Bei ihnen ist die Wahrscheinlichkeit, bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr angesteckt zu werden, mehr als dreissig Mal höher als bei Heterosexuellen. Unter den heterosexuellen HIV-Infizierten wiederum sind fast die Hälfte Migranten, vorwiegend aus «Hochprävalenzländern», wie das im Fachjargon heisst, also dem südlichen Afrika.

Hinzu kommt: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mann beim Geschlechtsverkehr von einer HIV-infizierten Frau angesteckt wird, ist viel geringer als umgekehrt.

Mit anderen Worten: Hier wird der unwahrscheinlichste aller Ansteckungsfälle gezeigt, bloss um nicht Gefahr zu laufen, dass Schwule – für die es auch ein Plakatsujet gibt – sich diskriminiert fühlen könnten. Auf Sujets mit Afrikanern hat man ganz verzichtet, das war wohl zu heikel. Einmal mehr zeigt sich: Die Stop-Aids-Werbung taugt mehr als Indikator für den Zeitgeist als zur Prävention.

Rico Bandle

nicht passen. Beispiel Salz-Strategie: Spätestens in diesem Jahr zeigten Studien, dass sich die Behauptung, übermässiger Salzkonsum schade gesunden Menschen, nicht halten lässt. Die Kämpfer wider das Salz machen gleichwohl weiter. Oder Beispiel «sitzender Lebensstil»: Eine Studie des Bundesamts zeigte im Mai auf, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Sitzdauer und der Gesundheit gibt, ja dass Menschen, die länger sitzen, sich sogar wohler fühlen – weil sie meist zum Ausgleich Sport treiben. Das Bundesamt warnte im Titel seines Communiqués: «Sitzen gefährdet die Gesundheit.»

Einen fantasievollen Umgang mit den Fakten pflegt das Bundesamt gerade auch bei den nichtübertragbaren Krankheiten. «Schon heute verursachen Krebs, Diabetes, Herz-Kreislauf- und chronische Atemwegserkrankungen in der Schweiz über 50 Prozent der vorzeitigen Todesfälle (vor dem 70. Lebensjahr) bei den Männern und über 60 Prozent bei den Frauen», stellt es fest. «Zusammen mit den muskuloskelettalen Erkrankungen führten sie im Jahr 2011 zu 25,6 Milliarden Franken direkten Gesundheitskosten, das heisst rund 40 Prozent von insgesamt 64,6 Milliarden Franken.» Wegen der Alterung, warnt das Bundesamt, drohten diese Kosten zu explodieren. Die Strategie-Leiterin Eva Bruhin aber glaubt zu wissen: «Mehr als die Hälfte der nichtübertragbaren Erkrankungen könnten mit einem gesunden Lebensstil vermieden werden.» (Das heisst: Die Hälfte der Menschen, die an Krebs oder Diabetes erkranken, sind selber schuld.)

Der gesunde Menschenverstand wendet dagegen ein, dass wir alle – vorläufig noch – irgendwann an irgendetwas sterben müssen: immerhin heute zumeist lebenssatt an

Die Schweizer geniessen mit 83 Jahren die höchste Lebenserwartung der Welt.

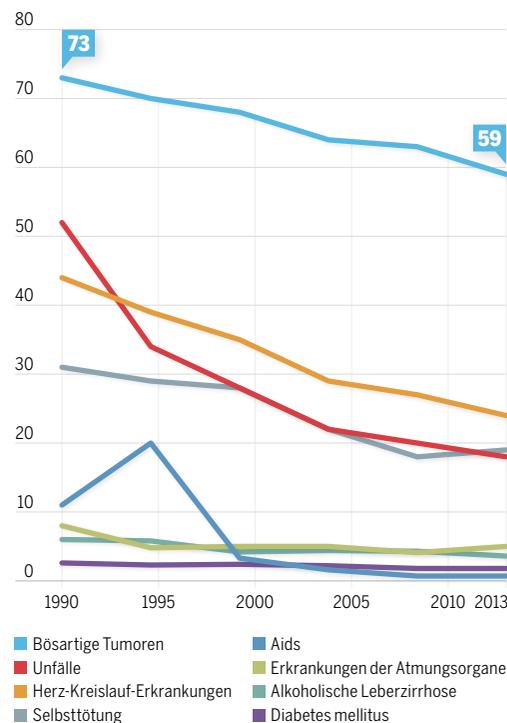
Alterskrebs oder Organversagen statt wie noch vor fünfzig Jahren manchmal auch im besten Alter an einer Infektion oder einem Infarkt. Und schon ein schneller Faktencheck zeigt, dass das Bundesamt mit Statistik lügt.

Weltrekord an Wohlbefinden

Die Todesfälle wegen Krebs, Atemnot oder Kreislaufversagen und damit auch die Kosten für diese Krankheiten nehmen selbstverständlich zu, weil jetzt die grossen, immer länger lebenden Jahrgänge, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, ins Alter kommen. Die Zahl der vorzeitigen Todesfälle vor dem siebzigsten Lebensjahr, gegen die das Bundesamt kämpfen will, sank dagegen seit 1990 unübersehbar ab (siehe Grafik): Bei den bösartigen Tumoren, wo weiter nach Heilmethoden geforscht wird, liess sich der Verlust an Lebens-

Die Schweizer leben immer gesünder

Verlorene Lebensjahre aufgrund von Todesursachen (in Tausend)



QUELLEN: BUNDESAMT FÜR STATISTIK, WELTWOCH

Viel weniger verlorene Lebensjahre.

jahren zwar nur um ein Fünftel mindern. Aber bei Herz-Kreislauf- und bei Atemwegserkrankungen sackte er auf die Hälfte ab; Diabetes und vor allem Aids – Krankheiten, für die immer noch teure Kampagnen laufen – stellen kein Problem mehr dar. Und das alles ohne staatliche Gesundheitsförderung.

Die Schweizer geniessen zusammen mit den Spaniern und den Japanern mit durchschnittlich 83 Jahren die höchste Lebenserwartung der Welt. Sie trinken um die Hälfte weniger Alkohol als vor hundert Jahren. Sie treiben zu drei Vierteln regelmässig Sport. Sie achten in der grossen Mehrheit auf eine gesunde Ernährung. Und sie fühlen sich so gut wie niemand sonst: In allen Rankings zur Lebenszufriedenheit steht die Schweiz an der Spitze. Der Better-Life-Index der OECD stellt denn auch fest: «Auf die Frage: <Wie beurteilen Sie Ihren allgemeinen Gesundheitszustand?>, antworteten in der Schweiz 81 Prozent der Menschen, es gehe ihnen gut oder sehr gut, deutlich mehr als im OECD-Durchschnitt (68 Prozent). Trotz des subjektiven Charakters der Frage lässt sich aus ihr gut ableiten, wie stark die Befragten das Gesundheitssystem zukünftig in Anspruch nehmen werden.»

Diesen Weltrekord an Wohlbefinden können die Gesundheits-Taliban des Bundes nicht überbieten, indem sie den Schweizern das Essen, das Trinken oder auch einfach das Faulenzen vermiesen. Es gilt höchstens der Witz: «Wer gesund lebt, lebt nicht länger – es kommt ihm nur länger vor.»

Der Jedi-Ritter

Die SVP Tessin hat mit der Bundesratskandidatur von Lega-Mann Norman Gobbi alle auf dem linken Fuss erwischt. Der Tessiner Justizdirektor führt seit Jahren einen Feldzug gegen die Politiker in Rom.

Von Hubert Mooser

Im Frühjahr lagen sich Tessiner Lega und SVP noch in den Haaren. Nun schickt die SVP, nach Vorgesprächen mit der Parteispitze, als Kandidaten für den zweiten Bundesratssitz Norman Gobbi, 38, den Staatsrat der Tessiner Lega, also den Vertreter einer anderen Partei, um den zweiten Bundesratssitz ins Rennen. «Ich politisiere in den Kernthemen auf der Linie der SVP», sagt Gobbi, der von der SVP im Schnellverfahren adoptiert wurde. Er bleibe aber selbstverständlich der Vertreter der Lega in der Regierung, in der übrigen Schweiz sei er nun aber auch für die SVP unterwegs. SVP-Präsident Toni Brunner hält Gobbis Kandidatur für «ein starkes Zeichen aus dem Tessin». Andere Politiker wie der Tessiner CVP-Nationalrat Fabio Regazzi finden die Geschichte kurios, wenn nicht gar skurril. «Das zeigt aber einmal mehr», sagt Regazzi, «dass im Tessin alles möglich ist.»

Die Kandidatur Gobbis löst in der Südschweiz zwiespältige Reaktionen aus. Der Kanton ruft immer intensiver nach einer Vertretung im Bundesrat. Der letzte Tessiner war Flavio Cotti; er nahm 1999 den Hut. Seither schaffte es keiner mehr auf die Shortlist einer Bundesratswahl. «Darum begrüßen wir grundsätzlich jede Kandidatur eines Tessiners», so Regazzi. Aber ist Gobbi auch der richtige Mann für den Bundesrat? Er gehe auch als Staatsrat hart zur Sache. Gobbi sei bisher nicht gerade durch Kompromissbereitschaft aufgefallen – etwas, was als Bundesrat Voraussetzung sei.

Schnell gewachsen

Norman Gobbi ist 1977 geboren, im Jahr des ersten «Star Wars»-Films aus der mehrteiligen Space-Opera von US-Regisseur George Lucas, wie Gobbi auf seiner Homepage betont. Sein Familienname Gobbi hört sich denn auch an, als verstecke sich dahinter ein Jedi-Ritter, der die Galaktische Föderation vor der dunklen Macht beschützen soll. Der Lega-Mann sagt von sich, er sei schnell gewachsen, in die Höhe und in die Breite. Die Eltern waren Kleingewerbler aus der Leventina, freisinnig und führten unter anderem ein Restaurant und einen Laden.

Politisch legte Gobbi eine Blitzkarriere hin, mit fünfzehn Jahren trat er der Lega bei, zu einem Zeitpunkt, als der inzwischen verstorbene Parteiüberwarter und Herausgeber der Zeitung *Il Mattino*, Giuliano Bignasca, mit seinen Provokationen das Tessin aufmischte. Gobbi profitierte davon. Mit neunzehn Jahren gehörte er dem Gemeinderat von Quinto an. Drei Jahre später zog er für die Lega in den



«Starkes Zeichen aus dem Tessin»: Norman Gobbi.

Tessiner Grossen Rat ein, das Kantonsparlament wählte ihn 2008 zum Präsidenten, 2010 rückte er für den zurücktretenden Attilio Bignasca in den Nationalrat nach. 2011 wählten ihn die Tessiner in die Kantonsregierung, wo er das Polizei- und Justizdepartement übernahm, 2015 wurde er wiedergewählt und ist nun Regierungspräsident.

Es gibt aber auch ein paar unschöne Geschichten über ihn. Als Vorstandsmitglied des HC Ambri Piotta (zusammen mit CVP-

In Zukunft würde er gerne als Bundesrat gegen die dunklen Mächte aus Südeuropa vorgehen.

Ständerat Filippo Lombardi) soll er einen dunkelhäutigen kanadischen Eishockeystar während eines Spieles und gut hörbar als «Neger» bezeichnet haben. Streng semantisch gesehen, hatte Gobbi zwar nichts Falsches gesagt, das Wort wird aus dem lateinischen «niger» abgeleitet und bedeutet «schwarz». Problematisch ist die mit dem Wort einhergehende negative Konnotation, das Wort gilt heute als abwertende Bezeichnung für schwarze Menschen. Entsprechend gross war die Entrüstung.

Das hat ihm aber im Tessin keiner wirklich übelgenommen.

Als Staatsrat hat er es insbesondere auf Italien abgesehen. Für «Star Wars»-Fan Gobbi sitzt die dunkle Macht in Rom, und er sieht sich wahrscheinlich als einen Jedi-Ritter, der sie bekämpfen muss. Im Frühling 2015 verfügte Gobbi zum Beispiel, dass Personen aus EU-/Efta-Staaten, die eine Grenzgänger- oder Aufenthaltsbewilligung beantragen, neu einen Strafregistrauszug vorlegen müssen. Das Tessiner Parlament segnete diese Neuregelung ab. Die Aufregung in Rom und Bern war hinterher gross. Der Schweizer Botschafter wurde ins italienische Aussenministerium zitiert, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und ihr Staatssekretär für Migration, Mario Gattiker, versuchten, Gobbi die Massnahme auszureden. Der Tessiner Regierungspräsident ist bis heute hart geblieben.

Applaus aus allen Lagern

Vier Jahre zuvor hatte er schon einmal alle aufgeschreckt: Die Schweiz wollte damals einen neuen Anlauf nehmen zu einem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Italien. Die Verhandlungen für ein solches Abkommen waren 2009 von den Italienern sistiert worden. Italien führt die Schweiz als Steueroase auf einer schwarzen Liste. Dies erschwerte Finanzdienstleistern den Zugang zum italienischen Markt. Mitten in diese Gesprächsvorbereitungen mit den Italienern platzte Gobbi mit einem Husarenstreich: Er liess einen Teil der bei italienischen Grenzgängern eingezogenen Quellensteuer auf einem Bankkonto blockieren. Das war nicht ganz legal, aber wirksam. Es brachte nämlich eine ganze Reihe von italienischen Grenzgemeinden finanziell ins Schleudern und die italienische Regierung in Rom zurück an den Verhandlungstisch. Gobbi erhielt dafür Applaus aus allen Lagern.

In Zukunft würde er gerne als Bundesrat von Bern aus gegen die dunklen Mächte aus Südeuropa vorgehen. Wie diese Geschichte auch immer ausgeht, die politischen Gegner haben Gobbi und die SVP bereits verunsichert. Sie vermuten hinter dieser überraschenden Kandidatur ein «Buebetrickli» der SVP, um das lateinische Lager auseinanderzudividieren. Dies, um eine mögliche Wahl des zahmen Westschweizer SVP-Nationalrats Guy Parmelin zu verhindern, wie Regazzi meint. Brunner widerspricht: «Wir wollen niemanden verhindern und allen Landesgegenden eine faire Chance geben.» Aber skurril ist die Geschichte schon auch. ○

Mythos Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel ist seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ein beliebter Kampfbegriff von Politikern und Wirtschaftsfunktionären. Mit dem kaum hinterfragten Schlagwort wollen sie weitere Staatseingriffe durchsetzen. *Von Urs Vögeli und Christoph Mörgele*

Seit der Abstimmung über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» erlebt der Begriff «Fachkräftemangel» ein Allzeithoch. Nach dem 9. Februar 2014 wurde der Fachkräftemangel geradezu zum Leitmotiv unserer Wirtschaftspolitik. Die Medien spielen bereitwillig mit, denn es geht um die angebliche Notwendigkeit der Personenfreizügigkeit. Und wer kann schon etwas gegen Fachkräfte haben? Tatsächlich aber ist der Fachkräftemangel ein realitätsfremder Mythos und stellt in erster Linie ein Mittel zur Interessendurchsetzung dar. Es handelt sich um ein politisches Schlagwort, das primär zu weiteren wirtschaftsfeindlichen Staatsinterventionen führt.

Dabei ist der Fachkräftemangel keineswegs ein Ausdruck für momentan unbesetzte Stellen. Die entsprechenden Notschreie gelten einem allfälligen Unterangebot der Zukunft; es geht um nichts anderes als um mehrjährige, kaum voraussehbare Prognosen. Sie folgen verständlicherweise der ökonomischen Logik, dass Unternehmen lieber aus hundert statt aus zwanzig Bewerbern auswählen. Unsere Betriebe wollen möglichst hohe Qualifikationen zu einem möglichst niedrigen Preis einkaufen. Ein Überangebot an Stellensuchenden liegt im Interesse jeder Firma und das entsprechende Gejammer also in der Natur der Sache. Wer hier aber dringenden staatlichen Handlungsbedarf anmeldet, will den Markt aushebeln, der bei Arbeitskräftemangel mit einem Anstieg der Löhne reagiert. An einem Lohnanstieg haben die Unternehmen natürlich keinerlei Interesse, sodass die Wirtschaft und deren Verbände lieber vorsorglich nach staatlichen Gegenmassnahmen rufen. Selbstverständlich soll hier die unbeschränkte Zuwanderung Abhilfe schaffen. Wäre diese aber das ersehnte Allheilmittel, müsste man Jahre nach der vollen Personenfreizügigkeit nicht immer noch nach Fachkräften rufen. Ganz abgesehen davon, dass die massenweise abgezogenen Fachkräfte in ihren Herkunftsländern eine empfindliche Lücke hinterlassen können (Braindrain).

Ein trojanisches Pferd

Immerhin spricht der Bund bloss von «Anzeichen» oder von einem «Verdacht» auf einen Fachkräftemangel. Denn eine auch nur annähernd exakte Messung ist unmöglich. Entsprechende Indikatoren beruhen auf komplexen, äusserst fehleranfälligen Berechnungen.

Der Fachkräftemangel wird zu einem trojanischen Pferd für mehr Regulierungen, Staatseingriffe und Subventionen. Zynischerweise verbergen sich die knallharten etatistischen Begehrlichkeiten immer hinter der edlen Fassade einer angeblichen Wirtschaftsfreundlichkeit. Ein Musterbeispiel stellt der Vorstoss der nationalrätlichen Bildungskommission für «Massnahmen zur Linderung des Fachkräfte-

Statt den Arbeitsmarkt dauernd zu verzerren, sollte der Staat die Firmen in Ruhe arbeiten lassen.

mangels» dar. Der Bund soll Junge motivieren, er soll Massnahmen treffen, fördern, «proaktiv motivieren», «aktiv steuern» – nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu erwarten sind millionenteure Kampagnen, zusätzlicher Zentralismus, neue Staatsstellen, höhere Steuern und Gebühren.

Dabei steht gerade die staatlich geförderte Akademisierung am Ursprung des heutigen Problems. Die Angleichung an die «internationalen Standards» von EU und OECD hat zu einem Überhang an Sozial- und Geisteswissenschaftlern und zu einer Schwächung der Berufsbildung geführt. Viele der überbeurteilten akademischen Fachkräfte verschwinden

im Moloch der Bürokratie: Gegenwärtig schafft der Staat hierzulande jeden Monat 500 neue Stellen.

Immerhin geht das Volkswirtschaftsdepartement in seiner Fachkräfteinitiative davon aus, dass sich die Fachkräfteknappheit «jeweils mittel- und langfristig wieder selbständig entschärft». Und zwar dank der «hohen Flexibilität» unseres Bildungs- und Arbeitsmarktes. Das beste Mittel gegen einen angeblichen Fachkräftemangel bildet tatsächlich ein möglichst liberaler Stellenmarkt. Der Bund wäre am besten beraten, die Wirtschaft nicht mit weiteren Vorgaben, Regulierungen, bürokratischen Auflagen und «flankierenden Massnahmen» zu gängeln. Statt den Arbeitsmarkt dauernd zu verzerren, sollte der Staat die Firmen endlich in Ruhe arbeiten lassen.

Politisch gesteuerter Druck

Ein weiterer Lösungsansatz, um einem allfälligen Mangel zu begegnen, müsste bereits in der Volksschule einsetzen. Die übertriebene Sprachenlastigkeit und die einseitige Betonung soziokultureller Themen gehen auf Kosten von Naturwissenschaften, Technik und Mathematik, was sich letztlich nicht nur auf Hochschulniveau auswirkt, sondern auch bei den nichtakademischen, praktisch-handwerklichen Berufen. Der politisch gesteuerte Druck, sich an deutlich tiefere internationale Bildungsstandards anzupassen, hat massgeblich zur heute beklagten Misere beigetragen. Selbstverständlich bleibt auch die Massenimmigration von tendenziell bildungsfernen Zuwanderern für das Ausbildungsniveau nicht folgenlos. Aber wir jammern noch immer auf beachtlich hohem Niveau.

Es läge nun an der Wirtschaft, nicht am Staat, das hierzulande durchaus vorhandene Fachkräftepotenzial auszuschöpfen. Der neue Verfassungsartikel der Masseneinwanderungsinitiative verlangt die Wiedereinführung von Kontingenten und den Inländer-vorrang. In vielen Bereichen zeigen die Arbeitslosenstatistik und das Potenzial des demografischen Wandels, dass noch genügend «ungenutzte» Arbeitskräfte vorhanden sind. Die beispiellose wirtschaftliche Erfolgsgeschichte von 1945 bis 2002 zeigt, dass für die Schweiz nur eine kontingentierte Zuwanderung Sinn macht. Unsere Wirtschaft hat die allenfalls notwendigen Spezialisten aus dem Ausland auch ohne Personenfreizügigkeit noch jederzeit erhalten. ○



Gegenwärtig schafft der Staat monatlich 500 Stellen.

Schwarzer Humor

Als Kind im Kongo entkam Charles Nguela nur knapp einem Massaker, heute gehört er zu den talentiertesten Komikern der Schweiz. Der «Optimal-Pigmentierte», wie er sich nennt, ist mit seiner unerschrockenen Selbstironie der Albtraum jeder Antirassismuskommission. *Von Rico Bandle*

Welches ist die am meisten diskriminierte Rasse in der Schweiz?», fragt Nguela das Publikum. Ein Raunen geht durch die Reihen. Dann sagt er lachend: «Der Aargauer!»

Nguela ist Aargauer, 26 Jahre alt, Komiker. Mit dem Sieg letztes Jahr beim Swiss Comedy Award und mehreren Auftritten im Schweizer Fernsehen hat er den Sprung an die grössere Öffentlichkeit geschafft. Ein Schwarzer, der sich über sich selbst lustig macht und dabei auf charmante Art jede Regel bricht, die uns im Namen des rücksichtsvollen Umgangs mit Minderheiten beigebracht worden ist, das ist hierzulande neu.

Kürzlich zeigte er im Schweizer Fernsehen einen Sketch, in dem er mit Komiker Michel Gammenthaler eine Szene aus Shakespeares «Othello» spielen sollte, was sich aufgrund der Hautfarbe ja aufdränge. Die beiden verschwanden in der Garderobe und kamen zurück: Gammenthaler als Schwarzer, Nguela als Weisser. «Sonst bin ich immer der Neger», sagte der weissgeschminkte Afrikaner.

Mit seinem ersten Bühnenprogramm «Schwarz-Schweiz» ist Nguela seit rund einem Jahr unterwegs. Er startet es jeweils mit einem Satz auf Lingála, das ist seine kongolesische Muttersprache. Dann sagt er: «Als ich letztes in Bern die Vorstellung so begonnen habe, fragte ein älterer Herr in der ersten Reihe seine Frau: «Weshalb redet dieser Schwarze da wie ein Walliser?» Und schon hat er die Zuschauer auf seiner Seite. Die ersten Lacher sind die Wichtigsten: Ist das Eis einmal gebrochen, kann nicht mehr viel schiefgehen. Abseits der Bühne sei dies genauso, erklärt Nguela bei einem Gespräch. Die Leute seien ihm gegenüber oft gehemmt, aus Angst, eine Aussage könnte als rassistisch empfunden werden. «Da hilft ein kleiner Witz, und schon ist die Stimmung gelöst.»

Auf der Bühne sprüht Nguela vor Energie, seine Spielfreude hat etwas Ansteckendes. Im privaten Gespräch ist seine Stimme erstaunlich leise und sanft, immer mal wieder platzt ein herzhaftes Lachen aus ihm hervor – ob schon es, wenn man seine Lebensgeschichte hört, nicht viel zu lachen gibt.

Geboren wurde Charles Nguela 1989 in Kinshasa, der Hauptstadt Kongos. Seine Familie gehörte zur oberen Mittelschicht, der Vater hatte in Europa studiert, arbeitete bei einer internationalen Organisation, die Mutter war Drogistin. Die Familie mit fünf Kindern lebte in einem Dorf ausserhalb Kinshasas – bis 1994

plötzlich alles jäh durcheinandergeriet. Bluttige Stammeskämpfe brachen aus, auch Familie Nguela wurde bedroht: die Mutter, weil sie ruandisches Blut hatte, der Vater wegen seiner beruflichen Tätigkeit. Charles befand sich mit seiner Schwester gerade im Haus des Onkels, als bewaffnete Leute eindringen und wild um sich schossen. Die Geschwister rannten davon, zu Hause stellten sie fest, dass die Mörderbande auch hier gewütet hatte. Zu den Opfern des Massakers gehörte auch Nguelas Vater. Was die genauen Hintergründe der Tat waren, weiss Nguela bis heute nicht. «Meine Mutter möchte nicht über diese schmerzhaft Angelegenheit sprechen.»

Noch am selben Tag floh die Familie mit dem Schiff in Richtung Südafrika. Viel ruhiger war die Lage dort jedoch nicht. «Wir sind von einem Kriegsgebiet ins nächste geflüchtet», sagt Nguela. Das Land befand sich im Umbruch, die Apartheid ging zu Ende, unter den Schwarzen gab es viel Gewalt und Fremdenfeindlichkeit: Afrikanische Einwanderer wurden von einheimischen Schwarzen bekämpft.

«Als ich aufwachte, befanden wir uns an einem Bahnhof, und da stand eine Frau: meine Mutter.»

Wenn Nguela von dieser Zeit erzählt, so tönt das zweischneidig: Einerseits vermisst er die engen Familienbande, den Onkel, einen Arzt, der sein Ersatzvater wurde, und die Cousins, zu denen er eine enge Beziehung hatte. Auch die Schule, wo strenge Disziplin herrschte, wo aber auch der Sport einen enorm hohen Stellenwert hatte, ist in guter Erinnerung geblieben. Andererseits war da ein ständiges Klima der Gewalt. «Meine Mutter sagte mir jeweils: «Lieber weint die Mutter deines Gegners als ich.» Was nichts anderes war als eine Aufforderung, mich mit allen Mitteln zu wehren.»

Verschlungener Weg in die Schweiz

Die Hintergründe, wie Nguela in die Schweiz kam, sind rätselhaft, auch er selbst kennt nicht alle Details. Seine Mutter sei plötzlich verschwunden, erzählt er, im Wissen, dass diese Geschichte für Aussenstehende nur schwer nachzuvollziehen ist. Zwei Jahre lang hätten er und seine Schwester nichts von der Mutter gehört und beim Onkel in Pretoria gelebt. Die anderen Geschwister waren damals bereits ausgezogen. Eines Tages sagte der Onkel den

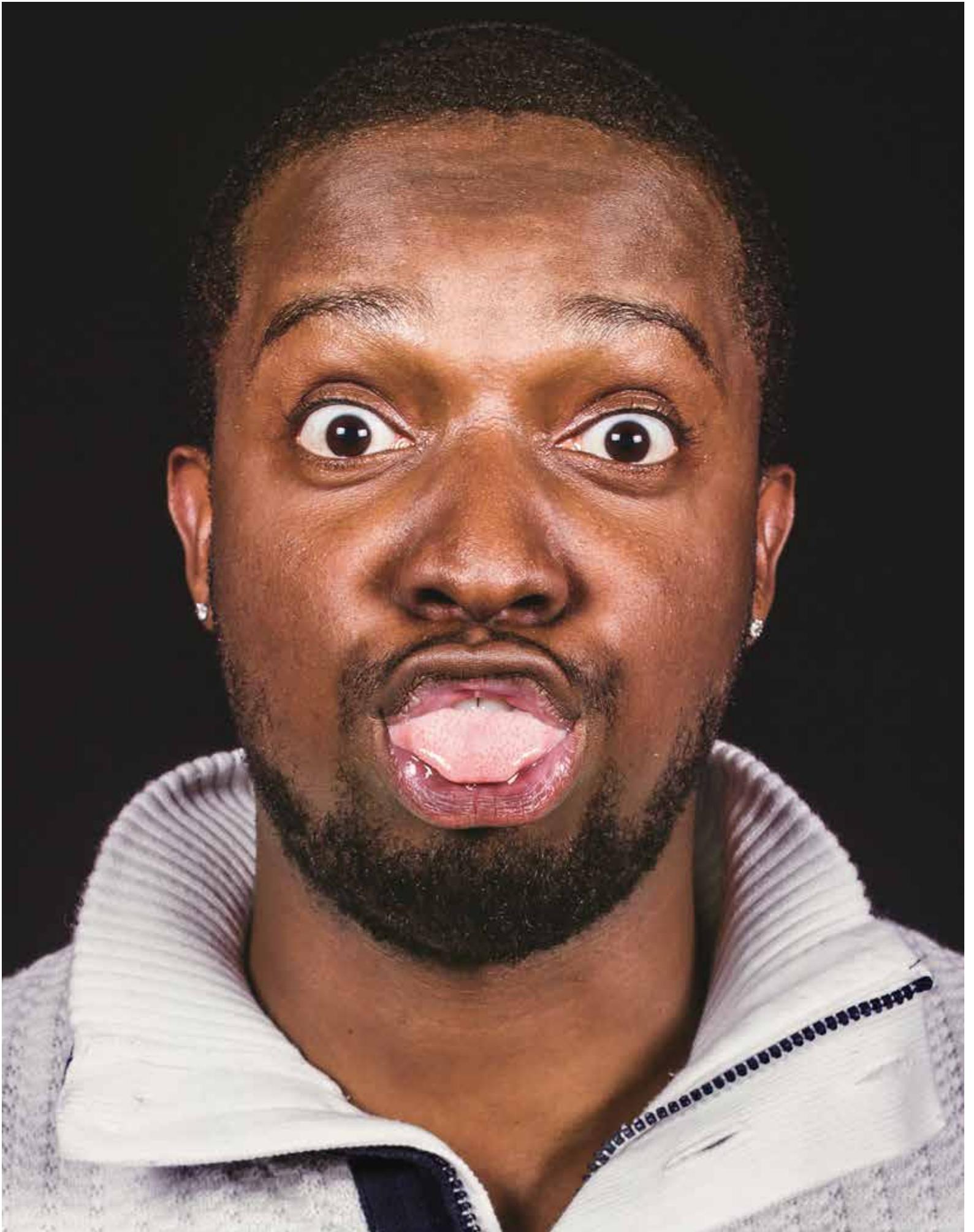
Kindern, sie würden gleich jetzt in die Ferien fahren. Sie flogen nach Paris, dort stiegen sie in ein Auto. «Ich bin eingeschlafen, als ich wieder aufwachte, befanden wir uns an einem Bahnhof, und da stand eine Frau: meine Mutter», erzählt er. «Das war der schönste Augenblick in meinem Leben.» Sie waren in der Schweiz, in Freiburg, hier blieben sie die ersten Monate.

Nguela hat nie erfahren, weshalb die Mutter ihre Kinder zwei Jahre lang allein gelassen hat, und auch nicht, was in jener Zeit geschehen ist. «Ich vermute, dass in der kongolesischen Community in Südafrika Leute aufgetaucht sind, die am Massaker beteiligt waren. Sicherlich war meine Mutter gezwungen, das Land zu verlassen, um die Familie zu schützen.» Auch über jene Vorfälle wird zu Hause geschwiegen.

Schon bald nach der Ankunft zog die Familie nach Lenzburg, Charles und seine Schwester sprachen kein Wort Deutsch. Der Junge, damals dreizehn Jahre alt, kam in die Realschule, dort merkte man, dass er eigentlich zu mehr fähig wäre. Man wollte ihn in die anspruchsvolle Bezirksschule schicken, Nguela lehnte ab, wollte bei seinen Freunden bleiben. Anders die Schwester, sie kam ans Gymnasium, verliess es nach zwei Jahren wieder und wanderte nach Kanada aus. «Sie war schon sechzehn, als wir hier ankamen und hat sich hier nie richtig eingelebt.» Charles hingegen sprach bald fließend Schweizerdeutsch, auch im Sport reüssierte er, dreimal wurde er Kantonalmeister im Leichtathletikmehrkampf.

Nach Ende der Schulzeit begann Nguela eine Lehre als Gastronomiefachmann, brach ab, es folgte eine vierjährige Lehre als Drucktechnologe, die er mit Bravour abschloss. Heute arbeitet er als Sales Product Manager – seit Sommer nur noch in einem Fünfzig-Prozent-Pensum, mehr ist wegen der vielen Auftritte nicht möglich.

Was hat ihn bei seiner Ankunft in der Schweiz am meisten erstaunt? Nguela sagt, er sei vor allem schockiert gewesen, wie respektlos die Schüler mit den Lehrern umgehen. «Bei uns herrschte absolute Disziplin, dem Lehrer zu widersprechen, so wie die Kinder hier, hätte sich niemand getraut. Hier schwatzten alle wild durcheinander, ich fand das wahnsinnig frech.» Damals gab es noch nicht so viele Schwarze in der Schweiz, oft wollten die Leute seine Haare anfassen. «Das war schon



Mittel gegen den grassierenden Korrektheitswahn: Komiker Nguela.

eigenartig, aber ich merkte rasch: Die meinen das nicht böse.»

Seit vierzehn Jahren ist Nguela nun in der Schweiz, macht ein Comedy-Programm auf Schweizerdeutsch, auch Englisch und Französisch spricht er fließend. Den Schweizer Pass hat er aber noch nicht. «Meine Einbürgerungsversuche sind an den vielen Umzügen gescheitert», sagt er. Er wäre gerne in die Armee gegangen, sagt er, heute sei aber gerade die Armee der Grund, weshalb er zögere, einen neuen Anlauf zu nehmen für den Schweizer

«Es tut mir leid, aber ich finde rassistische Witze manchmal einfach lustig.»

Pass. «Es läuft so gut mit der Comedy, ich habe Angst, dass ich wegen der Armee zu lange weg vom Fenster wäre. Ich würde mich ja nicht mit der RS begnügen.»

Seine Armeestabstänze hält ihn nicht davon ab, Witze über Armeeerfahrungen zu erzählen, die er nie gemacht hat. So sagt er auf der Bühne, er habe bei Nachtübungen nie Schuhwische ins Gesicht schmieren müssen und trotzdem die beste Tarnung gehabt.

Die meisten Situationen aber, die er in seinem Programm verarbeitet, hat er wirklich erlebt. Zum Beispiel, wenn er zeigt, wie in der



«Ethno-Comedy»: Charles Nguela bei «Giacobbo/Müller».

Schule das Thema Rassismus behandelt wird. Der Lehrer fragt: «Wer von euch hat schon mal unter Rassismus gelitten?» Dabei richtet er seinen Blick demonstrativ auf Charles, den einzigen Schwarzen in der Klasse. Niemand meldet sich. Der Lehrer wiederholt die Frage und schaut wieder zu Charles. Dann streckt zögernd ein anderer Schüler auf, Ruedi. Schüchtern sagt er: «Charles hat gesagt, ich sei ein Gala-Käse-Bleichgesicht.» Die Nummer lebt stark von Nguelas Mimik. Mit der Umkehrung des klassischen Täter/Opfer-Bilds führt er die ganze Rassismuskonversation ad absurdum.

Journalisten versuchen trotzdem immer wieder, den Komiker als Vorkämpfer gegen Rassismus und Diskriminierung darzustellen. Doch dies läuft ins Leere. Nguelas Humor kommt nicht aus der Opferperspektive heraus, seine Pointen sind nie belehrend oder moralingschwängert. Er schreibt seine Texte aus der Sicht eines Mannes, der schlimmste rassistisch motivierte Gräueltaten erlebt hat und dann in ein Land kommt, wo ernsthaft darüber gestritten wird, ob man «Mohrenkopf» sagen darf oder nicht.

Mit dieser Art des Humors ist Nguela nicht allein. In Deutschland ist «Ethno-Comedy» längst etabliert, Kaya Yanar und Bülent Ceylan sind deren wichtigste Aushängeschilder. In der Schweiz gehört neben Nguela der Kosovare Bendrit Bajra zu den bekanntesten Vertretern dieses Fachs, auch der gebürtige Italiener Sergio Sardella und vor allem der Kambodschaner Johnny Burn («Ich stamme aus Südost-Malters») beherrschen das Spiel, bei dem

es oft darum geht, Vorurteile in möglichst überspitzter Form wiederzugeben.

Diese Komiker nutzen das Privileg, sich über all das lustig machen zu können, was anderen die Political Correctness oder gar das Strafgesetzbuch verbietet: Schaut man sich an, wegen welcher Pointen andere Humoristen hierzulande bereits wegen angeblichen Verstosses gegen das Antirassismugesetz angezeigt worden sind, müsste Charles Nguela längst hinter Gittern sitzen. Besonders im zweiten

«Charles hat gesagt, ich sei ein Gala-Käse-Bleichgesicht», antwortete Ruedi.

Teil seines Bühnenprogramms kriegen alle ihr Fett ab, von den Juden bis zu den Schwulen. Zum Teil wird es ordinär bis an die Schmerzgrenze, was dem sympathischen Kerl aber niemand übelnimmt.

Charles Nguelas Humor ist das beste Mittel gegen den grassierenden Korrektheitswahn. Vereinzelt finden zwar selbst schwarze Kollegen, er ginge zu weit, für seine Kritiker hat Nguela jedoch die einzig richtige Antwort bereit: «Es tut mir leid, aber ich finde rassistische Witze manchmal einfach lustig.»

Charles Nguela: «Schwarz-Schweiz». Nächste Aufführungen des abendfüllenden Programms: 21. November, Käschschür, Oberdorf SO; 11. Nov. und 2. Dez, Weisser Wind, Zürich. Charly's Comedy Club: 18. Nov., Kiff, Aarau

„Ein grandioser Kraftakt in drei Akten.“ – SonntagsZeitung

michael
fassbender

kate
winslet

seth
rogen

jeff
daniels

steve jobs

from director
danny boyle
and
screenwriter
aaron sorkin

jetzt im kino



Revolution mit Schweizer Hilfe

Dank elektrischer Antriebe und der konsequenten Nutzung elektronischer Daten gelingen in der Schifffahrt Quantensprünge bei der Effizienz. Der Industriekonzern ABB hat erheblichen Anteil daran, dass Flotten mit deutlich weniger Energie auskommen. *Von Alex Reichmuth*

Wer von Energiesparen beim Verkehr spricht, denkt meist an Strasse, Schiene und Luft – kaum aber an die Schifffahrt. Zu Unrecht. Sie hat grossen Anteil am weltweiten Verkehrsaufkommen. Beim Welthandel ist die Stellung der Schifffahrt überragend: Neunzig Prozent der Gütertransporte erfolgen auf dem Wasser. Und der Seehandel wächst jährlich um vier Prozent. Insgesamt ist die Schifffahrt für beachtliche drei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich. Wo viel Energie verbraucht wird, lässt sich auch viel einsparen. Die Internationale Meeresorganisation der Uno will die Schifffahrt effizienter machen. Gemäss einem Abkommen, das seit 2013 gilt, sollen bis 2030 dreissig Prozent Treibstoff eingespart werden. Dieses Ziel ist realistisch – dank dem Einsatz modernster Technik.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Elektroantriebe. Befuhr man die Meere zu Kolumbus' Zeiten mittels Segeln und damit mit erneuerbarer Energie, wechselte man später im kommerziellen Geschäft zu Diesel- und Schwerölmotoren. Diese übertragen ihre Kraft über starre Wellen auf die Propeller. Damit können sie nur in eine Richtung wirken und haben wenige, fixe Laufgeschwindigkeiten. Elektroantriebe dagegen sind vielseitiger. Die Propeller (inklusive Antrieb) sind schwenkbar, und die Drehgeschwindigkeit kann stufenlos gewählt werden. Elektroantriebe sind also prädestiniert für Schiffe, die auf hohe Manövrierbarkeit angewiesen sind: Kreuzfahrtschiffe, die häufig Häfen anlaufen; eisbrechende Transportkähne auf Nordrouten, die auf Eisschichten reagieren müssen; stationäre Schiffe für Offshore-Ölbohrungen, die in Wind und Wellen die Stellung halten müssen. Zwar bedeuten Elektroantriebe keineswegs CO₂-freie Fahrt: Der benötigte Strom wird meist mit Dieselgeneratoren direkt an Deck gewonnen. Weil Elektroschiffe aber flexibler sind, verbrauchen sie deutlich weniger Treibstoff: bei umgerüsteten Schiffen 5 bis 15 Prozent weniger, bei neuen Schiffen, deren Rumpf passend geformt ist, sogar bis zu 25 Prozent weniger.

ABB zum Top-Innovator 2015 gekürt

Heute werden zwar erst etwas über 2000 Schiffe elektrisch angetrieben, was rund zwei Prozent der weltweiten kommerziellen Seefahrt entspricht. Mit einem jährlichen Plus von zwölf Prozent steigt der Anteil der Elektroschiffe aber rasch. Einer der Treiber ist der Schweizer Industriekonzern ABB. Er hat die

elektrischen Azipod-Motoren entwickelt. Sie sehen aus wie stromlinienförmige Gondeln. Diese Motoren lassen sich um 360 Grad schwenken, liegen unterhalb des Schiffsrumpfes und können das Fahrzeug gleichzeitig antreiben und lenken. Der erste Azipod-Elektromotor entstand 1987. Mit dem neusten Typ dieser Serie – Azipod D – wurde ABB an der Electric & Hybrid Marine World Expo, der weltweit grössten Schifffahrtsmesse, zum Top-Innovator 2015 gekürt.

ABB ist an einem weiteren Meilenstein für effizientere Schifffahrt beteiligt: der geschickten Verknüpfung aller vorhandenen Daten. Traditionell entschied der Kapitän über den Kurs seines Schiffes. Ihm standen wenige Informationen zu Position, Wetter und Wellengang zur Verfügung. Heute liegen dank Sensoren allein an Bord viel mehr Daten vor – etwa zum Energieverbrauch, zur Motorenleistung oder zum Zustand der Ladung. Sinnvollerweise verknüpft man diese mit externen Informationen: detaillierte Vorhersagen zu Wind und Seegang, zur Verfügung stehende Slots an Häfen, Preisentwicklung der geladenen Ware, Verhalten von Konkurrenten. So können Route und Geschwindigkeit gemäss aktuellsten Wetterprognosen gewählt werden. Eine absehbare Materialermüdung kann schon an Land behoben werden, um einen aufwendigen

Motorschaden auf hoher See zu vermeiden. Statt tagelang unter Volldampf zu fahren, um dann vor einem Hafen zu warten, kann ein Schiff früh seine Fahrt verlangsamen und so Treibstoff sparen. Und je nach Handelspreisen lohnt es sich finanziell wie energetisch, frühzeitig ein neues Reiseziel anzusteuern.

Moderne Frachtunternehmen steuern ihre Flotte zentral. Dank Internet können solche Zentralen irgendwo auf der Welt stationiert sein. Wie bei den Elektroantrieben ist ABB auch bei der Fernüberwachung und der Routenplanung für ganze Flotten Pionier. Das Unternehmen liefert nicht nur entsprechende Software, um Schiffe und Kommandozentralen auszustatten, sondern unterhält mittlerweile 23 eigene Servicecenter, um Reedereien im Alltagsgeschäft zu unterstützen. Das wird offensichtlich geschätzt: Im August gab die weltgrösste Container-Reederei, Mærsk Line, ABB den Zuschlag, 140 Containerschiffe mit Software zur Routenoptimierung auszustatten. Kein Wunder: Mærsk will den Treibstoffverbrauch pro transportierten Container bis 2020 um satte sechzig Prozent (gegenüber 2007) reduzieren. Die Konsequenz dieser Entwicklung brachte Søren Toft, operativer Chef von Mærsk Line, vor kurzem gegenüber dem *Tages-Anzeiger* auf den Punkt: «Der Kapitän ist nicht mehr der einzige Boss auf See.» ○



Pionierleistung: Azipod-Propellergondel des Kreuzfahrtschiffs «Oasis of the Seas» von ABB.

«Nie wieder Sozialhilfebezüger»

Ein Hausbesitzer im Limmattal vermietet an Fürsorgeabhängige und bleibt auf einem Schaden von Zehntausenden Franken sitzen. Der Fall zeigt, dass Sozialämter ihre Klienten oft nachlässig kontrollieren und sorglos mit Steuergeldern umgehen. Von Alex Reichmuth, Daniele Kaehr und Maya Wipf (Bild)



«Inakzeptabel»: Liegenschaftsbesitzer Lorenzet.

Für Claudio Lorenzet ist die Konsequenz aus den Erlebnissen der letzten Monate klar. «Ich werde nicht mehr an Sozialhilfebezüger vermieten», sagt der Besitzer mehrerer Liegenschaften im Zürcher Limmattal. Gleich zweimal endete ein Mietverhältnis mit Fürsorgeabhängigen für ihn mit einem beträchtlichen finanziellen Schaden. Und gleich zweimal musste sich Lorenzet an den Kopf greifen ob des Verhaltens von Sozialämtern.

Im ersten Fall geht es um ein Studio in Schlieren ZH. Dieses vermietete Lorenzet 2009 an Herrn S., der das Studio als Stau- und Rückzugsraum nebst seiner Einzimmerwohnung in Zürich nutzte – für 555 Franken pro Monat. Im Oktober 2014 setzte S. das Studio mutwillig in Brand. Er wurde verhaftet und später in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Der Feuerschaden wurde zwar durch die Gebäudeversicherung gedeckt. Bei Claudio Lo-

renzeta trafen aber nach dem Brandfall keine Mietzahlungen mehr von S. ein. Im Dezember stellte Lorenzet ihm darum die Kündigung per Ende März 2015 zu, direkt in die Klinik. Weil der Mietzins weiterhin ausblieb, leitete er im Februar eine Betreibung ein. Allerdings konnte diese S. wochenlang nicht zugestellt werden, weil er inzwischen aus der Klinik verschwunden und unauffindbar war. Lorenzet musste das Studio schliesslich nach Ablauf der Kündigungsfrist räumen lassen – für mehrere tausend Franken. Der Schaden summierte sich für ihn inklusive der ausstehenden Mieten auf über 5000 Franken.

Überprüfung nur einmal im Jahr

S. blieb weiterhin verschwunden. Im letzten Sommer erfuhr Lorenzet aber, dass dieser von der Sozialhilfe lebte. Lorenzets Treuhänderin setzte sich daraufhin mit den Sozialen Diens-

ten der Stadt Zürich in Verbindung, bei denen S. Fürsorgegeld bezieht. «Die Kontaktaufnahme zu Herrn S. gestaltet sich auch für uns äusserst schwierig», schrieb ihr im Oktober die zuständige Sozialarbeiterin. Sie beschied der Treuhänderin, «dass Herr S. von uns jeweils den Mietzins für seine Wohnung und den Mietzins für das Studio monatlich ausbezahlt

Vom Brand und von der Inhaftierung hatten die Sozialen Dienste erst viel später erfahren.

erhalten hat». Darum könne die Stadt Zürich keine Mietzins-Nachzahlungen an Lorenzet leisten.

Auf Anfrage der *Weltwoche* betonten die Sozialen Dienste, man überprüfe den Anspruch auf Sozialhilfe in der Regel nur einmal im Jahr. Bei S. habe die letzte Überprüfung kurz vor dem Brand stattgefunden. Damals habe er seine Bedürftigkeit nachgewiesen und zudem belegen können, dass er die Miete für das Studio bezahlt. Vom Brand und von der Inhaftierung hätten die Sozialen Dienste erst im vergangenen Sommer erfahren, weil S. dies bis dahin nicht mitgeteilt habe. Darauf hätten die Sozialen Dienste die monatliche Überweisung an S. für die Miete des Studios aber «sofort eingestellt». «Irrtümlicherweise» sei es einen Monat später nochmals zu einer Überweisung gekommen, die aber zurückgefordert werde.

«Das wäre Erpressung»

S. bekam also nach dem Brand zehn Monate lang weiterhin Geld für sein Studio, ohne dass bei den Sozialen Diensten jemand merkte, dass er dieses Geld längst anderweitig verwendete. «Dass die Sozialen Dienste ihre Klienten nicht besser kontrollieren, empört mich», sagt Claudio Lorenzet, «nicht nur wegen meines finanziellen Schadens, sondern vor allem mit Blick auf die Steuerzahler, die für das Sozialhilfegeld aufkommen müssen.»

Das Mietzinsdepot von rund 1100 Franken könnte den finanziellen Verlust von Lorenzet zwar etwas mindern. Allerdings konnte dieses Depot bis heute nicht aufgelöst werden. Es fehlt die dazu nötige Unterschrift von S. Trotzdem bezieht dieser weiterhin Sozialhilfegeld. Aus Sicht der Sozialen Dienste der Stadt Zürich ist das kein Widerspruch. Dass ein Klient nicht erreichbar sei, reiche nicht für eine Einstellung der Sozialhilfeszahlungen, heisst es

da. Es wäre «unverhältnismässig» und eine «Erpressung», wegen einer fehlenden Unterschrift an Dritte Zahlungen für den Lebensunterhalt zu stoppen.

Stossend findet Claudio Lorenzet auch das Verhalten von Sozialbehörden im zweiten Fall. Es geht um eine damals frisch renovierte Wohnung in Geroldswil ZH, die er im Oktober 2011 an ein Paar vermietete. Das Mietverhältnis mit einer Mindestlaufzeit von drei Jahren kam explizit zustande, weil sich das Sozialamt Geroldswil bei Lorenzet für die künftigen Mieter eingesetzt und zudem eine Garantie über 3000 Franken unterzeichnet hatte.

Hotelaufenthalt auf Staatskosten

Ab März 2014 bezahlte das Paar den Mietzins aber plötzlich nicht mehr. Gegenüber der Treuhänderin des Vermieters signalisierte das Paar, dass es den Mietzins trotz ausreichender Mittel zurückhalte, um eine vorzeitige Kündigung zu provozieren. Was folgte, ging für Lorenzet ins Geld: Kosten für die Betreuung, Kosten für die gerichtlich durchgesetzte Ausweisung der Mieter, Kosten für die Räumung der Wohnung, Kosten für eine ausserordentliche Renovation. Zusammen mit den ausstehenden Mieten summierte sich der Schaden auf über 26 000 Franken.

Sofort nach Ausbleiben der Miete hatte die Treuhänderin das Sozialamt Geroldswil kon-

taktiert. Dort beschied man ihr aber, nichts unternehmen zu können, weil das Mieterpaar inzwischen keine Sozialhilfe mehr beziehe. Kaum war das Paar aber aus der Wohnung ausgewiesen, meldete es sich wieder beim Sozialamt. Geroldswil bezahlte ihm daraufhin den Aufenthalt in einem Hotel für rund 3000 Franken pro Monat. «Diese Wohnkosten können für eine akute Notlösung als durchaus günstig taxiert werden», steht in einem Schreiben der Gemeinde, das der *Weltwoche* vorliegt. Schliesslich fand das Paar nach einigen Monaten eine neue Wohnung in Fislisbach AG. Der neue Mietvertrag kam nur zustande, weil das Sozialamt Geroldswil die Mietkaution von 4300 Franken bevorschusste.

Wie Lorenzet weiss, bezahlte das Sozialamt auch die vorübergehende Einlagerung der Möbel des Paares sowie den Transport dieser Möbel in die neue Wohnung. Lorenzet aber bekam ausser der Garantieleistung über 3000 Franken nichts zurück und bleibt wohl auf seinen Kosten sitzen. «Es kann doch nicht sein, dass Leute, die sich inakzeptabel verhalten, von einem Sozialamt alles bezahlt bekommen, während die Geschädigten leer ausgehen», sagt er.

Lorenzet hat inzwischen eine Aufsichtsbeschwerde gegen Geroldswil eingereicht. Darin wirft er der Gemeinde vor, sie vernachlässige ihre Aufsichtspflicht und verwende Steuergel-

der sorglos. Die Beschwerde ist noch hängig. Die Gemeinde will keine Fragen beantworten, mit Verweis auf das laufende Verfahren.

Pädagogische Ansätze

Vermieter Lorenzet steht mit seinen schlechten Erlebnissen mit Sozialhilfebezüglern nicht allein da. «Nach unseren Erfahrungen kommt das immer wieder vor», bestätigt Ansgar Gmür, Direktor des Hauseigentümergebietes Schweiz. Er rät darum zu Vorsichtsmassnahmen, bevor Fürsorgebezüger in eine Wohnung kommen: auf der Vorauszahlung der Miete bestehen; die maximal mögliche Kautions verlangen; Garantien von Sozialamt, Banken oder Dritten einfordern. «Auch ist davon abzuraten, neu sanierte Wohnungen an Sozialhilfebezüger zu vermieten», so Gmür. Vor allem aber sei wichtig, dass das zuständige Sozialamt die Mieten direkt an den Vermieter statt an die Fürsorgebezüger überweise. «Darauf sollte ein Vermieter bestehen.» Noch besser sei, den Mietvertrag direkt mit dem Sozialamt abzuschliessen, meint der HEV-Direktor.

Gegen diese Lösungen dürften sich allerdings viele Sozialbehörden sträuben. Sie betonen die Eigenständigkeit ihrer Klienten. Diese müssten lernen, verantwortlich mit Geld umzugehen. Dass solche pädagogischen Ansätze oft auf Kosten der Vermieter gehen, nimmt man dabei in Kauf. ○

Philipp Gut:

Champagner mit Churchill



Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax und der malende Premierminister.

Im August und September 1946 besuchte der britische Kriegspremier Winston Churchill die Schweiz und hielt in Zürich seine berühmte Rede zur europäischen Versöhnung. Dabei verfolgte er heimlich auch persönliche Ziele, die seiner grossen Leidenschaft geschuldet waren: dem Malen. Er wollte unbedingt einen Mann treffen, dessen Namen kaum einer kannte: Willy Sax. Der Unternehmer aus Urdorf produzierte nämlich hochwertige Künstlerfarben und wurde in der Folge zum Lieferanten und Freund Churchills. Sax erhielt intime Einblicke in das Leben des grossen Staatsmanns. Sogar der Bundesrat zählte auf seinen Vermittlerdienst. Das Buch zeichnet die Geschichte dieser aussergewöhnlichen Freundschaft anschaulich und anekdotenreich nach.

Der Bildteil zeigt Gemälde von Churchill, Originalbriefe, Fotos und Bilder aus dem Nachlass und dem Archiv der Familie Sax.



«Mit historiografischem Geschick und journalistischer Gewandtheit.» NZZ

Platin-Club-Spezialangebot

Philipp Gut

Champagner mit Churchill

Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax und der malende Premierminister. 176 Seiten, illustriert, gebunden, ISBN 978-3-7272-1455-4

Spezialangebot:

Fr. 35.– (zzgl. Versandkosten) statt Fr. 39.–

Bestellungen

Bitte senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort *Weltwoche* und Ihrer vollständigen Adresse an: order@staempfli.com, oder rufen Sie uns an über Telefon 031 300 66 77. Stämpfli Verlag AG, Wölflistrasse 1, Postfach 5662, 3001 Bern.

1352/5

www.weltwoche.ch/platinclub



Schwindsucht auf dem Bankkonto

Die Negativzinsen erreichen allmählich das Alltagsleben und das Bewusstsein der normalen Leute. Risikoscheuen Sparern wird vor Augen geführt, dass sie eine Art Auslaufmodell sind, und den Investoren fehlt ohne Zinssignale die Orientierung. *Von Beat Gygi und Nicolas Bischof (Illustration)*

Als Erste unter den schweizerischen Banken hat die Alternative Bank Schweiz (ABS) kürzlich angekündigt, sie werde ab Anfang 2016 die Negativzinsen, wie sie die Schweizerische Nationalbank einzieht, auf die Konten ihrer Privatkunden überwälzen. Privatpersonen bezahlen demnach auf dem sogenannten Alltagskonto bis zur Summe von 100 000 Franken 0,125 Prozent Negativzins, für Beträge darüber werden mit 0,75 Prozent belastet. Auf dem Sparkonto ist die Spanne bis 100 000 Franken ohne Zins, darüber gilt ebenfalls die Belastung von 0,75 Prozent. Die breite Öffentlichkeit kennt die von der Nationalbank seit Januar erhobenen Negativzinsen bisher vor allem vom Hörensagen.

Je nachdem, wie viele andere Banken nachziehen, wird Sparern nun aber zunehmend deutlicher vor Augen geführt, dass sie eine Art Auslaufmodell sind. Das ist in der Schweiz, deren Haushalte immer noch rund 13 Prozent ihres Einkommens sparen, nicht einfach zu verdauen. Sparern müssen sich ernsthaft die Fragen stellen: Ist Sparen noch sinnvoll? Und wenn ja, wo soll man mit den Ersparnissen hin? Wenn das Geld auf Bankkonten quasi die Schwindsucht bekommt, liegt es nahe, dass das altertümliche Horten von Bargeld vermehrt zum Thema wird.

Der im Januar dieses Jahres durch die Nationalbank eingeführte Negativzins von 0,75 Prozent pro Jahr war für Sparern wie eine kalte Dusche. Die Begründung lautete, man wolle das Anlegen von Geld in risikolosen Frankenanlagen unattraktiv machen, um den Franken-Euro-Wechselkurs zu drücken; Frankenliebhaber sollten abgeschreckt werden. Zehn Monate lang hat die Notenbankführung jetzt

diese in eigener Regie beschlossene Politik verfolgt, ohne nach aussen ausführlicher darzulegen, wie Kosten und Nutzen dieses Negativzinses ungefähr zu veranschlagen sind. Die Geldpolitiker sind von der Öffentlichkeit und den Interessengruppen auch nie stark herausgefordert worden, ihre Strategie dem Publikum zu erklären. Das hat wohl damit zu tun, dass die normalen Bürger und Sparern die Negativzinsen bisher nicht direkt zu spüren bekamen.

Die Geschäftsbanken haben zwar rasch reagiert, aber sie überwälzten die Belastungen zunächst primär auf professionelle Grosskunden und grössere Vermögensverwaltungs-

Fast alles ist recht, was auch nur ansatzweise eine Rendite verspricht.

mandate. Die UBS-Führung macht keine Angaben zur Gesamtsumme, die sie als Negativzinsen an die Nationalbank zahlt. Sie legt aber dar, dass «die ausserordentlichen Marktbedingungen in Kombination mit verschärften regulatorischen Vorschriften in Bezug auf die Liquiditätshaltungspflicht von Banken» sie Ende Januar veranlasst haben, «eine individuelle Guthabengebühr für sehr hohe Cash-Bestände von Firmen- und institutionellen Kunden beziehungsweise juristischen Personen» einzuführen.

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) gibt an, dass die Negativzinsen für ihre Liquiditätshaltung bei der Nationalbank die Rechnung mit rund 75 Millionen Franken pro Jahr belasteten. Im Vorjahr hatte der Reingewinn

647 Millionen Franken betragen. Laut ihren Angaben gibt die ZKB die «Negativzinsen differenziert weiter, zuerst im Interbankenmarkt und auf Guthaben bestimmter Grosskunden», das können Firmen- oder Privatkunden sein. Für Kleinsparern und Kleinunternehmen hat die Bank laut ihren Angaben keine Negativzinsen vorgesehen, solange die Nationalbank ihre Politik nicht verschärft. Die Einführung der Negativzinsen, so die Bankführung, beeinflusse die Vermögen ausgewählter Kunden, bei den Gebühren aber gebe es keine Änderungen.

Transparenz wird zum Thema

Über die ganze Bankenbranche gesehen, sind aber die Gebührenordnungen vielerorts angepasst worden, damit die Banken die Negativzinsbelastungen durch gewisse Einnahmeposten mildern können. Privatkunden merkten dies jüngst etwa daran, dass die Gebühren für die Kontoführung aufgeschlagen haben oder dass das Erledigen von Zahlungsaufträgen plötzlich separat berechnet wird, nachdem es vorher gratis war. Marktbeobachter und Vermögensberater kritisieren seit längerem, dass die Gebührenordnungen meist keinen Aufschluss darüber geben, welche Summe die Bank für ihren Mandanten bei der Nationalbank deponiert hat, wie hoch also der damit verbundene, quasi verursachergerechte Negativzinsbeitrag ausfällt.

Aus dieser Sicht hat die Alternative Bank Schweiz mit der angekündigten offenen Überwälzung auf die kleineren Privatkunden das Thema Transparenz aufs Tapet gebracht. Die ABS-Führung hält es heute für verfrüht, die Kundenreaktionen abschliessend zu beurteilen.

Eintauchen in die Sphäre der negativen Renditen

Vergleich von drei Ländern mit unterschiedlicher Bonität, Staatsobligationen mit 2-jähriger Laufzeit

Schweiz



Deutschland



Italien



QUELLE: INVESTING.COM

«Die Schweiz ist kein Sonderfall»: sinkende Zinsen.



Das altertümliche Horten von Bargeld wird wieder zum Thema.

len, sie seien aber mehrheitlich positiv ausgefallen, zumal die frühzeitige Information den Kunden genug Zeit lasse für Analyse und Anpassungen. Effektiv abgeflossen ist laut den Angaben ein niedriger zweistelliger Millionenbetrag, vor allem bei Kunden, die stark auf Preise achten. Der gewünschte Effekt aber, dass Kunden auf längerfristige Anlagen bei der Bank wechseln, scheine sich einzustellen, wobei Kontobewegungen erfahrungsgemäss vor allem im Monat vor der Umstellung, also im Dezember, zu erwarten seien.

Als Kontrast gibt es aber auch den positiven Ansatz, und zwar im wörtlichen Sinn: Andere Banken operieren oberhalb der Nulllinie, so die Bank Zimmerberg, die privaten Sparern für Fixkonten (Festgelder mit einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten) 0,25 Prozent Jahreszins anbietet, dies bei kostenloser Kontoführung.

Fritz Zurbrugg, Vizepräsident des Nationalbank-Direktoriums, hat das Geschehen an der Zinsnulllinie kürzlich so kommentiert: «Der Negativzins ist zwar ein Debütant in unserer Geldpolitik, die Schweiz diesbezüglich aber kein Sonderfall.» Die Europäische Zentralbank (EZB), die dänische Nationalbank und die schwedische Zentralbank hätten ja ebenfalls Negativzinsen eingeführt. Auch wenn diese von Währungsraum zu Währungsraum unterschiedlich aufgesetzt seien, sei die Auswirkung auf die Zinsen überall dieselbe: Die gesamte Zinskurve über alle Laufzeiten habe sich nach unten verschoben.

Wenn Anleger gerne draufzahlen

Das bedeutet, dass beispielsweise Obligationen der Eidgenossenschaft, die eine Laufzeit von zwei Monaten haben, zurzeit eine Rendite von minus einem Prozent aufweisen. Ein An-

leger ist also froh, Geld für zwei Monate sicher versorgen zu können, so dass er bereit ist, einen Jahreszins von einem Prozent dafür zu bezahlen. Das Gleiche gilt für Obligationen der Eidgenossenschaft mit Laufzeiten von drei und vier Jahren. Man zahlt zurzeit pro Jahr ein Prozent Strafzins, um das Geld drei oder vier Jahre lang dem Bund überlassen zu dürfen. In der ersten Grafik auf der linken Seite ist der Renditeverlauf der dreijährigen Obligation der Schweiz in den vergangenen gut zwei Jahren dargestellt. Daraus geht hervor, dass der Übergang zwischen positiven und negativen Renditen schon 2013 erfolgte.

Sogar für den Anlagehorizont von zehn Jahren gibt es Anleger, die gerne draufzahlen: Sie entrichten pro Jahr einen Zins von 0,3 Prozent, um ihr Geld für zehn Jahre der Eidgenossenschaft zu versprechen. Wer eine positive Rendite sucht, hält sich allerdings von dieser

Die Zeitung macht mobil.



Jetzt
downloaden im
App- oder Google
Play-Store!

Die «Schweiz am Sonntag» lässt Ihnen alle Freiheiten. Ganz gleich ob Sie daheim bleiben, einen Ausflug planen oder ins Café wollen – Ihre «Schweiz am Sonntag» kommt via Tablet oder Smartphone einfach mit. Buchung im App Store oder bei Google Play.

www.schweizamsonntag.ch

Gruppe fern. Das liegt ganz auf der Linie der Nationalbank-Politik, sie zielt ja darauf ab, dass der von ihr in Kraft gesetzte kurzfristige Negativzins auch auf die Renditen für länger laufende Bundesanleihen ausstrahlt. Aber das Tiefzinsregime betrifft nicht nur die Schweiz und den Franken. Die Renditen sind weltweit sehr tief, in der Schweiz ist die Nationalbank einfach darauf aus, die Zinsen noch etwas unter dem ausländischen Niveau zu halten.

Ähnlich ergeht es deutschen Staatspapieren. Da Deutschland als Euro-Land etwas höhere Notenbankzinsen hat und auch als geringfügig weniger solid eingestuft wird als die Schweiz, ist die Rendite, also die Entschädigung an die Geldgeber, etwas höher. Und der Übergang ins Reich der Negativzinsen erfolgte entsprechend etwas später, nämlich in der zweiten Hälfte 2014, wie die Grafik es veranschaulicht.

Hauskauf als letzter Ausweg

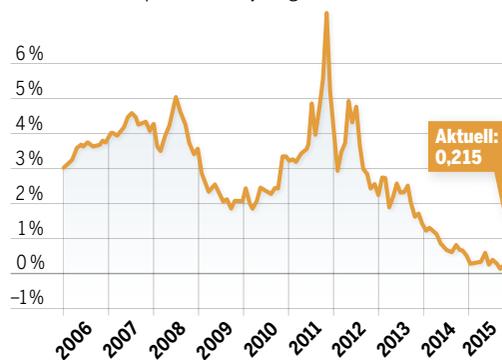
Die Pointe: Auch Italien gilt nun offenbar als derart zuverlässiger Hort für Kapital, dass Anleger seit kurzem bereit sind, diesem Land ihre Mittel für zwei oder drei Jahre zu überlassen und auch in diesem Fall für dieses Entgegennehmen sogar noch etwas zu zahlen. Die dritte Grafik auf Seite 50 zeigt, dass selbst in Italien die Renditen der Staatsanleihen kurzzeitig negativ geworden sind, das Land ist quasi an der Überquerung der Nulllinie. Das ist vor allem deshalb elektrisierend, weil Italien in der EU zu den Ländern mit einer besonders verkrusteten Wirtschaft und schwacher Wettbewerbskraft zählt und mit einer Verschuldungsquote von rund 140 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eine finanzpolitische Zeitbombe darstellt.

Es muss in der Wirtschafts- und Geldpolitik viel passieren, bis derart schillernde Investitionsziele wie der italienische Staat gratis Geld erhalten. Es sind allerdings nicht rational abwägende private Investoren, die eine solche Entwicklung vorantreiben, es ist primär die EZB, die dahinter steht. Der EZB-Chef und Italiener Mario Draghi, der eine Tiefzinspolitik und gewaltige Geldmengenausweitung zum Ziel hat, ist daran, Europa durch den Aufkauf von Staatsobligationen mit einer solchen Masse von liquiden Mitteln zu überschwemmen, dass die Zinsen oder Renditen als Marktsignale keine grosse Aussagekraft mehr haben. Das EZB-Kaufprogramm führt auch dazu, dass nun Staatsobligationen zunehmend von privaten zu hoheitlichen Eigentümern wandern.

Dies treibt private Investoren noch mehr zur verzweifelten Suche nach Anlagemöglichkeiten an; fast alles ist ihnen recht, was auch nur ansatzweise eine Rendite verspricht. Das bedeutet aber auch: Für Investoren, die nicht darum herumkommen, ihr Geld in Frankenanlagen zu investieren, wird es immer schwieriger, irgendwo noch sogenannte sichere Anlagen zu finden, die einen positiven Zins bringen. Pensionskassen und andere institutionelle Anleger, die die Auf-

Italienische Staatsobligationen

Renditen von Papieren mit 3-jähriger Laufzeit



QUELLE: INVESTING.COM

Sogar Italien gilt als zuverlässiger Hort für Kapital.

lage haben, eine bestimmte minimale Nominalverzinsung zu erreichen, stehen quasi an der Wand. Sie werden durch die Regulierung gezwungen einen beträchtlichen Teil ihrer Gelder in sogenannten sichere Anlagen zu investieren, also primär in Staatspapiere – die paradoxerweise überhaupt nicht sicher sind vor einem Wertzerfall, sobald die Zinsen steigen oder marode Staatsfinanzen zum Thema werden.

Gunther Schnabl, Ökonomieprofessor an der Universität Leipzig, weist auf die zerstörerische Kraft der Tief- oder Negativzinsen hin: Anleger, die keine grossen Risiken eingehen wollen, haben kaum mehr Gelegenheiten, rentable Investitionen zu tätigen. Entweder müssen sie mehr Risiken in Kauf nehmen, oder sie müssen zusehen, wie ihr Vermögen schmilzt. Dies ist

Risikoscheue Anleger haben kaum mehr Gelegenheiten, rentable Investitionen zu tätigen.

die sogenannte finanzielle Repression, wie sie nach Schnabls Ansicht die Notenbanken mit ihrer sehr expansiven Geldpolitik seit einiger Zeit betreiben. Risikoscheue Sparer verlieren Einkommen und Vermögen, während risikobereite Anleger – oft auch Spekulanten – die Chance auf Wertsteigerungen nutzen.

Dies habe, so Schnabl, Verteilungseffekte zur Folge. Die Null- und Negativzinsen zehrten an den Vermögen der risikoaversen Leute, die oft der Mittelschicht angehören. Hingegen würden durch die immer expansivere Geldpolitik die Vermögenspreise (etwa von Aktien und Immobilien) immer weiter nach oben getrieben. Diese Vermögensklassen konzentrierten sich meist auch auf die oberen Einkommen. Dies führe in vielen Ländern zu wachsenden Vermögens- und Einkommensdifferenzen.

Klar, es gibt heute immerhin eine Anlagekategorie, die auch risikoscheuen Anlegern attraktiv erscheint und Aussicht auf eine Rendite verspricht: Investitionen in Immobilien. Der Hauskauf ist heute für viele praktisch der letzte Ausweg, angesparte Mittel einigermas-

sen vielversprechend zu «versorgen». Selbst wenn die Leute wissen, dass es immer wieder überschäumende Phasen und anschliessend Preiseinbrüche gibt, ist die Nachfrage gross, zumal auch Pensionskassen von ähnlichen Überlegungen ausgehen. Gegenwärtig ist es am Hypothekar- und Immobilienmarkt etwas ruhiger geworden, was nicht zuletzt damit zu tun hat, dass die Negativzinsen die Vergabe von Hypothekarkrediten komplexer machen. Der Negativzins der Nationalbank hat nämlich die Banken bei der langfristigen Finanzierung der gewährten Kredite vor eine knifflige Aufgabe gestellt, da die Zinsabsicherung am Finanzmarkt erschwert oder verteuert wurde.

Gerade im Umgang mit Hypothekarkrediten gibt es anschauliche Beispiele dafür, dass es gar nicht so einfach ist, Negativzinsen wirklich zu begreifen. Es geht ja quasi gegen die menschliche Natur, dass diejenigen, die andern Geld geben, noch etwas draufzahlen müssen. Gemäss den Schilderungen der Bankenombudsstelle gab es Fälle, in denen Verträge für Libor-Hypotheken eine Formel vorsahen, die besagte: «Der Hypothekarzins beträgt den Libor-Zinssatz plus x Prozent Aufschlag.»

Fälle, in denen der Libor-Zinssatz durch die Negativzinsen so weit nach unten gedrückt wurde, dass das Resultat der Formel ebenfalls negativ ausfiel und keine Klausel das ausschloss, führten nun zu Streitigkeiten zwischen Banken und Hypothekarkunden. Der Kunde beharrt auf dem negativen Hypothekarzins, die Bank argumentiert, dass dies ökonomisch unsinnig sei. Streit gibt es auch bei vorzeitigen Rückzahlungen von Hypothekarkrediten. In diesen Fällen verlangt die Bank für die nicht genutzte Restlaufzeit eine Strafzahlung, die höher ist als der abgemachte Hypothekarzins. Das Argument der Bank lautet, dass sie beim Parkieren des freigewordenen Geldes Negativzinsen zahlen müsse. Der Kunde dagegen sagt, die Bank könne das Geld doch sinnvoll verwenden – und will die Negativzinsen nicht akzeptieren.

Fehlende Orientierung

Das Problem negativer Zinsen geht jedoch weit über solche Einzelfälle hinaus. Der SNB-Vertreter Zurbrugg hat kürzlich betont, dass Negativzinsen für ihn keinen Normalzustand darstellen. Die Nationalbank macht aber auch klar, dass tiefe Zinsen von aussen auf die Schweiz einwirken und ihr Spielraum gering ist. Schnabl hält Negativzinsen ebenfalls für etwas Unnormales. Wenn man die Zinsen als Marktsignale ausschalte, fehle beim Investieren die Orientierung, dann werde es schwierig, sinnlose von sinnvollen Investitionsprojekten zu unterscheiden. Dies dämpfe die durchschnittliche Rentabilität von Investitionen und somit das Wachstum. Und sollten sich Strafzinsen auf dem Sparen verfestigen, würde dies aufgrund der Verteilungseffekte langfristig die Grundlagen der Demokratie untergraben. ○

Nichts gelernt

Wie einst in der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft plant der Bundesrat ein Klima- und Energielenkungssystem, das zu einer Reduktion der Emission von Treibhausgasen führen soll. Die gutgemeinten Absichten sind zum Scheitern verurteilt. *Von Bernd Schips*



Weder heute noch in Zukunft wettbewerbsfähig: Test-Solaranlage in Amden SG am Walensee.

Das Akronym «Gosplan» bezeichnete in der Sowjetunion die für die Planung wirtschaftlicher Aktivitäten verantwortliche Behörde. Mit Plänen sollten zunächst nur die Elektrifizierung und der strukturelle Umbau der sowjetischen Volkswirtschaft unterstützt werden. Kurz danach musste Gosplan auch Mehrjahrespläne zur zentralen Steuerung der gesamten Produktion und Nachfrage ausarbeiten. Die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen wurden dabei für einen Zeitraum von gut zwanzig Jahren als bekannt vorausgesetzt. Gosplan beschränkte sich trotzdem auf Fünfjahrespläne.

Aufgrund von Prognosen über die gesellschaftlichen Bedürfnisse wurden den Betrieben im Planungszeitraum einzuhaltende Produktionsmengen verbindlich vorgegeben und wurden auch sämtliche Preise und Löhne festgelegt. Da Gosplan nicht über alle für eine zuverlässige Planung notwendigen Informationen

verfügte, ergaben sich zunehmend Ineffizienzen in den Produktionsprozessen und Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Ein faktischer Zusammenbruch der «gelenkten Volkswirtschaft» war deshalb nur eine Frage der Zeit. Länder, die dem sowjetischen Vorbild nacheiferten, mussten die gleichen negativen Erfahrungen machen.

Belastung für niedrige Einkommen

Nicht alle Bedürfnisse von Konsumenten und Produzenten können im Voraus erkannt werden. Ohne «unverfälschte» Marktpreise ist nicht zu erkennen, ob und wie die Entscheidungen einer Planungsinstanz die Allokation der knappen Ressourcen, das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt beeinträchtigen.

Trotz der Erfahrungen mit der zentralen Planung wirtschaftlicher Aktivitäten hat der

Bundesrat am 28. Oktober 2015 eine Botschaft über ein Klima- und Energielenkungssystem verabschiedet. Gestützt auf einen Verfassungsartikel, sollen künftig alle Energieträger mit Lenkungsabgaben belastet werden können. Klimaabgaben sollen fossile Energieträger verteuern, und eine Stromabgabe soll den Energieträger Strom ebenfalls teurer machen.

Die Klimaabgaben sollen zu einer Reduktion der Emission von Treibhausgasen führen. Ungeachtet des äusserst geringen und tendenziell sogar noch weiter abnehmenden Anteils der Schweiz an den anthropogenen Emissionen wird dabei suggeriert, dass mit der Einführung einer Klimaabgabe das globale Klima «gelenkt» werden kann. Selbst wenn in der Schweiz überhaupt keine fossilen Energieträger mehr eingesetzt würden, würde sich an der Menge der weltweit emittierten Treibhausgase praktisch nichts ändern.

Die Stromabgabe soll die mit der Energiestrategie 2050 angestrebte Reduktion der Stromnachfrage ermöglichen. Eine Verringerung des Einsatzes fossiler Energieträger dürfte jedoch die Nachfrage nach Strom erhöhen, und die sich abzeichnenden technischen Entwicklungen lassen eher eine Zunahme als einen Rückgang der Stromnachfrage in den kommenden Jahrzehnten erwarten.

Wie einst in der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft sollen sowohl die Preise für Energieträger als auch die für die Nachfrager zur Verfügung stehenden Mengen an Energieträgern vorgegeben werden. Der von den Nachfragern zu entrichtende Preis eines Energieträgers ergäbe sich dann aus der Summe von Marktpreis, ordentlicher Besteuerung und der jeweiligen Lenkungsabgabe. Die Höhe der Lenkungsabgabe für einen Energieträger soll dabei so festgelegt werden, dass die von der Politik festgelegten Mengenreduktionsziele erreicht werden. Die geplanten Lenkungsabgaben sind daher keine marktwirtschaftlichen Instrumente, sondern Massnahmen zur Rationierung der Nachfrage von Produzenten und Konsumenten nach Energieträgern.

Wie bei Gosplan werden bei der Vorgabe der Mengenziele die technischen Potenziale für Verbesserungen der Energieeffizienz in den nächsten Jahrzehnten als bekannt vorausgesetzt, und es wird unterstellt, dass sich diese Effizienzverbesserungen wirtschaftlich lohnen. Ist dies nicht der Fall, ergeben sich für die Unternehmen höhere Produktionskosten und damit Nachteile im internationalen Wett-

bewerb. Auslagen zur Verbesserung der Energieeffizienz, die sich wirtschaftlich nicht lohnen, beeinträchtigen vor allem die für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen entscheidenden Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Lenkungsabgaben wirken sich nicht nur direkt, sondern auch noch indirekt auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus. Nicht alle Nachfrager nach Energieträgern können vollumfänglich und vor allem nicht immer rasch genug auf die durch Lenkungsabgaben veränderten relativen Preise reagieren. Das an den Konsumentenpreisen gemessene Preisniveau wird sich dadurch erhöhen, zu entsprechenden Anpassungen der Löhne führen und so die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zusätzlich beeinträchtigen. Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzverluste werden die Folge sein.

Die sich regressiv auswirkenden – das heisst, die niedrigeren Einkommen wesentlich stärker als die höheren Einkommen belastenden – Lenkungsabgaben werden zu mit der Höhe der Abgabensätze spürbarer werdenden Verteilungseffekten führen. Rückerstattungen der Erträge aus den Lenkungsabgaben können diese sozialpolitisch unerwünschten Verteilungseffekte nicht wesentlich vermindern. Zudem wird die Rückerstattung so lange nicht vollständig sein können, wie die Erträge aus der Klimaabgabe noch für die Subventionierung von bisher aus der CO₂-Abgabe finanzierten Förderprojekten und für eventuelle Ausfälle bei der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe oder der Mineralölsteuer und so weiter verwendet werden müssen. Nach Ansicht des Bundesrates können Lenkungsabgaben die Subventionen für Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich und für eine Stromerzeugung mit den neuen erneuerbaren Energieträgern ersetzen.

Die Stromerzeugung durch Fotovoltaik- und Windkraftanlagen ist jedoch weder heute noch in Zukunft wettbewerbsfähig. Die Gestehungskosten für den Strom aus diesen Anlagen sind und bleiben hoch. Sicherlich wird es noch zu weiteren Preisrückgängen für die Hardware dieser Anlagen kommen, die Installations- und Wartungskosten für diese flächen- und kapitalintensiven Anlagen werden aber der allgemeinen Lohnentwicklung folgen und dadurch den immer wieder propagierten Rückgang der Gestehungskosten begrenzen.

Um über das Jahr hinweg eine bestimmte Stromproduktion mit Fotovoltaik- und Windkraftanlagen zu erreichen, muss erheblich mehr Nennleistung installiert werden, da die Sonne nicht immer scheint und auch der Wind nicht ständig bläst. Das limitierte Kostensenkungspotenzial und der Preisverfall auf dem Strommarkt verhindern einen wirtschaftlichen Betrieb in jenen Zeiten, in denen solche Anlagen Strom produzieren können. Nur im Falle einer extrem hohen Stromabgabe werden Betreiber von Fotovoltaik- und Windkraftanlagen auf Subventionen verzichten, sich vom Stromnetz abkoppeln und Speicher errichten, um den Eigenbedarf jederzeit vollständig decken zu können. Falls an einem weiteren Ausbau von Fotovoltaik- und Windkraftanlagen festgehalten wird, muss deshalb geklärt werden, wie dieser Ausbau und die damit verbundenen Systemkosten künftig finanziert werden sollen. Eine Stromabgabe löst diese Probleme nicht.

Energie ist kein Luxusgut

Können trotz der bereits angedachten hohen Lenkungsabgaben die angestrebten Mengenziele nicht erreicht werden, müssten – neben noch höheren Lenkungsabgaben – zusätzliche Massnahmen, in Form von nur in der Schweiz verlangten technischen Standards oder Verhaltensvorschriften, ergriffen werden. Die

Mustervorschriften im Energiebereich der Kantone sind erste Schritte in diese Richtung. Derartige Massnahmen erhöhen den Verwaltungs- und Kontrollaufwand und eröffnen vielleicht Beschäftigungsmöglichkeiten für die von den – aufgrund der hohen Preise für Energieträger – nicht mehr wettbewerbsfähigen Unternehmen freigesetzten Arbeitskräfte.

Die mit der neuen Verfassungsbestimmung beabsichtigte fundamentale Änderung der Wirtschaftsordnung hätte fatale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Energie ist nun einmal kein Luxusgut, sondern ein das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bestimmender Produktionsfaktor. Eine sichere Versorgung mit Energie und die Preise für Energieträger sind entscheidende Standortfaktoren. Die für Produzenten und Konsumenten zur Verfügung stehenden Mengen an Energieträgern und deren Preise sollten deshalb nicht unabhängig von den Entwicklungen im Rest der Welt festgelegt werden. Auch die Sowjetunion ist letztlich mit derartigen Versuchen wirtschaftlich gescheitert.

Die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt würde mit einer Inkraftsetzung des geplanten Klima- und Energielenkungssystems und entgegen den Ergebnissen beschönigender und auf höchst unrealistischen Annahmen basierender Ex-ante-Szenarien zurückgehen und das zur Finanzierung der Sozialwerke künftig erforderliche Wachstum des Bruttoinlandprodukts deutlich schwächen. Nur Kreise, die marktwirtschaftlichen Prinzipien schon immer skeptisch gegenübergestanden sind, und auf regulierungsbedingte Aufträge Hoffende dürften eine solche Entwicklung begrüssen.

Bernd Schips ist emeritierter Professor für Nationalökonomie der ETH Zürich.

Mehr Rendite für Ihre Säule 3a
www.wertschriftensparen.ch



Wettbewerb
Gewinnen Sie
CHF 6 768.-!

Wir verlosen einen Säule-3a-
Jahresbeitrag von CHF 6 768.-.
Machen Sie mit! Jetzt auf
www.wertschriftensparen.ch
anmelden und
gewinnen.

CIC BANQUE CIC | SUISSE |

Die Bank der Privat- und Geschäftskunden

Goldlockenzauber

Von Rapunzel über Sigmund Freud zur Afro-Ikone Angela Davis: Welche Bedeutung hat die menschliche Behaarung, wie entscheidend ist die Frisur in unserem Alltag?

Eine kulturgeschichtliche Betrachtung von Siri Hustvedt

Als meine Tochter in der Grundschule war, trug sie ihr Haar lang, und jeden Abend, bevor ich ihr eine Gutenachtgeschichte vorlas, kämmte ich ihr die Haare und flocht sie zu Zöpfen. Wenn Sophie nachts unruhig schlief, hatten sich ihre Haare am nächsten Morgen in ein grosses Vogelneest verwandelt. Mir gefiel das Ritual des Zopflechtens, mir gefiel der Anblick von Sophies Ohren und Hals, mir gefiel, wie ihre seidig braunen Haare rochen und aussahen und sich anfühlten, und mir gefiel es, die drei Haarstränge, die durch meine Finger liefen, über- und untereinanderzulegen und zu verknüpfen. Es war ein Ritual voller Vorfriede, weil wir anschliessend gemeinsam in ihr Bett krochen, es uns gemütlich machten und ich mit dem Vorlesen begann und Sophie zuhörte.

Schon dieser simple Akt des Zopflechtens wirft Fragen auf. Warum werden in unserer Kultur lange Haare eher von Mädchen als von Jungen getragen? Warum signalisieren Frisuren Geschlechterdifferenz? Ich muss gestehen, dass ich mich im Falle eines kleinen Jungen, sofern er mich nicht gebeten hätte, ihm Zöpfe zu flechten, höchstwahrscheinlich an die Konvention gehalten hätte und er mit kurzen Haaren herumgelaufen wäre, auch wenn ich solche Regeln für willkürlich und einengend halte. Und warum wäre es mir peinlich gewesen, Sophie mit abstehenden Rattenschwänzchen zur Schule zu schicken?

Botschaft an die Umwelt

Alle Säugetiere haben Haare. Haar ist nicht so sehr ein Körperteil als vielmehr ein abgestorbener Auswuchs des Körpers. Die Haarfollikel bestehen aus lebenden Zellen, aber der Haarschaft ist tot und unempfindlich, was die unterschiedlichsten Behandlungen erlaubt. Wir sind die einzigen Säugetiere, die ihr Haar flechten, verknoten, pudern, hochstecken, einfetten, einsprayen, toupieren, in Dauerwellen legen, färben, zu Locken drehen, glätten, verlängern, scheren und schneiden. Der Grenzstatus der Haare ist ausschlaggebend für ihre Bedeutung. Sie wachsen an der Grenze zwischen der Person und der Welt. Wie Mary Douglas in «Purity and Danger» schreibt, sind Substanzen, die die Körpergrenzen überschreiten, ein Zeichen von Unordnung und können schnell für Verunreinigung sorgen. Kopfbehaarung ist eine Sache, aber Haare, die den Duschabfluss verstopfen, sind Abfall.

Überall auf der menschlichen Haut wachsen Haare, ausgenommen von Fusssohlen und

Handinnenflächen. Welche Bedeutung die Haare haben, wird nicht zuletzt von der Umgebung bestimmt. Das Kopfhaar rahmt das menschliche Gesicht ein, und wenn wir mit anderen kommunizieren, richtet sich unsere Aufmerksamkeit vor allem auf das Gesicht. Wir erkennen andere an ihrem Gesicht. Wir sprechen zu einem Gesicht und reagieren auf ein Gesicht, besonders auf die Augen. Kopfhaar und Bart Haare befinden sich am Rand dieses sozialen Austauschs, der unmittelbar nach der Geburt einsetzt. Sobald wir uns unseres eigenen Ichs bewusst geworden sind, ist es wichtig für uns, dass das Haar «ordentlich» ist, nicht zerzaust oder zumindest auf akzeptable Weise zerzaust, was mit seiner Rolle als Überbringer einer Botschaft an die Umwelt zu tun hat.

Ein wirrer Haarschopf könnte anzeigen, dass sein Besitzer ausserhalb der menschlichen Gesellschaft lebt – ein wildes Kind, ein Eremit oder ein Verrückter. Es kann auch bestimmte politische oder kulturelle Auffassungen signalisieren.

Substanzen, die die Körpergrenzen überschreiten, sind ein Zeichen von Unordnung.

Denken wir nur an die Dreadlocks der Rastas oder an das lange, verfilzte Haar der Sannyasin, der asketischen Wanderer in Indien. In den 1960ern war der «Afro», ob bei Frauen oder Männern, ein stummes, aber starkes politisches Statement. Für mich war die Frisur von Angela Davis nicht nur ein Ausweis ihrer politischen Einstellung, sondern auch ihres grossen Intellekts, so, als könne man aus ihrer eindrucksvollen Haarpracht ihre Nähe zu Herbert Marcuse und der Frankfurter Schule ablesen. Hat diese brillante Frau unbewusst meine Entscheidung beeinflusst, als ich Mitte der 1970er meine glatten, schulterlangen blonden Haare mit Hilfe toxischer Substanzen in dauerhafte Locken verwandelte, eine im wahrsten Sinne haarsträubende chemische Transformation? In meinem Fall – ich war ja nicht bloss eine junge Weisse, sondern eine extrem weisse Weisse – machte der Afro etwas Natürliches zu etwas Unnatürlichem. Ich habe nicht als Einzige diese Frisur übernommen. Moden wandern innerhalb von Gesellschaften und verändern dabei ihre Bedeutung. Denken wir nur an die blondgefärbten Haare prominenter Sportler oder die Flechtfrisuren, die bei bestimmten Weissen beliebt sind.

Haare, obschon wortlose Überbringer sozialer Botschaften, sind ein Teil unseres Körpers, auf den wir gut verzichten können. Sich den Kopf kahlzuscheren, Beine und Unterarme zu rasieren oder die Schamhaare zu entfernen, ist etwas anderes als der Verlust eines Arms oder eines Fingers. «Es wächst doch nach» – so werden all jene getröstet, die mit einer verunglückten Frisur herumlaufen. Haar, das auf einem lebenden Kopf wächst, selber aber tot ist, hat eine objektartige Qualität, die, abgesehen von Finger- und Zehennägeln, kein anderer Körperteil hat. Die Haare gehören zu mir und sind zugleich ein äusserliches «es». Wenn ich die Haare eines anderen Menschen berühre, berühre ich ihn, aber nicht sein körperlich empfundenes Ich.

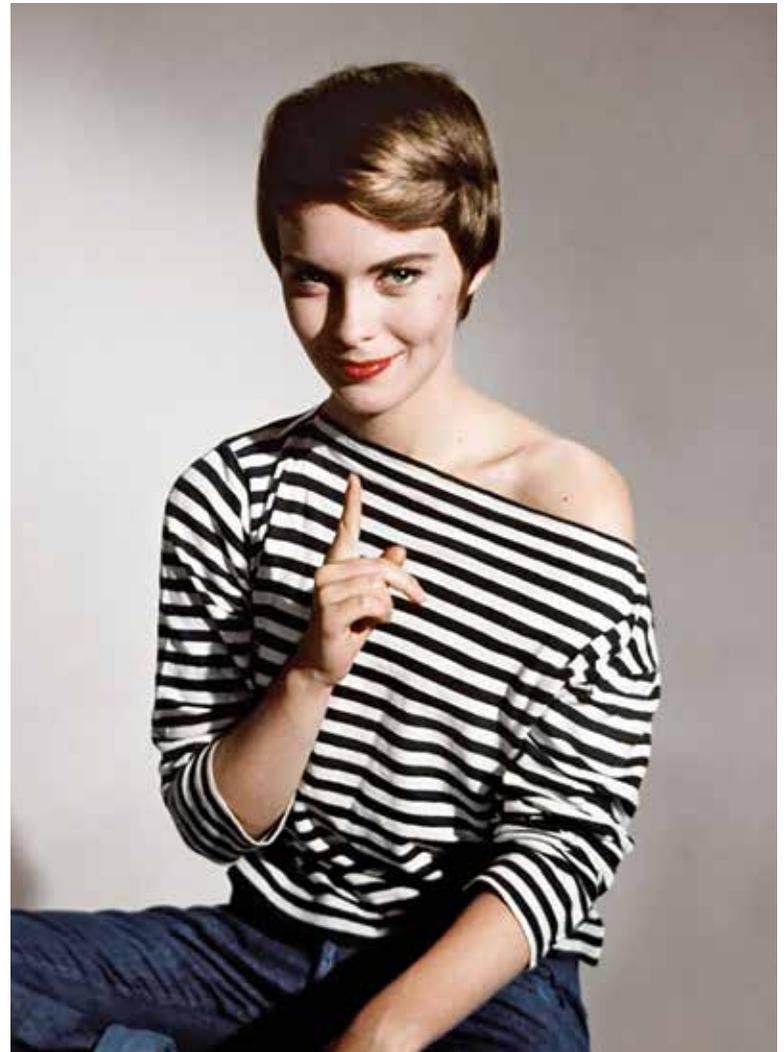
«Zwischenbereich des Erlebens»

Ich erinnere mich, dass meine Nichte Juliette, während sie als Baby an der Flasche nuckelte, sich die langen Haare ihrer Mutter um den Finger wickelte und dabei die Augen langsam öffnete und wieder schloss. Es war ein Bild unbeschreiblicher Zufriedenheit. Noch lange nachdem Juliette von der Flasche abgekommen war, konnte sie ohne das rituelle Spiel mit dem mütterlichen Haar nicht einschlafen, was natürlich hiess, dass auch der Rest meiner Schwester anwesend sein musste. Die Haare, die Teil von Juliettes Mutter waren, nicht aber zu ihrem eigentlichen Körper gehörten, waren das, was D. W. Winnicott als «Übergangsobjekt» bezeichnet – der Plüschteddy, der Zipfel der Bettdecke, das Wiegenlied oder jedes andere Ritual, ohne das Kinder nicht einschlafen können. Für Winnicott gehören das Ding oder die Handlung in den «Zwischenbereich des Erlebens», einen Raum, der ausserhalb des Einzelnen, aber nicht die Aussenwelt ist: ein Objekt oder Ritual, erfüllt mit den kindlichen Bedürfnissen und Fantasien, das die Loslösung von der Mutter erleichtert. Für diese Rolle ist das Haar besonders gut geeignet.

Jedes Kind ist von Geburt an ein soziales Wesen, und ohne wesentliche Interaktion mit einer engen Bezugsperson wird es bleibende Schäden davontragen. Die Gehirnregionen, die autonome Funktionen steuern, sind zwar schon bei der Geburt relativ ausgereift, aber emotionale Reaktionen, Sprache und Kognition entwickeln sich im Austausch mit anderen, und diese Erfahrungen werden in Gehirn und Körper gespeichert. Die Schlaflieder, das Streichen über Kopf und Haar, das Wiegen und Spielen, das liebevolle Flüstern, Sprechen und Brab-



Infantile, dümmliche Konnotationen: Veronica Lake, in den Vierzigern.



Mehr Möglichkeiten: Kurzhaarfrisur-Ikone Jean Seberg, 1959.

beln, das zwischen Eltern und Kind stattfindet – all das fördert die Herausbildung von charakteristischen Synapsen. Das Kulturell-Soziale schwebt nicht über dem Körperlichen – es wird selbst etwas Körperliches. Wahrnehmung ist ein dynamischer Lernprozess, und wenn kognitive und motorische Fähigkeiten gut ausgebildet sind, funktionieren sie, vom Gedächtnis gespeichert, automatisch und unbewusst. Wenn automatische Wahrnehmungsmuster jedoch auf eine ungewohnte Erfahrung stossen, können wir unsere Erwartung nur bewusst neu ordnen, ob es nun um Haare geht oder irgendwas anderes.

Als Sophie mit ihren langen, wehenden Zöpfen in die Schule ging, enttäuschte sie niemandes Erwartungen. Doch als die Psychologin Sandra Bem ihren vierjährigen Sohn Jeremy in die Vorschule schickte, und zwar mit den Haarspangen, die er unbedingt tragen wollte, wurde er von einem Gleichaltrigen gehänselt, der mit Nachdruck erklärte, dass nur Mädchen Haarspangen trügen. Jeremy erwiderte vernünftigerweise, dass Haarspangen nicht das Entscheidende seien. Er habe Penis und Hoden, folglich sei er ein Junge und kein Mädchen. Sein Klassenkamerad war nicht überzeugt, woraufhin Jeremy in seiner Verzweiflung die Hose herunterzog, um zu beweisen, dass er tatsächlich ein

Junge sei. Der andere verkündete nach einem raschen Blick: «Alle haben einen Penis, aber nur Mädchen tragen Haarspangen.» In der westlichen Kultur wollen die meisten Jungen mit weiblich codierten Objekten, Farben und Frisuren nichts mehr zu tun haben, sobald sie sich ihrer sexuellen Identität bewusst geworden sind, also etwa mit drei Jahren. Vermutlich hatte Jeremys Mitschüler punkto Penis und Vulva etwas missverstanden, doch die sozialen Konventionen hatte er verinnerlicht. Die Haarspange, ein harmloser Haarschmuck, hatte sich in ein Objekt von Geschlechterunterwanderung verwandelt. Die Philosophin Judith Butler würde in diesem Zusammenhang von «Performativität» sprechen, Jeremys Haarspange als einen «performativen Akt» bezeichnen – Gender durch Handlung, nicht durch Sein.

Halb Mädchen, halb Junge

Mädchen haben mehr Möglichkeiten als Jungen, männliche Formen auszuprobieren. Im Gegensatz zu Haarspangen bei einem Jungen werden über kurze Haare bei einem Mädchen nicht gelacht. In unserer Kultur hat das Weibliche für Jungen eine viel zerstörerische Kraft als das Männliche für Mädchen. In den drei, vier Jahren vor Erreichen der Pubertät trug Ava, eine andere Nichte von mir, ihr Haar kurz und wur-

de manchmal für einen Jungen gehalten. In einem Jahr spielte sie in ihrem Halloween-Kostüm mit ihrem Gender-Auftritt: Sie war halb Mädchen, halb Junge. Hier kam den Haaren eine wesentliche Rolle zu. Die lang herabfallenden Locken schmückten die Mädchenhälfte, das kurze Haar kennzeichnete die Jungenhälfte.

Zu Beginn der fünften Klasse hatte ich lange Haare, aber im Laufe des Jahres entschied ich mich für einen Pixie-Cut. Als ich frisch geschoren in der Schule erschien, erfuhr ich, dass der Junge, der mir gefiel und dem ich offenbar ebenfalls gefiel, nichts mehr mit mir zu tun haben wollte. Mit meinen seidigen Locken war auch seine Zuneigung im Friseursalon zusammengekehrt worden und im Abfalleimer gelandet. Ich weiss noch, dass ich meinen Verehrer für einen oberflächlichen Blödmann hielt, aber vielleicht war er einer Goldlockenfantasie erlegen. Er wäre nicht der einzige Mann in meinem Leben, der auf Blondinen und die in unserer Kultur damit einhergehenden Assoziationen fixiert war – einschliesslich abstrakter Eigenschaften wie Reinheit, Unschuld, Dummheit, Kindlichkeit und sexueller Verführungskraft, wie sie von unzähligen Figuren verkörpert werden; den Göttinnen Sif und Freyja und den Walküren in der nordischen Sagenwelt, den blon-

den Mädchen in den Märchen, den Heldinnen viktorianischer Romane und Melodramen und von den Filmsexbomben wie Jean Harlow und Marilyn Monroe (deren Filme ich sehr gern sehe). Die infantilen und dümmlichen Konnotationen von «blond» erklären vielleicht, warum ich oft von einem Buzz-Cut geträumt habe. Die Märchen- und Sagengeschöpfe, die mir als Kind so lieb waren, mögen erklären, warum ich als Erwachsene kurzes, aber nie superkurzes Haar trug und warum ich mich nie in eine Brünette oder einen Rotschopf verwandelt habe. Irgendetwas in mir sorgt wohl dafür, dass ich mir nicht alles Blonde, alles Weibliche abschneiden will (als würde raspelkurzes Haar bedeuten, dass ich die Verbindung zu meinem früheren Ich kappe).

Die Ich-Erzählerin in meinem ersten Roman «Die unsichtbare Frau» lässt sich in einer bestimmten Phase ihres Lebens die Haare abschneiden. Sie streift in einem Herrenanzug durch das nächtliche New York. Und da sie gerade eine Erzählung eines deutschen Schriftstellers übersetzt hat, nimmt sie den Namen der männlichen Hauptperson, eines brutalen Jungen, an: Klaus.

«Die Kluft zwischen dem, was ich der Welt gegenüber zugeben musste – nämlich, dass ich eine Frau war –, und dem, was ich in meinem Innern träumte, störte mich nicht. Indem ich nachts Klaus wurde, hatte ich mein Geschlecht praktisch verwischt. Der Anzug, mein kurzes Haar und das ungeschminkte Gesicht veränderten die Art und Weise, wie ich von der Welt wahrgenommen wurde, in ihren Augen war ich jemand anderes. Als Klaus sprach ich sogar an-

ders. Ich war weniger zaghaft, verwendete mehr Slang und bevorzugte ordinäre Ausdrücke.»

Die kurzen Haare der Ich-Erzählerin sind gewissermassen ihr zweiter Übersetzungsakt, aus Iris wird Klaus, eine Verwandlung, die der Vorstellung widerspricht, das Äussere sei nur oberflächlich. Indem sie mit ihrem Haar und ihrer Kleidung spielt, unterläuft sie kulturelle Erwartungen, die sie in einer Weise geprägt haben, die sie entwürdigend findet.

Und die Schamhaare?

Kurze oder lange Haare? Die Deutung der Haarlänge verändert sich je nach Zeit und Ort. Die Merowingerkönige (ca. 457–750 n. Chr.) trugen lange Haare als Zeichen ihrer Herrscherwürde. Samsons Stärke ruhte bekanntlich in seinen Haaren. Das schulterlange Haar des Komponisten Franz Liszt war Gegenstand wahnwitzigen

Das schulterlange Haar Franz Liszts war Gegenstand wahnwitzigen weiblichen Begehrens.

weiblichen Begehrens. Die kurzen Werbefilme für Mittel gegen männlichen Haarausfall suggerieren, dass es einen Zusammenhang zwischen Kopfhaut und sexueller Aktivität gibt. Sobald bei einem Mann auf wundersame Weise die Haare wieder wachsen, taucht natürlich eine verführerische Frau an seiner Seite auf, die ihm zärtlich über seine neue Haarpracht streicht. Aber auch Shampooerbung für Frauen enthält die sexuelle Botschaft, dass

lange, gelegentlich auch kurze, meist wehende Haare den Traummann anlocken.

Eine besondere Bedeutung haben Schamhaare. Türkinnen beispielsweise entfernen sich die Schamhaare. Die Ethnologin Carol Delaney berichtet in einer Studie, dass ihr in einem Hammam, wo ein Brautritual stattfinden sollte, von der Braut empfohlen wurde, vor dem Erscheinen der anderen Frauen ein Bad zu nehmen, wenn sie nicht wolle, dass man sie für «eine Ziege» halte. Mit diesem Ausdruck kommen wir vom Menschlichen zum Tierischen. Wir verwenden gern Sprachbilder. Wie George Lakoff und Mark Johnson in ihrem Buch «Leben in Metaphern» schreiben, beruhen «Verräumlichungsmetaphern auf körperlicher und kultureller Erfahrung»: Das Haupthaar ist oben, Schamhaare sind unten. Menschen stehen über den Tieren. Der Verstand ist eine höhere Funktion, Emotionen sind eine niedere Funktion. Männer werden mit dem Intellekt assoziiert (Kopf), Frauen mit Leidenschaft (Geschlechtsteile). Das Haar oben kann zur Schau gestellt werden, die Haare unten müssen versteckt und manchmal komplett entfernt werden.

In Sigmund Freuds kurzem Aufsatz über «Das Medusenhaupt» (1922) mit den Schlangenhaaren und glühenden Augen geht der Blick von unten nach oben. Für Freud repräsentiert das Haupt der mythologischen Gorgo die Kastrationsangst des «Knaben, der das von Haaren umsäumte Genital der Mutter entdeckt hat». Die Angst um den bedrohten Penis verwandelt sich in einen mütterlichen Kopf, dem an Haares statt phallische Schlangen wachsen. Diese schreckliche Begegnung versetzt den Knaben in Angststarre, die indes etwas Tröstliches hat, insofern sie eine Erektion symbolisiert – «Mein Penis ist noch immer da.» Jeremys Klassenkamerad, dessen anatomische Überzeugungen auf der Vorstellung eines universalen Penis gründeten, hätte ein Mädchen ohne weibliche Attribute, ohne Haarspangen (die Weiblichkeit signalisieren) und obendrein ohne Penis sehr merkwürdig gefunden. Hätte er bei dieser Erkenntnis sein eigenes Glied als bedroht empfunden? Es gibt zahlreiche kritische Anmerkungen zu Freuds Studie, aber auch neuartige Interpretationen wie etwa Hélène Cixous' feministisches Manifest «Das Lachen der Medusa».

Interessant finde ich hier den Teil der Geschichte, auf den Freud nicht eingeht. Die mütterliche Vulva, «umsäumt von Haaren», ist das äussere Zeichen eines verborgenen Ursprungs, unseres Werdens im Uterus, aus dem wir alle im Laufe der Wehen und der Geburt verstossen werden. Muss diese anatomische Erkenntnis für Kinder nicht ebenfalls verstörend sein? Im Mythos der Medusa geht es natürlich um phallische Sexualität, und die Schlange als Bild der männlichen Sexualität beschränkt sich keineswegs auf die abendländische Tradition. (1975 habe ich in Taipeh einen Mann beobachtet, der eine Schlange aufschlitzte und ihr Blut trank,



Automatische Wahrnehmungsmuster: Jesiden im Zweiten Weltkrieg, 1942.

um seine Potenz zu steigern.) Es gibt mehrere Versionen von der Geschichte der Medusa, aber in jeder kommt es zu Geschlechtsverkehr – Poseidons Vergewaltigung der Medusa und den resultierenden Geburten. Bei Ovid entstehen, nachdem Perseus Medusa enthauptet hat, aus den Blutstropfen der junge Krieger Chrysaor und Pegasus, das geflügelte Pferd. In anderen Versionen entspringt der Nachwuchs aus dem Hals der Gorgo. Jedes Mal ist also eine monströse, aber fruchtbare Mütterlichkeit Bestandteil des Mythos.

Haar hatte und hat noch immer eine Bedeutung, aber es ist umstritten, ob diese Bedeutung allgemein gültig ist. Der Sozialanthropologe Edmund Leach entwickelte in seinem berühmten Aufsatz «Magical Hair» (1958) eine interkulturelle Formel: «Langes Haar = hemmungslose Sexualität; kurzes Haar oder teilweise kahler Kopf oder straff gebundenes Haar = gehemmte Sexualität; komplett geschorener Kopf = Zölibat.» Leach war stark von Freuds Überlegungen zu phallischen Köpfen beeinflusst, in denen er dem Haar mitunter eine samenspendende Rolle zuschrieb. In vielen Kulturen haben Haare fraglos eine phallische Bedeutung, aber die ausschliesslich männliche Deutung (jeder Mensch hat einen Penis) ignoriert ambivalente Sowohl-als-auch-Interpretationen.

Heisshunger einer Schwangeren

Eines der vielen Märchen, die ich als Kind geliebt hatte und später meiner Tochter nach dem Zopf flechtritual vorlas, war «Rapunzel». Das grimmsche Märchen hat viele Ursprünge, unter anderem die Geschichte aus dem alten persischen Epos «Schahname», wo Rudabe ihr langes, zu einem Zopf geflochtenes Haar herunterlässt, damit ihr Geliebter wie an einem Seil zu ihr hinaufklettern kann (was er aber nicht tut, weil er ihr nicht weh tun will), und die mittelalterliche Barbara-Legende, in der das fromme Mädchen von seinem brutalen Vater in einen Turm gesperrt wird, nacherzählt von Christine de Pisan in ihrem «Buch von der Stadt der Frauen» (1405), ihrem grossen Werk, das sie aus Protest gegen Frauenfeindlichkeit geschrieben hat. Die jüngeren Erzählungen «Petrosinella» (1634) von Giambattista Basile und «Persinette» (1698) von Charlotte-Rose de Caumont de La Force stehen der grimmschen Fassung (1812) viel näher, die auf den deutschen Schriftsteller Friedrich Schulz (1790) zurückgeht.

In den vier letztgenannten Versionen beginnt alles mit dem Heisshunger einer Schwangeren auf eine bestimmte Pflanze (Rapunzel, Petersilie, Salat oder eine Art Radieschen), die im Garten einer Nachbarin (Zauberin, Menschenfresserin, Hexe) wächst. Der Mann stiehlt die Pflanze für seine Frau, wird erwischt und verspricht, um der Bestrafung zu entgehen, der Nachbarin das ungeborene Kind. Die sperrt das Mädchen dann in einen Turm, steigt aber regelmässig an seinem langen Haar hinauf, um nach



Grosser Intellekt: Bürgerrechtlerin Davis.

der Gefangenen zu sehen. Und an diesem langen Zopf gelangt der Prinz heimlich in den Turm. Anders als bei Petrosinella und Persinette wird in der bereinigten grimmschen Fassung Rapunzels anschwellender Bauch oder die Geburt der Zwillinge nicht erwähnt. Als die Zauberin bemerkt, dass das Mädchen schwanger ist, schneidet sie ihm in ihrer Wut das Haar ab und lockt damit den ahnungslosen Liebhaber in die Falle. Die beiden Liebenden werden getrennt, am Ende aber wieder vereint.

Rapunzels unwahrscheinlich langer Zopf steht für das Erzählen des Märchens selbst.

Rapunzels sagenhaftes Haar figuriert als Zwischenbereich, in dem Menschen zusammenfinden und voneinander getrennt werden. Die Geschichte fängt ja auch mit einer Schwangerschaft an, die Verbindung zwischen Mutter und Fötus ist die Nabelschnur, die nach der Geburt durchtrennt wird. Die Abhängigkeit des Kleinkinds von der Mutter endet aber nicht in diesem Moment. Rapunzels langer Zopf ist ein Vehikel, mit dessen Hilfe die Figur der Mutter-Hexe kommt und geht, eine passende Metapher für die Anwesenheit und Abwesenheit der Mutter, von der Freud in seiner Schrift «Jenseits des Lustprinzips» spricht. Darin schildert er, wie sein achtzehn Monate alter Enkel mit einer Garnrolle spielt. Er wirft die Rolle weg, ruft dabei ein lautes «O-o-o-o», das seine Mutter als «Fort!» interpretiert, um dann die Rolle an dem Faden wieder herbeizuziehen und fröhlich «Da!» zu

rufen. Auf diese Weise bewältigt er die Abwesenheit der Mutter. Der Faden, von dem Freud nicht spricht, dient als Zeichen oder Symbol der Beziehung: «Ich bin mit dir verbunden.» Rapunzels Haar ist also ein Bild sich entwickelnder Emotionen, erst bezogen auf die Mutter, dann auf das erwachsene Liebesobjekt und die phallisch-vaginale Verbindung zwischen Liebenden, mit der wir wieder zum Anfang der Geschichte zurückkehren: Eine Frau stellt fest, dass sie mit Zwillingen schwanger ist.

Es ist eine kreisförmige, nichtlineare Geschichte, deren erzählerische Spannung von grausamen Elementen lebt: Das Baby wird der Mutter bei der Geburt gewaltsam weggenommen und in einen Turm eingesperrt, von anderen isoliert und eifersüchtig bewacht von der zweiten Mutterfigur. Nachdem Rapunzel die Haare abgeschnitten wurden, verliert sie nicht nur ihren Geliebten, sondern auch die Hexe-Mutter. In «Persinette» von Charlotte-Rose de Caumont de La Force kommt es zu einer Aussöhnung zwischen dem Paar und der Zauberin, ein Ausgang, der nicht nur befriedigend ist, sondern auch die Tatsache dramatisiert, dass es in diesem Märchen um Familienkonflikte geht.

Bindungen und Trennungen

Die frühkindliche Mutterbindung und Abhängigkeit wandelt sich im Laufe der Zeit. Die Liebe zur Mutter mag heftig, ekstatisch, eifersüchtig und besitzergreifend sein und andere Personen ausschliessen, auch den Vater und spätere Liebesobjekte des Kindes, aber wenn alles gutgeht, akzeptiert die Mutter die Unabhängigkeit ihres Kindes. Sie lässt es gehen. Rapunzels langes Haar, das ihr gehört, aber auch abgeschnitten werden kann, ohne dass sie dabei Schmerzen empfindet, ist die vollkommene Metapher für jenen Übergangsbereich, in dem die leidenschaftlichen und bisweilen komplizierten Bindungen und Trennungen zwischen Mutter und Kind stattfinden. Und in diesem Bereich entwickeln sich aus dem kindlichen Gebrabbel verständliche Wörter und schliesslich Sprache, eine symbolische Kommunikationsform, die Wörter in ein strukturiertes Ganzes verwebt und verknüpft, mit Anfang, Mitte und Ende, so dass davon erzählt werden kann, was war, was sein könnte oder was in keinem Fall sein kann. Rapunzels unwahrscheinlich langer Zopf, der einen Menschen mit einem anderen verbindet, könnte noch eine andere metaphorische Bedeutung haben – er steht für das Erzählen des Märchens selbst.

Meine Tochter ist inzwischen erwachsen. Ich kann mich gut daran erinnern, wie ich ihr die Haare gekämmt und geflochten und ihr dann Gutenachtgeschichten vorgelesen habe, die uns heute noch miteinander verbinden.

Copyright: *The New Republic*

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Ein Mann von Charakter

Helmut Schmidt war ein Mann der praktischen Vernunft und der praktizierten Verantwortung. Nichts war ihm so zuwider wie moralische Allgemeinplätze.

Von Pirmin Meier



«Jedermann ist verpflichtet, zum Wohl des Ganzen beizutragen»: Altkanzler Schmidt, 2008.

«Politik als Beruf» ist nicht dasselbe wie Berufspolitiker. Max Weber, von dem die erste Formel stammt, meint damit die Praxis der Verantwortung. Als Altbundeskanzler unterhielt sich Helmut Schmidt in London zu diesem Thema mit dem Jahrhundertdenker Karl Popper. Der einstige Hamburger Innensenator, bekanntgeworden durch das Krisenmanagement bei der Sturmflut von 1962, zitierte Hamburgs Stadtverfassung von 1952: «Jedermann ist verpflichtet, zum Wohl des Ganzen beizutragen.» Der Satz behagte Popper nicht. Es erinnerte ihn zu sehr an die «Volksgemeinschaft» (gemäss Meyers Konversations-Lexikon von 1937 ein «Zentralbegriff des nationalsozialistischen Denkens»). Er ergänzte: «Zur grossen Verantwortung gehört, dass einer bereit ist, in seinem Leben Verantwortung für alle anderen zu übernehmen.»

Dieser Herausforderung sah sich Helmut Schmidt 1977 gegenüber, im Schicksalsjahr seiner Kanzlerschaft. Im Zusammenhang mit der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer und der Entsetzung einer entführten Lufthansa-Maschine in Mogadischu kam es ihm zu, Härte zu demonstrieren, den sogenannten Ernstfall zu bestehen. Das Resultat des Handelns gab ihm erst noch recht. Der Wahlsieg 1980 gegen den bayrischen Volkstribun Franz Josef Strauss war zum Wenigsten der Sieg von Helmut Schmidts zerstrittener

Partei. Er war zur Zeit von Thatcher und Reagan schlicht der glaubwürdigste Politiker der Epoche und musste niemandem beweisen, kein Weichling zu sein. Noch über Jahrzehnte nach seinem durch ein Misstrauensvotum erzwungenen Rücktritt blieb er, trotz der Erfolge eines Helmut Kohl, eine politische Autorität, wie es sie in Deutschland seit dem Tod von Altbundespräsident Theodor Heuss wohl nicht mehr gegeben hat. Über alles gesehen, ein der Welt vorzeigbares Beispiel für einen anständigen Deutschen.

Das wurde nicht allenthalben so gesehen. Israels Ministerpräsident Menachem Begin erinnerte zum Beispiel daran, dass Helmut Schmidt im August 1944 bei einem Prozess vor dem Volksgerichtshof, gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli, zum Zeugen aufgeboten worden sei. War das nicht fast ähnlich wie einst Ernst Jünger, der in Paris als befohlener Zeuge die Hinrichtung eines Deserteurs zwar nicht kommandierte, aber protokollierte?

Es ist bis heute nicht gelungen, dem einstigen Oberleutnant Schmidt den Pauschalverdacht einer vergleichsweise bescheidenen Karriere eines jungen Wehrmachtsoffiziers als dunklen Fleck in seiner Biografie anzukreiden. Aus der Hitlerjugend soll er früh rausgeflogen sein. Was er als Soldat und später als Politiker schätzte, so eine kritisch sein wollende Biografin, waren

«klare Strukturen und Ordnung, Kameradschaft, Fürsorge für den Schwächeren als Einsteher für den anderen. Das sind Werte, die Helmut Schmidt im Innersten prägten.»

Das Gespräch mit Popper brachte es an den Tag: Helmut Schmidt war ein Mann der praktischen Vernunft. Als er dann mal mit Jürgen Habermas, dem Doyen der Frankfurter Schule, über den Euro philosophierte, war ihm nichts so zuwider wie moralische Allgemeinplätze. Einige Regierungen innerhalb der Europäischen Union könnten schlicht nicht mit Geld umgehen, monierte er. So einfach ist das.

Schweizer Konnex

Ein historisches Forschungsprojekt für eine Biografie von Helmut Schmidt wäre eine Erkundung seiner jahrzehntelangen Freundschaft mit dem deutschen Alfred Nobel, dem Hamburger Grosskaufmann, Kulturförderer und Naturschützer Alfred Toepfer, auf den Helmut Schmidt 1993 die Grabrede hielt. Naturschutzprojekte waren zumal ein Anliegen von Schmidts Jugendfreundin und späterer Ehefrau Loki, die ihm 2010 im Tode vorausgegangen ist. Zu Alfred Toepfer gibt es einen Schweizer Konnex: Im Oktober 1942 nahm Thurgaus Bauernschriftsteller Alfred Huggenberger, wie zuvor der Komponist Othmar Schoeck, in Konstanz den Erwin-von-Steinbach-Preis an, und zwar aus Händen des späteren Schmidt-Intimus Toepfer. Weil Huggenberger diesen angeblichen Nazipreis angenommen hatte, wurde ein Neigezug der SBB nicht nach ihm benannt. Toepfer hat während sechzig Jahren mit seiner Stiftung «Freiherr von Stein» bürgerliche Kulturförderung betrieben, dazu grosse Naturschutzprojekte gefördert.

Wie auch immer: Helmut Schmidt verstand es, in seinem heimatlichen Hamburg die richtigen Beziehungen zu pflegen. Er blieb seinem Freund Toepfer offenbar auch dann noch treu, als dies aus Gründen der politischen Korrektheit nicht mehr empfehlenswert war. In einem Roman von Fontane lesen wir: «Er war ein Mann von Charakter, ein Mann von Prinzipien.» Ich möchte meinerseits hoffen, dass das Lob über Helmut Schmidt, das zu seinem Tod zu vernehmen ist, nicht schon bald durch billige Entlarvungsversuche abgelöst wird. Helmut Schmidt war ein Mensch und Politiker, der wie wenige das Ethos von Max Weber gelebt hat: sich darüber zu besinnen, sogar mit einer Zigarette im Mund, wird sich auch ohne Helmut Schmidt fernerhin lohnen. ○

Ökonomie des Trump Towers

Mit seinem neuen Buch «Crippled America – How to Make America Great Again» belegt der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump seine unternehmerische Kompetenz. Soll man dem Erschaffer eines Immobilienimperiums deshalb die US-Wirtschaft anvertrauen? Von Florian Schwab

Würde man Donald Trump sein Vermögen zur Vermehrung überlassen? Vermutlich ja. In seinem soeben veröffentlichten Buch «Crippled America – How to Make America Great Again» rechnet der republikanische Präsidentschaftskandidat seinen Kritikern und Neidern vor, dass sein Nettovermögen bei 8,7 Milliarden US-Dollar liege und nicht, wie allgemein angenommen, bloss bei der Hälfte.

Den Grossteil seines *net worths*, so die Hauptbotschaft, hat Trump durch sein unternehmerisches Geschick selber erschaffen. Von bescheidenen Anfängen als Casino-Investor in Atlantic City zum globalisierten Immobilien-Tycoon. Jeder seiner in Beton gegossenen und aus Ziegelstein gemauerten Greenbacks soll nun Zeugnis ablegen von der wirtschaftlichen Kompetenz des Kandidaten.

Getreu einem alten Trump-Motto («Keine Pizzeria wirbt damit, dass sie die viertbeste Pizza der Welt bäckt») rührt er in seinem Buch mit der grossen Kelle an. Prominent und reich bebildert, präsentiert der Kandidat die Liste seiner erfolgreichen Immobilienprojekte: vom Trump Tower in New York City, wo er sein Buch vorstellte, bis zum Trump International Golf Club Dubai. Doch wie genau will der Kandidat dem gelähmten («crippled») Amerika wirtschaftlich wieder auf die Sprünge helfen?

Eindringling ins Establishment

Aufmerksame Beobachter des US-Wahlkampfes lernen bei der Lektüre von «Crippled America» nicht viel Neues dazu. Im Gegenteil, das Buch wirkt geradezu als gestanztes Super-Skript von Trumps Wahlkampfreden, die unter dem Motto «Make America Great Again» stehen – ein Spruch, den Ronald Reagan für seinen 1980er Wahlkampf erfunden hatte. Superlative jagen Superlative. Jeder Satz ein Trump Tower. Liebhaber des politischen Stils, der nach seinem Urheber als *trumpism* bezeichnet wird, kommen voll auf ihre Kosten. Der Kandidat präsentiert sich als unangepasster Eindringling in die Washingtoner Lehnstuhl-Beletage. Einer, der etwas reissen will und dabei mit Vorliebe allen auf die Füsse tritt.

So watscht Trump beispielsweise die Fox-News-Journalistin ab, die ihm in der ersten Debatte der republikanischen Präsidentschaftskandidaten einen Macho-Spruch entlockt hat («Sie war klar darauf aus, mich zu kriegen»). Auch seinem Plan, eine befestigte Mauer gegen illegale Einwanderer an der mexikanischen

Grenze zu errichten und die Rechnung für Bau und Unterhalt nach Mexiko-Stadt zu schicken, bleibt Donald Trump treu.

Zwiespältig ist das Buch dort, wo es die behauptete Kernkompetenz des Kandidaten in Wirtschaftsfragen unterfüttern sollte. Erstmals führt Trump seinen *tax plan* aus, also seine Agenda für eine bahnbrechende Steuerreform. Er möchte die Einkommenssteuer (*income tax*) radikal senken und vereinfachen. Der Maximalsteuersatz soll von über 39 auf 25 Prozent sinken. Die ärmeren Bevölkerungsschichten sollen gar nichts mehr zahlen müssen. Steuerpflichtig wäre nur, wer als Einzelperson mehr als 25 000 US-Dollar verdient (oder als Ehepaar mehr als 50 000 US-Dollar). Im Gegenzug sollen Abzugsmöglichkeiten sowie andere Steuern gestrichen werden.

Insidern zufolge käme Trumps Plan der grössten Steuersenkung in der neueren Geschichte der USA gleich. Organisationen wie die konservative Tax Foundation betrachten das Vorhaben mit Sympathie. Doch selbst hartgesottene finanzpolitische Hardliner fürchten, dass es an den Klippen der politischen Realität zerschellen würde. Ohne einschneidende Massnahmen auf der Ausgabenseite ritte es Washington in den Bankrott. Eine Unterstützung durch den Kongress wäre darum äusserst unwahrscheinlich. Sol-

che Anwürfe fechten den Urheber des Plans nicht an: «Es gibt keinen zweiten Donald Trump. Seht her, wie erfolgreich ich bin!» Sein ganzes Leben lang habe er die Dinge auf seine eigene Art erledigt.

Als bedenklich kritisieren Ökonomen Trumps Haltung in Sachen Welthandel. In seinem Buch gibt er sich überzeugt, dass die USA im wirtschaftlichen Austausch mit dem Rest der Welt Geld verlieren. Er möchte deshalb prohibitive Zölle auf Importe aus China, Mexiko oder Japan erheben. Dabei bringt ein Tausch von Gütern und Dienstleistungen gegen Geld für beide Seiten Vorteile. Protektionistische Anwandlungen gehen somit auf Kosten des allgemeinen Wohlstands. Trumps Anti-Freihandel-Rhetorik irritiert das wirtschaftsliberale *Wall Street Journal* so sehr, dass es den Anwärter auf das Präsidentenamt historisch in die Linie des glücklosen «Great Depression»-Präsidenten Herbert Hoover rückt, der die US-Wirtschaft abschottete und damit ruinierte.

Die irritierend feindselige Rhetorik gegenüber den Handelspartnern will nicht so recht zu einem erfolgreichen Unternehmer passen. Einen Gebrauchtwagen, und das zählt viel in amerikanischen Wahlkämpfen, würde man einem derart auftrumpfenden Geschäftspartner wohl nicht ohne Weiteres abkaufen. ○



Feindselige Rhetorik: Präsidentschaftskandidat Trump.

Das Herz des Sultans

In Ungarn haben Archäologen möglicherweise einen spektakulären Fund gemacht: die Todesstätte von Sultan Süleyman, genannt «der Prächtige». Er wollte 1566 nach Wien, kam aber nur bis Szigetvár. Von Boris Kálnoky

Im Garten eines Kelterhauses auf einem Weinberg in Südungarn steht ein grob gehauener Tisch, darauf Salami, Paprika, Wein und Pálinka (Obstler), das Nationalgetränk der Ungarn. Selbstgebrannt von Pál Fodor, der das geisteswissenschaftliche Forschungszentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften leitet. Mit seinen halblangen weissen Haaren und seinem Schnauzer steht der Professor da wie eine Figur aus der ungarischen Vergangenheit und schenkt allen reihum ein. Gefördert von seinem Institut, wird hier seit Monaten nach etwas ganz Besonderem gesucht. Man hofft offenbar, es gefunden zu haben: Es wimmelt von Gelehrten, die fröhlich anstossen. Man gratuliert sich gegenseitig.

Weiter hinten ragen die Köpfe von Feldarchäologen aus dem Boden. Hier ist der Fundort, da wird gemessen, dokumentiert, werden Proben entnommen für die Laboranalyse. Mauerreste sind zu sehen, die bis vor wenigen Wochen unter den Reben schlummerten.

Wenn der Fund so gross ist wie die Hoffnung der Forscher, dann ist er sehr gross: die Todesstätte von Sultan Süleyman, den selbst seine Feinde «den Prächtigen» nannten. Noch ist aber nicht sicher, ob dies wirklich die Überreste der «Türbe» sind, des Mausoleums, das im späten 16. Jahrhundert an dem Ort errichtet wurde, an dem der Sultan starb.

Nach Mekka ausgerichtet

«Wir gingen davon aus, dass dies die Grundmauern einer Moschee oder einer Türbe sein müssen», sagt Ausgrabungsleiterin Erika Hancz. «Diese Mauer hier ist genau nach Mekka ausgerichtet. Aber eine Moschee kann es nicht sein, denn es gibt keine Spuren eines Minaretts und auch keinen «Mihrab», also eine Vertiefung in der Wand, die anzeigt, in welcher Richtung Mekka liegt.»



Grösster Herrscher der Osmanen: Darstellung des Sultans Süleyman.

Wenn es das ist, was die Forscher hoffen, dann endete an genau dieser Stelle das Leben des grössten Herrschers der Osmanen. Der bereits greise Süleyman wollte als letzte Grosstat Wien belagern, sass aber Anfang September 1566 vor der kleinen Festung Szigetvár in Südungarn fest und war unterwegs schwer erkrankt.

Wie er im Sterben lag, nahe der von ihm belagerten Burg, wusste er, was hinter ihm lag: Er

hatte das Osmanische Reich zu nie dagewesener Grösse geführt. Seine Eroberungen in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika schienen die Türken zur Weltherrschaft zu bestimmen. Rhodos, Teile Persiens, Nordafrika bis hin zum heutigen Algerien, weite Teile Südosteuropas waren unterworfen. Seine Flotten beherrschten das Mittelmeer. Seine umsichtigen Gesetze stärkten den inneren Zusammenhalt des Reiches. Die Künste erlebten unter seiner Patronage ein goldenes Zeitalter.

Schutz und Segen von Maria

Was er nicht sehen konnte, war die Zukunft: Nach ihm kam zunächst Stagnation, dann Niedergang. Mächtiger, als er es gemacht hatte, würde das Reich nie mehr werden. Das Königreich der Magyaren hatte er 1526 in der Schlacht bei Mohács zerstört, aber Ungarn war immer umkämpft geblieben und jetzt, vierzig Jahre später, auf seinem bereits siebten ungarischen Feldzug, schlugen seine Truppen sich immer noch mit den renitenten Magyaren herum. Nur 2300 Kroaten und Ungarn hielten seine Armee von bis zu 100 000 Mann seit Wochen auf und verhinderten damit eine eigentlich geplante weitere Belagerung Wiens, nach seinem gescheiterten Versuch von 1529.

Sein Zelt, so will es die Legende, hatte der Sultan unter einem alten Lindenbaum aufgeschlagen, der den Ortsansässigen als heilig galt und wo zur Gottes-

mutter Maria gebetet wurde. Da Maria auch im Islam als Mutter des «Propheten» Jesus verehrt wird, mag Süleyman sich von ihr Schutz und Segen erhofft haben. Er hauchte seine Seele aus, zwei Tage bevor die Verteidiger der Burg einen letzten, verzweifelten Ausbruch versuchten und bis zum letzten Mann niedergemacht wurden. Ungarn und Kroatien gewannen in der Schlacht einen Nationalhelden

in der Person des Befehlshabers von Szigetvár: der kroatische Ban (Vizekönig) und ungarische Magnat Nikola Zrinski (Miklós Zrínyi).

Spirituelles Zentrum des Islam

Das Osmanische Reich hingegen verlor sein Herz, wenn die Beschreibung stimmt, die der Reisende und Geschichtsschreiber Evliya Çelebi im 17. Jahrhundert verfasste: Süleymans «Herz, Leber, Magen und andere Innereien wurden entfernt und in einem goldenen Gefäss an diesem Ort begraben, wo Khan Süleymans Zelt stand». Sein Tod aber wurde sechs Wochen lang geheim gehalten, der einbalsamierte Leichnam nach Istanbul transportiert. Über der Todesstätte wurde später die Türbe errichtet, daneben ein Derwischkloster und eine kleine Kaserne, um das Heiligtum zu bewachen. Es wurde mit der Zeit zu einer Pilgerstätte, einem spirituellen Zentrum des Islam in Europa, sagt Norbert Pap von der Universität Pécs, der das Forschungsprojekt ansties und leitet.

«Die Sache mit dem goldenen Gefäss ist Legende», meint er, «sie hält sich aber so beständig, dass noch heute jedes Kind in der Region mit der Geschichte vom Herz im goldenen Topf aufwächst.»

Nicht nur Kinder scheinen das geglaubt zu haben. 1664 eroberten die Habsburger den Ort zurück. Pap weist auf ein tiefes Loch, das seine Forscher im Boden des nun entdeckten Gebäudes fanden. Er glaubt, dass habsburgische Truppen dort nach dem goldenen Topf suchten.

Zwischen dem Tod des Sultans und der Gegenwart der Pálinka trinkenden Professoren liegt eine geschichtsträchtige Zeit. 1693 liess der österreichische Versorgungsoffizier Gallo Tesch das Mausoleum abreißen, um dessen Dach und Turmbedeckung sowie die vergoldete, kugelförmige Turmspitze zu Geld zu

machen. In Wien löste das grosse Empörung aus, als es bekannt wurde, und er musste das Geld in die Staatskasse zahlen.

Der Zahn der Zeit nagte weiter an den Ruinen, und irgendwann war keine Spur mehr zu sehen. Erste Forschungen begannen 1970, die Sache schien einfach – meinte doch die ganze Gegend zu wissen, dass eine 1770 errichtete

Sein Tod wurde sechs Wochen lang geheim gehalten, der Leichnam nach Istanbul transportiert.

Kirche genau über der abgerissenen Türbe erbaut worden war. Aber weder unter noch neben der Kirche fand man irgendwelche Mauerreste.

Andere Lösungen schienen sich aus alten Landkarten zu ergeben. 1689 vermass Leandro Anguissola die Burg von Szigetvár und markierte neben einem Bach namens Almáspatak einen Ort mit der Notiz: «Orth wo der Türkische Kaysser Solimanus ist gestorben.» Eine zweite Vermessung aus dem 19. Jahrhundert notierte ebenfalls einen «türkischen Friedhof», aber an anderer Stelle. Grabungen an beiden Orten oder zumindest an Orten, die die Forscher für die angegebenen hielten, blieben aber ergebnislos.

Osmanische Ziegelreste

Vor drei Jahren stellte Norbert Pap dann ein Forschungsprojekt auf die Beine, das zunächst von der türkischen Regierung gefördert wurde (mittlerweile sichert der ungarische Staat einen grossen Teil der Finanzierung). Die Idee war, in Archiven in aller Welt nach bisher unbekanntem Dokumenten zur Türbe zu suchen und mit einer Computersimulation die Landschaft der Gegend im 16. Jahrhundert zu rekonstruieren.

Ein entscheidendes Indiz fand der Geograf Máté Kitanics nebenan im örtlichen Kirchenarchiv. Ein Landstreit aus dem Jahr 1737. Darin berichtet ein Herr Kolovics, zu jener Zeit achtzig Jahre alt, wie das Mausoleum aussah, als er noch ein jüngerer Mann Mitte dreissig war.

Dort, am Weinberg, fanden die Forscher auf Anhieb jede Menge osmanische Ziegelreste. Anwohner berichteten, sie hätten über die Jahre karrenweise solche Trümmer wegräumen müssen.

In ein Computerprogramm eingespeist, verwandelten sich Daten zur Dichte der Trümmer pro Quadratmeter in eine Landkarte, auf der sich Stadtteile abzeichneten. Zwei Wohnviertel, zu deren Existenz die Wissenschaftler auch Erwähnungen in alten Dokumenten fanden. Um die Türbe war offenbar ein kleiner Ort entstanden. «Vier- bis fünfhundert Menschen mögen hier gelebt haben», meint Erika Hancz, «es gab eine Schule, eine Karawanserei und eine Moschee.»

Präsidententreffen geplant

Etwas abseits davon brachte ein Bodenradar die Umrisse eines grösseren Gebäudes unter der Erde zutage: die Grundmauern, die das Team nun ausgegraben hat und von denen die Forscher hoffen, dass sie zur Türbe gehören. «Wir fanden Zierkacheln wie jene von Süleymans Grab in Istanbul», sagt Pál Fodor. Der Leichnam des Sultans – ohne Herz und Innereien – war in der Reichshauptstadt begraben worden. Aber sicher wollen und dürfen die Forscher noch nicht sein. «Ende November wissen wir hoffentlich mehr», sagt Pap. Sollte der Fund bestätigt werden, wird das Folgen haben: Für 2016 ist bereits ein Treffen der Präsidenten der Türkei, Ungarns und Kroatiens in Szigetvár im Gespräch, und es gibt bereits Pläne, wie man türkische Touristen anlocken könnte. ○



Kommen Sie mit Ihrer Firma vorwärts, kommen Sie zu Regus. Befreien Sie sich von überflüssigen Büroräumen und geben Sie nicht mehr aus, als Sie wirklich brauchen.
Regus, where smart businesses work.

Rufen Sie uns an auf 043 456 9584 oder gehen Sie auf de.regus.ch



Büros



Meetingräume



Business Lounges



Coworking Space



Virtuelle Büros

RegusTM

«Die Verantwortung des Überlebenden»

Inspiration und Ausgeburd der Freiheit ist er für die einen, für andere ein Extremist und Spinner. Kalt lässt Reinhold Messner bis heute keinen. Beim Schlossgespräch erzählt der legendäre Bergsteiger über Angst, Halluzinationen, Tod und das Treffen mit Clint Eastwood am Eiger. *Von Urs Gehrig*

Er bestieg als erster Mensch ohne Sauerstoffgerät den höchsten Berg der Welt, und danach alle Achttausender. Er hat alle grossen Wüsten durchquert, sich sechs Zehen abgefroren und erlitt am Nordpol eine Kehlkopflähmung. Hingeworfen auf Papier, verflachen diese Sätze der Superlative. Nur Reinhold Messners eigene Worte hauchen seinen Abenteuern jenes Leben ein, das seine Person zum Faszinosum macht, das von sich sagt: «Ich habe mich nie vernünftig verhalten.»

Bis heute lässt Messner sich von niemandem eingemeinden. Mit Donnerrollen zetert er über den Trend zum Wilden, risikofreie und doppelt gesicherte Grossstadtabenteuer, Aufschneider und Moralisten. Andächtig senkt sich seine Stimme, wenn man ihn auf seine grösste Tragödie anspricht, den Verlust seines Bruders Günther am Nanga Parbat.

Wir treffen Messner in seiner Heimat Südtirol, wo er sechs Bergmuseen eröffnet hat. Wie ein asketischer Burgherr in grüner Daunensacke sitzt er im Gartenrestaurant auf Schloss Sigmundskron hoch über Bozen, dem Hauptsitz des Museumsprojekts. Das Haar wild, als wär's von einer Windbö frisiert, sein Bart grau meliert als einziges sichtbares Zeugnis des Alters, dem der 71-Jährige auf wunderbare Weise zu trotzen scheint.

Herr Messner, Sie sind in einem Tal geboren, von dem man sagt, es sei dort neun Monate Winter. Was macht das mit dem Menschen, wenn er im Schatten zwischen schroffen Felswänden aufwächst?

Er versteht sehr früh die Kraft der Sonne. Es ist ein V-Tal, der Himmelsausschnitt misst bloss ein paar Kilometer. Da tauchen Wolken auf, und nach ein paar Minuten sind sie wieder weg. Im Tal herrscht Enge in jeder Dimension. Zur Zeit, in der ich gross geworden bin, nach dem Zweiten Weltkrieg, hatten der Pfarrer, der Lehrer und der Bürgermeister mit ihrer Vorstellung von Moral, die natürlich auch sehr kleinräumig war, eine Kontrolle über die Menschen. Das war wie vor zehntausend Jahren.

Und in dieser Enge gab es für Sie nur einen Weg: nach oben.

Bei uns war es so, dass die Eltern im Sommer jeweils für ein paar Wochen eine Almhütte mieteten. Von der Alm siehst du über das Tal hinaus, und da stehen dann diese fantastischen Felsberge, die Geislerspitzen, die schönsten Dolomitengipfel. Von der

Alm sind wir weiter aufgestiegen, auf den höchsten Berg dort, und konnten in eine viel grössere Welt sehen. Diese Bilder haben ein prägendes Gefühl hinterlassen: Dort ist die Welt grösser als im Tal geahnt, es gibt Freiräume oben und vielleicht eine Welt ohne Ende. Es war klar: Wenn der Horizont hier oben hundertmal grösser ist als vom Tal aus, dann kann er unendlich mal viel grösser werden.

Sie sind immer zu neuen Gipfeln aufgebrochen, in den Alpen, rund um die Welt. Die ganz grossen Entdeckungen waren zu

«Wenn wir all die Technologie einsetzen, die zur Verfügung steht, gibt es kein Unmöglich mehr.»

Ihrer Jugendzeit aber schon längst gemacht: die Pole, der höchste Berg. Um neue Grenzen zu durchbrechen, begründeten Sie den «Verzichts-alpinismus». Das heisst, Sie haben Material weggelassen.

Das bedeutet Klettern ohne Sauerstoffgeräte und auch ohne Bohrhaken. Mein philosophischer Anspruch war: Wenn wir alle Technologie einsetzen, die zur Verfügung steht, gibt es kein «Unmöglich» mehr. Dann wäre das Abenteuer beim Bergsteigen ausgelöscht.

Was ist für Sie ein Abenteuer?

Abenteuer ist die selbstverantwortete, selbstgewollte Tätigkeit in einer menschenfeindlichen Welt ohne Rückendeckung. Selbstverantwortung ist das Wichtigste. Wenn es keine Schwierigkeiten gibt, gibt es auch keine Abenteuer. Das gilt auch für die Gefahr. Das Wichtigste aber ist die Exposition. Wenn ich nur zwei Meter raufklettere (*zeigt auf die Schlossmauer*), ist das bloss ein lustiges Spiel oder ein Sport. Nur wenn ich mich weit, weit weg von hier aussetze, entdecke ich die Natur des Menschen jenseits jeglicher Zivilisation und Absicherung.

Mit Ihren Abenteuern versetzten Sie die Welt in Staunen. 1974 zum Beispiel, als Sie mit Peter Habeler in zehn Stunden durch die Eigernordwand stiegen.

Wir waren damals doppelt so schnell wie die schnellsten Seilschaften vorher.

«Es war ein Spaziergang», schreiben Sie in einem Ihrer Bücher.

Man muss dazu sagen, dass wir eine eingespielte Seilschaft waren. Wir hatten Essen und Biwakausrüstung für zwei Tage dabei. Die Wand aber war entschieden leichter, als

wir beide gedacht hatten. Trotzdem ist sie eine wirklich grosse Wand. 1938 war sie die grösste Herausforderung und stellte ein erhebliches bergsteigerisches Problem dar. Die Eiger-Pioniere bewiesen gigantisches Können, vor allem Anderl Heckmair, der diese Wand als Seil-Erster meisterte.

Bei Ihrem Eiger-Rekord hatten Sie prominente Zuschauer. Clint Eastwood beobachtete Sie von der Kleinen Scheidegg aus mit dem Fernglas.

Ja, er drehte gerade «Eiger Sanction» und gab seinen Schauspielern einen freien Tag. Um uns zuzuschauen. Die hatten in jenem Jahr noch niemanden die ganze Wand durchsteigen sehen. Einige seiner Leute kamen uns beim Abstieg entgegen mit Tee. Und am Abend sassen wir dann mit Clint und der Filmcrew zusammen am Feuer.

Beim ersten Anblick der Wand soll Eastwood gesagt haben: «Oh, shit! Let's get the hell out of here!» Wie erlebten Sie den Hollywoodstar am Abend am Kamin?

Er war sehr nett. Den mag ich generell, nicht nur, weil ich ihn damals kennengelernt habe. Auch seine Filme der letzten Jahre gefallen mir. Eastwood kann gut Geschichten erzählen. Mehr als Eastwood bewunderte ich damals Dougal Haston.

Haston war eines Ihrer grossen Idole.

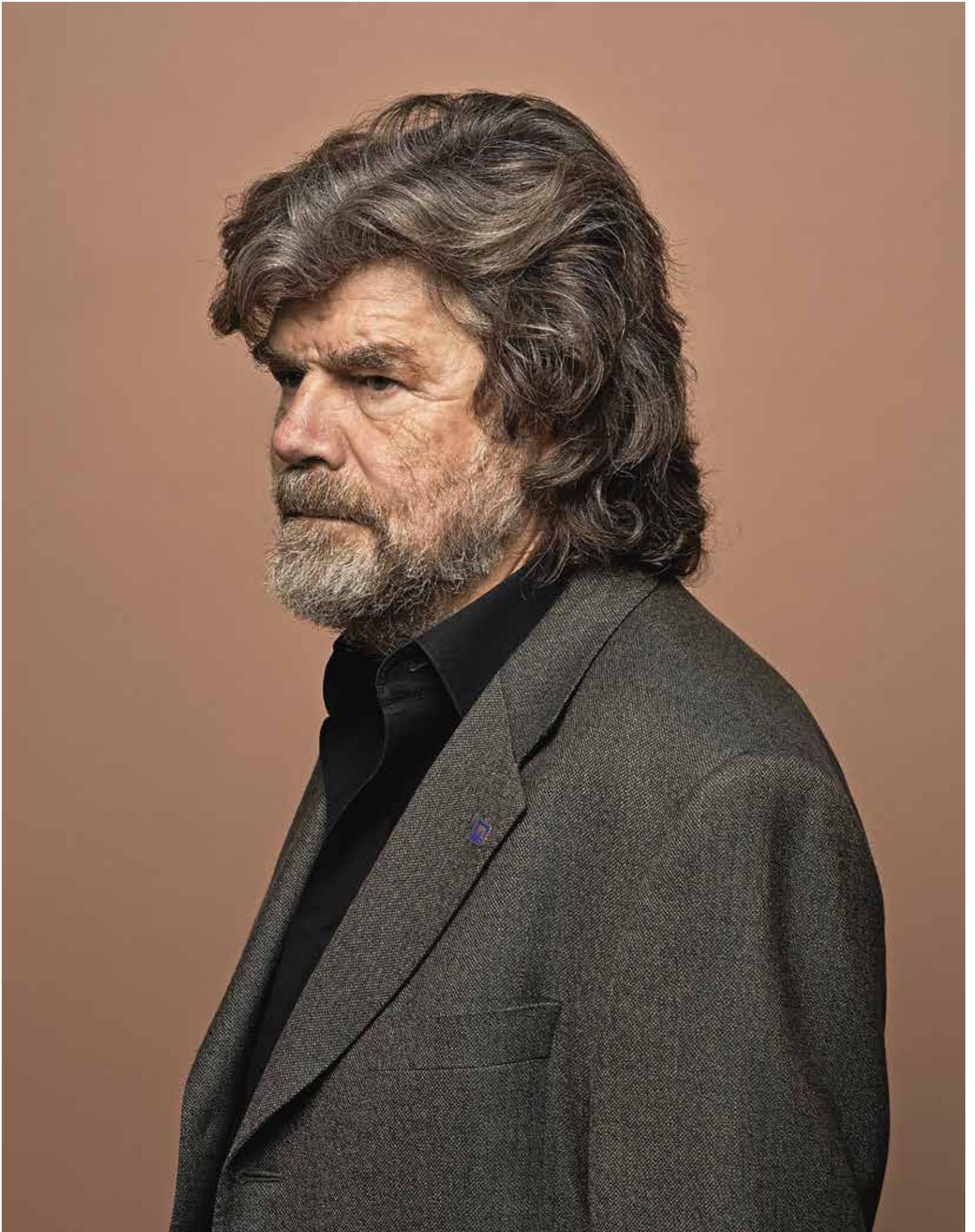
Haston habe ich immer verehrt. Er hätte die Nordwand auch so schnell durchsteigen können wie wir, er war damals einer der besten, wenn nicht der beste Bergsteiger der Welt.

Ein Schotte, Draufgänger und eine Art Bergrebell, der früh starb.

Dougal war ein stiller, wilder Mann. Er war Teil von Eastwoods Crew, sagte aber den ganzen Abend lang kein Wort. Er sass mal lange im Gefängnis [wegen eines Autounfalls unter Alkoholeinfluss mit tödlichen Folgen, Red.].

Und der Eiger, welchen Stellenwert hat er für Sie?

Ich hatte ja schon 1968 eine neue Route an der Nordseite geklettert, am Nordpfeiler. Und so wurde der Eiger, auch durch diesen Kontakt mit Clint Eastwood und diesen Film, ein besonderer Berg für mich. Heute ist das Jungfrauoch wichtiger als der Eiger. Die alte Bahn auf fast 3500 Meter Höhe war eine grosse Pionierleistung. Damals hatte man noch keine ökologischen Diskussionen geführt, heute dürfte man so etwas nicht mehr bauen. Das Jungfrauoch wurde ein Riesenerfolg, heute ist es der erfolgreichste Tourismus-



«Ich erzähle alles andere als Heldengeschichten»: Bergsteiger-Legende Messner.

Hotspot in den Alpen. Dem Eiger hingegen hat man das Flair genommen.

Wie?

Vor allem durch diese Fernsehgeschichte. Man hat die Leute reingebracht- und rausgenommen im Heli wie Schachfiguren und so die Eigernordwand zur billigen Bühne gemacht. [Das Schweizer Fernsehen berichtete 1999 in einer 30-stündigen Live-Sendung über eine Eiger-Besteigung, Red.] Es war nicht schlau für den Tourismus. Und für den Eiger. Er hat damit an Ausstrahlung verloren, leider. Was die jungen Schweizer Speed-Kletterer jetzt machen, Ueli Steck und Dani Arnold, lässt dem Eiger seine Schönheit. Aber wenn man Leute in die Wand rein- und zum Abendessen wieder rausfliegt, dann gibt man den Menschen das Gefühl, alles sei nur Kindergarten.

Sie hatten Ihre Ausrüstung reduziert. Die Generation Steck geht ohne alles und kämpft gegen die Zeit. Ist das die ultimative Dimension des Bergsteigens?

Bei dieser Disziplin des Alpinismus wird alles in Zahlen ausgedrückt: die Schwierigkeit, die Höhe, die Zeit. Ich nenne ihn deshalb Zahlenalpinismus. Ich habe eine Aussage dazu gewagt, ob sie Ueli Steck gefällt oder nicht: Die beiden Franzosen [Stéphane Benoist und Yannick Graziani, Red.], die nach Steck 2013 die Annapurna-Südwand gemeistert haben, haben mehr erlebt als der Speed-Bergsteiger.

Sie gilt als eine der steilsten und gefährlichsten Wände der Welt.

Die Franzosen, die den Aufstieg bei schlechtem Wetter gemacht haben, mit riesigen Rucksäcken, die neun Tage in der Wand gehangen sind und Erfrierungen erlitten haben, haben bergsteigerisch ein grösseres Abenteuer gewagt als Steck. Sein Speed ist gekonnt, hat aber vor allem eine sportliche Dimension.

Was ist er eigentlich für Sie, der Berg?

Ein sehr lebendiges Stück Natur. Denken wir an den Permafrost. Was jetzt mit der globalen Erwärmung an Stücken runterkommt. Wenn ich in der Eigernordwand bin, und oberhalb der Spinne bricht ein Stück ab, so gross wie diese Burg, habe ich darunter keine Überlebenschance.

Nimmt diese Gefahr zu?

Ich würde sagen, dass in den letzten zehn Jahren mehr aus Dolomitenwänden rausgebrochen ist als in den zweihundert Jahren zuvor.

Der Alpinismus löst in der Gesellschaft eine wahnsinnige Faszination aus. Können Sie erklären, weshalb?

Wir können nicht fliegen, wir Menschen. Der Abgrund ist eine grosse Bedrohung. Die Menschen bewundern Menschen, die Wände hochsteigen, als wäre die Schwerkraft aufgehoben. Das braucht viel Mut. Die



«Ich kann Günther nicht wieder lebendig machen»: Messner am Nanga Parbat, 2000.

Schweiz lebt ja stark von dieser Faszination. In der Schweiz hat der moderne Alpinismus angefangen. Dieser typisch britische Alpinismus mit wohlhabenden Adligen, mit Industriellen, die sich zwei Monate Alpenreise leisten konnten. Dann erst kamen Leute aus ganz Europa, die Humboldts, Goethe. Sie kamen, als die Angst abflaute, da oben seien böse, teuflische Kräfte am Werk.

«Traditioneller Alpinismus findet ausserhalb der Jurisprudenz statt.»

Einer von Ihren meistzitierten Sätzen lautet: «Ich gehe dorthin, wo wir umkommen könnten, um nicht umzukommen.» Das klingt etwas absurd, nicht?

Es ist absurd, macht aber zum Teil die Faszination des Bergsteigens aus: dass es nach aussen absurd erscheint. Das Leben ist absurd, also besteht kein Unterschied zu uns allen.

«Das Leben ist absurd», sagen Sie. Ist es auch sinnlos?

Nein, den Sinn gebe ich dem Leben. Und damit steige ich natürlich aus jeder Religion aus. Nützlich ist das Ganze trotzdem nicht. Bergsteigen bringt der Gesellschaft wenig oder nichts. Ob es mir selber einen Nutzen bringt, sei dahingestellt. Aber wenn ich postuliere, dass jeder Mensch sein Leben frei gestalten kann, darf er auch dorthin, wo er umkommen könnte, um nicht umzukommen. Die Kunst dabei ist das Nichtumkommen. Diese Fähigkeit ist nur Kunst, wenn ich dabei umkommen könnte.

Längst nicht alle beherrschen diese Kunst so meisterhaft wie Sie. Beim Abstieg vom Nanga Parbat, dem Berg mit der höchsten Steilwand der Erde, haben Sie 1970 Ihren

Bruder Günther unter einer Lawine verloren. Wie findet man nach einer solchen Tragödie zurück ins Leben?

Zuerst einmal muss man mit dieser Verantwortung, die ja bleibt, zurechtkommen. Und die Verantwortung trage ich allein und ein Leben lang, ohne sie zu teilen. Das ist das Tragische.

Tragen Sie auch Schuld?

Schuld ist nicht das Mass beim Bergsteigen. Schuld unterstellen nur die Spiessbürger. Diese dürfen das auch. Sie können sagen, was sie wollen. Die Verantwortung des Überlebenden bleibt immer eine doppelte Last, die kann ich nicht abgeben. So, wie ich im Alleingang die Angst nicht teilen kann. Ich musste damit zurechtkommen. Ich musste damit zurechtkommen, dass viele ausserhalb der Familie mir Vorsatz unterstellten. Die Brüder haben mich gedrängt: «Also jetzt reicht's! Mach dein Studium fertig und führ ein vernünftiges, bürgerliches Leben.»

War Aufhören je eine Option für Sie?

Ich wusste schon bald: Wenn ich verzichte, werde ich ein Leben lang darunter leiden. Ich war ja am absoluten oberen Limit meines Könnens damals. Ich war besser denn je. Ich habe dann auch erkannt: «Ich kann den Bruder nicht wieder lebendig machen, indem ich auf unsere Abenteuer verzichte.»

Muss man zum Tatort zurückkehren, um ein schreckliches Ereignis zu überwinden?

Es ist dort leichter, ja. Ich bin ein Jahr später zum Nanga zurückgekehrt, habe Günthers Leiche aber nicht gefunden. Das Finden war dann die Arbeit der Einheimischen.

35 Jahre später hat man seinen Schuh gefunden.

Auch sein Skelett. Er war 35 Jahre unter dem Eis begraben gewesen.

Und verschoben worden.

Ja, gut 3,5 Kilometer hat ihn der Gletscher talwärts getragen. Dort unten war es dann so warm, dass die obere Eisdecke von der Sonne weggefressen wurde. So kamen die Leichenteile wieder an die Oberfläche. Einiges war inzwischen in irgendwelche Löcher gefallen. Und einiges lag auf einer Fläche von vier mal vier Metern verteilt auf dem Toteisgletscher.

Den Schuh haben Sie mitgenommen.

Er steht jetzt in meinem Museum.

Beim fatalen Abstieg mit Ihrem Bruder ist Ihnen Seltsames widerfahren. Sie erzählen, es sei ein dritter Mann aufgetaucht. War das pure Halluzination?

Es war wie Realität für mich. Der Mensch ging vor mir, dreissig bis fünfzig Meter voraus, er kam und verschwand. Immer wieder.

Und er wies Ihnen den Weg?

Wenn der da runtersteigt, dann muss es ja möglich sein. Er hinterliess keine Spur, trotzdem sah ich ihn. Ich bin der Meinung, dass wir Menschen die Fähigkeit haben, in der absoluten Verzweiflung, wenn wir keinen Ausweg mehr haben, uns Hilfestellungen einzubilden. Es sind Halluzinationen, die mich gerettet haben. Sie wurden nach unten hin mehr und mehr, ausgelöst durch den Sauerstoffmangel, die Dehydrierung.

Hätten diese Erscheinungen Sie nicht ins Verderben führen können, wie eine Fata Morgana in der Wüste?

Ich kam ja ganz hinunter. Da lagen links und rechts riesige Moränen. Man kann da nicht überall raufgehen. Doch oben auf den Moränen habe ich Pferde gesehen und andere Viecher. Ich war mir sicher: «Da ist eine Alm.» Und ich wusste, jetzt bin ich gerettet. Sonst wäre ich hocken geblieben. Aber da war keine Alm. Das heisst, lange Zeit haben mir diese Halluzinationen weitergeholfen. Erstens, indem sie mir Hoffnung gaben. Und zweitens, indem sie mir den Weg zeigten. Sonst hätte ich mich gefragt, wo geht es durch und lohnt es sich, weiterzumachen.

Wird man zu einem gläubigen Menschen, wenn man so extreme Bergerfahrten macht?

Nein. Die Leute meinen oft, ich hätte in der Not angefangen zu beten. Habe ich nicht. Ich war mir am Ende sicher, ich würde sterben. Für mich damals kein Problem. Ich bin öfter ohnmächtig geworden und wieder aufgewacht. Dann hatte ich wieder genug Kraft, um ein Stückchen weiterzurobben. Schliesslich kam ich so ins Tal.

Sie haben gesagt, in den Bergen seien Sie ein Anarchist.

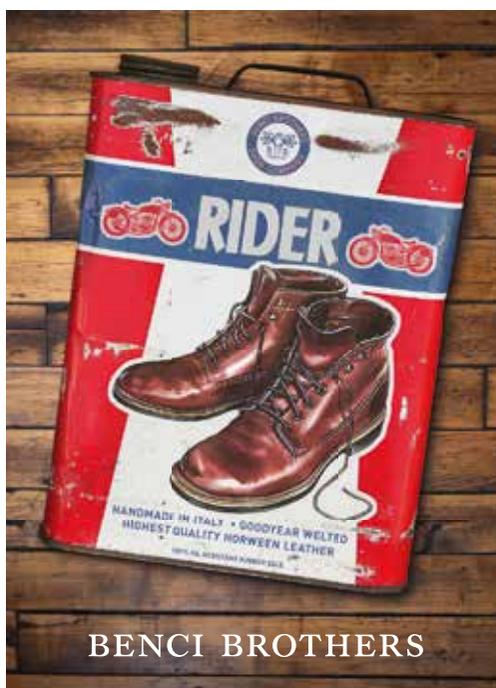
Was bedeutet Anarchie? Keine Macht für niemanden. Das heisst, es ist niemand über mir, der mir sagt, was ich zu tun habe. Und es ist niemand unter mir, über den ich Macht ausübe. Genau der Zustand, den ich erlebe, wenn ich in die Eigernordwand einsteige.

Auch wenn Sie als Gruppe einsteigen?

Ja, wenn man in einer kleinen Gruppe agiert, funktioniert das Verhältnis untereinander auch nach anarchischen Mustern. Die Führung wird automatisch dem psychophysisch Stärksten gegeben. Der kriegt von allen Kraft – nicht Macht –, um den Aufstieg zu schaffen. Heckmairs Erstbesteigung an der Eigernordwand hat so funktioniert. Die Demokratie ist eine grossartige Erfindung, wir brauchen sie aber erst in grösseren Gemeinschaften. Ob die Demokratie die beste Regierungsform ist, lasse ich offen. Die Anarchie ist bei kleinsten Gruppen jedenfalls besser. Im familiären Kreis funktioniert sie meistens.

Am Berg herrschen eigene Gesetze?

Wenn ich die Zivilisation verlasse, steige ich auch aus dem bürgerlichen Gesetzbuch aus. Wenn Leute den Everest präparieren mit Pistolen, Fixseilen und Doktoren in allen Lagern, gelten natürlich die bekannten Gesetze.



Jemand hat eine Infrastruktur verkauft wie auf der Skipiste, wie auf dem Jungfraujoch. Aber in der sauberen Eigernordwand gibt es für eine Seilschaft keine bürgerlichen Regeln. Wenn einer runterfliegt, hat der Gesetzgeber kein Recht zu fragen: «Was hast du falsch gemacht?» Traditioneller Alpinismus findet ausserhalb der Jurisprudenz statt.

Besonders junge Menschen versuchen Grenzen auszuloten. Gibt es etwas, was Sie ihnen auf den Weg geben würden?

Die junge Generation muss sich die Welt neu erfinden. Heute stelle ich fest: Die allermeisten wollen einen Job, angestellt sein, versichert, mit einem fixen Salär. Kaum jemand ist mehr gewillt, Verantwortung für das Ungewisse zu übernehmen.

Ist es heute schwieriger für die Jugend, einen eigenen Weg zu finden?

Viel einfacher, weil heute viel mehr Geld da ist. Ich habe meine Expeditionen zuerst nur mit Vorträgen und Büchern finanziert. So war ich gezwungen, auch das Erzählen richtig zu machen. Wenn ich auf die Bühne gehe, bin ich Erzähler, nicht Bergsteiger. Und will ich Bestand haben neben dem Theater in der Stadt und neben dem Kino, muss ich so gut sein, dass die Besucher sagen: «Ich gehe das nächste Mal wieder zu Messner.»

Sie waren als Jugendlicher kaum an Frauen interessiert. «Ich habe meine Sexualität an der Felswand abreagiert», sagten sie einmal. Heute erleben wir eine Reizüberflutung. Kann man sich überhaupt noch voll auf etwas konzentrieren?

Das ist nicht das Problem der jungen Kletterer. Das grössere Problem ist, dass sie, sollten sie wirklich gut sein, ihre Abenteuer nicht in eine Sprache übersetzen können, die ein Laie versteht. Ich habe den Bürgern immer zu sagen versucht, dass meine Erfahrungen originärer sind als die eines erfolgreichen Managers, der in einer ganz sterilen Welt lebt. Der «Everest ohne Maske» war für mich so simpel zu erzählen, weil damals die ganze Welt gesagt hat: «Das ist nicht möglich.» Der heutige Kletterer kann nicht mehr punkten mit: «Ich bin ohne Maske auf den Everest gestiegen.» Das ist schon oft gemacht worden, und eine neue Route am No-Name-Mountain zählt für Laien nicht.

Da muss man schon mit dem Fallschirm aus einer Weltraumkapsel auf die Erde springen wie Felix Baumgartner.

Auch diese Geschichte ist nicht gut erzählt worden. Ich war ja mit Baumgartner in der Talkshow bei Markus Lanz. Der Mann sagte, es gehe ihm nur darum, in die Geschichtsbücher einzugehen. Ich meine: Es geht darum, was er dort oben erfahren hat. Wie er am Kapselrand stand, wie er gezittert hat. Man konnte ja alles beobachten, viele Millionen Menschen haben zugesehen. Es galt nur, seine wahren Emotionen dazu preiszugeben.

Und das hat er nie erzählt?

«Ich bin ein Held, habe nie Angst gehabt», war sein Motto. Was nicht wahr sein kann. Und es interessiert die Leute auch nicht. Die Leute interessiert, wie er seine Angst überwindet, dass er trotzdem rausgeht. Ich sage den jungen Spitzenalpinisten von jeher: «Steht zu euren Ängsten, zu euren Schwächen, sonst kriegt ihr keine menschliche Dimension.» Den Fehler, ihr Tun zu heroisieren, machen viele Kletterer. Die meinen immer noch, sie müssten Heldengeschichten erzählen. Wer meine Bücher liest, weiss: Ich erzähle alles andere als Heldengeschichten.

Reinhold Messners neuestes Buch heisst «Absturz des Himmels» (S. Fischer, 288 S.). Darin beschreibt er das tödliche Drama um die Erstbesteigung des Matterhorns 1865.



Irritierend weit weg: Monica Bellucci, Schauspielerin und Fotomodell.



Die Traumfrau

Von Beatrice Schlag

Wann wurde dieses Bild gemacht? Fünfziger, frühe sechziger Jahre? Da war Monica Bellucci noch gar nicht geboren. Nicht zufällig gibt es von der Italienerin dennoch unzählige Aufnahmen, die so nostalgisch inszeniert sind wie dieses Bild des Regisseurs Giuseppe Tornatore von 2000. Darunter oder daneben stehen Adjektive wie «wild», «animalisch», «entfesselt», «glutäugig». Selten fehlt der Vergleich mit Sophia Loren oder Gina Lollobrigida.

Wirklich? Natürlich, der weiche, üppige Busen im schwarzen BH erinnert an Zeiten, in denen das, was aus dem Ausschnitt ragte, noch nicht aussah wie Silikon-Tennisbälle. Und dann dieser wunderbare Mund. Aber muss man darüber die Augen ganz vergessen?

Von Monica Bellucci gibt es so gut wie kein Bild, auf dem sie lacht. Und selbst wenn sie fein lächelt, lächeln die Augen nicht mit. Der französische Schauspieler Vincent Cassel, mit dem sie zwei Töchter hat und 18 Jahre zusammen war, sagte, er habe sich in ihren dramatischen Gesichtsausdruck verliebt. Drama ist nicht unbedingt, was Aussenstehende sehen. Aber ihre Augen scheinen auf fast allen Bildern irritierend weit weg.

Obwohl Monica Bellucci in mehr als vierzig Filmen spielte, kennt man sie vor allem als Fotomodell. Wie gut sie als Schauspielerin ist, kann man schwer sagen, weil sie von Regisseuren meist als Männerfantasie eingesetzt wird. Zuletzt in «Spectre», wo sie im engen schwarzen Tailleur über Strapsen und schwarzen Strümpfen kurz nach dem Begräbnis ihres Mafia-Gatten mit James Bond schläft.

«Eine Revolution», schreiben die Bond-Vermarkter, «007 hat erstmals Sex mit einer Gleichaltrigen!» Was für eine Revolution, mit einer Frau zu schlafen, die bis heute von allen Männermagazinen zu den sexysten der Welt gezählt wird. Aus den wenigen Interviews, die Monica Bellucci gibt, ist zu erfahren, dass sie nicht religiös ist, immer selbständig sein wollte, nie mit ihrem Mann zusammenwohnte und ihren Töchtern beibringt, ihr Selbstbewusstsein nicht von einem Partner abhängig zu machen. Ob ihr Mann treu gewesen sei, wenn sie monatelang durch Arbeit getrennt waren, fragte sie nie: «Leidenschaft kann man manchmal für die lausigsten Menschen empfinden.»

Wichtiger als sexuelle Treue sei zwischen Paaren die Eleganz. Eleganz im respektvollen, fürsorglichen Umgang miteinander. Das klingt auch nicht unbedingt revolutionär, aber sehr bemerkenswert.

Monica Bellucci. Schirmer/Mosel. Fr. 66.70

Verbrechen, Obsession, Schuld

Patricia Highsmith war beherrscht vom Bösen und traute es jedem zu. Jetzt bringt der Schweizer Diogenes-Verlag ihre brillanten Ripley-Romane neu heraus. Von Pia Reinacher

Sie war exzentrisch, extravagant, exzessiv – und in ihrer ganzen Existenz vollkommen verstiegen. Im Gegensatz zu offensichtlich pathologischen Menschen gelang es ihr aber auf wundersame Weise, ein Leben lang ein irres Gleichgewicht aufrechtzuerhalten zwischen ihren dunklen Seiten und der Anpassung an zivilisierte Verhaltensweisen. Zu verdanken hatte sie dies einzig dem Ventil der Literatur. Sie machte sie weltberühmt. Die Gefahr eines Totalabsturzes lauerte allerdings überall.

Patricia Highsmith, die 1995 in Locarno verstorbene amerikanische Schriftstellerin, war eine Meisterin des psychologischen Kriminalromans. Amerikanische Leser reagierten zwar distanziert auf ihre Gewaltfantasien. In Europa aber hatte sie ein Millionenpublikum. Einmal war sie gar für den Nobelpreis im Gespräch – den Herren der Schwedischen Akademie war die Lesbe mit den monströsen Charakterzügen aber wohl doch nicht ganz geheuer. Wenn jetzt der Diogenes-Verlag, zehn Jahre nach ihrem Tod, in einem dunkelgrünen Schuber die fünf in weinrotem Leinen eingeschlagenen Ripley-Romane herausgibt, kann man von einem Akt zeichenhafter *pléiadisation* sprechen: einem weltlichen Aufstieg in den Götterhimmel der unsterblichen Autoren. Tatsächlich haben diese Romane die Autorin nicht nur berühmt gemacht, sie sind gleichzeitig Kernstück ihrer kriminalistischen Modellszenarien.

Schnecken in der Handtasche

Ripley gehört zu den Schlüsselfiguren in Highsmith's Werk – nicht nur wegen seiner skrupellosen und müssiggängerischen, rücksichtslosen und kunstsinnigen Art. Was ihn gefährlich macht, ist diese quälend unfassbare Mischung aus Hochstapelei, Feinsinnigkeit und Brutalität. Ripley ist so etwas wie der Hohlspiegel des zutiefst pessimistischen Menschenbilds der Highsmith: Sie traut jedermann alles zu. Gewalttätigkeit und Perversion sind für sie in allen Menschen angelegt und können jederzeit durchbrechen – falls es die Umstände erlauben.

Schon als Kind ist sie überzeugt, dass sich auch in völlig normal aussehenden Menschen potenzielle Verbrecher verbergen. Für Ripley heiligt der Zweck die Mittel. Konsequenzen seines Handelns sind ihm gleichgültig, moralische Kategorien ignoriert er nicht nur – er kennt sie gar nicht. Ripley ist damit eine beklemmend faszinierende Romanfigur. Und er verkörpert gleichzeitig eines von Highsmith's vielen Alter Egos,

mit denen sie ihr prekäres Wesen stabilisierte. Dieser Verbrechertypus, der die Differenz zwischen Gut und Böse negiert und jeden beseitigt, der sich ihm in den Weg stellt, bietet der tiefzerrissenen Autorin die Chance, in der Fantasie gefahrlos durchzuspielen, was ihr im realen Leben sofort den bürgerlichen Untergang beschert hätte. Die Ripley-Figur begleitet sie fast vierzig Jahre lang. Mit dieser Projektionsfigur konnte sie den eigenen Hass, die Gewalttätigkeit, die Selbstaggression, die Lieblosigkeit und den Hunger nach Liebe neutralisieren und im schöpferischen Kraftakt zurückdämmen.

Die Highsmith führte zwar ein überspanntes Leben, konnte aber die enorme kriminelle Energie, die sie antrieb, triumphal sublimieren. Und sie generierte aus diesem Akt erst noch den Zuspruch der literarischen Öffentlichkeit. So blieb es im realen Leben «nur» bei Zwängen und Schrullen, die allerdings spektakulär

Ihr Stiefvater, ein durchaus liebenswürdiger Mann, wurde schon bald zum Hassobjekt.

waren. Die scheue Menschenhasserin züchtete zum Beispiel Schnecken, beobachtete sie, zeichnete sie, beschrieb sie. Wenn sie verreiste, konnte es passieren, dass sie 200 Exemplare sowie einen Salatkopf in der Handtasche mit sich führte. Musste sie die Grenze zu einem schneckenfeindlichen Land überqueren, war es ihr nicht zu dumm, ein paar davon, in ihrem Décolleté versteckt, zu retten. Auch Katzen liebte sie. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, ihre Lieblingstiere gelegentlich in ein Tuch zu packen und dieses so lange in der Luft zu schwingen, bis die Tiere die Orientierung verloren.

Krass war auch ihr Umgang mit den lesbischen Geliebten. Ein Leben lang war die Highsmith darauf erpicht, ihre homoerotische Neigung zu verstecken. Das hinderte sie nicht, die Profile ihrer unzähligen Geliebten akribisch zu dokumentieren. 1945 legte sie eine Tabelle an, um deren Eigenschaften einzustufen. Die körperliche Erscheinung bewertete sie mit den unterschiedlichsten «Noten» – meistens lagen sie irgendwo zwischen «mager» und «weich». Eingestuft wurden auch die Dauer der Affäre (meistens kurz), das Alter der Kandidatinnen im Vergleich zu ihr selbst (jünger, älter), die Haare oder die erotischen Qualitäten.

Überhaupt trat Patricia Highsmith undefinierbaren Ängsten und unkontrollierten Trie-

ben mit Zwängen und einem rigorosen Dokumentationsfetischismus entgegen. Kurios ist etwa eine Reihe von Agenden und Buchhaltungsjournalen, in denen die im Laufe ihres Lebens wohlhabend gewordene Schriftstellerin sämtliche Einnahmen und Ausgaben auflistete. Vor Reisen legte sie umfangreiche Verzeichnisse mit den erforderlichen Utensilien an: Shampoo, Reisewecker, Schuhcreme. Besonders amüsant sind ein paar handschriftliche Blätter, auf denen sie in den Jahren 1993/94 systematisch sämtliche Übergriffe des Nachbarhundes auf ihr 2100 Quadratmeter grosses Grundstück in Tegna bei Locarno dokumentierte.

Am aufschlussreichsten aber sind die Tabellen zu den «Zwanzig Dingen, die ich nicht mag»: von Fremden in einer Menschenmenge erkannt zu werden; Mahlzeiten mit vier Gängen essen zu müssen. Zu den zwanzig Dingen, die sie dagegen mochte, gehörten etwa die Matthäuspassion, irgendetwas aus Holz zu machen, das Fehlen von Lärm, Alleinsein oder einen Avocadokern zum Keimen zu bringen, nachdem es jemand anderem nicht gelungen ist. Diese Selbsteinschätzung verrät mehr über die verborgene und ambivalente Struktur ihres Charakters, als es der zu Heimlichtuerei neigenden Autorin lieb sein konnte. Ein Abglanz der Aversion, die sie bei Menschen auslöste, ist selbst in den Sätzen ihrer Biografin Joan Schenkar zu spüren: «Sie war nicht nett. Sie war selten höflich. Und niemand, der sie gut kannte, hätte sie grosszügig genannt.» Die Wahrheit ist allerdings, dass die Highsmith selbst Opfer einer familiären Konstellation war.

«Nur für Ärzte und Psychiater»

Neun Tage vor ihrer Geburt hatten sich die Eltern scheiden lassen. Die Mutter ersetzte den Vater schon bald durch den Grafiker und Fotografen Stanley Highsmith. Patricia wuchs vorerst bei der Grossmutter auf. Ihr Stiefvater, ein durchaus liebenswürdiger Mann, wurde schon bald zum Hassobjekt – sie empfand ihn als Eindringling. Eine archaische ödipale Dreieckssituation, in der das Kind überzählig war und nur störte. Die Beziehung zur Mutter blieb nicht weniger hasserfüllt. In deren Nachlass fand sich ein Couvert mit der Aufschrift «Nur für Ärzte und Psychiater». Sie bewahrte die Briefe auf, falls sie ärztlich gebraucht würden – wohl als Beweisstücke gegen die Mutter. Tatsächlich beschuldigte diese ihre Tochter darin als wilde Lügnerin. Obwohl sich Patricia Highsmith einer Psychoanalyse unterzog, entkam sie der Familienhölle nie. Liebe empfand sie als Einbildung und Projektion. Geliebte Menschen ertrug sie nur für kurze Zeit. Ihre Beziehungen zu lesbischen Frauen waren flatterhaft und kurzlebig.

Patricia Highsmith sagte einmal, sie erfinde nichts, sie trage ihr Material nur zusammen. Zeitungen inspirierten sie, weil sie in ihren Augen den gewöhnlichen Wahnsinn reflektierten. Darum lese sie sie von der ersten bis zur letzten Zeile,



Überspanntes Leben: Schriftstellerin Highsmith, um 1970.



Projektionsfigur: Ripley (Matt Damon, l.) in der Highsmith-Verfilmung «The Talented Mr. Ripley».

es seien «Anthologien grausamer Geschichten». In einem Büchlein sammelte sie eingeklebte Zeitungsausschnitte – Fundstücke, aufgrund deren sie ihre Romanszenarien entwarf.

Genau dieser zwischen Realität, Fakten und Wahnsinn liegende literarische Ansatz verleiht ihren Ripley-Romanen eine albraumartige Dimension. Der Leser kann sich dabei der Handlung weder entziehen noch sich von dieser distanzieren. Schlimmer: Die Highsmith verwickelt ihn auf schwer greifbare Art in die Szenarien der Grausamkeit. Sie schiebt ihn gleichzeitig in die Rolle des Partizipierenden, des Mitfühlenden, des unfreiwilligen Komplizen und des Schuldigen. Der wirkliche Wahnsinn ihrer Ripley-Romane besteht in der Botschaft, die sie den Figuren förmlich auf die Stirn brennt: dass die Identität eines Menschen unabsehbar und er jederzeit zu allem erdenklichen Bösen fähig sei.

Patricia Highsmith: Die fünf Ripley-Romane. Aus dem Amerikanischen von Melanie Walz und Matthias Jendis. Jeweils mit einem Nachwort von Paul Ingendaay. Diogenes. 2224 S., Fr. 78.–

Top 10

Knorr's Liste

1	Dheepan	★★★★★
	Regie: Jacques Audiard	
2	Sicario	★★★★★
	Regie: Denis Villeneuve	
3	Mediterranea	★★★★☆
	Regie: Jonas Carpignano	
4	Truman	★★★★☆
	Regie: Cesc Gay	
5	Black Mass	★★★★☆
	Regie: Scott Cooper	
6	Crimson Peak	★★★★☆
	Regie: Guillermo del Toro	
7	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
8	Inside Out	★★★★☆
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
9	Spectre	★★★★☆
	Regie: Sam Mendes	
10	The Martian	★★★★☆
	Regie: Ridley Scott	

Kinozuschauer

1 (-)	Spectre	221 340
	Regie: Sam Mendes	
2 (1)	Schellen-Ursli	19 529
	Regie: Xavier Koller	
3 (2)	The Martian	5328
	Regie: Ridley Scott	
4 (3)	The Last Witch Hunter	4248
	Regie: Breck Eisner	
5 (4)	Paranormal Activity: The Ghost ...	3712
	Regie: Gregory Plotkin	
6 (5)	Hotel Transylvania 2 (3-D)	3579
	Regie: Genndy Tartakovsky	
7 (6)	Inside Out (3-D)	3351
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
8 (7)	Fack ju Göhte 2	2708
	Regie: Bora Dagtekin	
9 (9)	The Intern	2080
	Regie: Nancy Meyers	
10 (8)	Truman	1483
	Regie: Cesc Gay	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Jurassic World (Universal)
2 (2)	San Andreas (Warner)
3 (-)	Homeland Staffel 4 (Fox)
4 (3)	Last Knights (Impuls)
5 (5)	Honig im Kopf (Warner)
6 (6)	Avengers – Age of Ultron (Disney)
7 (7)	A World Beyond (Disney)
8 (8)	Mad Max: Fury Road (Warner)
9 (4)	Spy – Susan Cooper Undercover (Fox)
10 (-)	Fast & Furious 7 (Universal)

Quelle: Media Control



Wer will ihn schon verdächtigen? Joaquin Phoenix in Woody Allens «Irrational Man».

Kino

Der Umweg vom Nichts zum Nichts

Woody Allens jüngster Film, «Irrational Man», von der Kritik eher lau beurteilt, ist von besonders hinterhältiger Komik.

Von Wolfram Knorr

Hochleistungsdenkerei ist Schwurbelei, «das Leben», wie ein Romantitel von Milan Kundera lautet, «ist anderswo». Keiner weiss das besser als Abe Lucas (Joaquin Phoenix), Professor für Philosophie. Seinen Schülern am Braylin College in Newport doziert er deshalb, Philosophie sei geistige Masturbation. Kants kategorischer Imperativ, an den sich noch nie jemand gehalten hat, beweist das genauso wie Sartres Existenzialismus – eine reine Pose. Alles nur dazu da, das irdische Treiben zu veredeln. Abe war aber auch als Helfer in der Dritten Welt und hatte viele Affären – alles für die Katz. Das Leben von Abe bewegt sich auf einer lähmenden Schwundstufe. Aber Frauen finden solche Trübsal-Heinis offenbar anziehend. Die unverblühte Chemielehrerin Rita Richards (Parker Posey), die zwar verheiratet ist, will mit ihm sofort ins Nest, und die Studentin Jill Pollard (Emma Stone) himmelt ihn an und sucht permanent seine Nähe.

Kein Zweifel: Abe Lucas ist eine typische Woody-Allen-Figur, der verkorkste Zeitgenosse im Wettstrampeln um die Genüsse des Lebens und dabei immer im Don-Quijote-Kampf mit sich selbst. In den Erfolgs- und Schönheitszwängen einer kosmetisch hochmodern aufpolierten und ins Liberale getünchten erzpuritanischen und erzkapitalistischen Heuchlergesellschaft hat sich dieser «Stadtneurotiker» verheddert und ist folglich nie

frei von sarkastisch-bitterer Verzweiflung. Deshalb ist der Jux in den inzwischen weit über vierzig Allen-Filmen immer mit Depression grundiert, scheuern sich die Figuren ihre Seele am Gehirn wund. Abe ist ein besonderer Trübsalblaser, der sich vom Kulturschmalz Birne und Lende komplett weichklopfen liess. Er kriegt einfach keinen mehr hoch, wenn ihn die heisse Rita zu reiten versucht. Grund genug, zur schwärmerischen Jill Distanz zu halten, obwohl die eigentlich auch will.

Das ändert sich erst, als er und Jill ein Gespräch am Nebentisch belauschen, in dem eine Frau in einem Sorgerechtsstreit sich über einen Richter beklagt, der nur Böses im Sinn habe. Da verwandelt sich Abe in eine Mixtur aus Dostojewskis Raskolnikow, Albert Camus' Patrice Mersault und Patricia Highsmith' Charles Anthony Bruno: Er plant den Richter aus «legitimer Moral» ins Jenseits zu befördern. Raskolnikow findet in «Schuld und Sühne» nach einem belauschten Gespräch ebenfalls den Grund für einen «erlaubten Mord»; Mersault tötet in «Der glückliche Tod» einen reichen Mann und tarnt den Mord als Suizid, und Bruno verfolgt in «Zwei Fremde im Zug» die Idee eines Mordes «über Kreuz». Von allen hat Abe ein wenig, und so stürzt er sich auf seinen Mordplan und zieht ihn auch durch. Wer will ihn schon verdächtigen? Zum Richter hat er überhaupt keine Beziehung.

Mit irrsinnig komischem Hintersinn setzt Allen Camus' Absurditätsprinzip in Szene, das sich auf die Unberechenbarkeit bezieht, auf die Unvereinbarkeit von verstandesmässigen Erwartungen und der Irrationalität des Lebens. Abe, der Philosophie für untauglich hält, stützt sich auf Kant, rechtfertigt mit dessen Willensschärfe den Mord und schraubt sich damit hinauf ins Irrationale. Die Komik kommt auf leisen Pfoten, drängelt aber hinterhältig in den Vordergrund. Jetzt, mit dem «sinngewandten» Mord, ist er sexuell wieder auf der Höhe und kann auch von Jill nicht mehr die Finger lassen. Wie Joaquin Phoenix vom trübe blickenden, maulfaulen Nuschler mit Wampe und Flachmann an den Lippen zum Schwafelmoralisten wird, das alleine ist schon furchtbar komisch. ★★★★★☆

Weitere Premieren

A Perfect Day — Vier internationale Helfer (zwei Frauen, zwei Männer) und ein Dolmetscher sollen nach Kriegsende auf dem Balkan eine Leiche aus einem Brunnen holen, weil diese das Wasser zu vergiften droht – und Was-



Polit-Verdächtigungen: «A Perfect Day».

ser ist in der einsamen Bergregion Mangelware. Eigentlich braucht man dazu nur ein Seil, aber an einem solchen hängt eben eine Menge (auch im wörtlichen Sinn), weshalb die Helfer bei der Suche nach einem Seil scheitern

Fragen Sie Knorr

Stimmt es, dass Idris Elba der kommende James Bond sein wird? Weiss man in Ihrer Branche mehr darüber? Es wäre ja gar nicht schlecht. J. K., Olten



Aufgetaucht ist die Idee im Netz und hat sich, wie das so ist, wie ein Lauffeuer verbreitet. Dann landete sie in Magazinen. Selbst die Konzernspitze von Sony schien der Idee nicht abgeneigt zu sein. Das jedenfalls war den gehackten Sony-E-Mails zu entnehmen, die vor einigen Monaten für Aufregung sorgten. Die einen halten die Besetzung mit Elba für die

– ethnische Animositäten, Polit-Verdächtigungen, bürokratische Hürden. Die Polit-Groteske des Spaniers Fernando León de Aranoa, nach einem Buch von Paula Fariás, enthüllt mit dem wunderbaren Duo Benicio Del Toro und Tim Robbins den Irrsinn solcher von oben regulierter Friedensabkommen. Die Eigeninteressen bleiben unausrottbar, und Paula Fariás hat Erfahrung: Sie war Mitarbeiterin bei «Ärzte ohne Grenzen». ★★★★★☆



Kammerspiel: Steve Jobs (Michael Fassbender).

Steve Jobs — Wer, auf den Titel bezogen, ein Biopic erwartet, wird enttäuscht. Danny Boyle («Slumdog Millionaire») und Autor Aaron Sorkin («The Social Network») wollen mit ihrer Version des legendären Apple-Gründers den Charakter des umstrittenen Mannes freilegen, der nie Designer oder Programmierer war, dafür Visionär. Der kammerspielartige Film beschränkt sich auf drei entscheidende Präsentationen: auf den Macintosh 1984, den Next-Computer 1988 und den iMac 1998, und immer spielt er hinter der Bühne der Veranstaltungshalle im Silicon Valley. Dort werden in wilden Dialogschlachten die Kontroversen zwischen Steve und seinen Weggefährten und die Konflikte in privaten Beziehungen ausgetragen. Michael Fassbenders (Jobs) gewaltige One-Man-Show ist brilliant, alle anderen bleiben (bewusst) Trabanten. Allerdings verlangt das höllische Konzentration. ★★★★★☆

Verkörperung der Multikulti-Epoche, die anderen halten dagegen: Elba sei zwar Brite, aber schwarz. (Der Vater stammt aus Sierra Leone, die Mutter aus Ghana.) Ian Fleming habe 007 nun mal als Weissen konzipiert. Stimmt, aber das war in den Fünfzigern. Die Zeiten haben sich geändert. Elba («Luther») hat enorme Leinwandpräsenz. Ob die Produktion den Mut dazu hat, ist fraglich. Immerhin ist Miss Money Penny (bereits) eine Schwarze.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Das spezifische Gewicht der Lyrik

Von Peter Rüedi

Zu den verbreiteten, die Literatur betreffenden Irrtümern gehört, dass Lyrik eine Gattung des Ungefähren sei, der gefühlig verfließenden Konturen. Das trifft auf die Albumpoesie höherer Töchter von einst zu. Lyrik, die diesen Namen verdient, verlangt einen Dichter im Wortsinn, einen Ver-Dichter. Sie ist, von Walther von der Vogelweide bis Else Lasker-Schüler, eine Kunst der Konzentration, des hohen spezifischen Gewichts, der scharfen Ränder. Harte Arbeit, bis ein Einfall zu klingen anfängt. An den Texten der fünfzehn Herbstlieder, die der bislang hauptsächlich als freier Improvisator bekannte Zürcher Musiker Omri Ziegele für die Formation Billiger Bauer schrieb, wurde gewiss nicht monatelang herumgeschliffen. Vielmehr ging er, frei nach Goethe, im Walde so vor sich hin. Dann aber setzte ein Prozess ein, den man im übertragenen Sinn durchaus als musikalische lyrische Arbeit bezeichnen kann: die Texte, zum fünfzehnjährigen Jubiläum des über die Jahre als improvisatorisch-kompositorischer Workshop sich fortentwickelnden Ensembles auf je fünfzehn Wörter konzentriert, sind Anlass für fünfzehn scharf montierte, dichte musikalische Miniaturen zwischen innigen klangmalerischen Herbststücken und ohrenzerfetzenden Eruptionen, ein ungemein vielfarbiger Wirbel von kurzen dichten Piecen für Nonett plus Sängerin (Isa Wiss). Ein im weitesten Sinn suitenartiger Ablauf, der im Sprung von Essenz zu Essenz den hoch besetzten und gemeinhin andere Freiräume gewohnten Improvisatoren einiges an Selbstlosigkeit abverlangt (tatsächlich nicht unähnlich der Praxis von Duke Ellington, der seine Solisten in der Regel an der kurzen Kandare weniger Chorusse hielt): Ziegele selbst am Alto, Jürg Wickihalder an diversen Saxofonen, Nick Guttersohn an der Posaune, Yves Reichmuth an der E-Gitarre, Gabriela Friedli am Piano und die beiden Bässe Jan Schlegel und Herbert Kramis und die zwei Drummer Marco Käppeli und Dieter Ulrich – es ist eine Art Who is who der freien Zürcher Impro-Szene, hier über weite Strecken kompositorisch eingebunden, aber nicht domestiziert. Wild und wunderbar. Heftig und zart wie das Leben.



Omri Ziegele & Billiger Bauer:
So viel schon hin. 15 Herbstlieder.
Intakt CD 247

Unterhaltung garantiert

Party fürs *Who is who in Zürich*; Stadtpräsidentin trifft Blaublütige; Besuch im «Kameha Grand Zürich». Von Hildegard Schwaninger



Am Fest der VIP-Fibel: Susanne Heer, Matthias Ackeret.

Etwas muss man dem Werber **Eugen Baumgartner** lassen: Er kann eine gute Party organisieren. Sein Rezept: coole Location, scharfe Drinks und viele schöne junge Frauen. Zur Lancierung des neuen *Who is who in Zürich*, das er an **Fabian Schwarzenbach** (der Basler hat die Publikation für eine nicht genannte Summe gekauft) übergibt, lud Baumgartner ins «Tao's», die seit Jahren angesagteste Lounge/Bar – die auch ein Klub ist – im Bankenviertel (Besitzer: **Philippe Hausener**). Die Beleuchtung war schrecklich, und alle VIPs sahen wie Monster aus, aber das war Nebensache, denn die Cocktails – Grey Goose Vodka – waren super und das Ambiente locker. Irgendwann, nachdem Visagistin-Fotografarin **Adriana Tripa**, die viel von Schönheit versteht, energisch protestiert hatte,



Herausgeber Schwarzenbach (l.), Baumgartner.

wurde das verheerende Licht ausgemacht – und alles war gut. Dass die Auswahl der «200 prominentesten Persönlichkeiten» etwas beliebig ist, ist Baumgartners Markenzeichen. Wichtig ist, dass die Leute ihr Okay gaben, um in der VIP-Fibel vorzukommen – und ein halbwegs gutes Foto hergaben. Das WW ist ein nicht ganz ernstzunehmendes Nachschlagewerk mit Unterhaltungswert. An der Party gesichtet: Sängerin **Monica Babilon** mit Gastronom **Wolf Wagschal**, TV-Produzentin **Susanne Heer** (Endemol) mit *Persönlich*-Verleger **Matthias Ackeret**, TV-Star **Patricia Boser**, der mehrfach preisgekrönte Barchef **Peter Roth**, der diese Woche das fünfzigjährige Bestehen der «Kronenhalle»-Bar feiert.

Eine echte VIP traf man – abseits der Party – in der Lounge. Da sass **Laurie Agosti** in scharfen schwarzen Lederhosen mit ein paar auch sehr attraktiven Freundinnen. Eine Runde, die fröhlich feierte. Auch wenn es – vordergründig – nicht viel Grund zur Fröhlichkeit gibt. **Adriano Agosti**, der Investor und Polospieler, hat Laurie, die blonde Beauty aus Puerto Rico, gegen eine junge Russin eingetauscht. Da capo: **Ursula Agosti**, seine erste Frau, musste Laurie weichen. Die hat sich allerdings längst getröstet: mit einem prallen Immobilienportefeuille und einem neuen Mann aus Indien, der ihr zu Füßen liegt.

Dass Kunstsammlerin **Francesca von Habsburg** tausend Ideen hat, von denen sie etwa ein Promille realisiert, gilt in Wien als Bonmot. Über ihre Idee, mitsamt ihrer Sammlung TBA 21 nach Zürich zu ziehen, wurde an dieser Stelle letzte Woche berichtet. Die geborene Thyssen, die mit **Karl von Habsburg** verheiratet war und heute – Gott bewahre! – Kaiserin von Österreich wäre, wenn es im Nachbarland die Monarchie noch gäbe, ist von Wien enttäuscht, wie sie in Interviews sagte. Nicht zuletzt, weil die Ausstellung im Palais Augarten, wo ihre Sammlung seit drei Jahren lagert, trotz Gratisentritt kaum Besucher fand. Zürich scheint ihr die weltoffenere Stadt als Wien zu sein – mit mehr Affinität zu moderner Kunst. Die Stadt prüft das Angebot. Mit Stadtpräsidentin **Corine Mauch** gab es ein Treffen (wer würde einer Habsburg ein Gespräch verweigern?). Nun stellen sich Fragen: Sind die Werke, welche die Sammlerin (ihr Name und ihr Geld geben ihrem Urteil automatisch mehr Gewicht) selber in Auftrag gegeben hat, das Engagement wert? Wo soll man die Werke – die riesigen Installationen brauchen enorm Platz – unterbringen?

Vor zwei Monaten hat der Hotelier und Buchautor **Carsten Rath** («55 Gründe, ein Grand Hotel zu eröffnen») das «Kameha Grand Zürich» an der Dufaux-Strasse in Opfikon eröffnet (mit **Rainer Maria Salzgeber** als Conférencier und Ex-Miss-Schweiz **Dominique Rinder-**



Augenschein: Ex-Miss-Schweiz Rinderknecht.

knecht unter den illustren Gästen). Jetzt galt es, einen Augenschein zu nehmen, wie es läuft. Gut! Das Personal ist so freundlich wie bei der Eröffnungsparty und das Essen (getestet am Sonntagsbrunch im «L'Unico») ausgezeichnet. Das zweite Restaurant, «Yu Nijyo», hat bereits einen Stern im «Guide Michelin» und 15 Punkte im «Gault Millau». Das Hotel hat Potenzial; rundum gibt es Bürohäuser, und neue Wohnblöcke werden gebaut. Attraktiv ist das Preis-Leistungs-Verhältnis des Businesshotels. Die Küchenparty unter dem Motto «White Sensation» letzten Freitag (180 Franken Eintritt, alles inklusive) lockte 120 Gäste an; viele kamen ganz in Weiss; es wurde getanzt bis nach Mitternacht.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Koreanisches Eheleben

Die Illustratorin Nichola Hugh, 34, und der Informatiker Sunhong Kwon, 32, sind seit drei Jahren verheiratet. Das Eheleben gab Anlass zu einer hochechfolgreichen Comic-Serie.



«Weil wir uns lieben»: Ehepaar Kwon-Hugh.

Nichola: Als wir uns persönlich kennenlernten, war es wie in diesen Filmen, man hat nur einen Tag und eine Nacht Zeit, viele eigenartige Dinge geschehen, und am Schluss gibt es ein Happy End, weil sich das Mädchen für den richtigen – für den netten – Typ entscheidet.

Sunhong: Heute leben wir in einer sehr ländlichen Gegend in Südkorea. Der tagtägliche Kontakt mit meiner Familie gehört dazu, und natürlich gibt es auch zwischen mir und meiner australischen Frau viele interkulturell bedingte Missverständnisse. Manche sind lustig und andere zum Heulen, aber ein Drama gibt es praktisch nie: weil wir uns lieben.

Nichola: Die Diplomatie, das Nicht-Sagen oder vielmehr: das Umschreiben von Dingen, die einem nicht passen, musste ich lernen. Wir heirateten zuerst in meiner Heimat und danach in Südkorea. Die meisten Südkoreaner heiraten längst westlich, weil alles andere den finanziellen und organisatorischen Rahmen sprengen würde, wie auch wir erfahren sollten. Wir wählten eine traditionelle Zeremonie, mein Mann war anfänglich begeistert. Natürlich hatten wir keine Ahnung, was es wirklich bedeutete. Unser Make-up war grausam, die Kleidung so steif, dass wir uns nicht rühren konnten.

Sunhong: Auch die älteren Gäste staunten, denn die meisten hatten so etwas auch noch nie erlebt. Wir fühlten uns beide extrem unwohl. Ich flüsterte: «Das war eine schreckliche Idee.» Meine Frau nickte erschöpft und stumm.

Nichola: Das Eheleben und der Kontakt mit seiner Familie boten sofort einen Nährboden für lustige Geschichten und haarsträubende Episoden. Mit der Zeit begann ich, diese in Comiczeichnungen zu thematisieren und stellte sie ins Internet. Heute habe ich jeden Tag Tausende von Leuten, die meine Website besuchen. Sie schätzen es, dass meine Bildergeschichten wahr, humorvoll und eigentlich immer positiv sind.

Sunhong: Viele Frauen und Männer, die ebenfalls mit koreanischen Partnern zusammen sind, geben gute Feedbacks. Das schönste Kompliment kommt allerdings von den Südkoreanern selbst. Die stellen den grössten Fan-Kreis, denn sie sind vor allem daran interessiert zu erfahren, wie eine Nichtkoreanerin das interkulturelle Eheleben interpretiert.

Nichola: Natürlich bekomme ich sehr viele Reaktionen von Frauen, die mit einem koreanischen Mann zusammen waren, und die die Verbindungen als sehr negativ bewerten. Es ist einfach, alle Probleme dem fremdländischen Partner in die Schuhe zu schieben. Wenn eine interkulturelle Ehe scheitert, hat es meiner Meinung nach oft weniger mit den diesbezüglichen Unterschieden zu tun, als vielmehr damit, dass man den falschen Partner geheiratet hat.

Sunhong: Wir sind glücklich, trotz allen Differenzen. Das zeigen die Zeichnungen meiner Frau. Sie darf alles thematisieren, was sie will. Aber ein wenig zensuriert sie selbst.

Nichola: Ein oft gehörter Satz über koreanische Männer lautet, dass sie sich in den eigenen vier Wänden nur in Unterwäsche gekleidet aufhalten. Das stimmt! Aber zeichnerisch setze ich das nicht um, ich will meinen Fans einen halbnackten Mann nicht aufdrängen. Warum die zu Hause auch im Winter die Kleider von sich werfen? Sunhong behauptet, es sei etwas Männliches, und alle würden es tun. Weltweit, sozusagen. Ich glaube eher, dass die Gemütlichkeit einer südkoreanischen Ehe die Jungs dazu verführt, sich derart zwanglos aufzuführen.

Protokoll: Franziska K. Müller

Sozialliberalismus

Von Andreas Thiel — Egalité, Fraternité, Aligoté.

Politologe: Mit Daniel Jositsch und Tim Guldemann sind in Zürich zwei sozialliberale SP-Vertreter ins Parlament gewählt worden. Ist das ein gutes Zeichen für den Liberalismus?

Thiel: Sie fragen, ob es für Schwarzafrikaner eine gute Nachricht ist, wenn der weisse Präsident braungebrannt aus den Ferien zurückkommt?

Politologe: Wir sind hier nicht in Afrika.

Thiel: Das meine ich ja: Wir sind hier nicht im Sozialismus.

Politologe: Aber einem Liberalen wie Ihnen müsste der Sozialliberalismus doch nahe stehen.

Thiel: Der Liberalismus bewegt sich inhaltlich so weit entfernt vom Sozialliberalismus wie das Max-Planck-Institut vom Priesterseminar in Sankt Pölten.

Politologe: Was hat der Sozialliberalismus mit dem skandalumwitterten Priesterseminar in Sankt Pölten gemein?

Thiel: Der Geist ist konservativ, nur das Fleisch ist liberal.

Politologe: Was unterscheidet denn den Liberalismus vom Sozialliberalismus?

Thiel: Liberalismus ist die Freiheit von Fremdbestimmung. Sozialliberalismus ist die Freiheit von Selbstverantwortung.

Politologe: Den Sozialliberalen geht es aber doch um die Chancengleichheit.

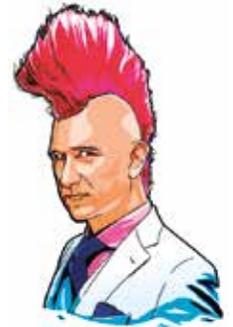
Thiel: Es gibt nur eine echte Chance: Freiheit.

Politologe: Und die Gleichheit?

Thiel: Menschen sind Individuen und zeichnen sich durch ihre Unterscheidung voneinander aus. «Gleichheit» klingt beunruhigend nach einem Traum von Gen-Forschern.

Politologe: Aber Liberté, Egalité und Fraternité gehören doch zusammen.

Thiel: Das ist sehr französisch. Freiheit ist die liberale Grundlage. Gleichheit ist die soziale Utopie, welche auf die liberale Grundlage gestellt wurde. Und Brüderlichkeit ist die Nivellierung sozialer Unterschiede durch alkoholische Getränke.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Die Kunst des Leichten

Von Peter Rüedi



Als an dieser Stelle vor ein paar Monaten das Gut vorgestellt wurde, das Karl-Friedrich Scheufele, im Hauptberuf CEO des Luxuslabels Chopard, als Basis einer zweiten Existenz als Gentleman-Farmer im Bergerac wiederbelebt – ein Besitz mit dem klingenden Namen Château Monestier La Tour mit entsprechend gewichtigen historischen Bauten inmitten von 25 Hektar Reben – empfahlen wir den eigenwilligen, gleichzeitig mächtigen und subtilen roten Côtes de Bergerac, eine beachtliche Cuvée aus Merlot, Cabernet Franc und Malbec (*Weltwoche* Nr. 26/15). Er war der ideale Botschafter für die Renaissance dessen, was man im Bordeaux als «Haut Pays» zu Unrecht immer etwas snobistisch verachtete, die Weine aus dem alten, grünen, wunderbaren, flussrauschenden Aquitanien. Da lassen sich nicht nur, aber auch im Weinbau die schönsten Entdeckungen machen. Die Süssweine, für welche die südöstliche Dordogne einst berühmt war, allen voran die aus der Appellation Monbazillac, sind ja nun etwas aus der Mode geraten. Aber das eben ist die Chance für die neuen Animatoren der Zone wie den zugezogenen Schweizer, der seiner Wahlheimat hoffentlich auch hierzulande zu etwas mehr Beachtung verhilft. Diese verdienen neben den substanziellen Roten und einem Süsswein nicht weniger dessen trockenen Weissweine: ein etwas ambitionierter, imposant fruchtiger *terres vignes*: und eine vor Frische geradezu sprühende Basisversion, die, was die Preis-Genuss-Relation angeht, schwer zu schlagen ist. Obwohl man sich das kaum zu erwähnen getraut, haftet solcher Qualifikation doch immer der Hautgout an, die Qualität allein wäre nicht der Rede wert. Ist nicht so, in diesem Fall. Die elegante, geradezu explosive, helle Freude aus Grapefruit- und Limettennoten, eine Komposition aus Sémillon, Sauvignon blanc und Muscadelle, zugänglich, aber nicht banal, ist ein bedingungsloser Wert an sich. Tänzerisch beschwingt, aber mehr als ein Leichtgewicht. Nicht nur in der Kunst ist nichts schwieriger als die Herstellung des Leichten.

Château Monestier La Tour Cadran Blanc Bergerac
Sec 2014. 13,5%. Le Caveau de Bacchus. Fr. 13.–.
www.bacchus.ch

Feinschmecker in der Kleinstadt

Wir erinnern uns an Restaurantbesuche in der Kindheit und essen erfreulich gut im «Beluga» in Aarau. Von David Schnapp



Bodenständige Gourmetküche: Robin Dürlewanger, «Beluga», Aarau.

Ein Teil meiner Kindheit sowie späteren Lebenszeit habe ich im Aargauer Kantonshauptort Aarau verbracht. Die ersten Restaurantbesuche absolvierte ich im damaligen «Leon d'Oro», einem guten italienischen Restaurant gleich vis-à-vis des Regierungsgebäudes. Das Restaurant servierte Pasta im Erdgeschoss, während im Obergeschoss ein Nachtclub des gleichen Inhabers untergebracht war. Ich fand das Essen trotzdem ausgezeichnet da, Aarau ist mir – nicht nur deswegen – immer in guter Erinnerung geblieben.

Kürzlich ass ich nur ein paar Meter weiter in einem Lokal, das sich aus mir nicht bekannten Gründen den Namen «Beluga» gegeben hat (bely=«weiss» auf Russisch oder «Weisswal»). Aber wie schon Kananga in «James Bond – Leben und sterben lassen» wusste: «Namen sind was für Grabsteine, Baby.» Das «Beluga» ist seit einem Jahr die neue Adresse für Feinschmecker in der Kleinstadt, mit 14 Punkten im «Gault Millau» gehört es hier zum Topsegment.

Weltläufig in der Provinz

Bodenständige Gourmetküche könnte man das nennen, was der sympathische Küchenchef Robin Dürlewanger serviert. Er bietet in dem geräumigen Lokal mit rund siebzig Sitzplätzen einfache Gerichte wie Ossobuco ebenso an wie eine «Kleine Reise» und eine «Grosse Reise» (6 Gänge, Fr. 130.–). Letztere beginnt mit einer

Lachs-Frischkäse-Terrine, knusprig gebratenem Lachs und Gemüse, das etwas mutiger hätte abgeschmeckt werden können. Trotzdem ist bei jedem Gericht das Bemühen spürbar, etwas Besonderes bieten zu wollen, um den Horizont über die Aargauer Provinz hinaus zu erweitern. Mal sind es mediterrane Anleihen, etwa beim Pastagang aus mit Geisskäse gefüllten Paccheri mit Spinat, Culatello-Rohschinken und einem milden Knoblauchschaum. Weltläufig präsentiert sich die Kombination aus festem, geräuchertem Blue Marlin sowie einem gebratenen Scampo vom Kap. Dazu gibt es ein Rüebl-Ingwer-Couscous, welches dem Gericht eine gewisse Bodenhaftung verschafft. Leider fehlt ein Saucenelement, das dem Fischgang eine grössere geschmackliche Tiefe verleihen würde.

Während die Laune im gutbesuchten Lokal steigt, wächst die Zufriedenheit auch auf der «Grossen Reise». Ein ausgezeichnete, perfekt gebratene Rehrücken mit Rahmwirsing, Rüebl und Kürbis und schliesslich eine Tarte Tatin aus Birnen mit Schokoladensorbet und Vanillecreme sind die beiden letzten Belege dafür, dass man in der alten Heimat erfreulich gut isst.

Restaurant Beluga, Vordere Vorstadt 17, 5000 Aarau.
Tel. 062 822 52 22. Sonntags und montags geschlossen.



Auto

Von A nach B

Je nach persönlichem Anspruch ist weniger mehr: der Suzuki Celerio zum Beispiel. *Von David Schnapp*

Der nette junge Mann, der mir die Schlüssel zu meinem Testwagen übergibt, sagt: «Meine Mutter fährt so einen Suzuki Celerio, es ist das perfekte Auto, um von A nach B zu gelangen.» Ich nehme den Satz zur Kenntnis, steige ein und mache mich mit dem kleinen viertürigen Stadtwägelchen vertraut. Wobei: Man braucht keine dreissig Sekunden, um zu wissen, was wo ist. Ein einfaches Radio, eine einfache Klimaanlage, eine Handschaltung

Suzuki Celerio 1.0 Sergio Cellano Top

Leistung: 68 PS/50 kW,
Hubraum: 998 ccm,
Höchstgeschwindigkeit: 155 km/h,
Preis: Fr. 14 490.–



für ein 5-Gang-Getriebe und eine grosse Geschwindigkeitsanzeige im Zentrum vor dem Fahrer – viel mehr gibt es hier nicht.

Mit der Zeit entdecke ich dann noch ein paar sehr praktische Ablagen, die gut verteilt sind. Der Satz des jungen Mannes geht mir nicht aus dem Kopf. Wenn es um Autos geht, erwartet man oft zu viel. Deshalb muss man sich fragen: «Wofür brauche ich es?» Der Celerio ist nicht geeignet, um Ikea-Schränke zu transportieren. Auch dem Sonntagsfahrer mit Hang zu Passfahrten im Gebirge würde ich nicht zu dem kleinen, frontgetriebenen Suzuki raten. Wer regelmässig lange Strecken zurücklegt, wird mit etwas mehr und aufpreispflichtigem Komfort – etwa Leder- statt Textilbezüge auf den Sitzen – wohl eher sein Glück finden als mit der spartanischen Ausstattung des Japaners.

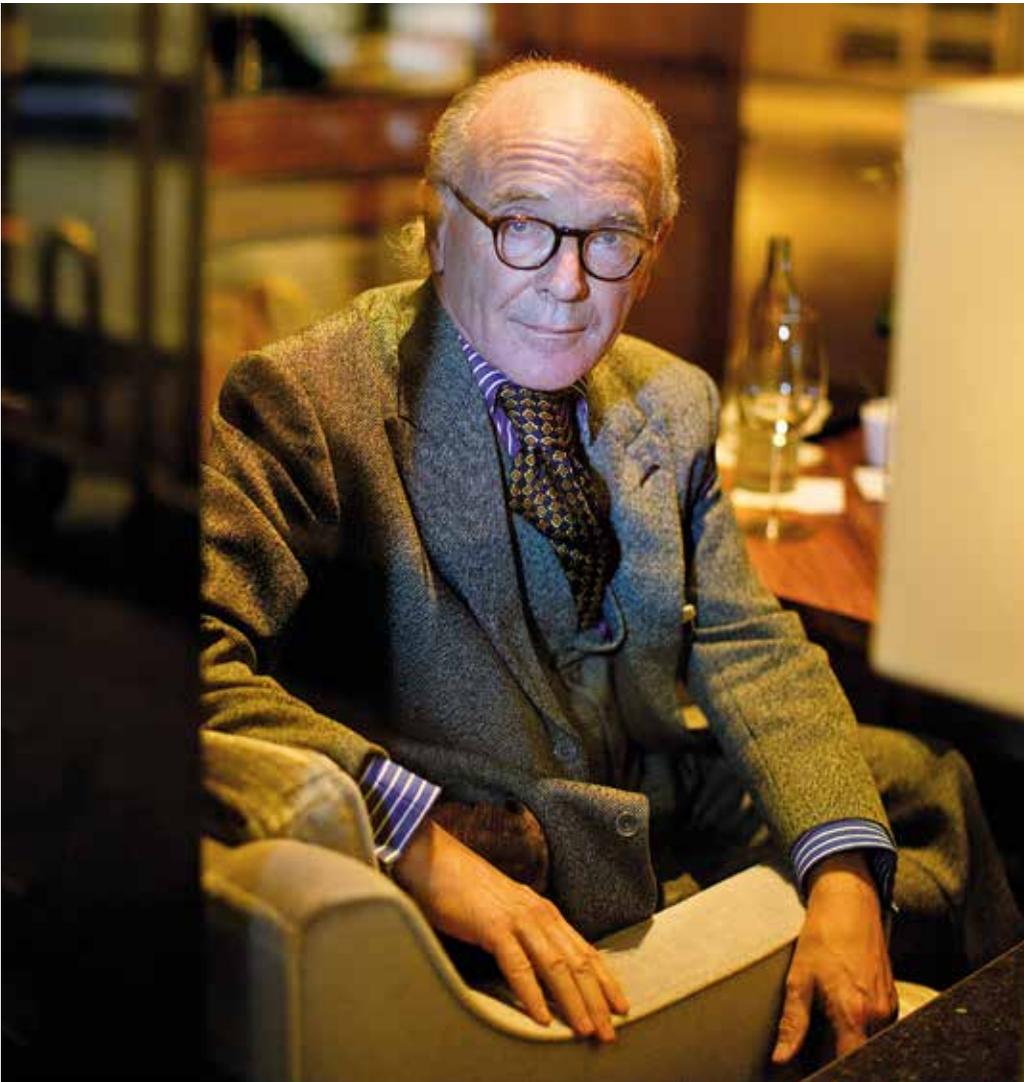
Mit der Zeit fällt mir auch auf, dass er gar nicht so klein ist, wie er auf den ersten Blick wirkt: Der Radstand ist mit 2,43 Metern relativ gross, das sorgt für Raum im Inneren und ein komfortables Fahrverhalten. Dank der relati-

ven Bauhöhe der Karosserie sitzt man angenehm – auch auf den hinteren Rängen und auch wenn man grösser als 1,20 Meter ist.

Mehr Autos als Velos

Kurz: Der Suzuki Celerio ist wirklich perfekt, um von A nach B zu fahren. Viele werden so ein Fahrzeug als Zweitauto nutzen. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) besaßen im Jahr 2010 rund 79 Prozent der Schweizer Haushalte mindestens einen Personenwagen. «Dreissig Prozent nannten sogar zwei oder mehr Autos ihr Eigen», heisst es auf der Website des BFS. Auch interessant: 31 Prozent haben kein Velo im Haushalt. Es gibt also – statistisch gesehen – mehr Schweizer mit Auto als mit Velo.

Für die Umweltbewussten gibt es deshalb gute Nachrichten vom Celerio. Der Ein-Liter-Motor, der in der Stadt und über Land entspannt surrt und erst bei höheren Autobahngeschwindigkeiten etwas angestrengt wirkt, ist erfreulich sparsam: 4,5 Liter Benzin auf 100 Kilometer sind realistisch. Fazit: Zu einem moderaten Preis (Basisversion für rund 10 000 Franken) ist der Celerio ein praktischer, sparsamer Begleiter für den Einkauf oder einen Ausflug zum nächsten Wanderweg. Es ist kein Lifestyle-Auto mit bunten Mustern und poppigem Innenraum. Der Suzuki ist gewissermassen die seriöse Variante des Kleinwagens, flott, aber ernsthaft.



«Im abstürzenden Flugzeug gibt es keine Atheisten»: Schriftsteller Mosebach, 64.

MvH trifft

Martin Mosebach

Von Mark van Huissing — Der katholische Schriftsteller und Bühnerpreisträger urteilt streng über seinen Papst und seine Kirche.

Für einen Autor wie Sie ist Papst Franziskus ein Glücksfall, nicht wahr?» – «Warum?» – «Weil Sie streng über seine Handlungen urteilen können; mit seinem Vorgänger waren Sie einig.» – «Ich bin immer unglücklich, wenn ich den Papst kritisieren muss. Er ist ein Mann, der grosse Erwartungen geweckt hat, vor allem bei Leuten, die nicht katholisch sind. Ob es klug war, solche Erwartungen zu wecken, das steht auf einem anderen Blatt. Franziskus suggeriert, dass die Kirche sich ändern könne wie eine Partei – dass sie sich nach den Bedürfnissen des Publikums zu orientieren habe. So etwas gefällt Journalisten. Aber ich habe kein journalistisches Verhältnis zur Kirche.» – «Sondern?» – «Ich bin ein Sohn der Kirche.» – «Sie kritisieren etwa den Auftritt des Papstes, dass er keine kostbare Kleidung trägt, nicht in den päpstlichen Gemächern im Vatikan lebt, sondern in einer

Hotelsuite ... Stört Sie nur die Form oder auch der Inhalt?» – «Bei einem priesterlichen Amt, wie es das Papstamt ist, verschränken sich Form und Inhalt unauflöslich. Die Sakramente der Kirche bedienen sich einer Zeichensprache – wenn Sie an dieser etwas ändern, kommt dabei auch ein anderer Inhalt heraus. Franziskus wirkt so schlicht, so einfach. Aber er ist nicht schlicht. Er ist ein Mann der Vieldeutigkeit und der Unschärfe. Er lässt im Unklaren, ob die veränderte Sprache auch einen anderen Inhalt transportieren soll.»

Martin Mosebach, 64, ist ein deutscher Schriftsteller; zuletzt erschien 2014 sein Roman «Das Blutbuchenfest». Im Jahr 2007 erhielt er den Georg-Büchner-Preis, den «bedeutendsten Literaturpreis im deutschen Sprachraum» (Wikipedia); der Laudator Navid Kermani, ein deutsch-iranischer Schriftsteller, nannte ihn eine «singuläre katholische Stim-

me in einer vom protestantischen Bildungsroman dominierten Literatur». Im *Spiegel* wurde er als «reaktionärer Katholik» beschrieben. Dieses Gespräch fand Ende Oktober in Berlin statt, wo er anlässlich der Überreichung des Frank-Schirmmacher-Preises an Hans Magnus Enzensberger die Laudatio hielt.

«Der Schirmmacher-Preis wird vergeben für «herausragende Leistungen zum Verständnis des Zeitgeschehens» [Stiftungsinformation] – hat die Kirche dazu auch was beizutragen?» – «Selbstverständlich. Die Kirche hat auf jede Art von Zeit Antworten. Aber was die jeweilige Epoche wirklich braucht, wissen wir niemals, so lange sie andauert; das ahnen wir erst, wenn diese Zeit gründlich verstrichen ist. Der Wunsch, zeitgerecht zu sein, ist unerfüllbar. Darüber hinaus ist das Ziel der Kirche nicht, dass die Menschen sich in ihrer Zeit wohlfühlen, sondern sie in die Ewigkeit zu geleiten. Da kann die Kirche nicht agieren mit Blick darauf, was die Leute wollen, wie eine politische Partei oder ein Kaufhausbesitzer. Sondern sie hat mit ihren Mitteln – Erziehung, Anleitung – die Getauften dahin zu bringen, dass sie das verstehen und akzeptieren, was die Kirche will.» – «Man sagt: «Der Schatz der Kirche sind die Armen.» In Europa und den USA wird der Mittelstand kleiner, es gibt mehr Arme. Die Kirche wächst aber nicht, im Gegenteil.» – «Das ist ein spezifisch westeuropäisches Problem für die Kirche, dass sie eine Mittelstandsinstitution geworden ist. Das gilt nicht für die russische Orthodoxie, für Lateinamerika, Afrika und Asien. Aber bei uns hat sie die Verbindung, die sie über Jahrtausende zu den Armen gehabt hat, verloren.» – «Weshalb?» – «Das ist die Folge der Verbürgerlichung. Die Kirche hat immer auch eine profane, irdische Seite. Sie neigt dazu, den Charakter der jeweiligen Epoche anzunehmen: Ist die Zeit feudal, ist die Kirche auch feudal, ist die Zeit bourgeois, ist die Kirche auch bourgeois. Wie wir es uns politisch in Westeuropa leisten, unsere Armen aus der Gesellschaft gleiten zu lassen, so ist das bei der Kirche auch passiert. Gómez Dávila sagt: «Man kann die Messe in Palästen und in Hütten feiern, aber nicht in Villenvierteln.»

«Beten Sie?» – «Ich glaube, dass viel mehr Menschen beten, als man vermutet, und nicht nur, wenn sie in eine verzweifelte Lage geraten.» – «Das wäre ja auch billig.» – «Was ist billig daran, sich der Realität zu stellen, und sei es in der letzten Sekunde? Man sagt: «Im abstürzenden Flugzeug gibt es keine Atheisten.» – «Und beichten Sie?» – «Ja, selbstverständlich, das ist ja erforderlich, das ist ein Kirchengesamt.»

Sein liebtes Restaurant: «Kronenhalle», Rämistrasse 4, Zürich, Telefon 044 262 99 00

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20									21		
22	23					24	25		26					
27					28						29	30		31
			32	33					34	35				
36		37					38	39						40
41										42				
43							44					45		
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Einsicht in die Vergänglichkeit

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Wo Musiker sich vorwärts und rückwärts tasten. 8 Dem Blech entlockt man mit Blasen tiefe Töne. 11 Von der Familie blieben nur die ersten drei übrig. 12 Tomaten, Zucchini, Zwiebeln, Knoblauch und sie, fürs Ratatouille. 14 Basteln und Werken, da gehört meist auch sie dazu. 15 Zypern, Hafenstädtchen Paphos, und der Ort oberhalb. 17 Vom Inselstaat im hohen Norden ist nur noch die Hälfte vorhanden. 18 Künstlerisch zusammenstellen oder sonstwie bewerkstelligen. 19 Amalie, die skandinavische Frauenrechtlerin. 21 Sieht nach Regen aus, denkt der US-Tourist beim Gang durch jenes Luzerner Dorf. 22 Reuig, naja, irgendwie schon. 24 Keine Erhebung ohne ihn. 27 Die sizilianische Stadt steht im Mittelpunkt der Insel. 28 Wer ... ist, merkt nicht mal, dass er ... ist. 29 Lebensmittel, an manchen Orten lebenswichtig. 32 Kaum steht sie im Raum, wird über sie diskutiert. 34 Pharaonenzeit: vom Lokalgott zum König der Götter. 36 Kommt uns unwirklich vor. 38 Einer wie Justin Gatlin. 41 Banal aber wahr: So sind wir doch alle. 42 Bantusprache in Tansania. 43 Kar wird so zum Nebenfluss des Rheins. 44 Klingt gut: Qualitätsstandard in der Tontechnik. 45 Damit können wir Diego und Remo besser zuordnen. 46 Bei der Landung ist auch sie gemeint. 47 Man kann sehen, wie sie sich den Umständen anpasst.

Senkrecht — 1 Kein Käse, was Patricia singt. 2 Das Enzymgemisch kennen wir von bitteren Mandeln. 3 Solche Orte, wie in 1001 Nacht. 4 Historisch: Hauptstadt des Reiches Wadai. 5 Ein weiteres Mal, und schon kommt dies heraus. 6 In Polen die längenmässige Entsprechung der Reuss. 7 Heiden und Moore: typisch für jene niederländische Provinz. 8 Eine Tablette, die braust, zum Graus der Mütter. 9 Der Grund, ja, der liegt sicher tiefer. 10 Die portugiesische Region zeigt klar die Grenze. 11 Manchmal schmückt sie Männer, manchmal stört sie alle. 13 Die magische Kraft kann einen kirchlichen Ausschluss bedeuten. 16 Tenno: Sein Name steht für seine Regierungszeit. 20 Wo er ist, ist nichts, ausser am Rande. 23 Die schlechten Angewohnheiten äussern sich auch auf andere Art. 25 Der Schweizer Schwinger Daniel und Freestyle-Skier Fabian hören darauf. 26 Der zwölfte Monat, wie Juden ihn kennen. 28 Akustik: nach ihm benannt, der es erfand. 30 Schwellung antiker Säulen, weiss der Architekt. 31 Sozusagen ein fließender Röstigraben. 33 Wenn wir es haben, ist es genau das. 35 So ist die Schwellung von 30 senkrecht. 36 Vermischt, das Lebkuchengewürz. 37 Mit dem Rist-, Kamm- und Kreuzgriff klammert man sich daran. 39 Unsern Philip stört es nicht, dass er zu kurz kommt. 40 Dynamik, kommt ohne Mechanik aus.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 441

H	E	R	Z	H	A	F	T			I	G	E	H	O
U		O		Y		R	O	D	E	R	E	R		M
L	A	C	H	M	O	E	W	E		A	N	I	M	A
A	R	C	O	N		I	N	G	E	N	I	E	U	R
	M	O	M	E	N	T		U			E		E	
A	E					A	U	S	L	O	S	U	N	G
A	N	D	R	A	N	G		T	E	E			S	
B	D	E	Z			S	P	I	E	L	E	R	I	N
K	O	N	F	U	S			E	R	O	T	E	N	
E		T	I	R	O	L	E	R		F	U	E	G	O
H	E	I	L	I	G	E		E		E	I	D	E	
R		N	O	T	A	S		N	O	N	S	E	N	S

Waagrecht — 1 HERZHAFT 6 IGEHO (Fachmesse) 10 RODERER 12 LACHMOEWE 15 ANIMA (gehört neben Animus zu C.G. Jungs Archetypen) 17 ARCON (Arçon) 18 INGENIEUR 19 MOMENT 20 AUSLOSUNG 23 ANDRANG 26 TEE 27 BDE (Abk. f. Bände) 28 SPIELERIN 31 KONFUS 34 EROTEN (ornamentale Mehrfachdarstellung von Eros) 35 TIROLER 37 FUEGO (span. f. Brand) 38 HEILIGE 39 EIDE 40 NOTAS (span. f. Notizen) 41 NONSENS (engl. f. Blödsinn)

Senkrecht — 1 HULA (-Hoop: Kunststoffreifen zum Hüftschwingen) 2 ROCCO (und seine Brüder: Filmtitel) 3 HYMNE 4 FREITAGS 5 TOWN (engl. f. Stadt) 6 IRAN 7 GENIES 8 ERIE (Eire, ir. Name für Irland) 9 OMAR (Pene, Pedrini: Musiker) 11 DEGUSTIEREN 13 ARMANDO (it. Form von Hermann) 14 HOMER 16 MUENSINGEN 21 LEER 22 OEOFEN 23 ABKEHR 24 DENTIN (auch Zahnbein) 25 AZURIT 29 ETUIS 30 REEDE 32 FILO 33 SOGA 36 LES

Lösungswort — **HOELLENFEUER**



WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

LAGER- FAHRZEUGE ZU TIEFST- PREISEN.

**PROFITIEREN SIE VON AUSSERORDENTLICHEN
0,9 % LEASINGZINS UND ATTRAKTIVEN
VORTEILSKONDITIONEN FÜR SÄMTLICHE
LAGERFAHRZEUGE – JETZT BEI ALLEN
TEILNEHMENDEN BMW PARTNERN.**

Beispielkalkulation: BMW 218d Active Tourer, 5-Türer, 8-Gang Steptronic, 110 kW (150 PS), 1995 cm³, 4 Zylinder, Treibstoffverbrauch gesamt: 4,1–4,3 l/100 km, CO₂-Emission: 109–114 g/km (Durchschnitt aller immatrikulierten Neuwagen in der Schweiz: 144 g/km), Energieeffizienz-kategorie: A–B. Fahrzeugpreis: CHF 52 100.– (Basismodell: BMW 218d Active Tourer, manuelles Getriebe, Katalogpreis: CHF 38 300.– plus Sonderausstattungen im Wert von CHF 15 970.– abzüglich 4% BMW Swiss Bonus), 1. grosse Leasingrate: 20% des Fahrzeugpreises, Laufzeit: 48 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, effektiver Jahreszins: 0,9%, monatliche Leasingrate: CHF 384.–. Leasingaktion gültig bis zum 31.12.2015 für alle BMW Lagerfahrzeuge bei einer Leasingdauer von bis zu 48 Monaten. Dieses Angebot gilt nicht für BMW i. Ein Angebot der BMW Finanzdienstleistungen (Schweiz) AG. Für ein verbindliches Angebot wenden Sie sich bitte an Ihren BMW Partner. Sämtliche Angaben gültig bei Drucklegung. Alle Preise inklusive 8% MWST. Zusätzliche Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

BMW (Schweiz) AG

www.bmw.ch



Freude am Fahren